

Neue Soziale

F O R S C H U N G S J O U R N A L

Bewegungen



EUROPAS ZIVILGESELLSCHAFTEN

Engagementpolitik

im Jahr der Freiwilligen 2011

Heft 4 – Dezember 2010 € 15,-

LUCIUS
LUCIUS



EDITORIAL

- 2 Europas Zivilgesellschaften.
Engagementpolitik im Jahr der Freiwilligen
2011

AKTUELLE ANALYSE

- 6 *Matthias Dietz*
Gibt es eine internationale Klimabewegung?
Ein skeptischer Befund

THEMENSCHWERPUNKT

- 19 *Jochen Roose*
Bürgerschaftliches Engagement in Europa.
Ein Vergleich
- 31 *John MacDonald*
Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit
2011. Der Standpunkt der Europäischen
Kommission
- 35 *Markus Held*
Die EU auf dem Weg zu einer Engagement-
politik?
- 44 *Mirko Schwärzel*
High Hopes, Low Expectations. Chancen
des Europäischen Jahres der Freiwilligen-
tätigkeit
- 51 *Jeannette Behringer*
Engagementpolitik in Österreich und der
Schweiz
- 63 *Mareike Alscher*
Engagement und Engagementpolitik in
Deutschland, Frankreich und den Nieder-
landen
- 74 *Rudolf Speth*
Bürgerschaftliches Engagement in Groß-
britannien

PULSSCHLAG

- 87 Befragung des WZB zu Stuttgart 21: Für
mehr Transparenz und direkte Demokratie
- 87 Kongress Öffentlichkeit und Demokratie
Stuttgart 21 – „Wir können alles außer de-
mokratische Öffentlichkeit“
- 89 Kongress Öffentlichkeit und Demokratie
Lasst uns eine demokratische Öffentlich-
keit schaffen!
- 91 *Sebastian Krätzig*
Die Piratenpartei als ein Puzzlestück in der
neuen Konfiguration der Mehrparteienre-
publik
- 98 *Anne Ulrich*
Die Hamburger Erfahrung. Reformregie-
rung und direkte Demokratie
- 99 *Jochen Roose/Mundo Yang*
Nachwuchsnetzwerk Bewegungsfors-
chung

TREIBGUT

- 102 Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 107 *Birgit Sittermann*
Auf dem Weg zu *einer* europäischen Zivil-
gesellschaft?
- 110 *Tobias Quednau*
Engagementpolitik – Facetten und Entwick-
lung
- 113 *Alexander Leistner*
Eine andere Forschung ist möglich! Die Be-
wegungsforschung und deren Theorien

116 ABSTRACTS**121 IMPRESSUM**

Europas Zivilgesellschaften Engagementpolitik im Jahr der Freiwilligen 2011

Die Europäische Union hat das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit erklärt. In den Mitgliedsländern der EU wurden Koordinationsbüros eingerichtet, um Veranstaltungen, Projekte und Öffentlichkeitsarbeit auf der nationalen Ebene zu unterstützen. Ziel des Jahres ist es, auf die gesellschaftliche Bedeutung von freiwilligem Engagement aufmerksam zu machen und Engagementpolitik in Europa zu stärken.

Dies ist eine große Aufgabe für dieses Jahr und angesichts der bescheidenen finanziellen Ausstattung des gesamten Jahres und der einzelnen nationalen Büros eine echte Herausforderung. Doch schon das UN-Jahr der Freiwilligen 2001 zeigte, dass der Erfolg eines solchen Jahres nicht in erster Linie eine Frage der Finanzen ist. Ein thematisches Jahr entfaltet vor allem durch den Willen der beteiligten politischen Akteure seine – in erster Linie – politisch-symbolische Wirkung. In dieser Weise kann das UN-Jahr vor einer Dekade ein ermutigendes Vorbild sein. In vielen Ländern entstanden im Kontext dieses Jahres Ansätze für eine Engagementpolitik. Das Politikfeld Engagement wurde gewissermaßen mit diesem UN-Jahr entdeckt. In Deutschland begann dieser Prozess bereits etwas früher mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 1999, deren Ziele und Empfehlungen in einem Bundestagsunterausschuss weitergeführt werden und auch Anlass zur Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) waren. Am 6. Oktober 2010 hat das Bundeskabinett erstmals eine „Nationale Engagementstrategie“ verabschiedet, die weitergeführt werden soll. Aber auch in Deutschland, wie in zahlreichen anderen Ländern der Europäischen Union, begann erst zu Beginn

des neuen Millenniums eine systematischere politische Wahrnehmung und Bearbeitung des Themas freiwilliges Engagement.

Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit könnte nun diese aufkeimende Aufmerksamkeit für das Thema in der Politik und der Öffentlichkeit weiter stärken. Doch dies wäre nur ein erster Schritt. Ein *europäisches* Jahr hat weiterreichende Möglichkeiten und Aufgaben. Als junges Politikfeld geht es in der Engagementpolitik nicht nur um die Verfeinerung mehr oder minder etablierter Politikinstrumente, sondern es findet nicht unerheblich eine grundlegende Orientierung statt, welche Möglichkeiten bestehen und welche Ansätze der Engagementförderung und -politik erfolgversprechend sind. Gerade weil das Politikfeld jung ist, ist die Möglichkeit und der Bedarf, von den Erfahrungen anderer Länder zu lernen, besonders groß. Ein Jahr der Freiwilligentätigkeit als europäisches Jahr sollte daher verstanden werden als Anlass und Chance, innerhalb Europas Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Dass die Europäische Union als Initiator und Unterstützer dabei eine wichtige Rolle spielen kann, liegt auf der Hand.

Der Lernprozess voneinander ist gleichwohl nicht einfach. Ein genauerer Blick auf das Feld der Freiwilligentätigkeit in den europäischen Ländern zeigt eine bunte Vielfalt.¹ Die Traditionen von Engagement und freiwilliger Arbeit sind ebenso unterschiedlich wie deren Ausmaß. Entsprechend bewegen sich politische Maßnahmen in sehr unterschiedlichen Feldern. Ein produktives Lernen von den europäischen Nachbarn ist daher nur möglich, wenn die Spezifika der Traditionen und Umfelder des Engagements in Rechnung gestellt werden. Erfolgreiches Lernen setzt genaue Kenntnisse, also vergleichende Forschung voraus. In diesem Sinne ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit nicht nur eine Aufforderung an die Politik zu politischen

Maßnahmen, sondern es ist auch eine Aufforderung an die Engagementforschung zu europäisch vergleichenden Betrachtungen und Studien. Und es ist eine Aufforderung an die Politik, sich dieser Forschung zu bedienen, um ein Verständnis der Erfahrungen anderer Länder in ihrem jeweiligen Kontext zu entwickeln. Ein Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit ist also auch eine Aufforderung zur europäisch vergleichenden Betrachtung von Freiwilligentätigkeit und Engagementpolitik.

Das Europäische bei diesem Jahr kann und sollte aber noch einen Schritt weiter gehen. Freiwilligentätigkeit kann auch als solche europäisch sein, wenn sie transnational ist und/oder sich auf Europa und die Europäische Union bezieht. Engagement im europäischen Ausland kann Teil des Zusammenwachens werden. Nicht nur in der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit oder der Bildungsmobilität liegt eine Chance für Europa, sondern auch in der Engagementmobilität.

Auf die Europäische Union bezogenes Engagement als politisches Engagement, sei es im Heimatland, sei es im europäischen Ausland, ist schließlich der dritte Aspekt, den ein Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit aufnehmen sollte. Die Debatte um eine europäische Zivilgesellschaft (vgl. z.B. Kaelble 2004; Schuppert 2001) hat auf den Bedarf von Europa-orientierter zivilgesellschaftlicher Aktivität verwiesen, aber auch auf ihre Schwäche. Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 ist mit der Hoffnung verbunden, dass politische und gesellschaftliche Prozesse ausgelöst werden, die zu stärkeren Verbindungen der nationalen Zivilgesellschaften führen. Aus diesen Durchdringungsprozessen könnten Kerne einer europäischen Zivilgesellschaft gestärkt hervorgehen. Das Lernen voneinander, auch ein Verständnis der jeweiligen Traditionen und Hintergründe von Zivilgesellschaft in anderen Ländern, sind nicht nur Aufgaben für die Politik, sondern auch für die Zi-

vilgesellschaft selbst. Auch hier hat die Europäische Union mit ihren Institutionen eine Aufgabe, die sie in Ansätzen wahrnimmt, die aber weiterer Stärkung bedarf. Einer fördernden Politik für die Zivilgesellschaft muss es dabei gelingen, einer entstehenden europäischen Zivilgesellschaft unter die Arme zu greifen, ohne ihre Autonomie zu untergraben. Kein einfacher Prozess, der gleichwohl von großer Wichtigkeit ist.

Die Aufgaben des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 sind entsprechend vielfältig und von unterschiedlicher Natur. Die Rolle der Europäischen Union dabei ist ebenfalls unterschiedlich. Eine europäische Engagementpolitik, die sich bisher allenfalls in Ansätzen abzeichnet, zielt auf neue Förderinstrumente oder die Erweiterung etablierter Förderverfahren. Sie zielt aber auch auf Standardisierungen zur Erleichterung von grenzübergreifendem Engagement und auf die Initiierung von gegenseitigen Lernprozessen (eventuell mit der Offenen Methode der Koordinierung). Viele wünschen sich, dass ein Weißbuch-Prozess in Gang kommt, in dem Politikansätze gebündelt werden und der eine größere politische Aufmerksamkeit auf die Förderung der Zivilgesellschaft durch europäische Institutionen, hier vor allem die Kommission, legt. Mit der europäischen Bürgerinitiative im Vertrag von Lissabon ist bereits eine wichtige Möglichkeit der Partizipation geschaffen worden, die nun von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern auch genutzt werden muss. Hier wird auch die Rolle der Menschen in der Union selbst deutlich.

Diese drei Aufgaben eines Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit, europäisches Lernen für nationale Engagementpolitik, Unterstützung von Engagement im europäischen Ausland und Stärkung einer Engagement-basierten europäischen Zivilgesellschaft, stecken ein breites und kompliziertes Feld ab. Ein Europäisches Jahr, ausgestattet mit geringen Mit-

teln, kann an dieser Erwartungsvielfalt scheitern, wenn die Aufgaben als Bringschuld der Europäischen Union oder der Kommission allein verstanden werden. Doch wie bereits betont: Die Stoßrichtung eines Europäischen Jahres ist nicht allein eine Erwartung an politische Institutionen, sondern eine Reorientierung öffentlicher Aufmerksamkeit, die in Aufgaben für viele Seiten mündet: für die Politik, die Medien, die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft.

Das Forschungsjournal formuliert diese Aufforderung und nimmt sie mit diesem Heft auf. Dabei widmen wir zwei Strängen besondere Aufmerksamkeit. Einerseits betrachten wir das Feld der Engagementpolitik. Welche Aufgaben hätte eine europäische oder eine nationale europäisierte Engagementpolitik? Welche Schritte könnten genommen werden, wo bestehen Chancen und Handlungsbedarf? Andererseits widmen wir uns dem Lernen von europäischen Nachbarn. Der Blick geht auf Freiwilligentätigkeit in anderen europäischen Ländern, nicht nur, aber natürlich auch mit der Frage, was sich lernen lässt. Nicht immer ergeben sich einfache Schlussfolgerungen. Aber nicht zuletzt für die Weiterentwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft, die wir in einem anderen Heft behandelt haben (vgl. Forschungsjournal NSB 4/2008), ist jenseits von Möglichkeiten der Übernahme konkreter engagementpolitischer Maßnahmen ein Verständnis für die Traditionen und Hintergründe von Zivilgesellschaft in anderen Ländern ein wichtiger Schritt.

Den Auftakt macht ein Überblick über Umfang und inhaltliche Vielfalt von Freiwilligentätigkeit in den Ländern der Europäischen Union von *Jochen Roose*. Die unterschiedlichen Muster und die Vielfalt in den Ländern wird hier bereits ein erstes Mal deutlich, aber auch die Schwierigkeit, aus den großen Mustern politisch zu lernen. Politische Möglichkeiten fokussieren die folgenden drei Beiträge. *John*

MacDonald präsentiert aus Sicht der Europäischen Kommission die Ziele des Europäischen Jahres, *Markus Held* vom European Volunteer Centre (CEV) diskutiert Ansätze und Leerstellen einer europäischen Engagementpolitik und *Mirko Schwärzel* vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) kommentiert die Aussichten und Aufgaben des Jahres aus deutscher Sicht.

Der zweite Teil unseres Themenschwerpunktes widmet sich eingehend einigen Ländervergleichen. *Jeannette Behringer* betrachtet Freiwilligentätigkeit in Österreich und der Schweiz im Vergleich zu Deutschland, *Mareike Alscher* betrachtet Deutschland im Vergleich zu Frankreich und den Niederlanden. *Rudolf Speth* schließlich geht auf Großbritannien ein. Dass die Länderstudien „westlastig“ sind, ist nicht zufällig. Einerseits bieten sich aus deutscher Sicht die westlichen Nachbarländer stärker als Modelle an, weil in Mittelosteuropa nach der Transformation sehr spezifische Bedingungen vorliegen, die auch 20 Jahre nach der Wende noch deutlich nachwirken. Gleichzeitig spiegelt sich hier ein Schwerpunkt der vergleichenden Engagementforschung, die ebenfalls durch eine „Westlastigkeit“ geprägt ist. Dies lässt sich durch Forschungstraditionen und Kooperationsnetzwerke leicht erklären, markiert aber auch eine Aufforderung an die Engagementforschung.

Die Debatte um Aufgaben, Ziele und Möglichkeiten im Feld des Engagements ist Aufgabe, Ziel und Möglichkeit des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 selbst. Aufforderungen zum Handeln sind Teil dieser Debatte und werden in ein erfolgreiches Jahr münden, wenn sie nicht Aufforderungen bleiben, sondern Teil eines Diskurses zur Weiterentwicklung von europäischer Engagementpolitik und europäischer Zivilgesellschaft werden.

Jochen Roose (Berlin), *Rudolf Speth* (Berlin)

Anmerkung

¹Vgl. z.B. Gaskin und andere (1996), Europäische Kommission (2010) oder die Faktenzusammenstellung bei cev.be sowie natürlich die Beiträge in diesem Heft.

Literatur

Europäische Kommission 2010: Volunteering in Europe. Brüssel, ec.europa.eu/citizenship/news/news1015_en.htm [8.11.2010]

Gaskin, Katharine et al. 1996: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersu-

chung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg: Lambertus.

Kaelble, Hartmut 2004: Gibt es eine europäische Zivilgesellschaft? In: Gosewinkel, Dieter et al. (Hg.): *Zivilgesellschaft – national und transnational*. WZB-Jahrbuch 2003. Berlin: sigma, 267-285.

Schuppert, Gunnar Folke 2001: Europäische Zivilgesellschaft – Phantom oder Zukunftsprojekt? In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 14, Heft 4, 5-13.

In eigener Sache

Wir modernisieren!

Liebe Leserinnen und Leser: Zum neuen Jahrgang wird es einige Veränderungen beim Forschungsjournal geben. Der Titel des Heftes wird leicht modifiziert und „Forschungsjournal Soziale Bewegungen“ heißen, ergänzt um die Erläuterung „Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft“. So wird die inhaltliche Engführung der sozialen Bewegungen auf die *neuen* sozialen Bewegungen als historisiertem Phänomen der 1970er und 1980er Jahre gebrochen und zudem der längst vollzogenen Öffnung des Heftes auf Themen wie bürgerschaftliches Engagement, Parteien-, Gewerkschafts- und NGO-Analysen, Hefte zu politischer Strategie oder auch zu theoretisch-konzeptionellen Schwerpunkten Rechnung getragen. Gleichzeitig bleibt mit der Kontinuität von Teilen des Titels und den Inhalten eine Verbindung zu unserer politischen Herkunft und Sozialisation aus den sozialen Bewegungen gewahrt.

Die zweite Veränderung ist eine optische: Auch das Layout wird modernisiert und lese(r)freundlicher gestaltet. Um dies zu erreichen, werden wir das Format des Journals ein wenig vergrößern. Nicht verändert wird die Maßgabe, mit dem Forschungsjournal „diskurspolitische Intervention“ zu betreiben und Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wie gewohnt kritische Analysen, innovative Themen und sinnvolle Perspektiven mit Tiefgang zu bieten.

Die Herausgeber

Matthias Dietz

Gibt es eine internationale Klimabewegung? Ein skeptischer Befund

1 Einleitung

Dieser Artikel befasst sich mit den Themen Klimapolitik und Zivilgesellschaft. Es wird der Frage nachgegangen, ob die steigende Zahl klimapolitisch aktiver Gruppen bereits den Charakter einer transnationalen, sozialen Bewegung angenommen hat.

Die Jahre seit 2005 haben mit dem vierten IPCC-Bericht und den UN-Klimagipfeln nicht nur einen Durchbruch der medialen und politischen Aufmerksamkeit für den Klimawandel gebracht (Lever-Tracy 2008: 448). Auch stieg die Zahl klimapolitischer Kampagnen und Organisationsformierungen. So wurde 2007 das inzwischen 200 Gruppen starke „Climate Justice Now!“-Netzwerk gegründet und 2009 sammelte die Kampagne „TckTckTck“ 15 Mio. Unterschriften für ein ambitioniertes Kyoto-Folgeabkommen. Die Relevanz der Bewegungsfrage beruht neben dieser Dynamik auf Wahrnehmungsdifferenzen. Viele Autoren schreiben von einem „climate movement“, andere nur von Koalitionen. Und obwohl Aktivisten den Bewegungsbegriff nutzen, hinterlassen sie mit ihrer geringen öffentlichen Präsenz keinen solchen Eindruck.

Insbesondere auf Basis von 37 der größten Gruppen weltweit¹ soll die klimapolitisch aktive Zivilgesellschaft dargestellt und auf Merkmale sozialer Bewegungen geprüft werden. Im Ergebnis genügen die Akteure einer anspruchsvollen Definition von sozialer Bewegung nicht, obwohl Ähnlichkeiten existieren.

2 Forschungsstand

Der Untersuchungsgegenstand wird in der Literatur nur am Rande behandelt. Zwar setzen

sich über ein Dutzend Texte mit Klimagruppen auseinander. Ausführlich geschieht dies jedoch lediglich bei Tokar (2010), Baer (2009) und Pettit (2004).

Insgesamt fällt der Bewegungsbegriff häufig. Teils wird er aber widersprüchlich verwendet oder gemieden. Hieraus kann Unsicherheit über den Entwicklungsstand und Bewegungskarakter der Klimagruppen gefolgert werden, die nach Klärung verlangt. Die den Bewegungsbegriff nutzenden und meidenden Äußerungen stehen wie folgt gegeneinander: Foti (2009: 79) beispielsweise schreibt von einem „climate action movement“, Endres und Prain (2009: 232) hingegen von amorphen Netzwerkstrukturen.

Bei den Nutzern des Bewegungsbegriffs liegen Widersprüche in Fragen nach Entstehung, Stärke und Umfang der Bewegung. So gibt es für Baer (2009: 79) seit 2000 eine Klimabewegung, für Tokar (2010: 7) hingegen erst seit 2007. Obwohl Newell ein „very active movement“ (2006: 113) ausmacht, beschreiben es Roberts (2007: 298) und andere als schwach. Ebenso uneinheitlich sind die Größendimensionen der Bewegungsverständnisse. Während Baer *eine* Klimabewegung beobachtet (2009: 79), gibt es für Bond (2009: 7) bereits in einer Umbrella-NGO *mehrere*. Die britische Presse nährt diese Unstimmigkeiten, da sie ein „powerful new movement“ (Levitt 2009) beobachtet. Gleiches gilt für Aktivisten, die sich als „one of the biggest movements in history“ (Libby 2010) bezeichnen.

Diese Widersprüche sollten jedoch nicht überbewertet werden. Kategorien wie Umfang und Stärke sind aufgrund der Dynamik von Bewegungen (Della Porta/Diani 2006: 26) schwer einzuschätzen. Mit Abstrichen existiert

durchaus so etwas wie eine gemeinsame Bewegungsvorstellung, welche nun rekonstruiert wird.

3 Narration einer Weltklimabewegung

3.1 Größe und Umfang

Als Teil der Klimabewegung werden zuerst einmal mehrere Netzwerke von Klimagruppen genannt. Climate Justice Now! (CJN!) und das Climate Action Network (CAN) sind die größten mit jeweils hunderten Mitgliedern (Smythe/Byrd 2010: 100; Newell 2006: 97). CJN! gibt es seit 2007, die Mitglieder kommen häufig aus südlichen Ländern und sehen das UN-Klimaregime kritisch, da sie marktförmige Klimaschutzinstrumente ablehnen. CAN hingegen wurde 1989 gegründet und setzt sich aus vielen westlichen NGOs wie Greenpeace und Oxfam zusammen, die zum Teil in die Kyoto-Mechanismen eingebunden sind (Brunnengräber et al. 2008: 97).

Neben weiteren mitgliedsstarken Netzwerken wie der „Durban Group for Climate Justice“ oder dem in Europa, Amerika und Australien verbreiteten „Rising Tide“-Network gibt es zahllose Einzelorganisationen. Hierzu zählen auch Gruppen, die nicht ausschließlich klimapolitisch tätig sind (Baer 2009: 79f.), z.B. das nordamerikanische Indigenous Environmental Network.

Unter den Begriff Klimabewegung fallen mit dem „Youth Climate“, dem „Climate Camp“ und dem „Climate Justice Movement“ mehrere Subbewegungen. Die erste setzt sich aus „Youth Climate Coalitions“ zusammen, die in mehreren Ländern junge Erwachsene zu Protesten und Diskussionen versammeln. Mit „Climate Camp Movement“ werden Zeltcamps bezeichnet, die 2006 in Großbritannien entstanden. Sie verbinden Bildung, nachhaltiges Leben und Protest (Foti 2009; Levitt 2009). Der Klimagerechtigkeitsbewegung gehören u.a.

CJN!, Rising Tide sowie „grassroots initiatives“ aus südlichen Ländern an. Diese Gruppen berücksichtigen Menschenrechts- und Entwicklungsthemen und fordern einen größeren Beitrag der Industrieländer zur Lösung der Klimakrise (Newell 2006: 113).

3.2 Köpfe

Oft in führenden Positionen der Klimagruppen verortet, gibt es mehrere „figureheads of the climate movement“ (Kuile 2009).

Der Macher: „A familiar face in the climate movement“ (Mogus 2010) und einer ihrer einflussreichsten Mitglieder ist Bill McKibben (Hertsgaard 2007). Der US-Journalist ist Mitbegründer von Step it Up, 350.org und 1 Sky. Dies sind jeweils große US-Kampagnenorganisationen, welche weltweite Aktionstage initiieren sowie eine „grüne“ Marktwirtschaft fordern.

Das Gehirn: Weiterhin international bekannt ist James Hansen, ein Klimawissenschaftler der NASA. Seine Prognosen sind pessimistischer als die des IPCC, seine Kritik an der Klimapolitik der Bush-Regierung und am CO₂-Handel machten ihn populär (Baer 2009: 79; Kuile 2009).

Die jungen Wilden: In Großbritannien gibt es bereits „Popstars der Klimaschutzbewegung“ (Honigstein 2008). Zu diesen zählen die Studenten Garman und George, die mit ihrer NGO „Plane Stupid“ durch spektakuläre Flughafen-Blockaden auffallen (ebd.). Bereits auf Titelbildern erschienen ist Tamsin Omond. Sie gründete Climate Rush, die angelehnt an die englische Frauenbewegung versuchten, das Parlament zu stürmen (Sevier 2009).

3.3 Erfolge

Einer der „climate movement’s biggest victor[ies]“ (Stewart 2009) wird in Kingsnorth verortet. Dort wollte E.ON das erste britische

Kohlekraftwerk seit über 20 Jahren bauen. Dies scheiterte jedoch an mehrjährigen Protesten.

Als symbolische Erfolge werden gelungene Störaktionen gefeiert. Erfreut wurde über die Sabotage einer Kraftwerksturbine berichtet, die den CO₂-Ausstoß Englands kurzfristig senkte (Climate Indymedia 2008) sowie über Proteste, die die Bank of America vorübergehend zwingen, ihren Sitz in San Francisco zu schließen (Rising Tide 2010a: 3).

Mehrfach stellen die großen Kampagnen ihre Erfolge für die vermeintliche Klimabewegung heraus. Sie bestehen bei Step it Up und 350.org in Tausenden angestoßenen Protestaktionen. Im Rahmen der UK-Kampagne 10:10 haben sich zehntausende Bürger, Schulen, Firmen und sogar die Regierung verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen für 2010 um 10% zu senken.

3.4 Interne Debatten und Medien

Die von den Aktivisten geführten Debatten drehen sich allerdings weniger um Erfolge als um Konflikte und Krisen. Zum einen gibt es eine Debatte über das *Kyoto-Folgeabkommen*. Einige Gruppen lehnen dieses ganz ab, weil sie dessen Steuerungsinstrumente kritisieren sowie mit unzureichenden und global ungerechten Ergebnissen rechnen. Hierzu zählen der niederländische Think Tank Carbon Trade Watch (Brunnengraber et al. 2008: 105) sowie Rising Tide (2010a: 11). Letztere plädieren in dem Strategiepapier „The Climate Movement is Dead. Long Live the Climate Movement“ anstelle von Gipfelprotesten für dezentrale Aktionen. CJN! und McKibben zögen kein Abkommen einem schwachen Abschluss vor (Hertsgaard 2007; Climate Indymedia 2009). TckTckTck würde hingegen selbst ein schwaches Abkommen akzeptieren (Zee 2010). Zum anderen wird über die *Entwicklung der Klimacamps* diskutiert, etwa in der Publikation „Criticism without Critique. A Climate Camp Reader“ (Shift Magazine 2010). Die Vereinbarkeit von Merchandi-

sing und antikapitalistischer Einstellung sowie die Öffnung der Camps für die breite Masse sind Streitpunkte.

Die „Bewegungsdebatten“ finden häufig in speziellen Medien statt. Hierzu zählt „Climate Indymedia“, das Artikel und Kommentare seiner Nutzer veröffentlicht. Hinzu kommen der „Climate Action Cafe Blog. A space for discussion and analysis within the global climate movement“ und das „Shift Magazine“. Gelegentlich gibt es Berichte im Umweltressort des „Guardian“.

3.5 Zentrale Schriftstücke

Die Debatten weisen schließlich neben internen Medien auf Dokumente hin, die immer wieder zitiert werden.

Erstens zählt hierzu die Publikation „Greenhouse Gangsters vs. Climate Justice“ (Bruno/Karliner/Brotsky 1999) der US-NGO CorpWatch, die den Begriff der Klimagerechtigkeit sehr früh spezifizierte (Tokar 2010: 8). Zweitens ist der Bericht von Carbon Trade Watch „The Sky is not the Limit“ (2003) populär, der eine frühe Form fundierter Kritik am CO₂-Handel darstellt.

In die Kategorie politische Stellungnahme fallen die Durban Declaration (DD 2004) und die Bali Principles (BP 2002). Erstere ist gegen den CO₂-Handel gerichtet und von Dutzenden NGOs unterschrieben. Die Bali-Prinzipien werden von Rechten und Forderungen gebildet, die den Begriff Klimagerechtigkeit umsetzbar zu machen versuchen.

4 Gehalt der Narration

Die Bewegungsnarration hat viele faktisch fundierte Elemente. Tatsächlich ist der Umfang der klimapolitisch aktiven Zivilgesellschaft erheblich. Nicht einmal alle großen Akteure wurden dabei bisher benannt. Die britische „Stop Climate Chaos Coalition“ (2010) betreibt Politik-

beratung und gibt an, 10 Millionen Unterstützer zu haben. Das internationale „Climate Justice Action Network“ (CJA) besteht aus 50 radikaleren, die Klimaverhandlungen ablehnenden NGOs (Tokar 2010: 8).

Obwohl alle aufgeführten Gruppen existieren, könnte ein Teil recht unbedeutend sein. Die Hälfte der Akteure, unter ihnen CJN!, CJA und TckTckTck, geben keine Postadresse an und verfügen vermutlich nicht über die organisatorische Ressource von Büroräumen. Da aber Protestaktionen und Treffen von CJN! und CJA belegt sind (Indymedia UK 2009; Smythe/Byrd 2010: 100) und Gruppen wie CAN und 10:10 durchaus Büros betreiben, trifft die Kritik, viele Klimagruppen seien reine Online-Existenzen (Roberts 2007: 297), nur bedingt auf den Untersuchungsgegenstand zu. Grundlegend ist der Einwand, den die US-NGO Climate SOS mit der Parole „Get off the internet and get busy“ selbst aufgreift, aber relevant. Zudem gibt es keine Millionen klimapolitisch aktive Menschen. Laut Utopia, einer deutschen Seite für klimaschonenden Konsum, dauert es „30 Sekunden“, Utopist zu werden. Ähnlich schnell und folgenlos sammeln viele Kampagnen ihre Unterschriften. Auch kann kaum etwas gegen die benannten Erfolge, Führungspersonen, Debatten und Leitdokumente der Klimaszene eingewendet werden. Hier ist lediglich festzuhalten, dass nur ein Teil der Gruppen die Debatten führen sowie die Durban Declaration unterzeichnet haben (DD 2004).

Einschränkungen erfährt die Movement-Narration jedoch bei den Subbewegungen. Ihre Existenz ist aufgrund ernüchternder Zahlen sehr fraglich. Seit 2006 gab es 20-30 Klimacamps mit je mehreren Hundert Teilnehmern. In Deutschland oder Irland folgte auf ein erstes Camp kein zweites. In den Kernländern UK und USA liegen die Treffen Monate auseinander und weltweit stagnieren die Camp-Zahlen (Climateconvergence 2010). Der Umfang der „Jugendbewegung“ ist noch geringer.

Die Powershift-Treffen – ihr zentraler Bestandteil – fanden bisher nur sechs Mal statt und waren konferenzzähnlich (Kuile 2009). Sie wurden von den national eigenständigen Youth Climate Coalitions organisiert. Folglich wirkt die Beschreibung der Jugendbewegung als „booming“ (ebd.) und der Camps als „fast-growing“ (Climate Camp UK 2010) überzogen. Auch scheint der Bewegungsbegriff für eine überschaubare Zahl kaum verbundener Veranstaltungen und formelle Organisationsstrukturen mit geringen Protestbezügen unangemessen.

Von der Narration bleibt somit bestehen, dass der Untersuchungsgegenstand von einer großen Zahl thematisch ähnlicher Gruppen gebildet wird, die unter anderem durch Debatten, Dokumente und Identifikationspersonen verbunden sind.

5 Operationalisierung des Begriffs soziale Bewegung

Dieses Kapitel soll ein *anspruchsvolles* Begriffskonzept für die Prüfung der Bewegungseigenschaft entwickeln. Sinn und Nutzen der Begriffskategorie gehen verloren, wenn sie bereits für mehrmalige Veranstaltungen (z.B. bei Foti 2009: 8) oder einzelne NGOs (z.B. bei Bond 2009: 7) genutzt wird. Bestätigend beklagt Batliwala: „the term movement has become [...] almost devoid of meaning“ (2002: 398).

Die Verwendung des Bewegungsbegriffs wäre weniger beliebig, würden die Definitionen der Forschung berücksichtigt. Demnach sind soziale Bewegungen kollektive und wirkmächtige Akteure, die gesellschaftliche Bedürfnisse aufgreifen. Sie weisen netzwerkartige Strukturen auf (i), bilden Formen gemeinsamer Identität (ii) und zielen mittels Protestnutzung (iii) auf sozialen Wandel (iv) (Roth/Rucht 2008: 14; Teune 2008: 529; McCarthy/Zald 2006: 534).

Das erste Bewegungsmerkmal „Netzwerkstruktur“ besteht aus mehreren Elementen: Die

Knotenpunkte werden von Social Movement Organizations (SMOs), Aktivisten und Anhängern gebildet. SMOs sind formelle, auf das Wandelziel gerichtete Organisationen. Einzelne SMOs können durch zentrale Netzwerkposition und Steuerungsaktivitäten den organisatorischen Kern einer Bewegung bilden. Aktivisten sind intensiv engagierte Bewegungsmitglieder. Anhänger einer Bewegung werden ihr nahe stehende, unregelmäßig Aktive genannt, die leicht zu mobilisieren sind und oft finanzielle Unterstützung leisten. Die Knotenpunkte werden durch formelle und informelle Beziehungen wie Zusammenarbeit und persönliche Kontakte verbunden (ebd.: 537; Della Porta/Diani 2006: 124).

Der Zusammenhalt der Netzwerkstruktur wird auch durch das Bewegungsmerkmal „gemeinsame Identität“ befördert. Diese beruht auf geteilten Werten und Einstellungen der Bewegungsmitglieder. In der Folge entsteht Vertrauen und Solidarität zwischen ihnen, was sich auch in einer gemeinsamen Wahrnehmung der Wirklichkeit niederschlägt. Soziale Bewegungen sind damit von Zusammengehörigkeitsgefühlen geprägt (Noorgard 2006; Della Porta/Diani 2006: 16f.).

Das Merkmal „Protestnutzung“ besagt, dass der „various use of protest“ (ebd.) das Hauptinstrument sozialer Bewegungen zur Durchsetzung ihrer Ziele ist. Bewegungen nutzen etwa Demonstrationen und zivilen Ungehorsam (McCarthy/Zald 2006: 537), da sie etablierten Einflusspfaden keinen umfassenden Wandel zutrauen. Mit Protesten wollen sie auffallen und Druck erzeugen. Wichtig ist dabei, dass der Protest eine mit dem Wandelziel verbundene Wirkung erzeugt, indem er etwa kontinuierlich, sichtbar und publikumsspezifisch ist (Roth/Rucht 2008: 13, 26f.).

Das vierte Merkmal sozialer Bewegungen ist ihr „Ziel, sozialen Wandel herbeizuführen“. Es geht somit nicht um kleinteilige Reformen, sondern um Strukturveränderungen. Neben der radikalen Ablehnung bestehender Verhältnisse

gehört hierzu eine konkrete Alternativvorstellung (ebd.: 1). Diese wird als die Gesellschaft, und nicht Partikularinteressen, voranbringend verstanden (Della Porta/Diani 2006: 13).

Da die Untersuchung die Existenz einer *transnationalen* Klimabewegung prüft, benötigen die Merkmale eine diesbezügliche Spezifikation. Die Mehrheit der Forschung geht von Unterschieden zwischen nationalen und transnationalen Bewegungen aus (Teune 2008). Die Netzwerkstrukturen letzterer sind demnach grenzüberschreitend und eher dezentral. Neben der geringeren Wahrscheinlichkeit eines organisatorischen Kerns bedeutet dies, dass die Akteure heterogener sind und aus verschiedenen Ländern stammen (Barrett/Kurzman 2004: 497). Sie weisen eine „complexity of international linkages“ (Keck/Sikkink 2000: 50) auf. Zudem können sich internationale Bewegungsorganisationen bilden. Auch transnationale Bewegungen haben eine gemeinsame Identität, sie ist jedoch schwächer und akzeptiert abweichende Werte. Das Merkmal Protest ist verändert, da es gemeinsame Proteste von Aktivisten verschiedener Länder gibt, die auch auf die internationale Ebene zielen können. Das Wandelanliegen einer transnationalen Bewegung befasst sich meist mit grenzüberschreitenden Veränderungen.

Abschließend ist zu betonen, dass eine transnationale Bewegung nicht alle, aber mehrere Länder einbinden sollte (Barrett/Kurzman 2004: 497). Zudem ist die Existenz einer Bewegung *innerhalb* dieser Länder zu wenig, da es um eine *gemeinsame* Entwicklung geht.

6 Anwendung der Bewegungsmerkmale

6.1 Netzwerkstrukturen

Sowohl für die Knotenpunkte von Bewegungsnetzwerken als auch ihre Verbindungen wurden Indikatoren gebildet. Für die Knotenpunkte ist dies die „Existenz von SMOs (Bewegungsor-

ganisationen), Aktivisten und Anhängern internationalen Ausmaßes“, für die Netzwerkverbindungen eine „hohe Verknüpfungsintensität in Form von Ebenen und Häufigkeit der Gruppenkontakte“. Hinzu kommt der für dezentral-transnationale Bewegungen nicht zwingend zu erfüllende Indikator „Existenz eines organisatorischen Kerns“. Diese Makroindikatoren wurden mit Hilfe der Merkmalsbeschreibung präzisiert. Die Mikroindikatoren für SMO lauten „Wandelziel“ und „Zeichen formeller Organisationsstrukturen“ wie Mitgliedschaft, für Aktivisten „intensive Organisations- und Protesteinbindung“ und für Anhänger „mehrfache oder aufwendige Protestteilnahme“. Der organisatorische Kern wird über die Mikroindikatoren „zentrale Netzwerktoposition“, „Existenz eines Büros und Publikationsorgans“ als Steuerungsressourcen sowie „Mobilisierungsaktivitäten“ gemessen.

Vor dem Hintergrund des Indikatorenbündels scheint das Bewegungsmerkmal Netzwerkstrukturen recht problemlos von der klimapolitisch aktiven Zivilgesellschaft erfüllt zu werden. So können in Bezug auf Indikator 1 die Bestandteile eines Bewegungs-Netzwerkes identifiziert werden. Sowohl größere Gruppen wie Rising Tide und 1 Sky, aber auch kleine wie Plane Stupid erfüllen die Kriterien von SMOs. Anspruchsvolle Wandelziele sind erkennbar, wenn 1 Sky beabsichtigt „to shift our nation away from climate change and toward [...] a green economy“ (2010a), Plane Stupid „[the] End to short haul flights and airport expansion“ (2010) und Rising Tide „a phase out [...] of fossil fuel use“ (2010b) anstrebt.

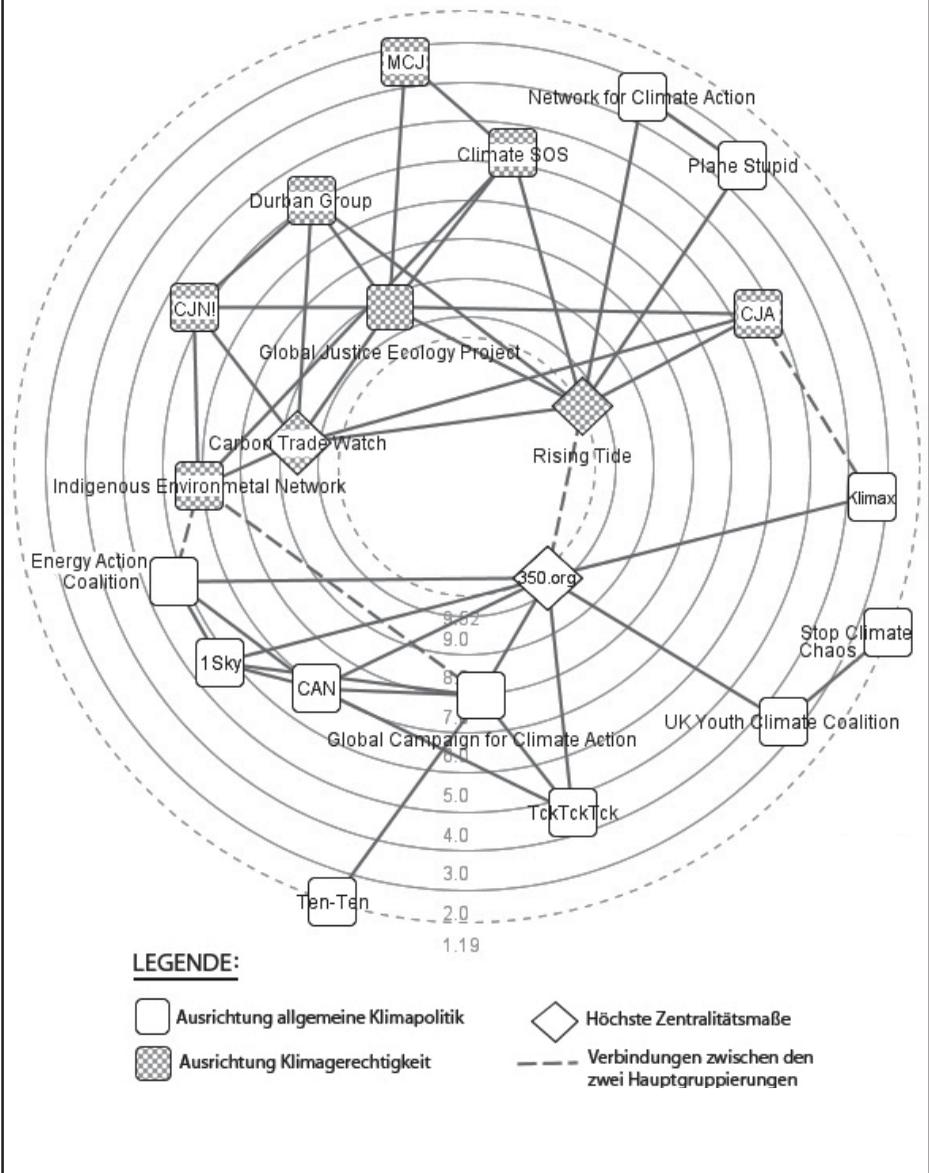
Auch formelle Organisationsstrukturen existieren mehrheitlich, da 1 Sky seinen Vorstand im Internet vorstellt, Rising Tide über Postadresse und Pressesprecher verfügt und Plane Stupid als Organisation bezeichnet wird (Honigstein 2008). Weiterhin ist Rising Tide mit Sektionen auf drei Kontinenten wahrlich transnational, Plane Stupid mit einer irischen

Abteilung und 1 Sky mit internationalen Verbündeten zumindest begrenzt transnational. Neben SMOs gibt es auch klimapolitische Aktivisten. Hierzu zählen intensiv engagierte Personen, von denen populäre bereits als „Köpfe der Bewegung“ vorgestellt wurden. Nicht selten betreiben sie ehrenamtlich kleine Klimagruppen oder sind an radikalen Protestaktionen beteiligt.

Die Anhängerschaft der Klimaszene ist erst auf den zweiten Blick erkennbar. Viele Gruppen haben entweder Mitgliedsmöglichkeiten für NGOs (Carbon Trade Watch, CAN, MCJ) oder sammeln von Individuen nur unverbindlich Unterschriften (TckTckTck, 1 Sky, Stop Climate Chaos). Hieraus kann nicht auf eine für Anhänger charakteristische leichte Mobilisierbarkeit und gelegentliche Mitwirkung geschlossen werden (McCarthy/Zald 2006: 537). Jedoch finden sich Anhänger vermutlich bei den Klimacamps, Powershift-Treffen und Aktionstagen. Diese sind aufwendiger und weniger anonym als etwa Demonstrationen und erfordern eine bei Anhängern eher als bei Unbeteiligten vorzufindende Einsatzbereitschaft und NGO-Nähe.

Indikator 2 aufgreifend, gibt es internationale Verknüpfungen zwischen den Klimagruppen. Am häufigsten sind Mitgliedschaften. Unter die Begriffe Allies (1 Sky), Friends (350.org), Partner (Carbon Trade Watch) oder Members (CJN!, CAN) gefasst, gibt es etliche Verbindungen, die in Grafik 1 dargestellt werden. Unter den „Freunden“ von 350.org sind Rising Tide, 1 Sky, CAN, und Klimax Dänemark. Bei CAN sind wiederum 350.org, 1 Sky sowie das US-Jugendnetzwerk Energy Action Coalition Mitglied. Britische NGOs wie Plane Stupid koordinieren sich im „Network for Climate Action“. Eine weitere Verbindungsebene bilden organisatorische Zusammengehörigkeiten. Step it Up ist der Vorgänger von 350.org (2010b) und Carbon Trade Watch (2010) organisierte die Gründungskonferenz der Durban Group.

Graphik 1: Netzwerkstrukturen der Klimagruppen, beruhend auf Mitgliedschaft
 (angeordnet nach Node Centrality Degree, dargestellt in Visione 2.6)



Schließlich sind manche Gruppen auf der Ebene von Kooperationen verbunden. So waren 350.org, Climate SOS und Rising Tide am Aufruf zur größten Demonstration des Kopenhagener Klimagipfels beteiligt (Climate March 2009), unterstützt die US-NGO 350.org mit dem Aktionstag „global work party“ ihre britischen „friends at 10:10“ (McKibben 2010) und organisierten CJA, Rising Tide NA, MJC und Climate SOS den „Day Against Offshore Drilling“ am 20.4.2010.

Insgesamt weist die klimapolitisch aktive Zivilgesellschaft aufgrund der erfüllten Indikatoren transnationale, bewegungstypische Netzwerkstrukturen auf. Diese sind jedoch ohne organisatorischen Kern, da die Netzwerkanalyse zur Auswertung der NGO-Kontakte keinen allseits vernetzten Akteur ermittelte (siehe Grafik 1). Auch gehen Steuerungsimpulse von mehreren Gruppen aus. Abschließend muss der Eindruck eines hohen Vernetzungsgrades etwas korrigiert werden. Neben Akteuren wie CJA, CJN! und CAN, die sich real für Proteste und Konferenzen treffen (Indymedia UK 2009; Smythe/Byrd 2010: 100) oder 1 Sky und MCJ, die einer Aufnahme Verpflichtungserklärungen und Fragen voranstellen, wirken andere Verknüpfungen wie Linksammlungen. Die Anmeldung bei 350.org und TckTckTck geschieht intransparent und womöglich anspruchslos per E-Mail und es wird nichts von Treffen berichtet.

6.2 Protestnutzung und Wandelziel

Bei den Merkmalen Protestnutzung und Wandelziel bestehen Zweifel, ob die Klimaakteure ihnen angemessen entsprechen. Das Merkmal „Protestnutzung“ wurde angelehnt an seine Beschreibung mit den Indikatoren „hohe Protestintensität“ (i) und „strategische Protestausrichtung“ (ii) gefasst. Der erste Indikator entstand vor dem Hintergrund der dominierenden Rolle von Protesten in der Bewegungsarbeit und wird

mit den Mikroindikatoren Häufigkeit, Formenvielfalt und Dauerhaftigkeit des Protestgeschehens gefüllt. Der zweite Indikator geht von der Rationalität aus, die sozialen Bewegungen in ihren Protesten unterstellt wird (McCarthy/Zald 2006). Als Mikroindikatoren werden Bewegungszielbezüge und Publikumsorientierung genutzt.

Grundlegend gehen von den Klimagruppen sehr viele Proteste aus. Die größte und klassische Variante sind dabei Demonstrationen mit Tausenden Teilnehmern, zuletzt im Dezember 2009 „The Wave“ in London und dem „Climate March“ in Kopenhagen. Weiterhin gibt es kleine Protestaktionen, die von Tankstellenbesetzungen über Auftritte im Eisbärenkostüm, Karikaturen und Petitionen bis zu Massenaufrufen bei Politikern reichen. Während die Kriterien Häufigkeit und Formenvielfalt somit erfüllt werden, gibt es bei der Dauerhaftigkeit Defizite. So verlaufen die Proteste zyklisch. Sowohl Großdemonstrationen – zu ihnen zählen die jährlichen Protestzüge der Global Climate Campaign (4.12.) und die Aktionstage von Step it Up (3.11.) und 350.org (24.10.) – orientieren sich an den UN-Verhandlungen vor Weihnachten. Die Kampagnen folgen diesem Zyklus, aber auch die ganzjährig aktiven Gruppen Rising Tide und MCJ investieren etwa mit dem „Day of Climate Action“ (30.11.) viel Aufwand in die Klimagipfel. Folglich ist es fraglich, ob *ein* Protesthöhepunkt pro Jahr für die Existenz einer Bewegung ausreichend ist.

Zumindest für den Indikator „strategische Protestausrichtung“ hat die Gipfelorientierung eine positive Seite. An ihnen wird deutlich, dass die Proteste gezielt zur Beeinflussung der Verhandlungen eingesetzt werden. TckTckTck forderte mit seinen Unterschriften einen „bold climate deal“ (2010) und der „Day of Action for Climate Justice“ echte Fortschritte in Kopenhagen (MCJ 2009a). Auch sind die Proteste publikumsorientiert, da Demonstrationen oft von Gipfelberichterstattungen aufgegriffen und Un-

terschriftenlisten von Politikern entgegengenommen werden.

Beim Bewegungsmerkmal „Wandelziel“ erbigt sich ähnlich der Protestnutzung ein unstimliches Bild von mehreren problemlos erfüllten Indikatoren bei einem nicht erfüllten Indikator. Um das Bewegungsmerkmal „Streben nach sozialem Wandel“ messbar zu machen, wurden zwei Indikatoren gebildet. Der erste lautet „deutliche Kritik aktueller Verhältnisse“ als Zeichen der Ablehnung dieser und der zweite „Existenz tiefgreifender Wandelvorstellungen“. Letzterer wurde um die Mikroindikatoren „gruppen- und länderübergreifende Vereinbarkeit“ und „internationaler Fokus“ der Wandelziele ergänzt.

An radikaler Kritik der Klimapolitik mangelt es so wenig wie an globalen Wandelvorstellungen. Rising Tide (2010a: 2, 8) wirft der internationalen Politik vor, von der Wirtschaft gekauft zu sein, Stop Climate Chaos (2010) beschuldigt die britische Regierung einer großen Klimaschuld, und die Durban Group (2010) klagt Lösungsansätze der Politik als „privatization of the air“ an. Ihren umfassenden Wandelanspruch äußern die Gruppen mit Begriffen wie „Global Transformation“ (350.org 2010a) oder „radical change“ (MCJ 2009b). Inhaltlich wird das Wandelziel oftmals detailliert ausgeführt und übereinstimmend mit „solve climate change“ (ebd.; 1 Sky 2010b) beschrieben. Fast alle Gruppen fassen hierunter Emissionsreduktionen und die Abkehr von fossiler Energie.

Während somit der Indikator radikale Kritik erfüllt wird und die Tiefe und der internationale Fokus der Wandelvorstellungen erkennbar ist, gibt es Defizite bei der gruppenübergreifenden Vereinbarkeit. Die Wandel-Programme weichen abseits des Klimawandel- und Emissionsstopps massiv voneinander ab. Die Klimagerechtigkeitsgruppen sehen den Klimawandel mit dem Kapitalismus und Krisen anderer Beiriche verbunden und fordern deshalb eine Ver-

änderung des Wirtschaftssystems (Rising Tide 2010a: 7; Shift Mag 2010). MCJ treibt die Ausweitung des Themas auf die Spitze, wenn es äußert: „climate crisis is directly linked to the financial crisis, the food crisis, [...] migration, [...] militarism and war“ (MCJ 2009b).

Den Punkt Wirtschaft sehen Gruppen wie 1 Sky oder 350.org jedoch völlig anders, da sie Firmen auffordern, die „economic opportunities“ (1 Sky 2010a) des Klimawandels zur Schaffung von „green jobs“ (ebd.) zu nutzen. Das Wandelanliegen eines Teils der Klimagruppen ist also umfassender und radikaler als das eines anderen sowie kaum mit diesem vereinbar. Die einen wollen den Klimawandel *mit Hilfe* des Kapitalismus stoppen, die anderen den Klimawandel *und* den Kapitalismus stoppen.

6.3 Gemeinsame Identität

Das letzte Merkmal „gemeinsame Identität“ trägt zu den Zweifeln an der Bewegungshaftigkeit der Klimagruppen bei. Der erste Indikator des Merkmals lautet „Verwendung der gruppenübergreifend intendierten Begriffe ‚wir‘ und ‚Bewegung‘“ und prüft die Existenz von Zusammengehörigkeitsgefühlen. Der zweite Indikator „übereinstimmende Einschätzung des Kopenhagener Gipfels“ zielt auf die gemeinsame Realitätswahrnehmung und der dritte Indikator „keine antagonistischen Konflikte“ auf die Solidarität der Akteure.

Von den untersuchten NGOs verwenden die Hälfte den Bewegungsbegriff. Der verbreitete Ausdruck wird mehrfach gruppen- und länderübergreifend eingesetzt. Dies zeigt 350.org mit der Äußerung „movement to unite the world“ (2010a) oder CJN! mit der Bezeichnung „global climate justice movement“ (2010). Der Begriff „wir“ ist hingegen meist auf einzelne Akteure begrenzt. So berichten die UK Youth Climate Coalition in der Homepage-Rubrik „Who are we?“ über die eigene Organisation. Die

Durban Declaration und die Bali Principles enthalten das „we“ mit breiterem Fokus. Durch seine Verwendung anstelle distanzierter Formeln wie „Vertragsparteien“ wird ein gewisses, bereits in den niedergelegten Zielen und Werten erkennbares Zusammengehörigkeitsgefühl betont.

Indikator 1 ist jedoch der einzige positiv ausfallende des Merkmals gemeinsame Identität. So kann an der Wahrnehmung der Klimaverhandlungen keine gemeinsame Interpretation der Realität abgelesen werden. Die Reaktionen über die gescheiterten Verhandlungen in Kopenhagen gingen diametral auseinander. Während TckTckTck, 350.org oder Stop Climate Chaos enttäuscht waren, äußerte Rising Tide: „we never expected a deal in Copenhagen. We don't want an international agreement“ (Zee 2010). Diese Position wird auch CJN! und Klimacamp-Vertretern zugeschrieben (ebd.). Hierin spiegelt sich ein grundlegender Dissens über den Sinn der UN-Verhandlungen sowie ökonomischer Klimaschutzinstrumente.

In Rückschluss auf die Reaktionen agierten die NGOs während eines wichtigen klimapolitischen Ereignisses ohne vereinte Kräfte. Bezeichnenderweise wollte das anlässlich des Gipfels gegründete Netzwerk CJA diesen nicht voranbringen, sondern erörterte die Frage „Should the COP15 be shut down?“ (Indymedia UK 2009). Die Gruppen sind also in klimapolitischen Grundfragen uneins. Deshalb nehmen sie zentrale klimapolitische Prozesse unterschiedlich wahr und zeigen kein geschlossenes Handeln.

Die sich andeutende Teilung der Klimagruppen wird von Grafik 1, die zwei Lager erkennen lässt, wie auch vom nächsten Indikator bestätigt, der ihre Solidarität über das Konfliktniveau misst. Rising Tide wirft tiefe Gräben zu den „Mainstream“-Gruppen auf, unter die es Befürworter des Klimaregimes fasst (Rising Tide 2010a: 4). Es bezeichnet ihre Politikvorschläge als destruktiv (ebd.), klagt sie wegen

ihrer Sponsoren an (ebd.: 6f.), verspottet die Kampagne TckTckTck als „fckfckfck“ (ebd.: 17) und lehnt eine gemeinsame „Bewegungs“- und „we“-Bezeichnung ab (ebd.: 3, 8). Diese offenen Angriffe auf thematische Partnergruppen zeugen weder von Vertrauen noch Solidarität. Die Angriffe gehen auch von MCJ (2010) aus, das TckTckTck für den „Fossil Fool Award“ vorschlägt.

Der Konflikt zwischen „Mainstream“-Gruppen und Klimagerechtigkeitsgruppen – zu diesen zählen die polarisierenden NGOs Rising Tide, MCJ, und CJN! – brach 2007 auf dem Bali-Gipfel aus, als sich CJN! durch Abspaltung von CAN gründete. Dies beruhte neben der beklagten Dominanz westlicher NGOs wiederum auf Differenzen bezüglich der UN-Verhandlungen (Passadakis 2009). Die Mainstream-Gruppen ihrerseits suchen keine Konfrontation, auch wenn das im Kopenhagen Guide von CAN erschienene Kapitel „Interaction with non-CAN groups“ (2009: 5) auf Verschlussheit hindeutet und nur wenige befreundete Gruppen ausweist.

Dass die Gräben nicht unüberwindbar sind, zeigen neben dem von beiden Lagern mitgetragenen „climate march“ auch vereinzelte Partnerschaften wie zwischen 350.org und Rising Tide. Dennoch kann angesichts der Konflikte, bewussten Abgrenzung, Wahrnehmungs- und Positionsunterschiede von keiner – auch nicht von einer transnational bedingt schwächeren – gemeinsamen Identität der Akteure gesprochen werden.

7 Fazit

Diese Analyse fragte nach dem Bewegungskarakter der internationalen, klimapolitisch aktiven Zivilgesellschaft. Die auf Grundlage von Klimagruppen, ihrer Aktionen, Debatten und Aktivisten überprüften Merkmale waren unterschiedlich ausgeprägt. Bewegungstypische Netzwerkstrukturen (i) sind etwa mit

SMOs und deren Verknüpfung vorhanden, auch gibt es viele Proteste (ii) und klare Wandelvorstellungen (iii). Da die Proteste jedoch wenig dauerhaft sind, die Wandelvorstellungen teils unvereinbar divergieren und aufgrund von Spaltungstendenzen keine gemeinsame Identität (iv) erkennbar ist, fällt das Ergebnis negativ aus. Die Akteure genügen nicht dem geprüften, anspruchsvollen Bewegungskonzept, da von vier Merkmalen eines ganz und zwei teilweise verfehlt wurden.

Die Merkmalsausprägungen könnten anderen Bewegungsverständnissen jedoch genügen, zumal der Begriff formbar ist (Batliwala 2002: 398). Hier könnte der Vergleich mit etablierten Bewegungen helfen, den Befund allgemeingültiger zu machen – würde er doch zeigen, wie ähnlich die Klimaszene anderen anerkannten Bewegungen ist und ob solche das Prüfkonzept erfüllen. Der Befund könnte auch durch Länderstudien zur rege aktiven britischen oder US-Klimaszene weiterentwickelt werden. So gibt es aktuell zwar keine allgemeine und transnationale, womöglich aber bereits nationale Klimabewegungen.

Matthias Dietz ist Politikwissenschaftler und arbeitet am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) der Uni Bremen.

Anmerkung

¹Es wurden große, populäre und gut vernetzte Akteure zusammengetragen. Eine Tabelle der nach Kategorien wie Größe und Aktionsformen ausgewerteten Gruppen kann zugesendet werden (mdietz@zes.uni-bremen.de).

Literatur

1 Sky 2010a: 1 Sky Solutions. www.1sky.org/about/solutions [06.06.2010].

1 Sky 2010b: Our Story. www.1sky.org/about/our-story [03.06.2010].

350.org 2010a: Mission. www.350.org/mission [06.06.2010].

350.org 2010b: Die Fakten in Kürze. www.350.org/de/pressezentrum [06.06.2010].

Baer, Hans A. 2009: A Field Report on the Critical Anthropology of Global Warming: A View from a Transplanted American Downunder. In: *Dialect Anthropol*, Jg. 33, Heft 1, 79-85.

Barrett, Deborah/Kurzman, Charles 2004: Globalizing Social Movement Theory: The Case of Eugenics. In: *Theory and Society*, Jg. 33, Heft 5, 487-527.

Batliwala, Srilatha 2002: Grassroots Movements as Transnational Actors: Implications for Global Civil Society. In: *Voluntas*, 13, 4, 393-409.

Bond, Patrick 2009: Carbon Trading, Space, Time and Eco-Social Contestation. Article forthcoming in *Antipode* 2010. www.durbanclimatejustice.org/?p=168 [12.03.2010].

BP 2002: The Bali Principles of Climate Justice. www.ejnet.org/ej/bali.pdf [06.06.2010].

Brunnengräber, Achim et al. 2008: Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bruno, Kenny/Karliner, Joshua /Brotsky, China 1999: Greenhouse Gangsters vs. Climate Justice. Publ. by CorpWatch & TRAC. <http://s3.amazonaws.com/corpwatch.org/downloads/greenhousegangsters.pdf> [06.06.2010].

CAN 2009: Guide to Copenhagen December 2009. www.climatenetwork.org/cop15/CAN-COP15Guide.pdf/view [06.06.2010].

Carbon Trade Watch 2003: The Sky is not the Limit. The Emerging Market in Greenhouse Gases. www.carbontradewatch.org/pubs/skyeng.pdf [06.06.2010].

Carbon Trade Watch 2010: History. www.carbontradewatch.org/about-us.html [06.06.2010].

CJN! 2010: Climate Justice Movement. www.climate-justice-now.org/category/climate-justice-movement/ [07.06.2010].

Climate Camp UK 2010: Home. www.climatecamp.org.uk/ [06.06.2010].

Climateconvergence 2010: [Verweise zu nationalen Climate Camps]. www.climateconvergence.org [06.06.2010].

Climate Indymedia 2008: UK: Lone activist shuts down coal-burning power station! www.climateimc.org/de/node/5968 [04.06.2010].

Climate Indymedia 2009: Mobilize in Solidarity for Climate Justice! www.climateimc.org/de/node/6413 [04.06.2010].

Climate March 2009: Supporters. <http://12dec09.dk/content/english/supporters> [06.06.2010].

DD 2004: Climate Justice Now! The Durban Declaration on Carbon Trading. www.durbanclimatejustice.org/durban-declaration/english.html [06.06.2010].

Della Porta, Donatella/Diani, Mario 2006: Social Movements. An Introduction. Malden: Blackwell.

Durban Group 2010: Who are we? www.durbanclimatejustice.org/who-are-we [06.06.2010].

Endres, Danielle/Prairie, Leah 2009: Social Movement to Address Climate Change: Local Steps for Global Action. Amherst, New York: Cambria Press.

Foti, Alex 2009: Climate Anarchists vs Green Capitalists. In: ZCommunications. www.zcommunications.org/climate-anarchists-vs-green-capitalists-by-alex-foti [03.06.2010].

Hertsgaard, Mark 2007: The Making of a Climate Movement. In: *The Nation*, 22.10.2007.

Honigstein, Raphael 2008: Turbulenzen beim Check-in. Plane Stupid. Anti-Flug-Initiative, London. In: *Greenpeace Magazin*, 1/2008. www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=4978 [17.11.2010].

Indymedia UK 2009: Reportback from June 09 Climate Justice Action COP15 meeting: Copenhagen. www.indymedia.org.uk/en/2009/07/434136.html [06.06.2010].

Keck, Margaret/Sikkink, Kathryn 2000: Historical Precursors to Modern Transnational Social Movements and Networks. In: Guidry, John/Kennedy, Michael /Zald, Mayer (Hg.): *Globalizations and Social Movements*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 35-53.

Kuile, Casper ter 2009: Power Shift: Global Youth Climate Movement Comes of Age. In: *The Guardian Environmental Blog*. www.guardian.co.uk/environment/blog/2009/feb/20/coal-protest-power-shift [03.06.2010].

Lever-Tracy, Constance 2008: Global warming and sociology. In: *Current Sociology*, Jg. 56, Heft 3, 445-466.

Levitt, Tom 2009: Climate Camp: Saviour of the Environmental Movement? In: *The Ecologist Online*. www.theecologist.org/News/news_analysis/296747/climate_camp_anarchist_or_saviour_of_the_environmental_movement.html [03.06.2010].

Libby, Heather 2010: Help the Climate Movement Win a Webby Award! www.tckctck.org/stories/campaign-stories/help-climate-movement-win-webby-award [03.06.2010].

McCarthy, John/Zald, Mayer 2006: The Enduring Vitality of the Resource Mobilization Theory of Social Movements. In: Turner, Jonathan (Hg.): *Handbook of Sociological Theory*. New York, N.Y.: Springer Science, 533-565.

MCJ 2009a: Day of Action for Climate Justice. www.actforclimatejustice.org/wp-content/uploads/2009/11/N30_2009_flier.pdf [06.06.2010].

MCJ 2009b: Open Letter to the Grassroots. www.actforclimatejustice.org/about/open-letter-to-the-grassroots/ [06.06.2010].

MCJ 2010: Eyes Wide Shut – TckTckTck exposé from activist insider. www.actforclimatejustice.org/2010/01/eyes-wide-

shut-tckctck-expose-from-activist-insider/ [06.06.2010].

McKibben, Bill 2010: Plans for 2010. www.350.org [04.06.2010].

Mogus, Jason 2010: Bill McKibben compares the attack on climate science to OJ Simpson trial. www.tckctck.org/stories/campaign-stories/bill-mckibben-compares-attack-climate-science-oj-simpson-trial [04.06.2010].

Newell, Peter 2006: Climate for Change? Civil Society and the Politics of Global Warming. In: Anheier, Helmut/Glasius, Marlies/Kaldor, Mary (Hg.): *Global Civil Society 2005/06: Poverty and Activism*. London: Sage, 90-119.

Noorgaard, Kari 2006: „People Want to Protect Themselves a Little Bit“: Emotions, Denial, and Social Movement Nonparticipation. In: *Sociological Inquiry*, Jg. 76, Heft 3, 372-396.

Passadakis, Alexis 2009: Auf dem Weg nach Kopenhagen. In: *TAZ*, 10.11.2009.

Pettit, Jethro 2004: Climate Justice: A New Social Movement for Atmospheric Rights. In: *IDS Bulletin*, Jg. 35, Heft 3, 102-106.

Plane Stupid 2010: About us. www.planestupid.com/aboutus [07.06.2010].

Rising Tide North America (NA) 2010a: The Climate Movement is Dead. Long live the Climate Movement. www.risingtidenorthamerica.org/wordpress/wpcontent/uploads/2010/03/climatemovement_longlive.pdf [11.03.2010].

Rising Tide North America (NA) 2010b: What is Rising Tide? www.risingtidenorthamerica.org/wordpress/what-is-rising-tide/ [07.06.2010].

Roberts, Timmons J. 2007: Globalizing Environmental Justice. In: Sandler, Ronald/Pezullo, Phaedra C. (Hg.): *Environmental Justice and Environmentalism*. Cambridge: MIT, 285-307.

Roth, Roland/Rucht, Dieter 2008: Einleitung. In: dies. (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*. Ein Handbuch. Frankfurt, New York: Campus, 9-38.

Sevier, Laura 2009: Case Study: Campaigning Against Climate Change. In: *The Ecologist*, 1.5.2009.

Shift Magazine 2010: Criticism without Critique. A Climate Camp Reader. dysophia.files.wordpress.com/2010/01/cca_reader.pdf [04.06.2010].

Smythe, Elizabeth/Byrd, Scott 2010: World Social Forum Activism in Belem and Beyond. In: *Journal of World-Systems Research*, Jg. 16, Heft 1, 94-105.

Stewart, Ben 2009: Kingsnorth Climbdown is the British Climate Movement's Biggest Victory. In: *Guardian Online*. www.guardian.co.uk/environment/cif-green/2009/oct/08/kingsnorth-climbdown-british-climate-movement [04.06.2010].

Stop Climate Chaos Coalition 2010: About. www.stopclimatechaos.org/we-are [06.06.2010].

TckTckTck 2010: About. www.tckctck.org/about [04.06.2010].

Teune, Simon 2008: „Gibt es so etwas überhaupt noch?“ Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen. In: *PVS*, 49, 3, 528-547.

Tokar, Brian 2010: Toward a Movement for Climate Change. www.social-ecology.org/wpcontent/uploads/2009/12/brian1.Toward_a_Movement.pdf [08.02.2010].

Zee, Bibi van der 2010: Is the Climate Change Movement Splintering? In: *The Guardian Environmental Blog*. www.guardian.co.uk/environment/blog/2010/feb/25/climate-change-movement [06.06.2010].

Jochen Roose

Bürgerschaftliches Engagement in Europa Ein Vergleich

Bürgerschaftliches Engagement oder ‚Volunteering‘, wie es international heißt, ist ein vielgestaltiges Phänomen. In ganz unterschiedlichen Bereichen findet Engagement als freiwillige, unbezahlte Arbeit zum Wohle anderer oder der Gemeinschaft jenseits der Familie statt. In diesen Bereichen geht es um sehr unterschiedliche Arten von Arbeit, es werden Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Fähigkeiten angesprochen, die Begleiteffekte für die Engagierten, auch der Nutzen für die Gesellschaft sind sehr unterschiedlich. Schon die Bestimmung, was als bürgerschaftliches Engagement verstanden werden soll, ist entsprechend umstritten. Muss eine Aktivität an eine Organisation gebunden sein, um als bürgerschaftliches Engagement angesehen zu werden (so Gaskin et al. 1996: 63)? Auch die Frage, was dem Wohle der Gemeinschaft dient, mag unterschiedlich interpretiert werden (vgl. FJ NSB 4/2008). Zudem ist keineswegs eindeutig, ob sich Gemeinwohl allein auf Menschen bezieht (vgl. Wilson 2000: 215), oder ob ein Engagement für Tierrechte oder Naturschutz einzubeziehen ist. Das Problem verschärft sich noch, wenn der Blick auf einen internationalen Vergleich gerichtet ist. Manche Abgrenzungsentscheidungen liegen scheinbar auf der Hand, doch in einem anderen Land mit einer anderen Kultur des bürgerschaftlichen Engagements würde die gleiche Frage mit ebensolcher Selbstverständlichkeit anders entschieden werden.

Nun sind Schwierigkeiten bei der Abgrenzung eines komplexen Gegenstandes keineswegs ungewöhnlich und für bürgerschaftliches Engagement wurden auch schon viele Varianten diskutiert (Behr et al. 2002, Evers 1999, Wilson 2000). Es läge also nahe, diese Be-

griffsdebatten als Spezialprobleme an die Wissenschaft zu delegieren. Doch ganz so einfach liegt die Sache nicht. Wenn wir das Engagement in unterschiedlichen Ländern vergleichen wollen, nicht zuletzt mit der Frage, was sich von anderen Ländern lernen lässt, ist es von größter Bedeutung, genau zu wissen, ob überhaupt das Verständnis von Engagement gleich ist.

Eine Detailbetrachtung von Engagementkulturen im europäischen Vergleich liegt weit jenseits dessen, was dieser Beitrag leisten kann. Sie finden sich an anderen Stellen (z. B. Gaskin et al. 1996) und vor allem in den folgenden Artikeln dieses Themenheftes. Ziel dieses Beitrages ist vielmehr, einen Überblick über die Verbreitung von Engagement und die inhaltlichen Engagementbereiche im europäischen Vergleich zu geben. Ausgehend von dieser Beschreibung wird dann nach Ursachen für unterschiedliches Ausmaß von Engagement im Ländervergleich gefragt und vor diesem Hintergrund die Bedeutung der Engagementpolitik diskutiert.

1 Umfang von Engagement im europäischen Vergleich

In einer Übersichtsstudie der Europäischen Kommission wird die Anzahl von freiwillig Engagierten auf 92 bis 94 Millionen geschätzt, was 22 bis 23 Prozent der Bevölkerung in der Europäischen Union (EU) entspricht (Europäische Kommission 2010: 7). Allerdings handelt es sich dabei lediglich um eine grobe Annäherung, denn die Angaben von unterschiedlichen Studien variieren zum Teil erheblich (vgl. auch Priller 1999). Die oben angesprochene konzeptuelle Unklarheit ist vermutlich nicht allein ein wis-

senschaftliches Problem, sondern auch für die Menschen selbst scheint nicht unmittelbar deutlich zu sein, welche Aktivitäten in diese Kategorie gehören. Vermutlich handelt es sich bei Engagement um Handlungen, die für viele selbstverständlich zum Alltag gehören und deshalb in einer Befragungssituation nicht unbedingt zuverlässig erinnert werden. So ließe sich erklären, warum Befragungsergebnisse zum Thema freiwilliges Engagement oft stark voneinander abweichen.

In verschiedenen europäisch vergleichenden Umfragen wurde in den letzten Jahren nach der Mitgliedschaft oder – was hier mehr interessiert – der freiwilligen Arbeit in einer Organisation gefragt. Alle Länder der Europäischen Union sind in einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2006 erfasst. In dieser Umfrage wurde allerdings allein nach der Mitgliedschaft in einer Reihe von Organisationen gefragt, nicht nach aktiver Mitarbeit. In zwei anderen Umfragen war dagegen explizit die aktive Mitarbeit abgefragt worden: dem European Social Survey (ESS) von 2002/2003 und dem World Values Survey (WVS) von 2008. In beiden Studien sollten die Befragten zunächst ihre Mitgliedschaft in Organisationen angeben und dann ihre aktive Arbeit in diesen Organisationen. Durch diese Reihenfolge wird die Unterscheidung zwischen Mitarbeit und Mitgliedschaft noch einmal deutlich gemacht. Schließlich fragte die dritte Runde des ESS von 2006 nach Mitarbeit in gemeinnützigen Organisationen und zusätzlich nach der Unterstützung anderer Personen jenseits von Beruf und Familie. Dies ist die einzige international vergleichende Umfrage, die auch freiwilliges Engagement jenseits von Organisationen berücksichtigt. Alle Befragungen sind für die Bevölkerungen der jeweiligen Länder repräsentativ.¹

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der vier Erhebungen. Betrachten wir zunächst die Organisationsmitgliedschaften in den europäischen Ländern. Zwischen zehn und 60 Prozent der Men-

schen in den Ländern der EU sind Mitglieder in mindestens einer auf das Gemeinwohl orientierten Organisation. In sechs Ländern ist mindestens die Hälfte der Menschen Organisationsmitglied, darunter Deutschland. In den meisten Ländern sind zwischen 20 und 35 Prozent der Menschen Mitglied einer Organisation aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich. Bulgarien, Litauen und Portugal sind mit 10 bis 14 Prozent die Ausnahmen am unteren Ende. Durchweg haben die nord- und westeuropäischen Länder mehr Organisationsmitgliedschaften als die süd- und mittelosteuropäischen Länder. Die Organisationsmitgliedschaften, die im Eurobarometer erhoben wurden, fallen naturgemäß höher aus als die Anteile der freiwillig Engagierten. Nicht alle, die zu einer Organisation gehören, sind darin auch aktiv. Nach der Erhebung des ESS 2002 sind in zwei Dritteln der untersuchten europäischen Länder mehr als 10 Prozent der Menschen freiwillig in Organisationen engagiert. Die Ergebnisse des World Values Survey ergeben durchweg eine ähnliche Länderreihenfolge, allerdings wird dort ein deutlich höheres Niveau an Engagement ermittelt.² In fast allen Ländern sind mehr als 10 Prozent der Bevölkerung in Organisationen freiwillig engagiert, in sieben der 26 Länder ist sogar mehr als ein Drittel der Bevölkerung in einer Organisation aktiv. Die ESS-Erhebung von 2006 berichtet ein noch höheres Maß an Engagement in Organisationen.

Allein das ESS von 2006 erhebt auch freiwilliges Engagement jenseits von Organisationen. Hier wird nun jede Aktivität zur Unterstützung anderer jenseits von Beruf und Familie berücksichtigt. Engagement in dieser Weise berichtete eine große Mehrheit der Europäer. In kaum einem Land gibt weniger als die Hälfte der Bevölkerung an, in den letzten zwölf Monaten in dieser Weise tätig gewesen zu sein. In Norwegen und Schweden liegt der Anteil über 90 Prozent, in acht weiteren Ländern über 80 Prozent. Zumindest gelegentlich anderen be-

Tabelle 1: Umfang freiwilligen Engagements

| | EB 2006 | ESS 2002 | WVS 2008 | ESS 2006 |
|------------------------|----------------|-----------------------------------|-----------------------------------|---|
| | Mitgliedschaft | Engagement in Organisation(en) | Engagement in Organisation(en) | Engagement gesamt Engagement in Organisation(en) |
| Norwegen | | 36,7% | | 92,6% 66,8% |
| Schweden | 52,8% | 34,6% | | 90,7% 31,6% |
| Österreich | 60,5% | 13,9% | 26,6% | 86,8% 58,1% |
| Niederlande | 55,9% | 29,4% | 47,3% | 77,7% 49,5% |
| Schweiz | | | 36,6% | |
| Dänemark | 49,4% | 27,6% | 36,4% | 89,6% 43,1% |
| Deutschland | 52,1% | 25,7% | 23,9% | 83,8% 46,6% |
| Luxemburg | 44,9% | 14,6% | 39,9% | |
| Finnland | 49,9% | 12,4% | 39,2% | 86,6% 49,3% |
| Ver. Königreich | 29,1% | 23,3% | | 75,3% 40,9% |
| Belgien | 37,6% | 23,1% | 33,4% | 82,2% 35,3% |
| Slowenien | 35,9% | 19,4% | 31,9% | 85,8% 35,7% |
| Frankreich | 37,1% | 19,3% | 26,0% | 80,5% 35,1% |
| Irland | 41,2% | 15,6% | 20,9% | 81,1% 49,0% |
| Tschechien | 33,5% | | 28,8% | |
| Lettland | 22,2% | | 23,3% | 69,6% 34,5% |
| Estland | 28,7% | | 22,9% | 50,9% 17,9% |
| Zypern | 24,2% | | 17,2% | 74,4% 44,6% |
| Litauen | 13,5% | | 16,0% | |
| Malta | 24,5% | | 14,6% | |
| Slowakei | 33,5% | | 13,6% | 77,0% 23,9% |
| Ungarn | 17,8% | 9,2% | 12,2% | 55,1% 18,3% |
| Spanien | 18,4% | 6,8% | 13,1% | 76,2% 39,0% |
| Rumänien | 18,4% | | 13,2% | 78,4% 35,7% |
| Bulgarien | 10,3% | | 13,2% | 46,3% 6,9% |
| Griechenland | 17,9% | 6,4% | 16,6% | |
| Portugal | 12,8% | 5,6% | 14,3% | 47,8% 33,5% |
| Polen | 17,1% | 5,4% | 8,9% | 56,5% 13,4% |
| Russland | | | 5,4% | 47,4% 17,5% |
| Italien | 34,6% | 4,9% | | |

Quelle: Eurobarometer (EB) 66.3 von 2006, European Social Survey (ESS), Wellen 1 und 3 (2002, 2006), World Values Survey (WVS) 2008. Eigene Berechnung.

hilflich zu sein, scheint in den meisten Ländern die Regel zu sein.

Das ESS von 2006 erlaubt noch eine etwas genauere Betrachtung, denn in den Antworten wurde spezifiziert, wie oft in den letzten zwölf Monaten ein solches Engagement stattgefunden habe. Berücksichtigt man also nicht alle, die in einem Zeitraum von zwölf Monaten mindestens einmal für andere aktiv waren, sondern legt die Schwelle bei mindestens monatlichen Aktivitäten, so nimmt der Anteil der in dieser Weise Aktiven naturgemäß ab. Doch auch dieses strengere Kriterium erfüllt in einer ganzen Reihe von Ländern die Hälfte der Bevölkerung. Andererseits gibt es nun auch eine Reihe von Ländern, in denen nur noch eine kleinere Minderheit der Bevölkerung sich in dieser Häufigkeit engagiert. Wiederum zeichnet sich ein Unterschied zwischen den nord- und westeuropäischen Ländern einerseits und den süd- und mitteleuropäischen Ländern andererseits ab.

Deutschland bewegt sich durchweg im oberen Drittel der Länderrangfolge. Lediglich nach der Befragung des WVS, der nach Engagement in Organisationen gefragt hatte, rangiert Deutschland nur auf Rang 9 der betrachteten Länder. Bei der Messung der Mitgliedschaften in gemeinwohlorientierten Vereinen (Eurobarometer) oder der Arbeit in solchen Vereinen nach dem ESS von 2002 gehört Deutschland zur Spitzengruppe der vier bzw. fünf Länder mit den meisten Engagierten. Diese Messungen liegen durchweg in der Nähe der Ergebnisse des deutschen Freiwilligenurvey von 1999. Dort war bei sehr viel mehr Befragten, also mit verlässlicheren Ergebnissen, ein Anteil von 34 Prozent der Bevölkerung ermittelt worden, die sich in Vereinen und Organisationen engagieren (Rosenblatt 2000: 44). Auffällig sind aber bei vielen Ländern die starken Schwankungen zwischen den verschiedenen Erhebungen. Umso bemerkenswerter sind die relativ stabilen Länderunter-

schiede. Bevor wir uns diesem Vergleich näher widmen, sollen die thematischen Bereiche verglichen werden.

2 Engagementbereiche im europäischen Vergleich

Engagement ist vielfältig, dies zeigt sich auch im europäischen Vergleich.³ Die Engagierten streuen über viele thematische Bereiche. Oft verteilen sich die Engagierten recht gleichmäßig über einen großen Teil der Themen.

Das meiste Engagement über alle betrachteten Länder findet sich im Sport- und Freizeitbereich (Tabelle 2). In Luxemburg sind nach der Befragung des WVS 24 Prozent der Bevölkerung in einem Sportverein aktiv, in den Niederlanden 16 Prozent und in Dänemark sind es 15 Prozent. In 15 der 26 Länder finden sich im Sport- und Freizeitbereich die meisten freiwillig Engagierten. In sieben Ländern zieht die Arbeit in religiösen Gruppen die meisten Engagierten an. Hier rangiert Österreich vorn mit 8 Prozent der Bevölkerung, gefolgt von Malta mit 7 Prozent. Der kulturelle Bereich, wozu auch eine eher künstlerische Freizeitgestaltung zu rechnen wäre, ist in vielen Ländern der Bereich mit den zweithäufigsten Nennungen.

Vor allem in den nord- und westeuropäischen Ländern mit vielen Engagierten dominiert das Engagement im Freizeitbereich. In den süd- und mitteleuropäischen Ländern steht öfter die Betätigung in religiösen Gruppen an erster Stelle. Dieses Ergebnis ergibt sich allerdings nicht aus dem besonders ausgeprägten Engagement in religiösen Gruppen, sondern es ist nur eine relative Verschiebung, weil in den süd- und mitteleuropäischen Ländern Engagement im Freizeitbereich deutlich geringer ist. In den allermeisten Ländern Europas engagieren sich zwischen 3 und 6 Prozent der Bevölkerung in religiösen Gruppen und nur in den Ländern mit durchweg wenig Engagement reicht dieser Anteil schon aus für den ersten Platz in der Rangfolge.

Tabelle 2: Engagementbereiche mit den meisten Engagierten pro Land

| | | |
|---------------------|-------------------------------------|---------------------------------|
| Österreich | religiöse Gruppen (7,7 %) | Sport/Freizeit (6,6 %) |
| Niederlande | Sport/Freizeit (16,2 %) | kulturelle Aktivitäten (13,2 %) |
| Schweiz | Sport/Freizeit (13,8 %) | kulturelle Aktivitäten (8,4 %) |
| Dänemark | Sport/Freizeit (15,2 %) | kulturelle Aktivitäten (6,4 %) |
| Deutschland | Sport/Freizeit (8,3 %) | religiöse Gruppen (3,9 %) |
| Luxemburg | Sport/Freizeit (18,6%) | kulturelle Aktivitäten (10,5 %) |
| Finnland | Sport/Freizeit (10,5 %) | religiöse Gruppen (8,4 %) |
| Belgien | Sport/Freizeit (10,8 %) | kulturelle Aktivitäten (6,8 %) |
| Slowenien | Sport/Freizeit (10,6 %) | kulturelle Aktivitäten (7,8 %) |
| Frankreich | Sport/Freizeit (7,5 %) | kulturelle Aktivitäten (5,1 %) |
| Irland | Sport/Freizeit (7,8 %) | religiöse Gruppen (4,8 %) |
| Tschechien | Sport/Freizeit (11,3 %) | kulturelle Aktivitäten (5,9 %) |
| Lettland | Sport/Freizeit (7,1 %) | kulturelle Aktivitäten (6,0 %) |
| Estland | kulturelle Aktivitäten (7,2 %) | Sport/Freizeit (6,9 %) |
| Zypern | politische Parteien/Gruppen (4,2 %) | Sport/Freizeit (3,9 %) |
| Litauen | religiöse Gruppen (3,0 %) | Jugendarbeit (2,8 %) |
| Malta | religiöse Gruppen (7,3 %) | kulturelle Aktivitäten (3,0 %) |
| Slowakei | Sport/Freizeit (4,1 %) | religiöse Gruppen (3,9 %) |
| Ungarn | Sport/Freizeit (2,7 %) | kulturelle Aktivitäten (2,6 %) |
| Spanien | religiöse Gruppen (3,5 %) | kulturelle Aktivitäten (2,3 %) |
| Rumänien | religiöse Gruppen (6,2 %) | Umwelt (2,8 %) |
| Bulgarien | kulturelle Aktivitäten (6,8 %) | Sport/Freizeit (3,1 %) |
| Griechenland | Sport/Freizeit (3,2 %) | kulturelle Aktivitäten (2,7 %) |
| Portugal | religiöse Gruppen (4,1 %) | Sport/Freizeit (3,5 %) |
| Polen | religiöse Gruppen (2,6 %) | Sport/Freizeit (1,3 %) |
| Russland | Gewerkschaften (1,8 %) | kulturelle Aktivitäten (1,0 %) |

Quelle: WVS 2008, eigene Berechnung.

Zwei Themen sollen hier näher betrachtet werden: Soziales und Themen der neuen sozialen Bewegungen. Freiwilliges Engagement wird vielfach gesehen als Ergänzung zum Wohlfahrtsstaat und mit einem entsprechenden Blick diskutiert (Anheier/Salamon 1999, Priller 2005). Daher lohnt der Blick auf das Engage-

ment im Bereich von sozialer Dienstleistung. Bei der Befragung des WVS waren als einschlägige Engagementbereiche soziale Hilfsdienste, Maßnahmen gegen Armut, Arbeitslosigkeit und schlechte Wohnbedingungen sowie Hilfen im Gesundheitsbereich vorgegeben. In diesen Bereichen finden wir in vielen Ländern

einen erheblichen Teil der Bevölkerung, der sich engagiert (Tabelle 3). Die Zahl der Engagierten in der Wohlfahrtspflege erreicht durchweg ein ähnliches Niveau wie die entsprechende Zahl für den Sport- und Freizeitbereich. Interessant ist dabei, dass wiederum in den Ländern mit vielen Engagierten insgesamt sich auch ein hoher Anteil der Bevölkerung für diese Themen engagiert. In den Benelux-Ländern sowie den skandinavischen Ländern ist das Engagement für Soziales am stärksten. In all diesen Ländern engagieren sich knapp zehn Prozent der Bevölkerung oder mehr für soziale Aufgaben. Damit nehmen Länder eine Spitzenposition in Europa ein, in denen der Wohlfahrtsstaat stark ausgebaut ist.

Anders sieht es in den süd- und mittelosteuropäischen Ländern aus. Hier ist der Wohlfahrtsstaat oft nur rudimentär ausgeprägt. Doch auch ein freiwilliges Engagement als Komplement zu einem staatlichen Wohlfahrtssystem ist

hier kaum zu finden. In den Ländern, die freiwilliges Engagement im sozialen Bereich am dringendsten nötig hätten, ist es am schwächsten. Die Vorstellung, Engagement könne wohlfahrtsstaatliche Leistungen ersetzen, wird zumindest durch den europäischen Ländervergleich in Frage gestellt.⁴

Die Zivilgesellschaft ist aber nicht nur der Ort, wo man Kompensationen für Schwächen des Wohlfahrtsstaates vermuten könnte, sondern auch außerparlamentarische Opposition. Wie sieht es also aus mit dem Engagement für die Themen der neuen sozialen Bewegungen, wie Umwelt, Frieden oder globale Gerechtigkeit? Auch hier liegen die Niederlande und Luxemburg recht weit vorn. Das größte Engagement in Organisationen mit Themen der neuen sozialen Bewegungen ist aber in der Schweiz zu finden. In den 1980er Jahren hatte ein Vergleich der Schweiz, der Niederlande, Deutschlands und Frankreichs noch ausschließlich in

Tabelle 3: Engagement im sozialen Bereich und zu Themen der Neuen sozialen Bewegungen (NSB)

| | Wohlfahrt | Themen der NSB | | Wohlfahrt | Themen der NSB |
|--------------------|-----------|----------------|---------------------|-----------|----------------|
| Österreich | 7,18% | 5,99% | Estland | 4,66% | 5,00% |
| Niederlande | 16,97% | 9,37% | Zypern | 4,03% | 3,30% |
| Schweiz | 6,64% | 11,35% | Litauen | 4,20% | 2,31% |
| Dänemark | 10,43% | 4,94% | Malta | 2,50% | 1,12% |
| Deutschland | 3,60% | 3,18% | Slowakei | 4,55% | 2,36% |
| Luxemburg | 12,93% | 10,17% | Ungarn | 2,07% | 1,28% |
| Finnland | 10,31% | 5,05% | Spanien | 2,80% | 2,49% |
| Belgien | 9,04% | 4,52% | Rumänien | 3,52% | 3,60% |
| Slowenien | 8,11% | 6,69% | Bulgarien | 2,06% | 2,80% |
| Frankreich | 7,12% | 2,53% | Griechenland | 3,36% | 3,93% |
| Irland | 5,26% | 2,87% | Portugal | 5,11% | 4,45% |
| Tschechien | 6,36% | 6,23% | Polen | 1,01% | 0,84% |
| Lettland | 2,67% | 2,76% | Russland | 0,77% | 0,69% |

Quelle: WVS 2008, eigene Berechnung.

Frankreich schwächere neue soziale Bewegungen gefunden als in der Schweiz (Kriesi et al. 1995). Die Mobilisierung in Deutschland und den Niederlanden waren dagegen deutlich stärker. Man könnte vermuten, dass die direktdemokratischen Institutionen der Schweiz es den Gruppen der neuen sozialen Bewegungen eher ermöglichen, auch über Tiefpunkte der Bewegungszyklen Engagierte anzuziehen, während die Organisationen in Deutschland und den Niederlanden mit einem Abflauen der Mobilisierungswelle umfangreich Engagierte verloren haben.

Die Länder mit der geringsten Anzahl an freiwillig Engagierten in den Themenbereichen der neuen sozialen Bewegungen sind wiederum die mittelosteuropäischen Länder. Die friedlichen Revolutionen, die zum Regimewechsel in den Ländern führten, haben keine lebendige Landschaft an politisch orientierten Gruppen hinterlassen (Weßels 2004).

3 Engagement-förderliches Umfeld

Das deutlich unterschiedliche Niveau an Engagement in den europäischen Ländern wirft die Frage auf, wie diese Unterschiede zu erklären sind. Dies ist nicht allein eine wissenschaftliche Frage, sondern aus den Antworten könnte man möglicherweise Schlussfolgerungen ziehen für eine Engagement-förderliche Politik. Gleichwohl sind Konsequenzen für die Politik erst der zweite Schritt, denn die Analyse macht deutlich, dass für die Länderunterschiede vor allem Einflüsse bedeutsam sind, die von der Politik nicht beeinflussbar sind oder weit jenseits der Engagementpolitik liegen.

Bisher wurden vor allem vier Erklärungen diskutiert: das ökonomische Entwicklungsniveau, ein demokratisches System, die religiöse Prägung des Landes und die Wohlfahrtsstaatsstruktur.⁵ So haben Curtis und andere (2001) anhand des WVS von 1992 gezeigt, dass ökonomische Prosperität, die kontinuierliche Dau-

er eines demokratischen Systems, die religiöse Prägung (protestantisch oder christlich-gemischt) sowie die Wohlfahrtsstaatsstruktur (liberal oder sozialdemokratisch) eine positive Auswirkung auf den Umfang von freiwilligem Engagement haben.

In der Tendenz werden diese Befunde durch die Resultate aus den hier vorgestellten Studien bestätigt. In reicheren Ländern ist das Engagement höher.⁶ Zudem finden wir die skandinavischen Länder mit ihrer protestantischen Prägung und dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodell an der Spitze der Verteilung (vgl. Tabelle 1). Die Transformationsländer Mitteleuropas mit ihren erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, gering ausgebauten Wohlfahrtsstaaten und relativ jungen Demokratien rangieren dagegen meist am Ende der Skala. Auch die Länder mit einem liberalen Wohlfahrtsstaatsmodell, Irland, Großbritannien und die Schweiz, sind in der Rangfolge recht weit vorn zu finden.

Allerdings sind die Ergebnisse als solche nur wenig erhellend, denn es bleibt unklar, welche Mechanismen hinter den vorgefundenen Regelmäßigkeiten stecken. Warum kommt es in den liberalen Wohlfahrtsstaaten zu einer Kompensation fehlender sozialstaatlicher Absicherung durch die Zivilgesellschaft, während es in den mittelosteuropäischen Ländern mit ebenfalls wenig ausgebauten Wohlfahrtsstaaten diese Kompensation in weit geringerem Umfang gibt? Und wie kommt es dazu, dass in protestantisch geprägten Ländern das Engagement ausgeprägter ist als in anderen?

Die bislang vorliegenden Forschungsergebnisse für Deutschland geben zumindest Hinweise für eine Interpretation dieser Zusammenhänge. So haben die Studien in Deutschland deutlich gemacht, dass eine grundsätzliche Bereitschaft und die unmittelbare Gelegenheit eine wichtige Rolle spielen. Gensicke (2000: 60) findet auf Grundlage des Freiwilligen surveys von 1999 einen Einfluss von Engagementwerten

und politischem Interesse auf das freiwillige Engagement, was die Bedeutung entsprechender Werthaltungen verdeutlicht.⁷ Auch Kirchenbindung als relevanter Einfluss lässt sich in dieser Weise verstehen. Die zweite Gruppe von Einflüssen lässt sich unter ‚Gelegenheiten‘ zusammenfassen. Die Größe des Freundes- und Bekanntenkreises hat den stärksten Einfluss, doch auch der starke Einfluss der Kirchenbindung lässt sich neben der Wertedimension zumindest partiell als Gelegenheitsstruktur für Engagement verstehen. Diese Ergebnisse decken sich mit dem Befund, dass eine Mehrheit der Engagierten zu ihrem Engagement kamen, indem sie direkt angesprochen wurden (Abt/Braun 2000: 186). Die qualitativ-biographische Studie von Corsten, Kauppert und Rosa kommt zu ganz ähnlichen Ergebnissen (Corsten/Kauppert 2007, Corsten et al. 2007).

Diese Mikrobefunde legen einige Annahmen für den Ländervergleich und Interpretationen der oben genannten Befunde nahe. Zum einen müsste die Verbreitung von Engagement-förderlichen Werten die Häufigkeit von Engagement erhöhen. Dabei scheinen die eher dezentrale Struktur und die Orientierung auf ein selbst ermächtigtes Individuum der protestantischen Konfession ein günstigeres Umfeld für Engagement darzustellen. Neben den unterschiedlichen Werten der Menschen und der daraus resultierenden unterschiedlichen Bereitschaft zum Engagement wäre zusätzlich ein eigener Ländereffekt denkbar. Je weiter verbreitet die Bereitschaft zum Engagement ist, desto mehr könnten sich Menschen ermuntert fühlen, andere anzusprechen. Damit führt eine höhere Bereitschaft eben nicht nur zu häufigeren Zusagen auf die Frage nach der Übernahme einer Aufgabe, sondern auch die Häufigkeit der Versuche, Menschen für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen, nähme zu.

Neben der Bereitschaft zur Mitarbeit ist die zivilgesellschaftliche Infrastruktur für Engagement entscheidend, bieten sich doch in den Ver-

einen und Organisationen der Zivilgesellschaft die Gelegenheiten. Entsprechend wäre eine Pfadabhängigkeit zu erwarten. Wo sich in der Vergangenheit umfangreiche Strukturen gebildet haben, die auf freiwilligem Engagement beruhen, wird es auch weiterhin viel Engagement geben. Kommt es dagegen zu einem wie auch immer begründeten Abbau dieser Strukturen, ist unabhängig von der Bereitschaft mit einem geringeren Engagement zu rechnen.

Das oben berichtete Ergebnis, wonach die Dauer einer kontinuierlichen Demokratie einflussreich ist für den Umfang von freiwilligem Engagement, lässt sich in dieser Weise interpretieren. In den mitteleuropäischen Ländern konnte während der Diktaturen bis 1990 keine eigenständige Zivilgesellschaft entstehen. Alle Bereiche der freiwilligen Arbeit waren staatlich organisiert und durch die Staatsideologie geprägt. Nachdem dieser Bereich in großen Teilen in der Transformationsphase delegitimiert wurde und zusammengebrochen ist, steht in diesen Ländern nur eine sehr limitierte zivilgesellschaftliche Infrastruktur zur Verfügung (Priller 2005, Weßels 2004).

Wohlstand hat sich ebenfalls als Einflussfaktor auf das Ausmaß an Engagement deutlich gezeigt. Auf Individualebene finden wir ähnliche Befunde, denn es sind durchweg die Menschen mit höherer Bildung und besseren Berufspositionen, die engagiert sind (Gensicke 2000). Für den Länderunterschied dürfte es mehrere Gründe geben. Zum einen geht mit höherem Wohlstand eine geringere zeitliche Arbeitsbelastung der Menschen einher. So haben die Menschen mehr Kapazitäten für freiwilliges Engagement. Zudem wurde vielfach der Zusammenhang von Wohlstandssteigerung und Wertewandel beschrieben (Inglehart/Welzel 2005, Klages 1998). Die Ausbreitung postmaterielle Werthaltungen, die Selbstverwirklichung und Mitsprache höher schätzen als Materielles, sind mit Engagement nicht nur vereinbar, sie lassen sich vielfach im Engagement erst

einklagen und verwirklichen (Klages 1999). Schließlich verbreitern der Wertewandel und die mit ihm einhergehende Individualisierungsentwicklung die Engagementfelder. In den wohlhabenderen Ländern finden sich nicht nur mehr Engagierte, sondern insbesondere die Engagementbereiche Sport, Freizeit und Kultur werden wichtiger. Das Engagement trägt die Bereiche der Selbstverwirklichung (Anheier/Salamon 1999: 62), wobei die traditionellen Bereiche der Wohlfahrtspflege weiterhin Engagierte anziehen. Diese Ergänzung der Engagementbereiche als eine Orientierung hin zu weniger wichtigen Aufgaben zu verstehen, wäre allerdings ein Irrtum. Das Angebot an kulturellen oder sportlichen Freizeitaktivitäten ist vielmehr ein wichtiges Feld der sozialen Integration in stärker individualisierten Gesellschaften. Hier finden die Menschen soziale Unterstützung, die in traditionaleren Gesellschaften durch die Familie und lokale Milieus getragen wird (Beck 1983). Insofern leisten auch diese Engagementbereiche einen wichtigen Wohlfahrtsbeitrag.

Bei der Durchsicht von Einflussfaktoren auf das Ausmaß von Engagement in den Ländern fällt die Abwesenheit eines Einflusses auf: der Politik. Die genannten Einflüsse, Prägung des wohlfahrtsstaatlichen Systems, wirtschaftliche Stärke oder Dauer von Demokratie, sind für sich gesehen Ziele politischer Aktivität und die Bedeutung für Engagement ist nachgeordnet. Die religiöse Prägung entzieht sich politischer Beeinflussung. Es handelt sich also um extern gegebene Rahmenbedingungen für Engagement.

Bei der Politik zur Engagementförderung finden sich in den EU-Ländern große Unterschiede (Europäische Kommission 2010, Gaschin et al. 1996).⁸

Dabei sind allerdings keineswegs die Länder mit einer ausgeprägten Engagementkultur Vorreiter bei einer Engagement-fördernden Politik. Österreich beispielsweise liegt bei dem

Anteil von Engagierten in der Bevölkerung im europäischen Vergleich weit vorn. Eine ungewöhnlich intensive politische Förderung ist in Österreich aber nicht zu finden. Das Gemeinnützigkeitsrecht ist vergleichsweise restriktiv gehalten und eine Institutionalisierung von politischer Beratung für Engagementpolitik gibt es erst seit 2002 (vgl. auch Behringer in diesem Heft). In Tschechien ist freiwilliges Engagement dagegen nicht übermäßig weit verbreitet. Hier findet sich aber eine recht intensive politische Förderung von Engagement mit einem Vertragskonzept zwischen Freiwilligem, einer entsendenden und einer aufnehmenden Organisation, wobei Unkostenerstattungen und Versicherungen zu einem erheblichen Teil von der öffentlichen Hand finanziert werden. Diese Beispiele illustrieren, dass bisher weder eine ausgeprägte Engagementkultur zu elaborierten politischen Programmen geführt hat, noch dass aus einer aktiven Engagementpolitik ein im Ländervergleich ungewöhnlich hohes Engagement folgen würde.

4 Fazit

Die wissenschaftliche Bestimmung, wie verbreitet freiwilliges Engagement in Europa ist, erweist sich als ausgesprochen schwierig. Die Studien kommen zum Teil zu ganz erheblich unterschiedlichen Ergebnissen. Die Schätzungen liegen bei 22 bis 23 Prozent der europäischen Bevölkerung, die sich freiwillig zu Gunsten anderer in Organisationen und Vereinen engagieren. Wie viele Menschen jenseits von Organisationen aktiv sind, lässt sich noch erheblich schwieriger bestimmen. Damit würde der Anteil aber noch deutlich höher.

Das Engagement verteilt sich recht unterschiedlich auf die thematischen Bereiche. In Ländern mit viel Engagement liegen meist die Bereiche Sport, Freizeit und Kultur vorn, in Ländern mit weniger Engagierten dominiert Religion als Engagementfeld. Diese Unter-

schiede sind ein Hinweis auf die unterschiedlichen Situationen in den Ländern. In den reicheren Ländern, die durchweg einen höheren Bevölkerungsanteil Engagierter aufweisen, kommt zu dem Bedarf an Engagierten im Wohlfahrtsbereich und im religiösen Kontext zusätzlich ein Bedarf im Freizeitbereich. Dieser Bedarf entsteht nicht nur, weil die Menschen mehr Freizeit haben, sondern auch weil in Folge der Auflösung traditioneller Milieus und Netzwerke der Bedarf an frei gewählten, aber eben auch selbst organisierten sozialen Netzwerken zunimmt.

Die Erklärung von einem hohen Bevölkerungsanteil engagierter Menschen bezieht sich allerdings nicht allein auf die Wirtschaftsstärke. Weitere Faktoren sind religiöse Prägung, Struktur des Wohlfahrtsstaates und Dauer eines demokratischen politischen Systems. Engagementpolitik leistet, soweit sich das auf Basis dieser Analyse sagen lässt, keinen Erklärungsbeitrag. Daraus die Bedeutungslosigkeit von Engagementpolitik abzuleiten, würde allerdings zu kurz greifen. Denn zum einen bedeutet ein stärkerer Effekt von unbeeinflussbaren externen Faktoren nicht, dass die Politik vollkommen bedeutungslos wäre. Dass in Tschechien Engagement verbreiteter ist als beispielsweise in Estland, einem ebenfalls protestantisch geprägten Transformationsland, könnte durchaus zum Teil an der Engagementpolitik liegen. Dies müsste eine weit differenziertere Analyse klären, die hier nicht zu leisten ist. Zum anderen ist die Engagementpolitik relativ jung. Erst in den 1990er Jahren haben die Regierungen in Europa Engagement als relevantes Politikfeld schrittweise entdeckt. Die bisherigen Maßnahmen und Programme sind möglicherweise nur erste Schritte hin zur politischen Gestaltung eines Engagement-förderlichen Umfelds. Zudem brauchen Veränderungen, die nicht zuletzt Kulturveränderungen sind und die auf dem Ausbau einer breiten, kleinteiligen Infrastruktur beruhen – wie es beim Engagement der Fall ist –,

schlicht Zeit. Ob Engagementpolitik also tatsächlich Effekte hat, wird sich oft erst nach einigen, vielleicht auch erst nach vielen Jahren zeigen.

Die Frage nach dem Effekt von Engagementpolitik ist daher kleinteiliger, in detaillierteren Fallstudien zu klären. Dabei ist zu beachten, dass die politischen Maßnahmen anschlussfähig sein müssen an die bestehende bzw. sich weiter entwickelnde zivilgesellschaftliche Infrastruktur, die Schwerpunkte in den Engagementfeldern und das weitere kulturelle Umfeld. Auch das Lernen von Vorbildern in anderen Ländern kann nur erfolgreich sein, wenn die kulturelle Einbettung von politischen Maßnahmen ernst genommen und bei einer Übertragung beachtet wird. Mittelfristig kann sich dann aber durchaus im Ländervergleich zeigen, ob die Etablierung einer Engagementpolitik in den europäischen Ländern Auswirkungen hat auf Ausmaß und Entwicklung von Engagement. Die Untersuchung von Engagement im Ländervergleich wird in einigen Jahren zur Wiedervorlage anstehen.

PD Dr. *Jochen Roose* ist Juniorprofessor für Soziologie Europäischer Gesellschaften am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. Er arbeitet zu Europasozioökologie, politischer Soziologie, Kultursociologie und empirischen Methoden.

Anmerkungen

¹Die Erhebungen weisen zum Teil Probleme für die hier untersuchte Frage auf. Drei der vier Erhebungen beziehen sich ausschließlich auf organisatorisch verfasstes bürgerschaftliches Engagement. Zudem sind die Erhebungen (mit Ausnahme des ESS von 2006) beeinflusst durch die thematische Vorgabe von Bereichen. Diese Vorgaben haben den Vorteil, dass den Befragten all die unterschiedlichen Themen ins Gedächtnis gerufen werden. Andererseits wird

Engagement in nicht abgefragten Bereichen wahrscheinlich nicht erfasst, auch wenn die Erhebungen „andere Organisationen“ vorsehen.

²Es ist zunächst überraschend, dass im WVS höhere Werte ermittelt werden als im ESS 2002. Das ESS fragte nach der Aktivität in den Organisationen innerhalb der letzten zwölf Monate, während der WVS nach aktuellen Tätigkeiten fragte. Allerdings nennt der WVS 15 Themenbereiche, während der ESS nur zwölf nennt. Einen Einfluss könnte zudem haben, dass im ESS die Aktivität in der gemeinwohlorientierten Organisation sehr viel differenzierter abgefragt wird. So fragt das ESS nach Mitgliedschaft, Teilnahme, Spenden und freiwilligem Engagement, der WVS fragt nur nach Mitgliedschaft und freiwilligem Engagement.

³Der Vergleich der Engagementbereich beruht hier ausschließlich auf den aktuelleren Ergebnissen des WVS. Die Ergebnisse des ESS 2002 sind ähnlich.

⁴Das ausgesprochen geringe Engagement im sozialen Bereich in Deutschland ist überraschend. Während die übrigen westmitteleuropäischen Länder, wie Österreich, die Schweiz oder Frankreich, im oberen Mittelfeld zu finden sind, rangiert Deutschland recht weit hinten bei anderen Mittelmeerländern. Dieser Befund widerspricht Ergebnissen aus anderen Erhebungen. Der Freiwilligensurvey findet einen deutlich höheren Bevölkerungsanteil als Engagierte im sozialen Bereich (Rosenblatt 2000: 41), ebenso Gaskin et al. (1996: 75).

⁵Für international vergleichende Untersuchungen siehe z. B. Gaskin u.a. (1996), Maloney/Roßteutscher (2007), Meulemann (2008) und Priller (2005, 2008).

⁶Die Korrelation zwischen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftparitäten und Engagement in Prozent der Bevölkerung liegt für die 26 Länder bei 0,665. Ausgehend von den Ergebnissen des ESS 2006 ist der Zusammenhang sogar noch stärker ($r=0,825$, $N=23$ für Engagierte in Organisationen).

⁷Hedonistische, materielle und Konventionenwerte haben dagegen nach der Analyse von Gensicke (2000: 60) keinen Einfluss.

⁸Vgl. auch die Zusammenstellung von Material durch den CEV: cev.be/66-cev_facts_e_figures_reports_-EN.html (Abruf am 8.11.2010).

Literatur

Abt, Hans Günter/Braun, Joachim 2000: Zugangswege zu Bereichen und Formen freiwilligen Engagements in Deutschland. In: Rosenblatt, Bernhart von (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Stuttgart: Kohlhammer, 186-197.

Anheier, Helmut K./Salamon, Lester M. 1999: Volunteering in Cross-National Perspective. Initial Comparisons. In: *Law and Contemporary Problems*, Jg. 62, Heft 4, 43-65.

Beck, Ulrich 1983: Jenseits von Klasse und Stand. Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formen und Identitäten. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): *Soziale Ungleichheiten. Sonderband 2 der Sozialen Welt*. Göttingen: Otto Schwartz, 35-74.

Beher, Karin et al. 2002: Das Ehrenamt in empirischen Studien – ein sekundäranalytischer Vergleich. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Corsten, Michael/Kaupfert, Michael 2007: Wir-Sinn und fokussierte Motive. Die biographische Genese bürgerschaftlichen Engagements. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 36, Heft 5, 346-363.

Corsten, Michael et al. 2007: *Quellen bürgerschaftlichen Engagements*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Curtis, James E. et al. 2001: Nations of Joiners: Explaining Voluntary Association Membership in Democratic Societies. In: Ame-

ican Sociological Review, Jg. 66, Heft 6, 783-805.

Europäische Kommission 2010: Volunteering in Europe. Brüssel: Europäische Kommission.

Evers, Adalbert 1999: Verschiedene Konzeptionalisierungen von Engagement. Ihre Bedeutung für Analyse und Politik. In: Kistler, Ernst et al. (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin: edition sigma, 53-65.

Gaskin, Katharine et al. 1996: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg: Lambertus.

Gensicke, Thomas 2000: Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Ländern. In: Braun, Johannes/Klages, Helmut (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Zugangswege. Stuttgart: Kohlhammer, 22-113.

Inglehart, Ronald/Welzel, Christian 2005: Modernization, Cultural Change, and Democracy: The Human Development Sequence. Cambridge: Cambridge University Press.

Klages, Helmut 1998: Werte und Wertewandel. In: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen: Leske+Budrich, 698-709.

Klages, Helmut 1999: Individualisierung als Triebkraft bürgerschaftlichen Engagements. Empirische Fakten und Folgerungen. In: Kistler, Ernst et al. (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin: edition sigma, 101-112.

Kriesi, Hanspeter et al. 1995: New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Maloney, William/Roßteutscher, Sigrid 2007: Social Capital and Associations in European Democracies: A Comparative Analysis. Abingdon: Routledge.

Meulemann, Heiner 2008: Is Altruism More Effective Where It Is Required More? Collectivity-Oriented and Involvement in Interest, Issue, and in Religious Associations. In: Meulemann, Heiner (Hg.): Social Capital in Europe: Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-Level Analyses of the European Social Survey 2002. Leiden: Brill, 73-102.

Priller, Eckhard 1999: Variationen zum Thema „Ehrenamt“. Unterschiedliche Perspektiven und Resultate. In: Kistler, Ernst et al. (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin: edition sigma, 131-143.

Priller, Eckhard 2005: Zivilgesellschaftliches Engagement in Europa. In: Alber, Jens/Merkel, Wolfgang (Hg.): Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? WZB Jahrbuch 2005. Berlin: edition sigma, 135-158.

Priller, Eckhard 2008: Zivilgesellschaftliches Engagement im europäischen Vergleich. In: Ammann, Herbert et al. (Hg.): Freiwilligkeit – Ursprünge, Erscheinungsformen, Perspektiven. Zürich: Seismo, 51-70.

Rosenblatt, Bernhard von 2000: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Gesamtbericht. Stuttgart, Köln, Berlin: Kohlhammer.

Weßels, Bernhard 2004: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa: Intermediäre Akteure, Vertrauen und Partizipation. In: Gosewinkel, Dieter et al. (Hg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. WZB-Jahrbuch 2003. Berlin: sigma, 173-198.

Wilson, John 2000: Volunteering. In: Annual Review of Sociology, Jg. 26, Heft 1, 215-240.

John MacDonald

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 Der Standpunkt der Europäischen Kommission

Freiwillige Tätigkeiten können Teil des Lebens jedes Einzelnen sein. Sie können eine wertvolle Lernerfahrung bedeuten und jungen Menschen helfen, sich auf das Berufsleben vorzubereiten. Durch freiwillige Tätigkeiten werden auch die sozialen Fertigkeiten und Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger entwickelt, und sie leisten einen Beitrag zu mehr Solidarität und weniger Diskriminierung, zu größerer sozialer Einbeziehung und zur harmonischen Entwicklung der europäischen Gesellschaften. Freiwilligentätigkeiten sind Schlüsselindikatoren für zivilgesellschaftliches Engagement und fördern den Bürgersinn. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Europäische Kommission ganz ausdrücklich, dass 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit ausgerufen wird.

Freiwillige Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr können alle Formen der Freiwilligentätigkeit sein, ganz gleich, ob es sich um formelle, nichtformelle oder informelle Tätigkeiten handelt, für die sich die Betroffenen aus freiem Willen und aus eigenem Antrieb entscheiden und die nicht auf finanziellen Gewinn ausgerichtet sind. Diese eher weitgefaste „Begriffsbestimmung“ wurde bewusst vorgenommen, um das breite Spektrum von Traditionen und kulturell bedingten Haltungen gegenüber den Freiwilligentätigkeiten abzudecken, die heute in allen EU-Mitgliedstaaten anzutreffen sind.

Schätzungen zufolge engagieren sich 94 Millionen Menschen oder 23 % der Europäerinnen und Europäer über 15 Jahren in der einen oder anderen Form auf freiwilliger Basis (vgl. auch Roose, in diesem Heft). Vorliegende Daten deuten auf große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten hin, die jedoch wegen Pro-

blemen bei der Erhebung in gewissem Maße überzeichnet sind. In jedem Mitgliedstaat wird die Freiwilligentätigkeit entsprechend den kulturell bedingten Einstellungen, Traditionen und dem historischen Hintergrund anders definiert und bewertet. So ist beispielsweise die Beteiligung an formalen Strukturen der Freiwilligentätigkeit in einigen ehemaligen Ostblockstaaten offenbar sehr gering, denn dort hat das Vermächtnis der erzwungenen oder staatlich geförderten „freiwilligen“ Tätigkeiten in den Zeiten des Kommunismus dazu geführt, dass die organisierte, strukturierte Freiwilligentätigkeit bei den Einwohnern dieser Länder an Attraktivität eingebüßt hat.

Die Freiwilligen sind durchschnittlich zwischen 30 und 50 Jahren alt. Sie sind normalerweise erwerbstätig und gut ausgebildet (mindestens Hochschulbildung). In elf Mitgliedstaaten übernehmen mehr Männer als Frauen eine Freiwilligentätigkeit, und in weiteren neun Ländern ist ihre Zahl in etwa gleich. Dass sich mehr Männer in der Freiwilligenarbeit engagieren, mag daran liegen, dass die meisten Freiwilligentätigkeiten im Sportsektor angeboten werden, der auch den Großteil der Freiwilligen anzieht. An zweiter Stelle steht der soziale Bereich gefolgt von der Hilfe für Menschen mit Behinderungen und der Freiwilligentätigkeit im Gesundheitssektor.

Bei der Freiwilligentätigkeit in der EU zeichnen sich einschneidende Veränderungen ab. So stehen die EU-Politiker unter anderem vor dem Problem, dass keine international vergleichbaren Daten über die Freiwilligentätigkeit in den EU-Mitgliedstaaten vorliegen und diese Tätigkeiten auch nicht überwacht werden. Zudem gibt es kaum nationale Strategien für die Frei-

willigentätigkeit, was zumeist an der ungeklärten Frage der Zuständigkeit liegt: Ministerium für Jugendfragen? Arbeitsministerium? Familienministerium? Innenministerium? Erschwerend kommt hinzu, dass in vielen Ländern kein Rechtsrahmen beispielsweise für die Sozialversicherung von Freiwilligen, ihre Ausbildung, ihren Urlaubsanspruch, die Unterbringung oder das Taschengeld besteht.

Gleichzeitig ist ein Anstieg der Professionalisierung im Bereich der Freiwilligentätigkeit zu verzeichnen, der zu einem wachsenden Missverhältnis zwischen den Bedürfnissen der Freiwilligenorganisationen und den Erwartungen der Freiwilligen führt. So sind beispielsweise junge Freiwillige weniger bereit, sich auf längerfristige Freiwilligentätigkeiten einzulassen, während manche Freiwilligenorganisationen dies in zunehmendem Maße fordern. Hinzu kommt, dass die im Laufe der Freiwilligentätigkeit erworbenen Fertigkeiten und Kompetenzen kaum anerkannt sind.

Die Freiwilligenorganisationen stehen außerdem vor dem Problem der nachhaltigen Finanzierung: Da die Zahl der Freiwilligenorganisationen in den letzten zehn Jahren stark gestiegen ist, sind die verfügbaren Mittel heute hart umkämpft.

Um auf diese Fragen eine Antwort zu finden, soll das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit sensibilisieren, indem vier Hauptziele verfolgt werden.

Zunächst müssen die Voraussetzungen für die Freiwilligentätigkeit in der EU verbessert werden. Wir erwarten, dass das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit Impulse für weitere politische Entwicklungen liefert, dass die Mitgliedstaaten untereinander beginnen, Themen der Freiwilligentätigkeit zu erörtern und dass die EU-Mitgliedstaaten mit ihren Partnern in den Entwicklungsländern über entsprechende Fragen ins Gespräch kommen. Wir möchten die Mitgliedstaaten ermutigen, sich über bewährte Verfahren zum Abbau der Hindernisse

auszutauschen, die der Freiwilligenarbeit im Wege stehen; eine Frage wäre beispielsweise, inwiefern die Freiwilligen einen Anspruch auf Aufwandsentschädigung erhalten oder während ihrer Freiwilligentätigkeit versichert werden könnten.

Das zweite Ziel besteht darin, die Freiwilligenorganisationen zu stärken und die Qualität der Freiwilligentätigkeiten zu verbessern. Wir hoffen, dass europaweit neue Netzwerk-Initiativen entstehen, die zu mehr Kooperation, Austausch und größeren Synergien zwischen den Freiwilligenorganisationen und anderen Bereichen insbesondere im Unternehmenssektor beitragen.

Das dritte Ziel betrifft die Wertschätzung und Anerkennung der Freiwilligentätigkeit. Uns ist sehr daran gelegen, dass die für Bildung zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, die Politiker, die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Arbeitgeber die formale Anerkennung der während der Freiwilligentätigkeit erlangten Fertigkeiten und Fähigkeiten voranbringen. Dies könnte beispielsweise bedeuten, durchgehend auf die Fertigkeiten hinzuweisen, die in einer oder mehreren der acht Kategorien des 2006 aufgestellten Referenzrahmens mit „Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen“⁴¹ erlangt wurden. Die Behörden der Mitgliedstaaten könnten dies unterstützen, indem sie nationale, mit dem neuen europäischen Qualifikationsrahmen in Einklang stehende Qualifikationsrahmen aufstellen, die die nicht-formellen und informellen Lernergebnisse berücksichtigen, beispielsweise die während der Freiwilligentätigkeit erworbenen Fertigkeiten und Kompetenzen.

In diesem Zusammenhang werden wir prüfen, wie der „Europass-Mobilitätsnachweis“, der bereits Teil der gut eingeführten Dokumentensammlung *Europass*² ist, so weiterentwickelt werden kann, dass er die Freiwilligentätigkeiten einschließt. Gleichzeitig wäre durch entsprechende Beschlüsse

festzulegen, welche Bescheinigungsbehörden berechtigt wären, einen „Europass-Mobilitätsnachweis“ für eine Freiwilligentätigkeit auszustellen. Die Erfahrungen, die bereits mit dem europäischen Jugendpass gesammelt wurden, könnten hier hilfreich sein. Im Jugendpass werden die Leistungen des Einzelnen bei der Koordinierung oder Durchführung von Projekten im Rahmen des Programms der Kommission „Jugend in Aktion“ vermerkt (das Programm umfasst auch den europäischen Freiwilligendienst).

Als viertes Ziel des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit sollen der Wert und die Bedeutung der Freiwilligentätigkeit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Wir wollen sicherstellen, dass der Wert der

Freiwilligentätigkeit und der damit verbundene Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft und zum Leben jedes Einzelnen sowohl in Europa als auch in den Partnerländern stärker in den Vordergrund treten.

Viele interessierte Gruppen und Akteure beteiligen sich aktiv und möchten am Europäischen Jahr mitwirken und greifbare Beiträge dazu leisten. Es lassen sich drei wesentliche Handlungsebenen unterscheiden.

Auf Gemeinschaftsebene werden Konferenzen und Events veranstaltet, und Informations- und Werbekampagnen sollen dank der aktiven Beteiligung der EU-Institutionen (Europäisches Parlament, Ausschuss der Regionen, europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss usw.) und unter Mitwirkung der Dienststellen



und Abteilungen der Kommission dafür sorgen, die Debatte anzuregen, Bewusstsein zu wecken und Schlüsselbotschaften zu verbreiten.

Auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene führen die Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Jahres unterschiedliche Veranstaltungen durch. Eigens zu diesem Zweck haben die Mitgliedstaaten nationale Koordinierungsstellen eingerichtet, die in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet für die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen des Europäischen Jahres zuständig sind.³

Die dritte Ebene umfasst die Aktivitäten der Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Kommission ist eine strategische Partnerschaft mit dem Verbund „The Alliance“ eingegangen, der insgesamt 1.500 Freiwilligenorganisationen aus ganz Europa vertritt. Viele Aktivitäten des Europäischen Jahres werden in enger Zusammenarbeit mit diesem Verbund vorbereitet und koordiniert.

Jeder ist eingeladen, sich freiwillig zu betätigen und auf freiwilliger Basis dazu beizutragen, dass das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit ein Erfolg wird.

John MacDonald ist bei der Europäischen Kommission, DG Communication, zuständig für die Betreuung des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit.

Kontakt: John.Macdonald@ec.europa.eu

Fußnoten

¹eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:394:0010:0018:de:PDF. Die Schlüsselkompetenzen sind eine Verbindung aus Wissen, Fertigkeiten und Einstellungen, die für die persönliche Entfaltung und Entwicklung, den sozialen Zusammenhalt, die aktive Bürgerschaft und Beschäftigungsfähigkeit in unserer sich rasch entwickelnden, wettbewerbsorientierten und wissensbasierten Gesellschaft notwendig sind.

²Der Europass umfasst derzeit eine Sammlung von fünf möglichen Dokumenten: „Europass Lebenslauf“ und „Europass Sprachenportfolio“ (werden von dem oder der Betreffenden ausgefüllt), „Europass Diplomzusatz“ (für die Hochschulbildung), „Europass Zeugnis erläuterung“ (für die Berufsausbildung) und „Europass Mobilitätsnachweis“ (für Berufspraktika), werden allesamt von der Bescheinigungsbehörde oder dem betreffenden Unternehmen ausgestellt.

³Wer aktiv am Europäischen Jahr teilnehmen möchte, sollte sich an die nationale Koordinierungsstelle seines Landes wenden.

Die Adressen finden sich hier:

http://ec.europa.eu/citizenship/annexes-citizenship/doc1069_en.htm

Markus Held

Die EU auf dem Weg zu einer Engagementpolitik?

1 Am Anfang war Babel...

Rund 100 Millionen Europäer engagieren sich in der einen oder anderen Form freiwillig.¹ Jeder Dritte ist in irgendeiner Form ehrenamtlich tätig, wie im Rahmen von Eurobarometer-Umfragen von 2005 und 2007 gezeigt werden konnte (vgl. auch den Beitrag von Jochen Roose in diesem Heft).

Das Europäische Freiwilligenzentrum CEV², das der Autor leitet, hat 2006 mit der Veröffentlichung des „Manifests für Freiwilliges Engagement in Europa“ mit seinen Mitgliedsorganisationen eine Arbeitsdefinition vorgelegt, nach der freiwilliges Engagement jegliche Aktivität ist, die „aus freiem Willen und aus eigenem Antrieb heraus, unentgeltlich, in einem organisierten Rahmen (innerhalb von Nichtregierungsorganisationen, Freiwilligenzentren, mehr oder weniger organisierten Gruppierungen, etc.) geleistet wird und das Ziel hat, sich für andere einzusetzen und dadurch einen Beitrag zum Gemeinwohl, also zur Gesellschaft im Ganzen zu leisten“ (CEV 2006: 34).

Entscheidet man sich zu einer solchen Herangehensweise, so kristallisiert sich schnell heraus, dass in Europa trotz unterschiedlicher Traditionen und Ausprägungen beispielsweise große Einigkeit über den „horizontalen Charakter“ freiwilligen Engagements herrscht. Freiwillige, ob sie nun Ehrenamtler, volunteers, bénévoles, voluntarios oder wolontariusze genannt werden, engagieren sich überall in Europa für die Gemeinschaft, um sich gegenseitig oder Bürgern in Not zu helfen, die Umwelt zu schützen, für Menschenrechte oder Bürgerrechte einzutreten, in lokalen Konflikten zu vermitteln, für den Zivilschutz der Bevölkerung zu sorgen oder um den Sportverein zu unterstüt-

zen – freiwilliges Engagement ist somit gleichsam ubiquitär.

Man sollte annehmen, dass ‚Europa‘ eigentlich gar nicht anders kann, als die schiere Masse an Menschen, die sich freiwillig engagieren, wahr- und ernstzunehmen. Dies soll im Rahmen dieses Artikels untersucht werden: Inwieweit unternimmt die EU Anstrengungen, das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger zu fördern? Welche Annahmen bzw. Gründe lassen sich für das Handeln der EU in diesem Bereich finden? Warum sollte die EU überhaupt Engagementpolitik betreiben, die generell eher als nationale, regionale und in starkem Maße sogar lokale Angelegenheit betrachtet wird?

2 Was ist europäische Engagementpolitik?

So vielschichtig die Diskussionen zu Definitionen freiwilligen Engagements ausfallen, so verschieden dürften die Ansichten darüber sein, was unter dem Begriff „Engagementpolitik“ zu verstehen sei, noch dazu, wenn es sich um die EU-Ebene handelt. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben sich 2002 verständigt, was sie mit Engagementpolitik meinen, nämlich ein „enabling environment for individuals and other actors of civil society to engage in voluntary activities“ (Vereinte Nationen 2002: 1). Eine Engagementpolitik hätte demnach die folgenden Ziele: Öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung für den Beitrag freiwilligen Engagements zur Gesellschaft³, auf breiter Ebene verfügbare Informationen zu Engagementmöglichkeiten, die Beteiligung aller Altersgruppen, eine organisationelle Freiwilligen-Infrastruktur, förderliche Steuerregelungen und gesetzliche Rahmenbedingungen, verfügbare Forschungs-

daten zu den verschiedenen Aspekten freiwilligen Engagements und eine horizontale Berücksichtigung freiwilligen Engagements in verschiedenen politischen Maßnahmen bzw. eine Abschätzung, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auf die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern haben, sich zu engagieren.

3 Rechtsgrundlage und Subsidiarität als Damoklesschwerer

In den 1980er und über weite Teile der 1990er Jahre herrschte auf der Ebene der EU in der Engagementpolitik „inertia“, also Flaute (Kendall/Anheier 1999: 284). Die Kommission ließ zunächst die Vorschläge einer Resolution des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1983 zur Förderung freiwilligen Engagements in Europa weitgehend unbeachtet, nahm dann aber die Idee eines Europäischen Vereinsstatuts zu Beginn der 1990er Jahre im Paket mit den Diskussionen zu einem Europäischen Status für Aktiengesellschaften, Genossenschaften (Kooperativen) und Gegenseitigkeitsgesellschaften („mutualités“) auf - explizit in ihre Binnenmarktlogik eingereiht: Die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber der Arbeitnehmer, solle gewährleistet werden und Vereinen sollten „genau wie den Aktiengesellschaften die Vorteile des Binnenmarktes vollkommen zugute kommen“ (Europäische Kommission 1991). Allerdings werden die Vereine, die als gemeinnützige Organisationen keinen Profit ausschütten, in den Vorschlägen der Kommission im Wesentlichen als Wirtschaftseinheiten behandelt.

Erst 1997 kann man zum ersten Mal das Wort „freiwillig“ in den Verträgen finden: In der „Erklärung 38“ zu freiwilligen Diensten, die dem Vertrag von Amsterdam hinzugefügt wurde und mit der die unterzeichnenden Mitgliedstaaten anerkennen, „dass die freiwilligen Dienste einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der sozialen Solidarität leisten“ (Vertrag

von Amsterdam, Erklärung 38). Die Europäische Union bekannte sich zum ersten Mal dazu, die freiwilligen Vereinigungen zu fördern.

4 Der Europäische Freiwilligendienst

Gestützt auf die Erklärung 38 tritt dann Ende der 1990er Jahre das erste Pilotprogramm auf den Plan, das das freiwillige Engagement von (jungen) Bürgerinnen und Bürgern direkt fördert: der Europäische Freiwilligendienst (EFD), der das Ziel verfolgt, „die Mobilität und die Solidarität der jungen Europäer im Rahmen einer aktiven Unionsbürgerschaft zu fördern und ihnen Erfahrungen mit einer anerkannten, nicht formalen Bildung zu ermöglichen“ (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 1998).⁴ Seither ist das Programm mehrfach verlängert und in der aktuellen Programmperiode 2007-2013 erheblich ausgeweitet worden.

Mit einem Gesamtvolumen von 885 Millionen Euro für die Jahre 2007-2013 (und alle Aktionsbereiche) ist das Programme vergleichsweise klein, betrifft ausschließlich Jugendliche und nur eine bestimmte Art des freiwilligen Engagements: den Freiwilligendienst im Ausland, der auf Zeit angelegt ist und von den Freiwilligen als ausschließliche Tätigkeit verrichtet wird. Verglichen mit den 150.000 Studenten, die alljährlich an einem Erasmusaus-tausch teilnehmen, nehmen sich die 4.000 EFD-Freiwilligen pro Jahr auch als verschwindende Größe aus. Dennoch kann der EFD als symbolischer ‚Leuchtturm‘ für Förderprogramme freiwilligen Engagements in Europa gelten.

5 Eine europäische Jugendpolitik

Zum EFD und dem Aktionsprogramm „Jugend in Aktion“ hat sich seit 2001 auch eine Jugendpolitik gesellt, die sich in der Folge als einer der zentralen Politikbereiche der EU innerhalb der Engagementförderung etabliert hat und in Ergänzung zum Aktionsprogramm, das europäi-

sche Mobilität befördert, den Schwerpunkt auf eine nationale Freiwilligenpolitik legt. Im Zuge ihrer im Jahr 2000 in Lissabon verabschiedeten Strategie, nach der Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt werden soll, hat die EU ihre Jugend wieder entdeckt. 2001 hat die Europäische Kommission das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ vorgelegt, mit dem die Partizipation von Jugendlichen und ihre aktive Staatsbürgerschaft gefördert und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, „dass sich die jungen Europäer besser als solidarische, verantwortungsbewusste, aktive und tolerante Bürger in pluralistischen Gesellschaften behaupten können“ (Europäische Kommission 2001: 5, 12).

Mit der Entschließung des Rates von 2004 vereinbarten die Mitgliedstaaten vier Zielsetzungen für die Freiwilligentätigkeit, auf deren Grundlage sie einen Maßnahmenkatalog auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene vorschlagen (Rat der Europäischen Union 2004: 4f.):

1. Mehr Information für Jugendliche über Möglichkeiten, sich zu engagieren, sowie Ausweitung dieser Möglichkeiten und Qualitätssteigerung.
2. Erleichterung des freiwilligen Engagements Jugendlicher durch Beseitigung bestehender Hindernisse.
3. Förderung der Freiwilligentätigkeit von Jugendlichen im Hinblick auf eine Stärkung ihrer Solidarität und ihres Engagements als verantwortungsbewusste Bürger.
4. Anerkennung der erworbenen persönlichen Fähigkeiten und ihres Engagements für die Gesellschaft sowie der Bedeutung der Freiwilligentätigkeit für einen erleichterten Übergang von Schule und Ausbildung ins Arbeits- und Erwachsenenleben.

2006 beschlossen die Jugendminister der EU in diesem Zusammenhang, den Wert von nicht formalen und informellen Lernerfahrungen im

europäischen Jugendbereich besser anzuerkennen, und riefen nach Maßnahmen, die Fähigkeiten und Kompetenzen, die Jugendliche durch nicht formales und informelles Lernen erwerben, sichtbar zu machen und zu validieren.

Seit 2007 gibt es Anzeichen, dass die Kommission eine ähnliche Herangehensweise wie im Jugendprogramm für den Sport plant. Der Sport war 2004 Thema eines Europäischen Jahres („Erziehung durch Sport“) und wurde 2007 in den Vertrag von Lissabon aufgenommen, was der Union eigene Kompetenzen einräumt. Ein 2007 veröffentlichtes Weißbuch zum Sport enthält ein eigenes Kapitel zur „Förderung von Ehrenamt und aktiver Bürgerschaft durch den Sport“ (Europäische Kommission 2007: 7), da der Sport immer noch einer der Hauptaktivitätsfelder für Freiwillige sei, nach der Analyse des Weißbuches aber mit rückgängigen Engagementzahlen v.a. im Jugendbereich zu kämpfen habe.

6 Freiwilligenarbeit als aktive europäische Bürgerschaft?

Neben der Jugendpolitik hat sich als zweiter Hauptpfeiler für eine Engagementpolitik der EU seit 2004 die Debatte um die Unionsbürgerschaft und die Frage etabliert, wie diese weiterentwickelt bzw. ausgefüllt werden kann. Das Konzept der Unionsbürgerschaft erhielt 1992 mit dem Vertrag von Maastricht Einzug in die Verträge und wurde nach und nach ausgeweitet.

2004 hat die EU das „Aktionsprogramm zur Förderung einer Aktiven Europäischen Bürgerschaft“ ins Leben gerufen, das 2006 zum „Aktionsprogramm Europa für die Bürgerinnen und Bürger 2007-2013“ weiterentwickelt wurde (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006a). Während die Ausrichtung des Programms hinsichtlich einer Europäischen Engagementförderung vielversprechend ist, bleibt zu bemerken, dass es mit 215 Mio. Euro

für eine 7 Jahre andauernde Periode geradezu winzig erscheint, um als Hoffnungsträger für eine breit angelegte europäische Engagementpolitik zu dienen.

Es gibt Bestrebungen, den Defiziten entgegenzutreten und die Entwicklung des Konzeptes der Aktiven Europäischen Bürgerschaft nicht allein auf der Ebene eines Aktionsprogramms, sondern auf politischer Ebene weiter zu verfolgen. 2007 gab es in der zuständigen Direktion der Kommission eine Umstrukturierung und die für das Aktionsprogramm zuständige Abteilung wurde in „Politik einer Unionsbürgerschaft“ umbenannt. Seit Herbst 2007 hat dieses Programm zudem auch eine ‚organisatorische‘ Komponente: eine Arbeitsgruppe zum Thema „Aktive Europäische Bürgerschaft“, an der all diejenigen Organisationen beteiligt sind, die Gelder aus dem EFB-Programm erhalten und mit der die Kommission einen strukturierten Dialog pflegen will. Derzeit ist aber nicht absehbar, in welchem Umfang auch auf Ebene der Mitgliedstaaten der politische Wille besteht, die Unionsbürgerschaft als „Box der Pandora“ (Besson/Utzinger 2007) zu öffnen und substantiell mit Leben zu füllen.

Beobachter verweisen auch auf das Scheitern des europäischen Vereinsstatus. Nach 14 Jahren Diskussion erschien es der Kommission 2005 nicht realistisch bzw. erstrebenswert, das Vorhaben weiter zu verfolgen, da es wenig Aussicht auf Verabschiedung im Rat gäbe. Ob die Ablehnung des Europäischen Vereinsstatus als Zurückhaltung nationaler Regierungen verstanden werden kann, ‚zu viel‘ europäisches Identitätsgefühl außerhalb national konstituierter zivilgesellschaftlicher Strukturen zuzulassen, und aus welchen Gründen der politische Wille für eine Einigung nicht stark genug war, kann hier nicht beantwortet werden.⁵ Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) vermutet eher eine Verquickung der Debatte über den Europäischen Verein mit der ebenfalls 2005 auf EU-Ebene geführten Dis-

kussion zur Terrorismusfinanzierung und der damit einhergehenden Initiative der Europäischen Kommission, unter anderem durch eine größere Transparenz des gemeinnützigen Sektors Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen: Der EWSA kritisiert den von ihm wahrgenommenen präventiven Pauschalverdacht gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und unterstreicht, dass gerade ein transparentes Europäisches Vereinsstatut helfen könnte, den eventuellen Missbrauch des rechtlichen Status einer gemeinnützigen Organisation zu verhindern (EWSA 2005).

Ganz geschlagen gibt sich auch die Europäische Zivilgesellschaft noch nicht: Europaweite zivilgesellschaftliche Netzwerke wie die CEDAG (European Council for Non-Profit Organisations, cedag-eu.org) und das „Forum civic européen“ (forumciviqueeuropeen.org) haben es sich auf die Fahnen geschrieben, weiter für die Einrichtung eines Statuts des Europäischen Vereins einzutreten.

Die jüngsten Entwicklung in diesem Bereich können allerdings zwiespältig eingeschätzt werden: Zwar wurde im Zuge der neuen Barroso-II-Kommission seit 2010 auch ein Portfolio „Bürgerschaft“ geschaffen, das die langgediente und durchaus einflussreiche Luxemburger Kommissarin Viviane Reding bekleidet. Es stimmt jedoch nachdenklich, dass die oben erwähnte Abteilung zur Förderung der Aktiven Bürgerschaft der Generaldirektion „Kommunikation“ einverleibt wurde. Dies lässt nicht nur Gutes ahnen, was die Ausrichtung aktiver Engagementpolitik auf europäischer Ebene unter der neuen Kommission angeht.

7 Weitere Aktionsprogramme der EU

Die EU hat ihre Freiwilligen aber auch in anderen Bereichen für sich entdeckt, die auf europäischer Ebene fast ausschließlich im Rahmen von Aktionsprogrammen behandelt werden. Vier dieser Bereiche seien hier exemplarisch ge-

nannt: als erstes das Aktionsprogramm zum Zivil- und Katastrophenschutz (1999-2006), im Rahmen dessen unter anderem das Britische Rote Kreuz und auch das Deutsche Technische Hilfswerk europäische Kooperationsprojekte durchgeführt haben, die sich mit Fragen einer effektiveren Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern als Freiwillige im Zivil- und Katastrophenschutz befassten.

Im Bereich der Integrationspolitik hat unter anderem das von der EU im Rahmen der INTI-Pilotprojekte 2003-2006⁶ kofinanzierte und vom CEV koordinierte europäische Kooperationsprojekt INVOLVE zur Beteiligung von Drittstaatsangehörigen an freiwilligem Engagement als Mittel zur Integrationsförderung⁷ angeregt, freiwilliges Engagement als Bestandteil einer Integrationspolitik anzuerkennen.

Im Bereich des lebenslangen Lernens verfügt die EU für die Periode 2007-2013 über ein Aktionsprogramm, das die europäische Zusammenarbeit im Bereich formellen, aber auch nicht formellen und informellen Lernens fördern soll (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006b).

Schließlich seien noch die ENEA „Vorbereitende Maßnahme zur Förderung des aktiven Alterns und der Mobilität älterer Menschen“⁸ erwähnt, mit denen die Generaldirektion Beschäftigung und Soziales die Mobilität von Senioren und ihre aktive Beteiligung an der Gesellschaft fördern will.

8 Engagementpolitik für alle Altersgruppen?

Freiwillige tauchen in verschiedenen Maßnahmen der EU auf, ohne dass die Berücksichtigung von Freiwilligen systematisiert oder gebündelt wird. Das CEV hat diese Tatsache zum Anlass genommen, 2006 mit seinem Manifest für freiwilliges Engagement in Europa die Institutionen aufzufordern, strategischer in diesem Bereich vorzugehen und eine umfassendere

Strategie zu entwickeln. Im Dezember 2006 verabschiedete der EWSA die Stellungnahme 1575/2006 „Freiwillige Aktivitäten, ihre Rolle in der europäischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen“. Sie ist seit der Resolution des Parlamentes von 1983 der erste europäische Text, der sich ausschließlich mit freiwilligem Engagement befasst. Der EWSA stimmt mit den Forderungen des Manifests überein und unterstreicht darüber hinaus die Notwendigkeit, die Wechselbeziehung zwischen lokalem Engagement und europäischer Integration genauer zu beleuchten. EUROSTAT solle eine koordinierende Rolle übernehmen, um den Anteil freiwilliger Aktivitäten an der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Mitgliedstaaten sichtbar zu machen. Die Institutionen selbst werden angehalten, freiwilliges Engagement bei Förderung von Projekten als geldwerten Eigenbeitrag zum Projekt anzuerkennen. Eine Freiwilligen-Infrastruktur in den Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene sei nötig, um freiwilliges Engagement besser zu fördern.

Schützenhilfe hat der EWSA hierbei vom Europäischen Parlament bekommen. Im Juni 2006 ergriff die irische Abgeordnete Marian Harkin die Initiative, eine überparteiliche Arbeitsgruppe für freiwilliges Engagement im Parlament ins Leben zu rufen. Die Deutsche Gisela Kallenbach übernahm die Ko-Leitung der Gruppe, die sich seither in unregelmäßigen Abständen (und mit bislang eher mäßigem Engagement anderer Parlamentarier) trifft, um das Thema auf der politischen Tagesordnung voranzubringen.

Im Februar 2008 legte Marian Harkin schließlich ihre Stellungnahme „Freiwilligentätigkeit als Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt“ vor, die im April 2008 vom Plenum des Europäischen Parlaments mit 639 der 785 Stimmen verabschiedet wurde. Harkin wiederholt hierin eine Reihe der oben bereits ausgeführten Forderungen (u.a. den Ruf nach einem Europäischen Jahr für freiwilliges

Engagement) und fasst ihre Vorschläge als „Plan V – for Valuing, Validating and ensuring Visibility of Volunteers“ zusammen (Europäisches Parlament 2008: 6).

9 Wo ein Wille ist, ist ein ...Artikel 352

Das gestiegene Interesse der EU an ihren Freiwilligen lässt sich wohl auch daran erkennen, dass mit dem Vertrag von Lissabon freiwilliges Engagement seinen Einzug in die Europäischen Verträge gefunden hat. Zu früh dürfte sich gefreut haben, wer darin die Grundlage für eine breit angelegte Engagementpolitik sieht. Es werden nämlich nur zwei Bereiche herausgegriffen, in denen freiwilliges Engagement ‚Vertragsrang‘ bekommen soll: Der Sport und die humanitäre Hilfe. Während die Verknüpfung von freiwilligem Engage-

ment und Sport im Artikel 149 noch logisch erscheint, so handelt es sich im Fall der humanitären Hilfe eher um ein politisches Kuriosum.

Auch wenn sich beide Artikel auf zwei explizite Bereiche beziehen, so kann doch davon ausgegangen werden, dass sie sozusagen als Präzedenzfälle in der Folge Aktivitäten der EU in der Engagementförderung allgemein einfacher werden lassen. Hinzu kommt ein zweites Phänomen, das das eingangs beschriebene Damoklesschwert der rechtlichen Grundlage für eine Europäische Engagementpolitik weit weniger bedrohlich erscheinen lässt: Die Institutionen haben gezeigt, dass sie in Bereichen ohne explizite Rechtsgrundlage in den Verträgen tätig werden. Hierfür gibt es – neben dem entsprechenden politischen Willen – den Artikel 352 (ehem. 308), den europäischen Gummiparagraphen, der immer dann herangezogen wird,



wenn es keine klare Handlungskompetenz der Union gibt, aber dennoch Handlungsbedarf gesehen wird.⁹ Dieser Artikel fand beispielsweise für das Programm Europa für die Bürgerinnen und Bürger, im Aktionsprogramm zum Zivilschutz und für die Verabschiedung des Vorschlages für ein Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 Anwendung. Wo es also den Willen der Regierungen zur Zusammenarbeit gibt – dort gibt es auch einen Weg, bzw. den Artikel 352.

10 Ist Engagement unzählbar?

Seit 1997 arbeitet die Johns Hopkins Universität in den USA mit ihrem Center for Civil Society Studies unter Leitung von Lester Salamon daran, den Beitrag des gemeinnützigen (non-profit) Sektors und des freiwilligen Engagements hierin in der Volkswirtschaft sichtbar zu machen. Helmut Anheier und Salamon stellen fest, dass es so gut wie keine Statistiken über diesen Beitrag gibt, da freiwilliges Engagement schlicht keinen Marktpreis hat und somit unsichtbar, ja im volkswirtschaftlichen Sinne „wertlos“ bleibt (Anheier/Salamon 1999: 49). Zusammen mit den Vereinten Nationen haben Salamon und andere ein Handbuch für Nationale Statistische Ämter entwickelt, mit dem diese den volkswirtschaftlichen Wert des gemeinnützigen Sektors in Satellitenkonten darstellen und den wirtschaftlichen Wert des freiwilligen Engagement beziffern können. In Europa gibt es nur mäßigen Erfolg zu berichten: Lediglich Belgien, Frankreich und die Tschechische Republik haben das Handbuch seither angewandt und erste Ergebnisse vorgelegt.

Nun ist die Bezifferung des wirtschaftlichen Wertes freiwilliger Tätigkeit alles andere als unumstritten, machen doch viele Gegner einer solchen Herangehensweise geltend, dass der Wert des freiwilligen Engagements ja gerade nicht darin liegt, ähnlich wie bezahlte Arbeit Leistungen zu erbringen, und dass eine solche

„Monetarisierung“ des freiwilligen Engagements den Blickwinkel weg verlegt vom genuinen Wert des Engagements, nämlich in einer Gesellschaft soziales Kapital und sozialen Zusammenhang sowie Solidarität zu fördern. Allerdings findet das Thema mehr und mehr Interesse, nicht zuletzt im gemeinnützigen Sektor selbst, wie die Tagungsthemen der Europäischen Freiwilligenuniversität 2005 in Luzern („Der Einfluss des Prozesses der Monetarisierung auf Freiwilligentätigkeit“), des CEV 2008 in Ljubljana („Putting Volunteering on the Economic Map of Europe“) oder auch der Jahrestagung 2008 der Akademie für Ehrenamtlichkeit („Zwischen Eigenwert und Monetarisierung der Freiwilligenarbeit“) zeigen.

11 Ausblick

„Europa“ hat die Freiwilligen für sich entdeckt: Nach einem Frühstart 1983 und einer Flaute in den 1990ern erscheint freiwilliges Engagement in den letzten Jahren gehäuft auf dem Radar gleich mehrerer Institutionen, wenn auch mit eindeutigem Schwerpunkt auf freiwilligen Aktivitäten von Jugendlichen, Freiwilligendiensten und der Mobilität von Freiwilligen. Jüngst hat sich hierzu die Debatte um eine Aktive Europäische Bürgerschaft gesellt, die als vielversprechend für weitere Maßnahmen der EU gelten kann. Das nun anstehende Europäische Jahr der Freiwilligenarbeit ist hier ein weiterer wichtiger Schritt, der Ausgangspunkt werden könnte und sollte für eine koordinierte europäische Engagementpolitik.

Doch noch immer gibt es keine Strategie, sondern ein patchworkartiges Sammelsurium an Maßnahmen und Politiken. Engagementpolitik ist als solche auch weiterhin kein Politikfeld für die EU, freiwilliges Engagement wird bislang hauptsächlich über seine Rolle in anderen Politikbereichen beachtet. Soll also in Zukunft die Rolle von freiwilligem Engagement in anderen Bereichen, v.a. in ‚hard policy‘-The-

men wie der Lissabon-Agenda oder dem volkswirtschaftlichen Wert stärker betont werden? Dies könnte tendenziell eine größere Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger herbeiführen, aber gleichzeitig die instrumentalisierte Sichtweise noch verstärken.

Trotz des Artikels 352 und der beiden neuen Artikel im Vertrag von Lissabon wird sich engagementpolitisches Handeln der EU auch in der Zukunft weiter rechtlichen Handlungsschranken ausgesetzt sehen: In engagementpolitisch zentralen Bereichen wie dem Versicherungs- oder gar dem Sozialschutz von Freiwilligen hat die EU keine Kompetenzen. Und manchmal fehlt es schlicht am politischen Willen, wie das Beispiel des gescheiterten Europäischen Vereinsstatuts zeigt. Aber eine Engagementpolitik auf EU-Ebene muss ja gar nicht zwangsläufig mit europäischer Rechtsetzung oder zusätzlichen Richtlinien verbunden sein: Wie die Jugendpolitik zeigt, kann die EU ihren Mehrwert durch Anwendung ‚weicher‘ Instrumente wie der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) unter Beweis stellen. Nicht zuletzt das Europäische Jahr der Freiwilligenarbeit 2011 weckt hier Hoffnungen. Es hängt aber letztlich am politischen Willen der europäischen Regierungen, ob diese Chance genutzt wird.

Jedoch dürften die nächsten drei Jahre 2011-2013 einiges an Beschleunigung für das Thema Engagementpolitik bereithalten: 2011 wurde nach einer vom CEV angestoßenen gemeinsamen Kampagne von über 20 europäischen Netzwerken, die in der Freiwilligenförderung aktiv sind, von der EU zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit ausgerufen.¹⁰

Die EU nimmt sich vor, günstige Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeiten in der EU zu schaffen, Freiwilligenorganisationen zu unterstützen und eine Verbesserung der Qualität von Freiwilligentätigkeiten herbeizuführen sowie Freiwilligentätigkeiten besser anzuerkennen und generell für den Wert und die Bedeutung von Freiwilligentätigkeiten zu sensibilisie-

ren. Der Ruf des Europäischen Parlamentes von 1983 wurde also dann noch erhört. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die oben erwähnt neue politische Zuordnung des Themas zur ‚Kommunikation‘ von EU-Politik auf die inhaltliche Ausrichtung des Jahres auswirken wird. 2012 soll das Jahr des Aktiven Alterns, 2013 (wie man in Korridorgesprächen munkelt) das Jahr der Europäischen Bürger (schaft). Dieser Dreiklang dürfte Debatten zur Engagementpolitik erst einmal langfristig auf europäischer Ebene verankern – Ende der Diskussion jedoch noch offen...

Markus Held ist Geschäftsführer von European Volunteer Centre (CEV). Kontakt: markus.held@cev.be.

Anmerkungen

¹Dieser Beitrag ist die gekürzte und aktualisierte Fassung meines Beitrags „Engagementpolitik der EU – Flickwerk oder Strategie?“, der in Olk et al. 2009 erschienen ist.

²Das Europäische Freiwilligenzentrum (Centre européen du volontariat/European Volunteer Centre) mit Sitz in Brüssel ist ein Netzwerk von derzeit (Stand November 2010) 80 nationalen, regionalen und einigen lokalen Organisationen der Engagementförderung und Freiwilligenzentren aus 28 Ländern. Mehr Informationen unter www.cev.be.

³Beispielsweise durch TV-Kampagnen oder den von den Vereinten Nationen 1985 als „Internationaler Tag des Freiwilligen Engagements für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt“ erklärten 5. Dezember. Dazu wird natürlich auch das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 gehören.

⁴Als Pilotprojekt existiert der EFD bereits seit 1996 und wurde 1998 zu einem „Aktionsprogramm“ aufgewertet.

⁵Kendall und Anheier (1999) mutmaßen, dass hauptsächliche Hinderungsgründe für eine

Einigung die Regelungen bezüglich der Rechte auf Mitwirkung der Arbeitnehmer in diesen Organisationen gewesen zu sein scheinen, traditionell für Großbritannien ein rotes Tuch.

⁶Vgl. ec.europa.eu/home-affairs/funding/2004_2007/inti/funding_inti_en.htm [22.10.2010].

⁷Vgl. involve-europe.eu [22.10.2010].

⁸Vgl. ec.europa.eu/employment_social/empweb/tenders/tenders_de.cfm?id=1285 [22.10.2010].

⁹Artikel 352 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Erscheint ein Tätigwerden der Union erforderlich, um im Rahmen des Gemeinsamen Marktes eines ihrer Ziele zu verwirklichen, und sind in diesem Vertrag die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, so erlässt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments die geeigneten Vorschriften.“ 352 entspricht der neuen Numerotierung, die mit dem Lissabon-Vertrag in Kraft trat.

¹⁰Siehe unter anderem: ec.europa.eu/citizenship/news/news820_en.htm [01.11.2010].

Literatur

Anheier, Helmut K./Salamon, Lester 1999: Volunteering in Cross-National Perspective: Initial Comparisons. In: *Law and Contemporary Problems*, Vol. 62, No. 4, 43-65.

Besson, Samantha/Uttinger, André 2007: Introduction: Future Challenges of European Citizenship – Facing a Wide-Open Pandora’s Box. In: *European Law Journal* 13(5), 573-590.

CEV, The European Volunteer Centre (Centre européen du volontariat) 2006: Manifest für Freiwilliges Engagement in Europa. cev.be/data/File/CEVManifesto_EN_FR_DE.pdf [21.10.2010].

Europäische Kommission 1991: Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Europäischen

Parlamentes und des Rates über das Statut des europäischen Vereins, KOM(1991) 273-1.

Europäische Kommission 2007: Weißbuch Sport, KOM(2007) 391 endgültig.

Europäisches Parlament 2008: Stellungnahme über Freiwilligentätigkeit als Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (2007/2149(INI)).

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 1998: Beschluss Nr. 1686/98/EG zur Einführung des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms „Europäischer Freiwilligendienst für junge Menschen“.

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006a: Beschluss Nr. 1904/2006/EG über das Programm „Europa für die Bürgerinnen und Bürger“ zur Förderung einer Aktiven Europäischen Bürgerschaft 2007-2013.

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006b: Beschluss Nr. 1720/2006/EG über ein Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens (2007-2013).

Hilger, Peter 2008: Engagement Policies in European Governance. In: Freise, Matthias (Hg.): *European Civil Society*. Baden-Baden: Nomos.

Kendall, Jeremy/Anheier, Helmut K. 1999: The third sector and the European Policy Process: An initial evaluation. In: *Journal of European Public Policy* 6(2), 283-307.

Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.) 2009: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS.

Rat der Europäischen Union 2004: Entschließung des Rates (...) über gemeinsame Zielsetzungen für die Freiwilligentätigkeit von Jugendlichen (13996/04).

Vereinte Nationen 2002: Resolution adopted by the General Assembly A/56/38: Recommendations on support for volunteering. unv.org/fileadmin/docdb/pdf/2007/N0147881.pdf [22.10.2010].

Mirko Schwärzel

High Hopes, Low Expectations...

Chancen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit

2011 ist nicht nur „Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011“¹ (EJF). Es jährt sich auch das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 der Vereinten Nationen (IJF) zum zehnten Mal. Daher lohnt es sich, zunächst auf die Wirkungen des IJF 2001 zurückzublicken. Das Internationale Jahr hat sowohl für die Anerkennungskultur des Engagements als auch für die Entwicklung lokaler, regionaler und bundesweiter Infrastruktureinrichtungen und -förderungen einen großen Beitrag geleistet und wesentlich dazu beigetragen, das Thema im Fachdiskurs zu etablieren (vgl. Klie/Ross 2002). Zentrale engagementpolitische Entwicklungen sind in Deutschland unmittelbar auf das IJF zurückzuführen, wie die Einsetzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags oder die Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) aus dem Nationalen Beirat zum IJF heraus. So positiv der Rückblick aber auch ausfällt, bleibt doch anzumerken, dass der Bezugsrahmen bei der Umsetzung des IJF in Deutschland stets ein nationaler war. Transnationaler Austausch fand nur in begrenztem Umfang in der Engagementforschung statt.

Zehn Jahre nach dem IJF stellt sich die Frage nach dem zusätzlichen Nutzen durch ein Europäisches Freiwilligenjahr für die deutsche Engagementförderung. Über die letzten zehn Jahre haben sich das Akteursfeld und die Instrumente der Engagementförderung ausdifferenziert. Ist 2011 tatsächlich ein neuerlicher Schub zu erwarten, wie es 2001 das IJF leisten konnte? Ein wirklicher Mehrwert entsteht bei der Umsetzung des Europäischen Jahres 2011

erst dann, wenn es als ein Instrument genutzt wird, den nationalen Bezugsrahmen der deutschen Engagementförderung zu überschreiten und sowohl einen strukturierten transnationalen Austauschprozess zu initiieren als sich auch aktiv auf europäischer Ebene einzubringen.

1 Themensetzung durch das EJF 2011

Zu Beginn sei ein weitverbreitetes Missverständnis anzusprechen: Europäische Jahre sind Kampagnenjahre und keine Förderinstrumente. Die Intention der EU ist, ein Thema von aus ihrer Sicht wachsender gesellschaftlicher Bedeutung in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken und eine europaweite Debatte anzustoßen. Als Kampagnenjahre sind sie daher selten mit nennenswerten Finanzmitteln ausgestattet und kaum von einer großen Projektförderung begleitet. Für das Europäische Jahr 2011 stehen EU-weit 6 Mio Euro zur Verfügung, von denen etwa die Hälfte für eine europaweite Kommunikationskampagne vorgesehen ist. Aus den übrigen Mitteln entfallen lediglich rund 450.000 Euro auf die Umsetzung in Deutschland. Diese geringe Finanzausstattung, die kaum Aussicht auf finanzielle Projektunterstützung bietet, hat in der Vorbereitungsphase zu Unmut und Kritik geführt. Diese Kritik wird der Intention Europäischer Jahre jedoch nicht gerecht, da diese grundsätzlich zwei andere Funktionen erfüllen sollen: Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Politikfeldentwicklung.

Das EJF 2011 legt seinen Schwerpunkt auf die Öffentlichkeitswirksamkeit und Sensibilisierungsfunktion. Hier haben Europäische Jah-

re durchaus eine Erfolgsgeschichte vorzuweisen: Begriffe und Konzepte wie „Lebenslanges Lernen“ (Europäisches Jahr 1996) oder „Interkultureller Dialog“ (Europäisches Jahr 2008) haben es so in den sprachlichen Mainstream geschafft. Beim Europäischen Freiwilligenjahr 2011 liegt die Zielsetzung insbesondere auf der Förderung der Anerkennungskultur und der Unterstützung der Trägerstrukturen. Die EU möchte damit „zur Schaffung eines positiven Umfelds für Engagement“ beitragen, „insbesondere durch den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren“ (Europäische Union 2009: 2) sowie durch Kommunikations- und Sensibilisierungsmaßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene. Zentrale Instrumente dafür werden eine europaweite Medienkampagne und eine durch die europäischen Hauptstädte tourende Roadshow sein, durch die Leistungen der Freiwilligen und ihrer Einrichtungen sowie der gesellschaftliche Mehrwert des Engagements sichtbar gemacht werden sollen.

Mitunter bedeutender als die Sensibilisierungsfunktion ist die Politikfeldentwicklungsfunktion Europäischer Jahre. Zumeist berühren die Themen Bereiche und Politikfelder, in denen die EU selbst über keine Regelungskompetenzen verfügt. Europäische Jahre sollen hier einen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten anregen und Korridore für gemeinschaftliche Maßnahmen öffnen. Als positives Beispiel kann wiederum das Europäische Jahr des Lebenslanges Lernens 1996 dienen, mit dem europaweit ein bildungspolitischer Diskurs angestoßen wurde - inmitten eines klassisch nationalstaatlichen Hoheitsthemas. Das Europäische Jahr der Freiwilligen steht bei der Frage der Entwicklung eines gemeinsamen Politikfelds Engagementpolitik auf EU-Ebene insbesondere vor der Herausforderung sehr verschiedenartiger nationaler Traditionen und Diskurse der Engagementförderung. Gleichzeitig bestehen hier aber auch die größten Chancen des EJF, wenn es gelingt, einen strukturierten europäischen Aus-

tauschprozess der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure der Engagementförderung zu initiieren.

2 Aussichten einer europäischen Verständigung

In Deutschland hat sich über die letzten Jahre hinweg ein gemeinsames Verständnis von Engagementpolitik entwickelt als eine „zivilgesellschaftliche Reformpolitik, die sich sowohl auf die einzelnen Bürger als auch auf die politische Kultur und das Staatsverständnis bezieht“ (Olk/Klein/Hartnuss 2010: 24). Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ hat in ihrem Abschlussbericht nicht nur eine erste qualitative Bestandsaufnahme des freiwilligen Engagements in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen vorgelegt sondern auch eine umfassende engagementpolitische Agenda skizziert und dieses Verständnis damit entscheidend geprägt. Eine Politik zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements umfasst nicht nur „eingeschränkte Ressortpolitik“ (Olk/Klein/Hartnuss 2010: 24) zur Förderung der Freiwilligentätigkeit, sondern hilft im Sinne eines „ermöglichenden und aktivierenden Staates“ (Deutscher Bundestag 2002: 7), bürgerschaftliche Beteiligung- und Mitwirkungschancen zu eröffnen. Dieser konzeptionellen Grundlage sind zahlreiche institutionelle Entwicklungen gefolgt.

Auf europäischer Ebene stellt sich die Situation gänzlich anders dar. Dies lässt sich zunächst darauf zurückführen, dass es an einem gemeinsamen Begriffsverständnis mangelt. Auch wenn sich das angelsächsische „Volunteering“, das sich noch am ehesten mit „Freiwilligentätigkeit“ übersetzen lässt und dem Europäischen Jahr 2011 seinen Namen gibt, im Sprachgebrauch und im allgemeinen Verständnis weitgehend durchgesetzt hat: Es entspricht konzeptionell nicht dem deutschen Begriff des

bürgerschaftlichen Engagements, es erklärt nicht die französische Unterscheidung zwischen „volontariat“ (am ehesten noch zu übersetzen mit Freiwilligendienstform) und „bénévolat“ (Ehrenamt) oder etwa der Unterscheidung im Niederländischen zwischen „vrijwillige inzet“ (Freiwilliger Einsatz bzw. Engagement), „vrijwilligerswerk“ (Freiwilligenarbeit). (vgl. Held 2010: 407). Es sind dies nicht nur unterschiedliche Begriffe, sondern vielmehr liegen ihnen verschiedene Konzeptionen und Traditionen bürgergesellschaftlichen Engagements und andere Verständnisse von der Rollen- und Verantwortungsteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft zugrunde.

Die dem deutschen Begriff des Bürger-schaftlichen Engagements inhärente konzeptionelle Verbindung zwischen freiwilliger Tätigkeit (im Englischen und im EU-Mainstream Volunteering) und gesellschaftlicher und politischer Teilhabe (Partizipation bzw. Empowerment) ist ein Alleinstellungsmerkmal des deutschen Diskurses. Auf EU-Ebene sind dies bisher noch zwei getrennte Diskursstränge mit unterschiedlichen Inhalten und Akteuren. Auf der einen Seite geht es bei der Debatte um Volunteering, beispielsweise um Fragen der Förderung einer Anerkennungskultur, der Erleichterung grenzüberschreitender Mobilität von Freiwilligen oder europaweit vergleichbaren und aufeinander abgestimmten Kompetenz-nachweisen. Maßnahmen und Instrumente finden sich dabei in unterschiedlichen EU-Politikfeldern wieder (vgl. Held in diesem Heft).

Auf der anderen Seite steht die Debatte um zivilgesellschaftliche Beteiligung an europäischer Politikgestaltung, der sogenannte „Zivile Dialog“⁴², der durch den im Dezember 2009 in Kraft getretenen Lissabon-Vertrag jüngst einen wichtigen Impuls erfahren hat. Mit ihm erhält ein neuer Artikel 11 Eingang in den EU-Vertrag, der zunächst wegen seines Absatzes 4, der die Möglichkeit einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) eröffnet, öffentliche Beachtung

erfuhr. Bisher zu Unrecht wenig beachtet sind jedoch die vorhergehenden Absätze des Artikels 11. Sie beschreiben Elemente partizipativer Demokratie, indem sowohl den „Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit“ eingeräumt wird, „ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen“, und ein „offener, transparenter und regelmäßiger Dialog“ der EU-Organe mit den „repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“ angekündigt wird.

3 Anfänge europäischer Engagementpolitik

Auch wenn die Debatte um den zivilen Dialog auf europäischer Ebene derzeit noch getrennt geführt wird vom Diskurs um das *Volunteering*, entsteht unverkennbar eine ganzheitliche europäische Engagementpolitik, die eine ermöglichende und aktivierende Förderpolitik für Freiwilligenaktivitäten in Zusammenhang mit politischer Beteiligung stellt. Nicht zuletzt macht das bürgerschaftliche Engagement einen zentralen Teil der Debatte um eine „aktive europäische Unionsbürgerschaft“ aus und wird dabei seitens der EU als ein wichtiges Bindeglied zwischen der EU und der europäischen Bürgerschaft angesehen (freilich noch ohne eine nachvollziehbare und einheitliche Strategie).

Eine Pionierleistung unter den EU-Institutionen kommt hier dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) zu (Eisele 2008). In seiner Stellungnahme „Freiwillige Aktivitäten, ihre Rolle in der europäischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen“⁴³ skizziert der EWSA 2006 als erstes EU-Gremium eine europäische Engagementagenda, die zu Unrecht bisher wenig beachtet wurde. Darin fordert der EWSA die Kommission dazu auf, „so schnell wie möglich ein Weißbuch über freiwillige Aktivitäten und aktive Bürgerschaft in Eur-

opa zu veröffentlichen“. In der Verbindung der beiden Themenfelder „freiwillige Aktivitäten“ und „aktive Bürgerschaft“ könnten „Wechselwirkungen dieser beiden Phänomene unterstrichen und ihr Umfang und ihre Bedeutung hervorgehoben werden“. Da freiwilliges Engagement zum größten Teil im lokalen Umfeld geleistet wird, sieht der EWSA in einem solchen Weißbuch vor allem den Auftrag, einen Beitrag zu einer europäischen Engagementstrategie zu leisten, die die europäische und kommunale Ebene zusammen denkt und „mit der die europäische Dimension dieser Aktivitäten gestärkt und eine aktive europäische Bürgerschaft sowie eine europäische Identifikation gefördert werden können“.

Ferner seien die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, ihrerseits „eine eigene Freiwilligenpolitik und eine Strategie zu entwerfen, wie freiwillige Tätigkeiten direkt gefördert und anerkannt werden können“; die EU könne hier einen Rahmen vorgeben. Der EWSA benennt seinerseits die wichtigsten Eckpunkte dieser nationalen Strategien: Ausarbeitung rechtlicher Rahmenbedingungen, Engagementverträglichkeit der Gesetzgebung, Förderung der Engagementinfrastruktureinrichtungen, Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements usw. Er umreißt auch betroffene Themen- bzw. Politikfelder, wie z.B. Schule und Engagement, informelles bzw. lebenslanges Lernen, Migration und Engagement, Generationenpolitik. Für die europäische Ebene fordert die Stellungnahme zwei Instrumente: Die Ausrichtung eines Europäischen Jahres der Freiwilligen und die Verabschiedung einer Charta, „in der die Rolle der Freiwilligenorganisationen mitsamt ihrer Rechte und Pflichten festgelegt wird, damit die Bedeutung des freiwilligen Engagements für die Entwicklung der Mitgliedstaaten stärker gewürdigt wird.“

Ganz im Sinne des EWSA verknüpft das Europäische Jahr 2011 Freiwilligentätigkeiten mit der aktiven Bürgerschaft. Das Europäische

Jahr 2011 werde dazu beitragen, „die Freiwilligentätigkeit als eine der wesentlichen Dimensionen der aktiven Bürgerschaft und der Demokratie ins Bewusstsein zu rücken“ (Europäische Union 2009: 1).

4 Europäisch denken, lokal handeln?

Man könnte vermuten, dass die europäischen Vorgaben in Deutschland auf fruchtbaren Boden fallen und Deutschland eine Vorreiterrolle im europäischen politischen Diskurs und bei der Umsetzung einnehmen wird. Nicht nur entspricht der Titel des Jahres „Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft“ konzeptionell dem, was in Deutschland seit gut 20 Jahren unter dem Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ diskutiert wird. Auch wurden in der Engagementförderung der letzten Jahre Instrumente, Formate und Strukturen entwickelt, die als Beispiele guter Praxis Exportformat haben könnten: der deutsche Freiwilligenurvey, die Agenda und Handlungsvorschläge der Enquete-Kommission, Formate der horizontalen und vertikalen staatlichen Koordinierung der Engagementpolitik oder das bereichsübergreifende und trisektorale Bundesnetzwerk, zahlreiche beispielhafte Förderinstrumente und gesetzliche Rahmenbedingungen sowie bewährte Instrumente der Förderung einer Anerkennungskultur wie etwa der Deutsche Engagementpreis oder die Woche des Bürgerschaftlichen Engagements. Nicht zuletzt hat die Bundesregierung im Oktober 2010 zum ersten Mal eine ressortübergreifende Nationale Engagementstrategie verabschiedet und dafür mit dem vom BBE organisierten „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“ ein neuartiges Governance-Format der Konsultation der Stakeholder ins Leben gerufen, das den Formulierungsprozess der Engagementstrategie beratend begleitet hat und 2011 auch am Umsetzungsprozess beteiligt sein wird.

Vor diesem Hintergrund war im Vorfeld des EJF 2011 die Erwartung entstanden, die Bundesregierung und die deutsche Zivilgesellschaft würden sich im Rahmen der Umsetzung des Jahres auch gestaltend in die europäische Entwicklung einbringen: So gab es Vorschläge, im Rahmen des EJF 2011 unter Initiative der Bundesregierung auch den zweiten Vorschlag des EWSA, eine europäische Engagement- und Beteiligungscharta, umzusetzen (vgl. BBE 2009: 111). Dabei sollte es nicht um die Schaffung neuer europäischer Rechtsnormen gehen, sondern um die gemeinsame Definierung europäischer Zielsetzungen und Grundsätze einer modernen Demokratie, die lokal und regional umzusetzen wären, nach dem Grundsatz „Europäisch denken, lokal handeln!“ (BBE 2009: 107). Das federführende Bundesfamilienministerium wurde aufgerufen, hier die Initiative zu ergreifen und unter Einbindung der Zivilgesellschaft den Beteiligungsprozess des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ zu europäisieren und zu einem europäischen Symposium einzuladen um zu erarbeiten, welcher gesellschaftliche Mehrwert durch eine solche Charta zu erzielen sei und welche gesetzlichen, finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen für eine ermöglichende Engagementförderung erforderlich seien. Andere Stimmen riefen dazu auf, die Koordinierung dieses Bürgerschaftsjahres gleich federführend in die Hände der Zivilgesellschaft zu geben (vgl.: Mutz 2010).

Derartige Erwartungen wurden jedoch von den ersten Umsetzungsschritten enttäuscht. Das von der deutschen Koordinierungsstelle, die im Bundesfamilienministerium eingerichtet wurde, im September 2010 verabschiedete „Nationale Programm zum Europäischen Jahr 2011“ bezieht sich in der Darstellung der Ausgangslage und der Beschreibung der Herausforderungen lediglich auf den nationalen Kontext. Einzig die Empfehlung des EU-Ministerrats zur Förderung der europäischen Mobilität junger Freiwilliger wird erwähnt, ohne dass diese jedoch

mit einer Umsetzungsabsicht oder sogar konkreten Umsetzungsschritten verbunden wird. Die im Programm aufgezählten nationalen Prioritäten schließlich sind sehr allgemein gehalten und beziehen sich erst im letzten Punkt auf die europäische Ebene, dort aber immerhin mit der Absicht der „Initiierung eines regelmäßigen Dialogs zum bürgerschaftlichen Engagements auf EU-Ebene“ (BMFSFJ 2010: 7).

Auf Grundlage des Nationalen Programms und der darin enthaltenen Prioritäten wurden vom BMFSFJ acht Projekte ausgewählt, die aus dem Budget für die Umsetzung des Europäischen Jahres in Deutschland eine Zuwendung erhalten. Auch diese Projekte, die meisten von ihnen Fachtagungen zu spezifischen Fragen der Engagementförderung, beziehen sich hauptsächlich auf die deutsche Ebene und beinhalten lediglich in Teilen einen transnationalen Erfahrungsaustausch.

So ernüchternd auch das Nationale Programm zum Europäischen Jahr 2011 in Bezug auf die europäische Zusammenarbeit ausfällt, so ermutigend erscheint in diesem Hinblick jedoch die Verabschiedung der Nationalen Engagementstrategie.⁴ „Bürgerschaftliches Engagement ist ein Kernthema der Zukunft Europas. Einigung und Stärkung der europäischen Bürgergesellschaft sind Grundlage des europäischen Integrationsprozesses“ (S. 48) heißt es dort. Das Kapitel benennt zum einen die Bedeutung von Beteiligung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am europäischen Projekt und die Förderung einer partizipativen Demokratie, „in der ein offener, transparenter und dauerhafter Dialog mit der Bürgergesellschaft geführt wird“, wobei sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, Bundesbürger in der Nutzung europäischer Beteiligungsprozesse wie z.B. der Europäischen Bürgerinitiative unterstützen. Zugleich benennt die Strategie als ein Kernvorhaben das, was dem Nationalen Programm für das EJF 2011 fehlt: „Etablierung des Politikfelds Engagementpolitik auf europäischer Ebene“.

5 Fazit

Das EJF 2011 besitzt unbestreitbar ein großes Potential, 10 Jahre nach dem Internationalen Freiwilligenjahr 2001 erneut eine bedeutende und nachhaltige Wegmarke der Engagementförderung in Deutschland zu werden. Sicherlich werden die Fachtagungen und zentralen Veranstaltungen sowie die zahlreichen Projekte und Initiativen, die sich unter das Dach des EJF stellen werden, für eine Sichtbarkeit des Themas sorgen und dem fachlichen Austausch wichtige Impulse geben. In Deutschland wirkt das EJF lediglich ergänzend zu einem bereits aktiven Fachdiskurs und etablierten Instrumenten der Engagementförderung.

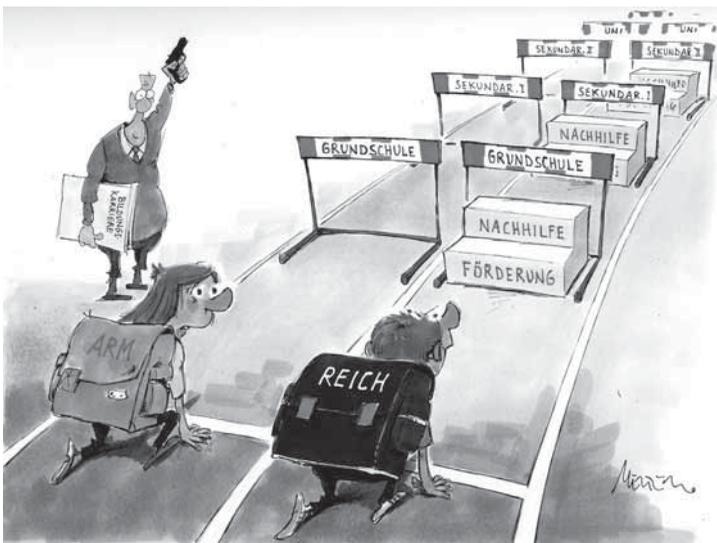
Die Umsetzung des EJF in Deutschland droht dann eine wichtige Gelegenheit zu verpassen, wenn sie sich wieder – wie beim IJF 2001 – nur auf den nationalen Kontext bezieht. Dabei gilt es zunächst, die Gelegenheit zum europäischen Austausch zu nutzen. Deutschland könnte viel lernen von den unterschiedlichen Rahmenbedingungen, Traditionen und Formen des Engagements in anderen europäischen Län-

dern. Über die Fachveranstaltungen im EJF wird teilweise bereits ein solcher Austausch angeregt; dieser müsste aber strukturell begleitet und einer größeren Öffentlichkeit verfügbar gemacht werden.

Doch es sollte nicht nur um einen strukturierten Austausch gehen. Vielmehr gilt es, Europa auch mitgestalten und zu einer gemeinschaftlichen Engagementpolitik beitragen zu wollen. Nicht nur vom EWSA, auch aus Deutschland gibt es dafür Vorschläge und erste Skizzen einer Agenda, so beispielsweise aus dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation (vgl. BBE 2009: 105ff). Die derzeitige Debatte in Deutschland aber weckt eher den Eindruck, sie sei von der Befürchtung europäischer Überregulierung auch in der Engagementförderung bestimmt. Bei einer europäischen Engagementpolitik wird es aber weniger um überstaatliche Regulierung als vielmehr um die Förderung von Erfahrungsaustausch und die Etablierung weicher Koordinierungsmechanismen gehen. Das Europäische Jahr 2011 bietet eine gute Gelegenheit, diesen Austausch zu intensivieren und institutionell zu verstetigen.

Deutschland kann hier mit seinen unbestreitbaren Erfolgen in der Engagementförderung einen wesentlichen Beitrag leisten.

Mirko Schwärzel
leitet im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) das Informations- und Vernetzungsprojekt „BBE für Europa“. Kontakt: mirko.schwaerzel@b-be.de.



Anmerkungen

¹Vgl. Entscheidung des Rates vom 27. November 2009 über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011) (2010/37/EG)

²Der Zivile Dialog beschreibt als Container-Begriff die Gesamtheit unterschiedlicher Konsultationsverfahren und Beteiligungsinstrumente auf EU-Ebene. Er geht zurück auf den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, der damit die Gesamtheit zivilgesellschaftlicher Beteiligung programmatisch bündeln wollte und sich dabei anlehnte an den etablierten europäischen „Sozialen Dialog“.

³Vgl. die Stellungnahme des EWSA SOC/243 – CESE 1575/2006.

⁴Mit der am 06. Oktober 2009 verabschiedeten Nationalen Engagementstrategie möchte die Bundesregierung den Grundstein für eine zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft besser aufeinander abgestimmte Engagementförderung in Deutschland legen. Vgl. b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/10/Nationale%20Engagementstrategie_10-10-06.pdf (Abruf am 8.11.2010).

Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMFSFJ 2010: Nationales Programm zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft. Berlin.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement BBE 2009: Erster Zwischenbericht des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation. Berlin.

Deutscher Bundestag 2002: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Drucksache 14/8900.

Eisele, Gudrun 2008: Worte und Taten: Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss als Forum der organisierten Zivilgesellschaft. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 21, Heft 3, 39-41.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2010: Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Europäisches Freiwilligenjahr 2011, Ref. 2010/C 128/30.

Europäische Union 2007: Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, Amtsblatt 2007/C306/01.

Europäische Union 2009: Entscheidung des Rates vom 27. November 2009 über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011), Ref. 2010/37/EG.

Held, Markus 2010: Engagementpolitik der EU – Flickwerk oder Strategie? In: *Olk, Thomas/Klein, A./Hartnuß, B.* (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS, 407-436.

Hilger, Peter 2009: Engagement Policies in European Governance. In: *Freise, M.* (Hg.): *European Civil Society*. Baden-Baden: Nomos.

Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan 2002: Das Internationale Freiwilligenjahr 2001 – Eine Bilanz in sechs Thesen. Freiburg, landkreistag-bw.de/aktuelle/zeit/2002/mat/LKN2_02_108_111.pdf (Abruf 8.11.2010).

Mutz, Gerd 2010: Freiwilliges Engagement in Europa. Zivilgesellschaftlicher Aufbruch oder Instrumentalisierung? In: *BBE-Europa-Nachrichten* 3/2010.

Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger 2010: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS.

Jeannette Behringer

Engagementpolitik in Österreich und der Schweiz

1 Engagement in der Europäischen Union

Die Europäische Union hat das Jahr 2011 zum „Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft“ erklärt. In Österreich und auch in der Schweiz führt dies zu Aktivitäten, mit dem Ziel, das freiwillige Engagement insgesamt zu stärken. Auch soll das freiwillige Engagement für die Erreichung europapolitischer Ziele in den Blick genommen werden.¹ Eine jüngst abgeschlossene Übersicht zum freiwilligen Engagement in allen 27 Mitgliedsstaaten stellt fest, dass im Jahr 2010 rund 92 bis 94 Millionen Personen über 15 Jahre innerhalb der Europäischen Union freiwillig aktiv sind. Das entspricht rund 22 bis 23% der Bevölkerung ab 15 Jahren innerhalb der Europäischen Union.² Als individuell wichtigste förderliche Einflussfaktoren gelten formaler Bildungsgrad sowie eine Erwerbstätigkeit. In mehr als der Hälfte der EU-Länder vereinigt der Sport die meisten Freiwilligen. Nachfolgende Bereiche sind Soziales und Gesundheit, Religion, Kultur, Freizeit sowie der Bildungsbereich.

Die Studie geht dann von einem „sehr hohen“ Engagement aus, wenn mehr als 40% der Personen über 15 Jahren freiwillig aktiv sind. Aufgrund der methodischen Unterschiede der einzelnen Länderstudien werden für die Einordnung und Bewertung des Engagements sowohl das Eurobarometer³ wie auch der European Values Survey⁴ herangezogen. Österreich wird nach diesem Vergleich noch ein „relativ hohes Engagement“ bescheinigt, die Schweiz kann gemäß diesen Kriterien in die höchste

Kategorie „sehr hohes Engagement“ eingeordnet werden. Ein weiterer Ländervergleich, basierend auf dem European Social Survey (ESS), stuft Österreich hinsichtlich des formellen Engagements auf einem insgesamt mittleren Niveau ein.⁵

Im europäischen Raum ist das freiwillige Engagement tendenziell in den letzten zehn Jahren gestiegen bzw. stagniert auf mittlerem bis hohem Niveau. Hierfür können vor allem ein verändertes gesellschaftliches Bewusstsein, staatliche Fördermaßnahmen, eine steigende Zahl von Organisationen des Dritten Sektors sowie Veränderungen bei den Freiwilligen selbst (z.B. eine Zunahme an Personen, die sich kurzfristig und projektbezogen engagieren, steigendes Engagement von Seniorinnen und Senioren) verantwortlich gemacht werden. Aber auch die Tatsache, dass zur Erbringung öffentlicher Güter zunehmend freiwilliges Engagement als notwendig angesehen und eingefordert wird, lässt die Zahl der Freiwilligen steigen.⁶ Dies ist eine Trendwende, die mit der Frage der zukünftigen Herstellung öffentlicher Wohlfahrt in den 1990er Jahren begonnen hat. Freiwilliges oder ehrenamtliches Engagement galt bis dahin gar als Auslaufmodell, an deren Stelle nach und nach professionelle Leistungen treten sollten.

Wir haben es also mit einem jungen Phänomen zu tun, das freiwilliges Engagement in seinen vielfältigen Funktionen (Förderung der Demokratie, Wohlfahrt und des sozialen Zusammenhalts) als gesellschaftlich fördernd und positiv betrachtet. Dies gilt auch für das Nachdenken über die Entstehung und Ausgestaltung einer Engagementpolitik.

2 Ein Blick über den nationalen Tellerrand: Österreich und die Schweiz

Der vorliegende Aufsatz konzentriert sich darauf, das freiwillige Engagement und die engagementpolitische Situation zweier Länder in den Blick zu nehmen, die nicht nur die Fußball-Europameisterschaft 2008 gemeinsam ausgetragen haben, sondern darüber hinaus weitere Gemeinsamkeiten vorweisen können: Beide Länder sind *Alpenrepubliken* und damit stellen Bereiche wie Landwirtschafts- und Tourismuspolitik zentrale Handlungsfelder dar.⁷ Mit rund 7,8 bzw. 8,3 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner gehören die Schweiz bzw. Österreich zu den kleineren und wirtschaftsstarke Nationalstaaten Europas. Beide Länder kennen die korporative Repräsentanz gesellschaftlicher Interessen, die Konkordanz sowie eine föderale Ordnung. In der Schweiz und in Österreich besteht darüber hinaus eine lange Tradition des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements, dessen Grundlagen im 19. Jahrhundert gelegt wurden. Innerhalb des politisch-administrativen Systems wurden ausgewählte Personen mit Aufgaben des Gemeinwohls betraut, eine Ehre, die die öffentliche Hand dem Bürger⁸ anvertraute. Im sozialen Bereich entwickelten sich aus christlicher Tradition und dem Anspruch der Nächstenliebe die ersten Anfänge eines Armenwesens und weitere Formen der sozialen Unterstützung. Während der erstgenannte Bereich damit einen hohen Verpflichtungscharakter besitzt, beinhaltet der letztgenannte den eigentlichen Ursprungsgedanken der Freiwilligkeit: nämlich ein Angebot des Individuums an das Gemeinwesen, an das öffentliche Wohl (vgl. Ammann 2007: 226).

Österreich verfügt als parlamentarischer Bundesstaat über ein im Vergleich zur Schweiz geringer föderalistisch differenziertes Staatswesen. Das Selbstverständnis und die Aktivitäten der Kantone und Gemeinden in der Schweiz

basieren auf stark ausgebauten Rechten und Pflichten, die durch den Charakter der schweizerischen Eidgenossenschaft als schlanker Staat noch unterstrichen werden. Als halbdirekte Demokratie bundesstaatlicher Prägung sind die politischen Geschäfte durch die Kantone ausdrücklich auf die Bundesebene übertragen worden. Die Schweiz ist in sich selbst ein Vielvölkerstaat, die als Willensnation verschiedene Mentalitäten, Lebens- und Wirtschaftsweisen integrieren muss.⁹ Die eher ländlich geprägten Lebensräume unterstreichen das dezentrale Verständnis und die zuweilen demonstrativ zur Schau gestellte Abneigung gegen *Bundesbern*, wohingegen Österreich ein stärker zentralistisch ausgeprägter Interventionsstaat mit größerer städtischer Verdichtung ist.

Inwiefern sich aus diesen unterschiedlichen politischen Strukturen und Kulturen Auswirkungen auf eine etwaige Engagementpolitik herausarbeiten lassen, und wenn ja, wie diese Auswirkungen aussehen, wird der vorliegende Aufsatz anhand der folgenden Fragen erörtern.

- Wie stellt sich die Topographie des Engagements in der Schweiz und in Österreich dar?
- Lassen sich hinsichtlich der Konturierung eines Politikfeldes zum freiwilligen Engagement Ansätze erkennen? Wenn ja, welche?
- In welcher Weise könnte sich die Festigung engagementfreundlicher Strukturen in Österreich und der Schweiz weiter entwickeln? Welchen Stellenwert hat dabei das europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft?

3 Freiwilliges Engagement in der Schweiz

Die schweizerische Gesellschaft ist in besonderem Maße auf ein hohes freiwilliges Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Das Subsidiaritätsprinzip, also Probleme dort zu lösen, wo sie anfallen, gehört zum

schweizerischen Selbstverständnis. Republikanische Traditionen finden ihre Entsprechung in einem halbdirekten demokratischen System, in dem Unabhängigkeit und Selbstbestimmung leitende Prinzipien sind.

Gleichwohl findet eine öffentliche Debatte, in der das freiwillige Engagement entweder „gelobt, beschworen und gefördert oder aber als mangelnd und im Niedergang begriffen beklagt“ wird (Stadelmann 2010: 11), außerhalb der Fachöffentlichkeit erst seit wenigen Jahren statt. Statistische Grundlagen wurden durch die Aufnahme des Moduls „Unbezahlte Arbeit“ in die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamtes für Statistik im Jahr 1997 gelegt, das erstmals die Größenordnung der Freiwilligenarbeit untersuchte. Dieses Modul versucht die Größenordnung sowie den ökonomischen Wert der unbezahlten Arbeit abzuschätzen und wird in regelmäßigen Abständen alle drei bis vier Jahre durchgeführt. Die Untersuchung ist auf internationale Vergleichbarkeit angelegt und erfasst die Wohnbevölkerung der Schweiz ab 15 Jahren.¹⁰ Erfasst wird Freiwilligenarbeit in Form des formellen und informellen Engagements. Als formelle Freiwilligenarbeit gilt der unbezahlte Einsatz im Rahmen von Organisationen und Institutionen. Informelles Engagement bezeichnet den Einsatz außerhalb dieser Strukturen und außerhalb des eigenen Haushalts (z.B. Nachbarschaftshilfe, Kinderbetreuung).

Weiterhin war für die Schweiz das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 von Bedeutung. Als eine Folge wurde 2006, in Ergänzung zur bereits erwähnten Arbeitskräfteerhebung des Bundesamtes für Statistik, der Schweizer Freiwilligen-Monitor lanciert. Mit dieser umfassenden empirischen Analyse des freiwilligen Engagements konnten zusätzlich weitere individuelle und strukturelle Faktoren wie z.B. Motivationen oder auch regionale und kantonale Besonderheiten erfasst werden. Im Jahr 2009 wurde der zweite Freiwilligen-Monitor durch-

geführt. Diese Untersuchung geht in ihrem Verständnis über das Konzept der Freiwilligenarbeit als unbezahlte Arbeit hinaus und definiert freiwilliges Engagement als

- a) formelle Freiwilligkeit: Dies umfasst alle Tätigkeiten, die innerhalb von Vereins- oder Organisationsstrukturen ausgeübt werden,
- b) informelle Freiwilligkeit: Dies sind alle Tätigkeiten, die außerhalb formaler Strukturen ausgeübt werden (z.B. Nachbarschaftshilfe) und
- c) Spendentätigkeit von Geld, Naturalien und Prestige.

Im internationalen Vergleich nimmt das freiwillige Engagement in der Schweiz eine Spitzenposition ein.¹¹ Das formelle Engagement verharrt zwischen 2006 und 2009 etwa auf gleichem Niveau: 2006 übten 28% der Wohnbevölkerung über 15 Jahren eine solche Tätigkeit aus, im Jahr 2009 waren es 26%, etwa ein Viertel der Wohnbevölkerung. Auch für die Schweiz lässt sich eine Mischmotivation aus selbstbezogenen (z.B. Spaß, Zusammensein mit Freunden) wie altruistischen Motivationen (z.B. Wohltätigkeit) feststellen.

Die ausgeführten Tätigkeiten sind dabei die Organisation von Treffen und Veranstaltungen (30%), das Ausführen von Verwaltungstätigkeiten (18%) sowie persönliche Hilfeleistungen (18%). Dabei geben 81,2% der Befragten an, dass sie im Rahmen ihres Engagements mit Personen Kontakt haben, die sie sonst nicht treffen würden. Im Durchschnitt wenden Personen ca. 14 Stunden im Monat oder gut dreieinhalb Stunden pro Woche auf.

Das formelle Engagement von Männern beträgt 29%, das der Frauen 24%. Zudem fördert ein hoher sozialer Status (hoher Bildungsgrad, hohes Haushaltseinkommen, gute berufliche Stellung) den Zugang zum formellen Sektor. Unterstrichen wird diese Tatsache dadurch, dass die Übernahme formeller Tätigkeiten am häufigsten zwischen 40 und 64 Jahren geschieht. Bei den Frauen hingegen zeigt sich ein Rück-

gang des Engagements im Alter zwischen 20 und 39 Jahren¹², was auf den Einfluss durch die ungleiche Verteilung der Haus-, Familien-, und Berufsarbeit zwischen Frauen und Männern sowie die stärkere Abhängigkeit des formellen Engagements durch die Erwerbstätigkeit hinweisen könnte.

Informelle Tätigkeiten sind Tätigkeiten, die außerhalb des eigenen Haushalts und für Dritte geleistet werden. Im Jahr 2009 erbrachten 29% der ständigen Wohnbevölkerung über 15 Jahren diese Tätigkeiten, rund 8% weniger im Vergleich zur ersten Untersuchung. Informelle freiwillige Tätigkeiten umfassen vor allem persönliche Hilfeleistungen (49%). 36% umfassen Pflege und Kinderbetreuung. Im Durchschnitt werden pro Monat 15 Stunden für diese Form des freiwilligen Engagements aufgewendet.

Informelles freiwilliges Engagement wird vor allem von Frauen geleistet (35% der Frauen über 15 Jahren), während sich 23% der Männer engagieren.

Im schweizerischen Freiwilligen-Monitor wird auch die Spendentätigkeit erhoben. 2009 haben 76% der schweizerischen Bevölkerung über 15 Jahren gespendet. Gesicherte finanzielle Verhältnisse sind eine wesentliche Voraussetzung für diese Form des Engagements und sie ist im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. 36% der Freiwilligen sind ausschließlich monetär aktiv.

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer, die sich in der Schweiz freiwillig engagieren, liegt deutlich unter dem Engagementniveau der schweizerischen Bevölkerung. 13% der Ausländerinnen und Ausländer engagieren sich formell und 25% engagieren sich in informellen Zusammenhängen. Immerhin 65% dieser Gruppierung spenden Geld, Naturalien oder Image.

Trotz des hohen Engagementniveaus – die Spendentätigkeit ist hier integriert – zeichnen sich in der Schweiz kritische Tendenzen ab, die sich auch in anderen Ländern beobachten lassen. Besonders erwähnt sei an dieser Stelle der Rückgang des informellen Engagements.

4 Freiwilliges Engagement in Österreich

Österreich spiegelt auch im Bereich des freiwilligen Engagements zentralistische und föderalistische Merkmale wider. So sind viele Organisationen, die freiwilliges Engagement leisten, durch eine Dachorganisation auf der Bundesebene vertreten, verfügen jedoch über länderspezifische bzw. regionale Vertretungen mit weitgehend eigener Entscheidungsautonomie (Hollerweger/Heimgartner 2008: 33). Auch in Österreich hat das Freiwilligenjahr der Vereinten Nationen 2001 eine initiiierende Funktion. So wurde in Vorbereitung dieses Jahres das freiwillige Engagement erstmalig im Jahr 2000 erfasst (Hollerweger 2001).

Mit der zweiten Untersuchung im Jahr 2006 liegt ein wesentlich erweiterter Bericht vor. Freiwilliges Engagement wurde als Zusatzuntersuchung des Mikrozensus 2006 erfasst und in einem ersten Freiwilligenbericht veröffentlicht (More-Hollerweger/Heimgartner 2009). Dabei wird freiwilliges Engagement als „eine Arbeitsleistung definiert, die freiwillig (d.h. ohne gesetzliche Verpflichtung) geleistet wird, der kein monetärer Gegenfluss gegenübersteht (die also unbezahlt geleistet wird) und deren Ergebnis Personen außerhalb des eigenen Haushalts zufließt“ (Hollerweger/Heimgartner 2009: 6). Wie im schweizerischen Freiwilligen-Monitor wird auch hier unterschieden zwischen formellem Engagement innerhalb bzw. im Kontext einer Organisation und informellem Engagement, das außerhalb von institutionellen Strukturen auf privater Basis erbracht werden. Die Spendentätigkeit wird allerdings nicht zum freiwilligen Engagement gezählt.

Die Zusatzerhebung des Mikrozensus aus dem Jahr 2006 ergibt für Österreich ähnlich wie für die Schweiz ein sehr hohes Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger: 43,8% der österreichischen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren engagieren sich freiwillig. Der Anteil der formell Freiwilligen ist mit 27,9% nur unwesent-

lich höher als der Anteil der informell Freiwilligen mit 27,1%. Damit zeichnet sich über einen Zeitraum von sechs Jahren ein Rückgang des Engagements sowohl im formellen wie im informellen Bereich ab: von 29,8% auf 27,9% im formellen Bereich und von 30,1% auf 27,1% im informellen Sektor. Wie in der Schweiz ist besonders der Rückgang im informellen Bereich auffallend und markant.

In der österreichischen Erhebung wurden zudem die Beweggründe erhoben, die einem freiwilligen Engagement entgegenstehen. An erster Stelle (68,6%) wird die Belastung durch familiäre Situationen genannt. Jedoch benennen die Befragten an zweiter Stelle mit 58,4% die Tatsache, dass sie niemals gefragt worden sind. Hier scheint ein großes Potenzial für Ansprache und Sensibilisierung vorhanden zu sein. An vierter Stelle (45,1%) folgen Aussagen zur Unvereinbarkeit eines Engagements mit beruflichen Verpflichtungen.

Die Gruppe der Freiwilligen setzt sich in der Untersuchung 2006 zusammen aus Personen, die sich formell (38%) und informell (36,2%) engagieren. Über ein Viertel (25,8%) engagiert sich in mehrfacher Form, nämlich sowohl formell wie informell. 56,2% der österreichischen Wohnbevölkerung ist nicht freiwillig engagiert.

Für das formelle Engagement setzen die Freiwilligen in Österreich rund 4,1 Stunden pro Woche ein, wobei hier ebenfalls wie in der Schweiz große regionale Unterschiede zu verzeichnen sind.

Im formellen Engagement beteiligen sich 33% der Jungen und Männer ab 15 Jahren im Vergleich zu 23,2% der Mädchen und Frauen. Dieses steigt mit dem Alter kontinuierlich an: während sich bei den 15-29 Jährigen 24% dieser Altersgruppe engagieren, sind es bei den 30-49 Jährigen bereits 41% und das formelle Engagement erreicht bei den 50-69 Jährigen mit 30% immer noch einen hohen Stand.

Ein ähnliches Bild lässt sich auch für das informelle Engagement zeichnen: liegt die Quo-

te bei den 15-29 Jährigen bei 21%, so steigt sie bei den 30-49 Jährigen auf 41% an. Die Altersgruppe der 50-69 Jährigen beteiligt sich wie im formellen Engagement mit 30%. Damit liegt die höchste Beteiligung bei Personen, die zeitlich in Beruf und Privatleben bereits sehr stark in Anspruch genommen sind, ein Ergebnis, das auch für Deutschland bestätigt werden kann.

Ein hoher Bildungsgrad und eine sichere berufliche Existenz sind wichtige Indikatoren, die ein freiwilliges Engagement begünstigen (More-Hollerweger/Heimgärtner 2009: 55f). Personen mit akademischer Bildung engagieren sich eher im formellen Engagement, wohingegen die meisten Personen im informellen Engagement über mittlere Schul- und Berufsausschlüsse verfügen (Pflichtschule, Lehrabschluss, berufsbildende mittlere Schule).

Ähnlich wie in der Schweiz engagieren sich Ausländerinnen und Ausländer in Österreich in geringerem Umfang, im formellen Bereich mit 18,8% (im Vergleich: Österreicherinnen und Österreicher zu 28,9%) und im informellen Bereich mit 24% (Österreicherinnen und Österreicher zu 27,5%).

Insgesamt weisen die Ergebnisse darauf hin, dass gesellschaftlich integrierende Faktoren wie ein hoher Bildungsabschluss oder eine sichere Erwerbstätigkeit besonders förderlich für ein formelles Engagement sind. Eine gute gesellschaftliche Integration steigert auch die Chance für informelles Engagement. Die größeren Freiheitsgrade des freiwilligen Engagements (z.B. Selbstorganisation, Themensetzung) scheinen auch verbesserte Zugangsmöglichkeiten für weniger integrierte Gruppen zu bieten.

5 Engagement – auf dem Weg zu einem Politikfeld in Österreich und der Schweiz?

Als die bundesdeutsche Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ ihren Schlussbericht im Jahr 2002 veröffent-

lichte, war dies ein wichtiger Meilenstein in der Diskussion um die Entstehung einer Engagementpolitik. Das Ziel dieser Debatte ist es jedoch nicht, im Sinne einer neuen Sektorpolitik an weiteren Strukturverbesserungen für freiwilliges Engagement zu arbeiten, sondern es geht im Kern um die Neugestaltung einer politischen Beteiligungs- und Kooperationskultur zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, in der die repräsentativdemokratischen Formen mit grundlegenden zivilgesellschaftlichen Beteiligungs- und Mitwirkungsformen verknüpft werden (siehe dazu Olk/Klein 2009: 23f).

Es stellt sich die Frage, ob – vor dem Hintergrund der unterschiedlichen politischen Kulturen – diese Entwicklung in der Schweiz und in Österreich angestrebt wird bzw. welche Indizes als Indikatoren für die Entwicklung einer reformpolitischen Agenda ausgemacht werden können. Gestützt auf Olk und Klein (2009) können Fragen formuliert werden, die die Einschätzung des engagementpolitischen Sachverhalts erleichtern:

a) Welche Akteure auf lokaler, regionaler und Länderebene wie auf kommunaler Ebene treten erkennbar für die Entwicklung des freiwilligen Engagements in welcher Hinsicht ein? Wer trägt politische Verantwortung?

Wie sieht die Institutionen- und Netzwerklandschaft aus, die die weitere Entwicklung eines Politikfeldes stützen würde?

b) Auf der Policy-Ebene ist zu fragen: Welche strategischen Überlegungen welcher politischen Ebene gibt es, die eine Unterstützung des freiwilligen Engagements erlauben? Welche öffentlichen, parlamentarischen Debatten zum Thema existieren?

Welche Form der Berichterstattung existiert in welcher Regelmäßigkeit?

c) Auf juristischer Ebene ist zu fragen, ob gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement angestrebt werden und welche gesetzlichen Reformen auf den Weg gebracht wurden.

5.1 Akteure und Maßnahmen in der Schweiz

Im föderalen politischen System der Schweiz ist die Bundesebene in sieben Eidgenössische Departements gegliedert, zuständig für die Themen Auswärtige Angelegenheiten, Inneres, Justiz und Polizei, Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Finanzen, Volkswirtschaft sowie Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Der Terminus bürgerschaftliches Engagement existiert in der Schweiz nicht bzw. wird lediglich in Fachkreisen verwendet. Freiwilligenarbeit, Freiwilliges Engagement oder auch Zivilgesellschaftliches Engagement stehen hier nebeneinander. In der Schweiz existiert keine klar festgelegte ministeriale Zuständigkeit auf Bundesebene wie auf kantonaler und lokaler Ebene. Nur sehr vereinzelt verfügen Gemeinden bisher etwa über Anlaufstellen für freiwilliges Engagement. Der Schweizerische Städte- und Gemeindeverband hat dieses Thema jedoch inzwischen als wichtiges Zukunftsthema erkannt.

Die Schweiz ist geprägt von einem Politikverständnis, das Politik im besten Sinn nicht als Profession begreift, sondern basierend auf dem Milizsystem als Nebenamt begreift. Abgeordnete bis hin zur Bundesebene gehen deshalb zusätzlich einer beruflichen Tätigkeit nach. Dreimal im Jahr findet eine mehrwöchige Session der beiden Kammern des Parlaments statt.

In den jeweils für vier Jahre verabschiedeten Legislaturzielen des Bundes findet sich in den aktuellen Dokumenten neben anderen das politische Leitziel „Stärkung der gesellschaftlichen Kohäsion“. Die Teilziele dieser Leitlinie (wie z.B. Familienpolitik, die Bekämpfung von Armut und Gewalt) sind im Wesentlichen beim Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) angesiedelt. Das Freiwillige Engagement wird im Zusammenhang mit dem Leitziel der Stärkung der gesellschaftlichen Kohäsion allerdings nicht genannt. Für die Bearbeitung des freiwilligen Engagements im Rahmen des Jahres der Vereinten Nationen 2001

sowie für die Bearbeitung des kommenden Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit im Jahr 2011 ist das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zuständig.

Das Thema des freiwilligen Engagements wird, da strukturell wenig abgesichert, auf Bundesebene vor allem durch einzelne Parlamentarierinnen und Parlamentarier abgedeckt. Im Jahr 2000 wurde in einer Motion sowie im Jahr 2007 mittels eines Postulats die Frage nach dem Stellenwert und der Unterstützung durch den Bund gestellt. In den Antworten wurde einer stärkeren strukturellen Verankerung des freiwilligen Engagements eine Absage erteilt.¹³ Dennoch bestehen weit reichende Förderungen einzelner Maßnahmen durch die Bundesebene. In einer noch nicht behandelten Motion zur Frage der finanziellen Unterstützung des EU-Jahres 2011 wird dies durch den Bundesrat zum ersten Mal grundsätzlich befürwortet.¹⁴ Die politische Themensetzung profitiert von bereits bestehenden statistischen und wissenschaftlichen Grundlagen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE)¹⁵ und des Freiwilligen-Monitors.

Das Jahr der Freiwilligkeit der Vereinten Nationen 2001 hat in der Schweiz unter anderem zur Einrichtung des „Forum Freiwilligenarbeit“ geführt, einem von rund 80 verschiedenen Organisationen getragenen Forum. Das Forum versteht sich als Anlaufstelle für kantonal und regional übergreifende Fragestellungen und betreut insbesondere das Instrument des Sozialzeitausweises, das zu einer größeren Anerkennung erworbener Kompetenzen beitragen soll. Auf parlamentarischer Ebene existiert eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe, die sich als Interessenvertretung für das freiwillige Engagement formierte.

Wichtige neben den Akteuren des freiwilligen Engagements sind die Wohlfahrtsverbände, die zum Teil über Leistungsvereinbarungen mit öffentlichen Trägern verfügen. Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft hat im Jahr 2003 das Programm Forschung Freiwillig-

keit gestartet, in dem unter anderem die Entstehung des Freiwilligen-Monitors realisiert wird; damit ist auch ein Einstieg in die Dauerbeobachtung verbunden.

5.2 Rechtliche Rahmenbedingungen in der Schweiz

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements sind in der Schweiz im Vergleich zu Deutschland und Österreich gering. Es gibt beispielsweise keinen Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz oder steuerrechtliche Rahmenbedingungen. Bei einer mindestens achtstündigen wöchentlichen Tätigkeit besteht in der Schweiz in der Regel allerdings ein Unfallversicherungsschutz durch den Arbeitgeber auch in der Freizeit.

Mit der 10. Revision der Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) wurde zwar eine Betreuungsgutschrift eingeführt und damit die Betreuungsarbeit für pflegebedürftige Verwandte in der Familie anerkannt. Zudem fördern AHV und IV bereits seit Jahren in beträchtlichem Ausmaß die Alters- und die Invalidenhilfe. Allerdings ist dies kein eindeutiger Hinweis auf Unterstützung des freiwilligen Engagements, bewegt man sich hier doch in der Grauzone des Engagements zwischen informeller Tätigkeit und familiärer Pflegearbeit.

Bund und Kantone unterstützen weiterhin Organisationen, die zum Ziel haben, Freiwilligenarbeit zu ermöglichen. Weitere Maßnahmen, wie etwa die systematische Erfassung und Bereitstellung von Informationen und Daten über Aktivitäten und Organisationen, werden nicht anvisiert. Als Grund wird der unverhältnismäßige Aufwand angegeben, den dies erfordern würde.¹⁶

5.3 Akteure und Maßnahmen in Österreich

Die österreichische Bundesregierung hat aus dem Anlass des Internationalen Jahres 2001

heraus das Thema des Engagements zu einem eigenen Politikfeld erhoben. In einem Freiwilligenmanifest wurden auf Bundesebene mögliche Verbesserungsvorschläge zur Förderung, die durch das damalige Begleitgremium des Freiwilligenjahres, das Österreichische Nationalkomitee, erarbeitet. Dieses Komitee war zusammengesetzt aus staatlichen Akteuren und Organisationen der Freiwilligkeit. Die Verantwortung für die Thematik des freiwilligen En-

gagements wurde im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz verankert.

Im Jahr 2003 wurde der Österreichische Rat für Freiwilligenarbeit (ÖFR) gegründet, der aus dem Nationalen Komitee heraus entstand. Mit diesem Gremium fand die Freiwilligenpolitik endgültig Eingang in die politische Agenda des Bundes. Der ÖFR ist eine Dialogplattform, der sich aus derzeit 53 Mitgliedern aus Politik,

Überblick: Freiwilliges Engagement in Österreich und der Schweiz

| | Schweiz | Österreich |
|--|---|--|
| Engagementquote^{a)} | 47% | 43,8% |
| Formen des Engagements^{b)} | Formell: 26% Informell: 29% Spenden: 76% | Formell: 27,9% Informell: 27,1% |
| Geschlecht | Frauen: 24% Männer: 29% | Frauen: 23,2% Männer: 33% |
| AusländerInnen^{c)} | Formell: 13 % Informell: 25% Spenden: 65% | Formell: EU-15: 36,5% EU-27: 24,6% Informell: EU-15: 33,9% EU-27: 32,2% |
| Stunden pro Woche | Formell: 3,5 Stunden Informell: 3,7 Stunden | Formell: 4,1 Stunden Informell: 3,6 Stunden |

Quellen: Österreich: More-Hollerweger, Eva/Heimgartner, Arno 2009: 1. Bericht zum Freiwilligen Engagement in Österreich. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.). Wien. Schweiz: Stadelmann-Steffen, Isabelle/Traumüller, Richard/Gundelach, Birte/Freitag, Markus 2010: Freiwilligen-Monitor Schweiz. Zürich (im Erscheinen). Anmerkungen: a) Anteil der Personen, die sich freiwillig engagieren, jeweils bezogen auf die Wohnbevölkerung ab 15 Jahren. b) Die Spendentätigkeit wird in Österreich nicht als gleichwertige Form des zeitlichen Engagements betrachtet und deshalb nicht in die Analyse einbezogen. c) Die Angaben für Österreich wurden getrennt nach den Geburtsorten in einem alten EU-Land („EU-15“) und einem neuen EU-Land („EU-27“) unterschieden. Da die Stichprobe erheblich von der Grundgesamtheit abweicht, sind die Zahlen lediglich als Richtwerte zu verstehen.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzt. Aufgabe des Rates ist es, die Bundesregierung zu beraten, die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu verbessern, sowie die Interessen der Freiwilligen und deren Organisationen zu vertreten. Die Dauer einer Amtsperiode beträgt fünf Jahre. Die Geschäftsführung erfolgt durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Bereits 2004 wurde ein Aktionsprogramm verabschiedet, das auch im europäischen Jahr 2011 fortgeführt und intensiviert werden soll. Hierfür wurde ein Lenkungsausschuss gebildet. Der 2005 lancierte „Österreichische Freiwilligenpass“ soll überarbeitet und neu aufgelegt werden.

Neben den Strukturen auf nationaler Ebene existieren eine Reihe lokaler und regionaler Vernetzungsdrehschreiben, insbesondere Freiwilligenzentren und Bürgerbüros. Freiwilligenzentren existieren inzwischen in sieben von neuen Bundesländern.

Im September 2008 ging das erste einrichtungsübergreifende Unabhängige Landes Freiwilligenzentrum (ULF) in Oberösterreich an den Start. Initiiert durch das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Konsumentenschutz und in Zusammenarbeit mit dem Sozialressort des Landes Oberösterreich ist es das Ziel, Menschen aller Altersgruppen für Engagement zu gewinnen und professionell zu begleiten. Ein wichtiges Standbein ist dabei die Fortsetzung und Umsetzung der GEMA-Initiative *Gemeinsam aktiv*, die seit 2008 bundesweit insbesondere generationenübergreifende Modellprojekte auszeichnet. Darüber hinaus bietet ULF Praxisunterstützung für Initiativen (z.B. arbeitsrechtlichen Auskünften, Formblätter für Kompetenznachweise etc.), initiiert Projekte und vernetzt Initiativen.

Eine neue Initiative ist die Interessengemeinschaft Freiwilligenzentren Österreich (IGFÖ), die derzeit acht Mitglieder aus sechs Bundesländern umfasst. Die Initiative wird durch die

Caritas in Innsbruck getragen. Deren Ziel ist die Etablierung der Freiwilligenzentren, die Entwicklung von Qualitätskriterien für freiwilliges Engagement sowie die Förderung von Fortbildungen. Darüber hinaus werden in einigen Bundesländern koordinierende Strukturen unterstützt, wie etwa das Büro für Zukunftsfragen des Landes Vorarlberg.

5.4 Rechtliche Rahmenbedingungen in Österreich

In Österreich bestehen bislang gesetzliche Regelungen für den Unfall- und Haftpflichtfall im Katastrophenhilfs- und Rettungsdienst. Gefordert wird jedoch eine Ausdehnung des Versicherungsschutzes. Gemäß einem Beschluss des Nationalrates soll dies im Jahr 2011 aufgegriffen werden.

Derzeit laufen die Vorarbeiten für ein Gesetz zur Förderung von Freiwilligentätigkeiten. Das Gesetz soll neben den allgemeinen Grundsätzen zur Förderung von Freiwilligentätigkeiten und der Verankerung des Österreichischen Freiwilligenrates als Beratungsgremium insbesondere die Durchführung des Freiwilligen Sozialen Jahres und die rechtliche Absicherung der Absolventinnen und Absolventen sicherstellen. Des Weiteren ist die Verstärkung der Berichterstattung zur Freiwilligkeit in Österreich geplant sowie die Verankerung eines Bonus für Betriebe, die Freiwillige einstellen.

6 Schlussfolgerungen und Ausblick

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in der Schweiz wie in Österreich das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 einen positiven Einfluss auf die politische Bedeutung wie auch auf die Wahrnehmung des Themas in der allgemeinen Öffentlichkeit und in der Fachwelt ausgelöst hat. In beiden Ländern sind, wie auch in Deutschland, Strukturen entstanden, die zur Stärkung des Themas beigetragen haben.

Während sich in Deutschland und Österreich insbesondere die Stärkung staatlicher Strukturen, z.B. die Verankerung des Themas auf Bundesebene, die Stärkung der Ressourcen der Länder und weit reichende Vernetzungsaktivitäten der Zivilgesellschaft beobachten lassen, sind die schweizerischen Aktivitäten eher uneinheitlich und schwach ausgeprägt. Aufgrund des hohen Stellenwertes des Subsidiaritätsgedankens und der damit einhergehenden Selbständigkeit der unterschiedlichen politischen Ebenen sind zentrale Strukturen, die durch die öffentliche Hand gefördert werden, umstritten. Die politische Diskussion ist häufig begleitet durch eine Distanz zu staatlichen Einrichtungen sowie konfrontiert mit der berechtigten Frage, inwieweit staatliche Förderung möglich und sinnvoll ist, ohne in die inhaltliche Selbstbestimmung und die Entwicklung von Projekten zivilgesellschaftlicher Akteure einzugreifen. Gleichwohl beginnt die Debatte um eine optimale, vor allem wohlfahrtsstaatliche Einfügung des Engagements.

Die Entwicklung, das freiwillige Engagement für jedwede Problemlösung an gesellschaftlich prekären Orten in Haftung zu nehmen, spricht für dieses gesunde Misstrauen und Abgrenzung – auch in Bezug auf die Bewahrung des Eigensinns des Engagements. Die Kehrseite der Medaille ist, dass durch diese Abgrenzung Kooperation, Vernetzung und damit Stärkung des Engagements erschwert werden. Gleichwohl ist die Entwicklung einer schweizerischen Engagementpolitik nur dann erfolgreich, wenn sie auch den spezifischen gesellschaftlichen und politischen Kontext mit einbezieht. Auf politischer Ebene existiert zwar eine allgemeine Wertschätzung für die Thematik des freiwilligen Engagements, jedoch lässt sich keine Übereinkunft zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräften etwa bezüglich eines Minimalkatalogs hinsichtlich besserer Rahmenbedingungen und einer Förderung des Engagements erkennen.

Ein solcher Forderungskatalog müsste im schweizerischen Kontext erst noch entwickelt werden und würde die wichtige engagementpolitische Grundfrage der Einbettung zivilgesellschaftlicher Handlungslogiken in aktuelle Formen des Regierens und in Organisationsabläufe stellen.

Gerade vor dem Hintergrund der unterschiedlichen öffentlichen Gestaltung des freiwilligen Engagements in der Schweiz und in Österreich ist es besonders interessant, dass Ausmaß und Formen des Engagements in beiden Ländern ähnlich sind. Die von More-Hollerweger und Heimgartner formulierten Elemente soziale Sicherheit und ein hohes Maß an bezahlter Beschäftigung scheinen die besten Voraussetzungen für ein aktives Einbringen in das Gemeinwesen zu sein. Dennoch lässt sich in beiden Ländern ein Rückgang insbesondere im Bereich des informellen freiwilligen Engagements beobachten. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen einerseits und zugesprochenen Problemlösungskapazitäten (Demokratie, Integration, Wohlfahrt) andererseits wird eine entscheidende engagementpolitische Frage sein, wie es gelingen kann, eine stärkere zivilgesellschaftlich sinnvolle Professionalisierung des freiwilligen Engagements zu gewährleisten ohne den Eigensinn und die Freiwilligkeit des Engagements zu gefährden.

Dr. Jeannette Behringer ist Politologin und Soziologin. Sie ist Studienleiterin für Gesellschaftsethik am Ev. Studienzentrum Boldern in Zürich und Projektleiterin des Projekts *Grenzen-Los! Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz* in der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Forschungsschwerpunkte: Zivilgesellschaft und Ethik; Qualität und Legitimation von Partizipation; Demokratie und Nachhaltigkeit.

Kontakt: behringer@ecospeed.ch

Anmerkungen

¹Seit Februar 2010 ist der Schlussbericht der Studie „Study on Volunteering in the European Union“ verfügbar, der über Ausmaß, Formen, Strukturbedingungen und Trends des freiwilligen Engagements in 27 Mitgliedsstaaten Auskunft erteilt. Für alle Mitgliedsländer liegen zudem nationale Studien vor.

²Die Studie basiert auf einer Sekundärauswertung empirischer Erhebungen der Mitgliedsstaaten (vgl. zu Details Roose in diesem Heft).

³Die im Jahr 2007 veröffentlichte Eurobarometer-Studie, die unter anderem den „Umfang der aktiven Mitarbeit bzw. der freiwilligen Arbeit in der EU“ erfragt, geht für Österreich davon aus, dass 60% der befragten Österreicherinnen und Österreicher „aktiv mitarbeiten“, siehe auch tns-infratest.com/presse/pdf/presse/20070404_tns_infratest_eurobarometervolunteer.pdf.

⁴Siehe dazu: europeanvaluesstudy.eu.

⁵Der European Social Survey ist eine vergleichende und repräsentative Bevölkerungsumfrage. Die erstellten Länderprofile basieren auf Angaben zum organisationsbezogenen Engagement (formale Mitgliedschaft, Beteiligung an der Aktivität der Organisation, finanzielle Spenden, verantwortungsvolle Mitarbeit in der Organisation). An der ersten Welle (2002/2003) hat die Schweiz zwar teilgenommen, jedoch nicht im Themenkomplex zivilgesellschaftliches Engagement (siehe dazu Priller 2008: 56f).

⁶Siehe dazu Study on Volunteering in the European Union – Executive summary: 5f.

⁷In Österreich beträgt der Beitrag von Land- und Forstwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt 2009 1,5%, der Beitrag des Tourismussektors 5,3% (vgl. wko.at/statistik/eu/europawertschoepfung.pdf). Für die Schweiz lauten die Kennzahlen 3,4% Anteil am BIP für die Tourismusbranche (vgl. www.inno-tour.ch/deutsch/pdf/satellit/Satellitenkonto_Zsf.pdf)

und 1% Anteil am BIP für die Land- und Forstwirtschaft (vgl. sbv-usp.ch/fileadmin/user_upload/bauernverband/Downloads/de/01_CH-Landwirtschaft_dt.pdf).

⁸Frauen war der Zugang zum öffentlichen Raum verwehrt; die Herausbildung einer Armenfürsorge und weiterer sozialer Hilfen für die Benachteiligten stellte für Frauen Ende des 19. Jahrhunderts eine wichtige Möglichkeit dar, im öffentlichen Raum eine selbständige Rolle einzunehmen.

⁹Der Begriff Röstigraben ist ein Ausdruck für diese Unterschiede und bezeichnet die kulturellen Differenzen entlang der deutsch- und französischsprachigen Schweiz. Beat Kappeler, Schweizer Journalist und Autor, umschreibt diese Unterschiede z.B. als amerikanisch geprägte Mentalität der Deutschschweiz und eine an Frankreich angelehnte Mentalität der Westschweiz.

¹⁰Siehe dazu Bundesamt für Statistik 2008: 4.

¹¹Es sei an dieser Stelle nochmals auf die jeweils zugrunde liegende Systematik des Engagements hingewiesen.

¹²Siehe dazu Stadelmann-Steffen 2010: 40.

¹³„Nach Ansicht des Bundesrates besteht kein weiter gehender Förderungsbedarf. Die Entwicklung einer nationalen Strategie zur besseren Anerkennung und Förderung der Freiwilligenarbeit ist deshalb nicht nötig. Auch das Einsetzen einer Ansprechstelle für Freiwilligenarbeit auf Bundesebene würde insbesondere wegen der Vielfalt der Formen und der Ausgestaltung von Freiwilligenarbeit und wegen der bei der Freiwilligenarbeit verlangten Nähe zum entsprechenden Tätigkeitsfeld wenig Sinn machen. Der Bundesrat weist abschließend darauf hin, dass er (...) aufgrund der Natur der Freiwilligenarbeit und auch der aktuellen Finanzlage des Bundes zurzeit in diesem Bereich keine weiteren Maßnahmen umsetzt und keine weiteren Aktivitäten plant“ (www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20073718).

¹⁴Zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Aufsatzes wurde die Motion noch nicht behandelt.

¹⁵Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung ist eine Haushaltsbefragung, die seit 1991 jährlich durchgeführt wird. Hauptziel ist die Erfassung der Erwerbsstruktur und des -verhaltens der ständigen Wohnbevölkerung.

¹⁶Siehe unter www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaeft.aspx?gesch_id=20003211.

Literatur

Ammann, Herbert 2007: Im Dienste der Res publica, in der Schweiz – und anderswo. In: *Der Bürger im Staat. Bürgerschaftliches Engagement* 4/2007. Jg. 57, 226-232.

Armingeon, Klaus/Freitag, Markus 1997: Deutschland, Österreich und die Schweiz. Die politischen Systeme im Vergleich. Opladen: Leske und Budrich.

Bode, Ingo/Evers, Adalbert/Klein, Ansgar (Hg.) 2009: Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. Schriftenreihe Bürgergesellschaft und Demokratie Band 28. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bundesamt für Statistik (Hg.) 2008: Freiwilligenarbeit in der Schweiz. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik: inno-tour.ch/deutsch/pdf/satellit/Satellitenkonto_Zsf.pdf [14.10.2010].

Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volker/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (Hrsg.) 2006: Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: MANZ.

Farago, Peter (Hg.) 2007: Freiwilliges Engagement in der Schweiz. Zürich: Seismo.

Hollerweger, Eva 2001: Die Rolle von ehrenamtlicher Arbeit und Spenden im österreichischen Wohlfahrtsstaat. Working Paper No. 8,

Institut für Sozialpolitik, Wirtschaftsuniversität Wien.

Meyer, Michael/Neumayr, Michaela/Schneider, Ulrike 2010: Bits and Pieces: Daten zum österreichischen Nonprofit-Sektor. Dritter Sektor Österreich. In: VM. Fachzeitschrift für Verbands- und Nonprofit-Management, 34-47.

More-Hollerweger, Eva/Heimgartner, Arno 2009: 1. Bericht zum Freiwilligen Engagement in Österreich. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.), Wien.

Priller, Eckhard 2008: Zivilgesellschaftliches Engagement im europäischen Vergleich. In: *Ammann, Herbert/Hasse, Raimund/Jakobs, Monika/Riemer-Kafka, Gabriela* (Hrsg.): *Freiwilligkeit. Ursprünge, Erscheinungsformen, Perspektiven*. Zürich: Seismo, 51-70.

Schweizer Bauernverband: sbv-usp.ch/fileadmin/user_upload/bauernverband/Downloads/de/01_CH-Landwirtschaft_dt.pdf [13.10.2010].

Schweizer Parlament: parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaeft.aspx?gesch_id=20003211 [15.10.2010].

Stadelmann-Steffen, Isabelle/Traunmüller, Richard/Gundelach, Birte/Freitag, Markus 2010: *Freiwilligen-Monitor Schweiz*. Zürich (im Erscheinen).

Statistik Austria: wko.at/statistik/eu/europawertschoepfung.pdf [14.10.2010].

Study on Volunteering in the European Union – Executive summary: ec.europa.eu/citizenship/pdf/doc1020_en.pdf [07.10.2010].

Study on Volunteering in the European Union – Final Report submitted by GHK: ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/Volunteering%20in%20the%20EU%20Final%20Report.pdf [08.10.2010].

Study on Volunteering in the European Union – Country Report Austria: ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20AT.pdf [09.10.2010].

Mareike Alscher

Engagement und Engagementpolitik in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden

1 Einleitung

Will man einen vergleichenden Überblick zur Engagementsituation in den Ländern Deutschland, Frankreich und den Niederlanden geben, fällt schnell auf, dass zumindest die Datenlage äußerst diffus scheint. Sowohl international vergleichende Untersuchungen als auch nationale Analysen zeichnen hier kein einheitliches Bild. Dies ist auf die Frageprogramme der Erhebungen als auch auf ein je vielseitiges Engagementverständnis zurückzuführen. Es bedeutet aber nicht, dass Engagementpolitik und -lage sich in den drei Ländern grundsätzlich voneinander unterscheiden. Auch wenn die Engagementquoten auseinandergelassen werden, so wiederholen sich doch die typischen Engagementbereiche, der hohe Stellenwert zivilgesellschaftlicher Organisationen für das Engagement als auch das Moment einer irgendwie gearteten staatlichen Einflussnahme auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Der folgende Beitrag beschreibt das jeweilige Engagementverständnis in den Ländern, führt vergleichende und nationale Daten zum Engagement in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden, skizziert die wesentlichen Forschungsstränge zum Engagement, beleuchtet Ansätze einer Engagementpolitik im Ländervergleich und zeigt einzelne Perspektiven und Herausforderung für das Engagement in den Ländern auf.

2 Begriffe

In Frankreich werden, ebenso wie in Deutschland, unterschiedliche Begrifflichkeiten für das zivilgesellschaftliche Engagement verwendet. Hierzu zählen die Begriffe, „participation“, „bénévolat“ und „volontariat“. Mit dem Begriff

„participation“ sind stärker politische Formen des Engagements beschrieben. Das „volontariat“ liegt nah am deutschen Freiwilligendienst. Freiwilligendienste sind in Frankreich eine eher neue Errungenschaft. Seit 2005 wurden verschiedene Konzepte hierzu von einzelnen Ministerien im Rahmen der französischen Jugendpolitik entwickelt und eingesetzt. Seit 2010 verfügt auch Frankreich über ein Gesetz zu den Freiwilligendiensten, das diese einheitlich regelt. Wie in Deutschland beschränkt sich der Freiwilligendienst auf einen begrenzten Zeitraum, hier auf zwei Jahre, und wird zumeist mit einer regelmäßig ausgezahlten Aufwandsentschädigung vergütet. Im Unterschied dazu wird das „bénévolat“ mit Ehrenamt übersetzt und meint ein freiwilliges Engagement ohne Aufwandsentschädigung. Wie auch in den anderen Ländern ist der Begriff in Frankreich nicht gesetzlich definiert. Das „bénévolat“ ist ein freiwilliges, nicht auf materiellen Gewinn ausgeichtetes Handeln, das an Organisationen gebunden stattfindet (vgl. Halba 2003). Organisationen sind in Frankreich in den meisten Fällen Vereine. Hervorgehoben wird, dass ein informelles Engagement – sei es in sozialen oder familialen Netzwerken – nicht Teil des französischen Engagementbegriffs ist. Dementsprechend wird es weder umfassend analysiert noch quantitativ bemessen. Einzelne Erhebungen bemerken allerdings, dass es sehr wohl auch ein Engagement außerhalb von Organisationen gibt (vgl. Bazin/Malet 2009). Dieses Engagement, das als informell bezeichnet wird, gleicht jenem in Deutschland, das sich im Rahmen von Selbsthilfe, Initiativen und selbstorganisierten Gruppen abspielt.

In den Niederlanden wird freiwilliges Engagement mit den englischen Begriffen „volun-

teer work“, „volunteering“ und „social participation“ übersetzt. Es gelten auch hier die üblichen Kernkriterien zur Beschreibung des Engagements: die Tätigkeiten sollen „ohne Verpflichtung und Bezahlung“, „für Dritte“ und „in einem organisatorischen Rahmen“ ausgeübt werden. Mitgliedschaften und, im Unterschied zu Deutschland, Protest werden mit in das Verständnis von sozialem Engagement eingeschlossen (vgl. Dekker 2010). Vor einigen Jahren wurden die synonym gebrauchten Begriffe „volunteer work“ und „social participation“ jedoch einer Kritik unterzogen. Von Seiten der Politik und dem Non-Profit-Sektor ist erneut die Bedingung der Organisiertheit hinterfragt worden. Die organisatorische Anbindung wird vor allem von weiten Teilen der Bevölkerung als nicht zwingend erachtet. Die informelle Fürsorge für Nachbarn und Bekannte wird im alltäglichen Sprachgebrauch folglich als „volunteer work“ anerkannt. Diese Form des informellen Engagements wird auch in Deutschland vereinzelt in die Diskussion gebracht. Darüber hinaus wurde „volunteer work“ als etwas empfunden, „was man für ältere Damen macht“. Im Rahmen der Debatte sind die Kernkriterien relativiert worden und das Spenden von Geld und Sachmitteln wurde als mögliche Form sozialer Partizipation diskutiert. Obwohl es vor allem um eine größere Anerkennung informeller Freiwilligenarbeit ging, brachte die öffentliche Diskussion keine Alternative hervor.

Im Vergleich fällt auf, dass alle drei Länder von den gleichen Kernkriterien ausgehen, diese aber, wie in Deutschland und den Niederlanden, aufgrund bestimmter Entwicklungslinien, wie zum Beispiel einer Monetarisierung des Engagements, zunehmend hinterfragt werden. Auch ist die Aufteilung in ein politisches und soziales Engagement in Frankreich und Deutschland tendenziell stärker vorhanden als in den Niederlanden. Die Bestimmung des Stellenwerts des informellen Engagements ist in allen Ländern Gegenstand einer wissenschaftlich,

politisch und öffentlich geführten Auseinandersetzung. Dabei unterscheidet sich das Verständnis von informellem Engagement und der Diskussionstand ist unterschiedlich weit fortgeschritten.

3 International vergleichende Daten

Den Anspruch Engagement zu messen und in einen europäischen Ländervergleich zu stellen, ist in doppelter Hinsicht eine Herausforderung (vgl. auch Roose in diesem Heft). Zum einen ist allein die Vermessung des Engagements auf nationaler Ebene ein anspruchsvolles Vorhaben. Die Beteiligungsquoten schwanken, je nach Erhebung, allein in Deutschland zwischen 25% und 52%. Diese Unterschiede können für das eigene Land aus methodischer Perspektive noch nachvollziehbar gemacht werden. Im internationalen Vergleich fällt dies schwerer, wenn man die Feinheiten des vorliegenden Engagementverständnisses als auch die Frageprogramme der Erhebungen nicht immer hundertprozentig nachvollziehen kann.

In Frankreich variiert die Anzahl der Engagierten zwischen drei und 14 Millionen (2007).¹ In diesen Werten ist nur jenes Engagement enthalten, das in Vereinen stattfindet. Das Fehlen einer gesetzlichen Definition von Engagement soll die Messunterschiede erklären. In den 14 Millionen (26% der Bevölkerung) sind alle Engagierten eingeschlossen, unabhängig von der Häufigkeit oder zeitlichen Intensität ihres Engagements. In den Niederlanden sind je nach Untersuchung zwischen 26% und 44% der Bevölkerung engagiert (vgl. Dekker 2010). Vergleichbare Daten liefert der European Social Survey aus dem Jahr 2002/2003: demnach sind 19% der französischen, 24% der deutschen und 29% der niederländischen Bevölkerung freiwillig tätig (vgl. Priller 2008). Bei einem internationalen Vergleich gilt es zu beachten, dass es in den Ländern verschiedene Konzeptionen von freiwilligem Engagement gibt. In den Nieder-

landen ist die Idee von unbezahlter Dienstleistung (voluntary work, freiwillige Arbeit) stark entwickelt, in Deutschland ist es eher die Idee einer aktiven *Bürgerschaft* (Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement). Die Fragestellungen in internationalen Projekten sind von diesen Ideen geprägt. In den Niederlanden sind im Vergleich zu den anderen beiden Ländern annähernd gleich viele Männer wie Frauen engagiert.² Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich engagieren sich mehr Männer als Frauen. Für Deutschland werden als Erklärung hierfür zum einen die Vereinbarkeitsproblematik von Familie, Beruf und Engagement angesehen sowie zum anderen der Umstand, dass Männer ihr Engagement häufig an ihre berufliche Position binden (vgl. Alscher 2010). In allen drei Ländern engagieren sich Frauen eher in den Bereichen Bildung, Soziales und Pflege, wohingegen Männer im Bereich Sport sehr dominant sind. Die Engagementbereiche unterscheiden sich wenig voneinander, allerdings sind sie je unterschiedlich stark besetzt. Der Sport ist in allen Ländern das wichtigste Betätigungsfeld für freiwillig Engagierte. Wiederholt zeigt sich auch der positive Einfluss von Bildungsniveau und Alter auf das Engagement in den Ländern. Die Altersverteilung ist in Frankreich und Deutschland etwas homogener als in den Niederlanden. In den Niederlanden sind die 25 bis 34-Jährigen erstaunlich wenig engagiert. Weiterhin gilt länderübergreifend, dass vor allem Menschen mittleren Alters zu den Engagierten zählen und das Engagement der Älteren (70 und älter) deutlich geringer ist.

Im Rahmen der niederländischen Engagementforschung ist Prognostik ein wichtiges Untersuchungsfeld (vgl. Dekker/Branden 2006). Betrachtet werden der Wandel und dessen Konsequenzen von einem organisierten, durch direkten Kontakt und Austausch gekennzeichneten Engagement hin zu anderen Engagementformen. Präsenzierende Engagementformen sind ein Mail-basiertes/virtuelles Engage-

ment, Spenden sowie das Engagement durch Unternehmen. Die Bildung von sozialem Kapital wird dabei als problematisch erachtet, wohingegen Chancen z.B. in einer stärkeren Integration anderer Kulturen gesehen werden.

4 Engagementpolitik

4.1 Deutschland

In Deutschland hat das Politikfeld Engagement spätestens seit dem Einsatz der Enquete-Kommission für bürgerschaftliches Engagement (1999-2002) verstärkt an Bedeutung gewonnen. Die Enquete-Kommission, als politikberatende Instanz, hatte die Förderung eines engagementfreundlichen, partizipativen und inklusiven Klimas in der Gesellschaft zur Stärkung bürgergesellschaftlicher Elemente zum Ziel (vgl. Lang 2010). Engagementpolitik sollte als Querschnittsaufgabe definiert und in andere Ressorts wie Gesundheit und Bildung sichtbar gemacht werden.

Wichtige institutionelle Folgen waren zum einen die Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftlichen Engagement im Jahre 2002, dessen Arbeit auf die Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen abzielt. Zum anderen wurde 2003 der Unterausschuss bürgerschaftliches Engagement eingesetzt, der für die Erörterung engagementpolitischer Fragen im parlamentarischen Raum die Verantwortung trägt.

Zwischen den Jahren 2002-2005 konzentrierte sich die Bundesregierung auf die Förderung eines bürgerschaftlichen Engagements in einzelnen Politikfeldern wie Senioren, Jugend, Integration und Entwicklungszusammenarbeit. Engagementpolitische Impulse blieben aber eher begrenzt. Zwischen 2005-2009 richtete die Regierung ihre Förderaktivitäten auf das individuelle Engagement, wobei die strukturpolitische Dimension zunächst vernachlässigt wurde. Im Jahre 2007 kennzeichneten insbesondere

zwei Maßnahmen die Verankerung des Themas in der politischen Diskussion. Mit dem „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ wurden im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht neue steuerrechtliche Erleichterungen für den einzelnen Bürger geschaffen, um das freiwillige Engagement zu verbessern. Die Evaluierung des Gesetzes zeigte, dass es eine wichtige Bedeutung für den Non-Profit-Sektor und die Gesellschaft insgesamt hat (vgl. Sommerfeld 2009). Neben der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts wurde das breit angelegte Politikprogramm „Initiative Zivilengagement“ im Jahre 2007 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aufgelegt. Das Programm gliederte sich in die sechs Förderschwerpunkte: Freiwilligendienste, Anerkennungskultur, Infrastruktur, Migration, Unternehmen und neue Bundesländer. Von nun an gilt das BMFSFJ als federführend für eine Engagementpolitik in Deutschland. Neben einem an das Ministerium angegliederten Beauftragten für Zivilengagement hat bürgerschaftliches Engagement nun auch einen eigenen Haushaltstitel. Die Stelle des Beauftragten war bisher allerdings nur für den Zeitraum zwischen 2007 bis 2009 besetzt. Der „Bericht zur Lage und den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ stellte einen weiteren wichtigen Schritt dar (vgl. Alscher et al. 2009). Er gilt als Vorläuferbericht für eine künftige Regierungserstattung zum Thema. Im Herbst 2010 wurde vom Bundeskabinett eine nationale Engagementstrategie verabschiedet. Mit der Engagementstrategie wird beabsichtigt, die engagementpolitischen Vorhaben von Bundesregierung, Ländern und Kommunen in Zukunft besser aufeinander abzustimmen. Zudem werden Stiftungen und dem bürgerschaftlichen Engagement von Wirtschaftsunternehmen ein wichtiger Stellenwert zugesprochen und die grundsätzliche Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement soll forciert werden.

Die Bundesebene forciert in ihrer Engagementpolitik den Gebrauch von monetären Steuerungselementen (z.B. Förderung von Steuerfreibeträgen und der Abzugsfähigkeit von Steuern). Ferner wird das Thema über Modellprogramme zunehmend in andere Politikfelder wie Pflege und Arbeitsmarkt integriert. Auf Länderebene spielen die in einigen Bundesländern aufgebauten Landesnetzwerke zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine wichtige Rolle. Die Netzwerke ermöglichen die Verbindung zur kommunalen Ebene, auf der das Engagement stattfindet. Allerdings gibt es keine den Kommunen übergeordneten koordinierenden Instanzen, die Erfahrungswerte und Erkenntnisse zum Engagement zusammenträgt und weiterentwickelt. Zahlreiche Bundesländer betreiben zusätzlich Modellprogramme, die teilweise mit jenen auf der Bundesebene in Konkurrenz stehen. Kommunen fördern bürgerschaftliches Engagement durch direkte und indirekte Zahlungen und weitere Maßnahmen. Zwischen den Kommunen bestehen deutliche Unterschiede in Bezug auf die Förderpraxis (vgl. Jacob 2009). In den letzten 15 Jahren ist darüber hinaus eine neue Infrastruktur lokaler Engagementförderung in Form von z.B. Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Lokalen Bündnisse für Familien entstanden. Kommunen sind aufgrund defizitärer Haushaltslagen mehr und mehr auf die Zeitspenden der BürgerInnen zur Aufrechterhaltung ihrer kommunalen Daseinsvorsorge angewiesen. Länder und Bund sind deshalb dazu aufgefordert Verantwortung nicht nur abzugeben, sondern auch die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Engagement an richtiger Stelle erhält und wertschätzt. Insgesamt kann für den Stand der deutschen Engagementpolitik von einem wachsenden politischen Interesse gesprochen werden. Allerdings sind die verschiedenen Projekte, Modellprogramme und Initiativen, die es zum Engagement gibt, als ein buntes und unkoordiniertes Nebeneinander unterschiedlichster

Aktivitäten zu beschreiben. Erwartungshaltungen in Bezug auf die Leistungsfähigkeit von Engagement sind im Entwicklungsprozess einer nachhaltigen Engagementpolitik weiterhin zu überprüfen.

4.2 Niederlande

Die niederländische Engagementpolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten einen Wandel vollzogen. Ausgehend von der Stellung der Dritt-Sektor-Organisationen in der niederländischen Gesellschaft ist Engagementpolitik zwischen den 1970er und 1990er Jahren kein eigenes und etabliertes Politikfeld. Für die Non-Profit-Organisationen ging es in den 1970er und 1980er Jahren um die ideologische Profilierung ihrer Arbeit gegenüber Markt und Staat (vgl. Dekker 2001). In den 1990er Jahren ist staatliches Handeln stark durch die Orientierung an Marktprinzipien gekennzeichnet. Der Ausrichtung auf Effizienz konnten die Non-Profit-Organisationen kaum etwas entgegenhalten, sie verfolgten entweder soziale oder kommerzielle Ziele. Berechnungen aus den 1990er Jahren zeigen, dass der Anteil staatlicher Finanzierung der Organisationen deutlich geringer ausfiel als erwartet.

Aufgrund seiner Heterogenität spielte der Sektor in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle. Die Rechtsformen des Nonprofit-Sektors wurden in den Niederlanden nicht sonderlich positiv bewertet. Dies waren Gründe dafür, dass der Sektor hier nicht automatisch als institutioneller Kern der Zivilgesellschaft und als eine Instanz der Werte- und Interessenvermittlung, die zur gesellschaftlich-sozialen Integration beiträgt, gesehen wurde.

Gleichzeitig hat sich zwischen den 1970er und 1990er Jahren auch das Partizipationsverständnis der Politik geändert (vgl. Dekker 1999). In den 1970er Jahren bedeutet Partizipation Demokratisierung und eine gerechtere Verteilung von Macht im Sinne des Empower-

ments, insbesondere was die unteren Schichten anbelangte. In den 1980er Jahren wird die politische Partizipation im Sinne der Interessenvertretung stark institutionalisiert. In den 1990er Jahren erfährt Partizipation wieder einen Aufschwung, richtet sich aber vor allem auf eine Partizipation im Sinne von Arbeit. Parallel existiert eine positivere Bewertung von Partizipation im Sinne des freiwilligen Engagements. Im Vergleich zu den Jahren zuvor ist Partizipation stärker sozial und weniger instrumentell. Aus Angst vor den Folgen einer Marginalisierung benachteiligter Gruppen wird Partizipation gefördert, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, Sozialkapital aufzubauen und Vertrauen zu schaffen. Politische Programme, deren Anliegen die Förderung von Partizipation ist, verfolgen konkrete Interessen: Engagement dient der Integration in den Arbeitsmarkt, der Integration sozialökonomisch schwacher Stadtteile und generell einer Förderung des Gemeinwesens.

In der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts wurden politische Anstrengungen zur Förderung eines freiwilligen Engagements weiter ausgebaut.³ 2001 hat das Ministerium für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport eine nationale Kommission zur Engagementpolitik eingesetzt. Aufgabe der Kommission war es, Kommunen in der Entwicklung einer effektiven Engagementpolitik zu helfen. Bis Ende 2007 hatten Kommunen die Möglichkeit, sich fachlich in Bezug auf ihre Engagementpolitik beraten zu lassen, was verstärkt in Anspruch genommen wurde. Ferner wurde das „Temporary Activating Measure Voluntary Effort“ (TNS) Programm für den Zeitraum von 2002-2005 aufgesetzt. Kommunen hatten die Möglichkeit Gelder zu beantragen, um eigene innovative Aktivitäten im Bereich der Engagementförderung finanzieren zu können.

Mit dem „Social Support Act“, der zu Beginn des Jahres 2007 in Kraft getreten ist, markiert das Ministerium für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport einen neuen Abschnitt der En-

gagementpolitik in den Niederlanden. Im Rahmen seiner Sozialpolitik erklärt das Ministerium freiwilliges Engagement als eines der wichtigsten Politikfelder.⁴ Das Gesetz verpflichtet Kommunen zur Unterstützung von Engagierten. Damit wurde beabsichtigt, große Teile der Verantwortung für das Engagement von der nationalen auf die kommunale Ebene zu übertragen. Dem Gesetz nach werden Kommunen darin unterstützt, das Thema Engagement mit anderen Politikfeldern wie Kinderbetreuung, Wohnen und Arbeitsmarkt zu verbinden. In Anlehnung an das Gesetz wird in einem Überblick zur Engagementpolitik der Regierung zwischen 2008-2011 der wichtige gesellschaftliche Stellenwert des Engagements in den Niederlanden betont.⁵ Freiwillige stärken den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und stehen für eine aktive Bürgerschaft, heißt es hier. Die Anzahl der Freiwilligen ist steigerungswürdig. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, freiwilliges Engagement anzuerkennen, zu fördern und zu erleichtern. Das politische Programm für die Jahre 2008-2011 beabsichtigt den demographischen Wandel, sich verändernde Lebensstile und die unterschiedlichen Motivlagen von Engagierten als Herausforderung für eine moderne Engagementpolitik anzuerkennen. Im Einzelnen sollen Freiwillige auf lokaler Ebene durch Beratung, Begleitung und passgenaue Vermittlung unterstützt werden. Hierfür ist es erforderlich, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen sich z.B. verstärkt für die Zielgruppen Jugendliche, höher qualifizierte Senioren und MigrantInnen sowie für die Möglichkeit flexibler Engagementgelegenheiten öffnen. Wichtige Engagementbereiche sind der Sport und die Gesundheit. Gemeinsam mit der Wirtschaft und anderen Ministerien soll eine zuverlässige und regional ausgebaute Infrastrukturstruktur für die Freiwilligen geschaffen werden. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft sind vorhandene Instrumente zur Anerkennung von im Engage-

ment erworbenen Kompetenzen durch Kommunen zu verbessern. Mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales gilt es Kommunen dahingehend zu unterstützen, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Engagement zu erleichtern bzw. Engagement stärker als mögliche Brücke in den Arbeitsmarkt zu nutzen. Trotz der hohen Verantwortung, die Kommunen für das Engagement zugesprochen wird, erfordern einzelne Bereiche die Zuständigkeit der nationalen Ebene. Hierzu zählen: Information der Politik zur Situation und Entwicklung des Engagements in den Niederlanden, inhaltliche Änderungen des Social Support Act im Sinne einer Optimierung des Gesetzestextes, die Förderung quantitativer Umfragedaten zum Engagement, die Förderung von Wissenschaft und die temporäre Projektsubventionierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Unterstützung des Engagements.

Eine Evaluierung des Social Support Act für die Jahre 2007-2009 auf kommunaler Ebene zeigte unter anderem, dass die Kommunen Freiwilligen erhöhte Aufmerksamkeit schenken (vgl. de Klerk/Gilting/Timmermans 2010). Ebenso konnte eine intensiviertere Anwendung spezifischer Unterstützungsformen für Engagierte sowie eine verstärkte Kooperation zwischen den Kommunen in Bezug auf Freiwilligenförderung festgestellt werden.

Im Vergleich zu den Ländern Deutschland und Frankreich sind die Ansätze der niederländischen Engagementpolitik als fortschrittlich einzustufen. Die gesetzlich festgelegten Verantwortlichkeiten für Regierung und Kommunen in Bezug auf das freiwillige Engagement in den Niederlanden sind in dieser Form in den anderen Ländern nicht zu finden. Zudem ist die stärkere Zuständigkeit der Kommunen für das Engagement und deren finanzielle Unterstützung durch die Regierung ein richtungsweisender Ansatz. Kommunen können die Potentiale eines freiwilligen Engagements besser nutzen, weil dieses vor allem im lokalen Raum stattfindet.

4.3 Frankreich

In Frankreich wird das Thema freiwilliges Engagement von Seiten der Politik nicht strategisch verfolgt. Freiwilliges Engagement wird hier stärker als private Angelegenheit betrachtet. Dennoch enthalten einige Gesetze Bestimmungen zum Engagement.⁶ Darüber hinaus sind verschiedene politische Maßnahmen zu identifizieren, die deutlich machen, dass das Thema freiwilliges Engagement nicht vollständig auf der politischen Agenda fehlt. Die engagementbezogenen Maßnahmen werden, ähnlich wie auch in den anderen hier diskutierten Ländern, von verschiedenen Ministerien initiiert. Das Bildungsministerium hat sich neben dem Ministerium für Gesundheit und Sport (seit 2009) wesentlich für die Realisierung eines nationalen Ehrenamtspasses eingesetzt. Der Pass ist seit dem ersten September 2009 für 1,5 Euro zu erwerben. In ihm werden sämtliche freiwillige Tätigkeiten und die während des Engagements erworbenen Qualifikationen abgebildet. Federführend in Sachen Engagement ist jedoch das Ministerium für Jugend und Solidarität (seit 2010), welches seit 2007 mehrmals seinen Ressortzuschnitt gewechselt hat. Die Zuständigkeit für das Engagement ergibt sich aus der Verantwortlichkeit des Ministeriums für das Vereinswesen in Frankreich. Vereinen werden in Frankreich wichtige gesellschaftspolitische Funktionen zugesprochen. Sie stehen für die Ausübung von Demokratie sowie für die Entfaltung von Solidarität in der französischen Gesellschaft. In diesem Sinne erfahren Vereine nicht nur eine hohe politische Aufmerksamkeit, sondern sie werden auch durch staatliche Förderung begünstigt. Ziel der staatlichen Förderung ist es, das ökonomische und soziale Potential der Organisationen weiter zu entfalten. So stellte die Kommission für kulturelle, familiäre und soziale Angelegenheiten der französischen Nationalversammlung im Jahre 2008 fest, dass die Wirkungs- und Leistungsfähigkeit von Vereinen noch deutlich unterschätzt wird. Expli-

zit erwähnt wird das freiwillige Engagement in Vereinen als eine der größten politischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Die damit verbundenen Themen ähneln jenen in Deutschland, hierzu zählen: Qualifizierung von Engagierten, koordinierte Begleitung von Engagierten, gleichberechtigte Förderung von verschiedenen Zielgruppen sowie der Ausbau der Anerkennungskultur des Engagements. Heute zählt man rund 1.100.000 Vereine in Frankreich, von denen die Mehrheit (84%) ihre Arbeit ausschließlich durch das Engagement Einzelner realisiert.

Einen wichtigen politischen Schritt zur stärkeren öffentlichen Wahrnehmung des freiwilligen Engagements in Frankreich stellt die „Conférence de la vie associative“ dar, die vom Ministerium für Jugend und Solidarität initiiert wird. Die Konferenz wurde im Jahre 1992 begründet und tagt seitdem alle drei Jahre.⁷ Zuletzt in 2005-2006 versammelte sie alle MinisterInnen, die sich mit Freiwilligendiensten und freiwilligem Engagement beschäftigen. Es wurde eine Arbeitsgruppe zum Engagement („mieux accompagner et reconnaître l'activité bénévole“) eingesetzt. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe war und ist es, das Engagement in Frankreich zu fördern sowie ihm und den Erwartungen der Engagierten verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken. In Folge der Konferenz von 2006 sprach sich die Arbeitsgruppe dafür aus, engagierte und potentiell engagierte Bürger generell zu fördern, zu informieren, wertzuschätzen, gegen Risiken abzusichern und zu begleiten. Diese Empfehlungen führten von Seiten des Ministeriums zum Beschluss verschiedener Maßnahmen, zu denen unter anderem die Entwicklung der Infrastruktur zur Förderung des Engagements, die Weiterentwicklung der Anerkennungskultur als auch die Festlegung einer Unfall- und Haftpflichtversicherung von Engagierten zählt. Die Beschlüsse bilden einen Rahmen für die französische Engagement- und Freiwilligendienstpolitik.

Die Ergebnisse der Konferenz von 2009 liegen noch nicht vollständig vor. Ein wichtiges Vorhaben ist die Vereinfachung von verwaltungstechnischen Regelungen. Dies betrifft besonders die Berücksichtigung des Wertes der durch Engagement geleisteten Arbeit als Eigenleistung bei der Einwerbung staatlicher Mittel. Darüber hinaus soll es in Zukunft einen Leitfaden für Vereine zur Identifizierung von Kompetenzen geben, die einen „guten“ Ehrenamtlichen kennzeichnen. Die Entwicklung des Leitfadens ist der in Frankreich geführten Professionalisierungsdebatte in Bezug auf das Engagement zuzuordnen. Erst im Jahre 2008 wurde ein Gesetz zur Ausbildung von Ehrenamtlichen erlassen. Die Ausbildungsmöglichkeit richtet sich an Freiwillige, die in Vereinen Leitungsaufgaben übernehmen und dort Mitglied sind. Im Rahmen der Qualifizierung werden administrative, finanzielle und pädagogische Fähig- und

Fertigkeiten vermittelt. Der theoretische Ausbildungsteil umfasst mindestens 20 Stunden, der praktische mindestens 30 Tage, wobei das abschließende Zertifikat nicht staatlich anerkannt wird. Von Experten wird diese Qualifizierungsmöglichkeit als sehr anspruchsvoll und den Grundsätzen des Engagements gegenüber als ambivalent eingestuft. Die Anforderungen, die im Rahmen der Qualifizierung gestellt werden, sind in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht mit den Engagementkriterien der Freiwillig- und Unentgeltlichkeit nicht zwangsläufig zu vereinbaren.

Neben der Regierung sind die Regionen (Gebietskörperschaften), die Departements und die Gemeinden in Frankreich für die Realisierung beschlossener Maßnahmen zum Engagement auf lokaler Ebene zuständig. Sie sind aber auch berechtigt, eigene politische Strategien zum Engagement zu entwickeln. Diese decken



sich häufig mit den Vorhaben der Regierung. Regionen sind vor allem im Bereich der Qualifizierung von Ehrenamtlichen tätig, die Departements und Kommunen unterstützen Vereine häufig in finanzieller und materieller Hinsicht.

Insgesamt wird dem Engagement im Rahmen der Vereinspolitik vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Diese fixiert sich aber auf das Engagement in Vereinen und blendet dabei ein weniger organisationsgebundenes Engagement aus. Es werden dabei nur jene Engagementthemen behandelt, die den ökonomischen und sozialen Mehrwert der Vereinsarbeit stärken. Die teils widersprüchliche Bewertung der französischen Engagementpolitik wird am Beispiel der aufgeführten Professionalisierungsstrategien, zu denen sich auch das seit 2010 erlassene Gesetz zu einem nationalen Freiwilligendienst zählen lässt, deutlich.

5 Forschungsstränge und theoretische Anbindung

Der aufgezeigte Stand der Engagementpolitik in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden ähnelt ein wenig der theoretischen Fundierung des Themas: es gibt keine Theorie des Engagements, dafür aber verschiedene Forschungsstränge, die für das Thema Engagement anschlussfähig sind (vgl. BMFSFJ 2009). Prominent in allen drei Ländern ist die Verbindung zur Sozialkapitalforschung.

In Frankreich bietet die sehr präzente Forschung zur sozialen Ökonomie einen weiteren Anknüpfungspunkt. Das Konzept der sozialen Ökonomie ist in Frankreich identisch mit dem des Dritten Sektors (vgl. Carrel 2008). Es hat in der französischen Wissenschaft eine lange Tradition. Die einzelnen hier aktiven Forschungsdisziplinen (Politikwissenschaften, Soziologie, Ökonomie) thematisieren dabei nicht in erster Linie das Engagement, vielmehr stehen Fragen zur Arbeitsorganisation, zu den sozialen Ansprüchen an Arbeit und zur Ökonomie des Hu-

manKapitals im Mittelpunkt. Ein Anknüpfungspunkt der Engagementforschung an das Konzept der sozialen Ökonomie ist die Genossenschafts- und Vereinsforschung.

Weiterhin gibt es in Frankreich, ähnlich wie in Deutschland, eine Partizipationsforschung. Insgesamt ist die Forschung zur partizipativen Demokratie in Frankreich weit verbreitet. Im Vordergrund stehen dabei vor allem institutionell gebundene Formen freiwilliger politischer Teilnahme (vgl. PUCA 2007). Als vernachlässigt gilt zum einen die Auseinandersetzung mit dem aktiven Individuum und dessen Motiven und Wünschen in Bezug auf sein Engagement. Zum anderen sind informelle Formen der Beteiligung, die die Stadtentwicklung betreffen, unzureichend untersucht.

7 Herausforderungen und Perspektiven

Sowohl in Frankreich als auch in den Niederlanden wird es in Zukunft verstärkt darum gehen, die bereits freiwillig Engagierten wertzuschätzen und sie in ihrem Engagement zu binden. Anerkennungskultur ist demnach überall ein wichtiges Thema. Gleichzeitig sehen sich alle drei Länder in besonderer Verantwortung gegenüber jungen und älteren Menschen, die tendenziell weniger engagiert sind als andere. Hier gilt es auf der Ebene der Politik als auch durch die zivilgesellschaftlichen Organisationen entsprechende Konzepte zu entwickeln, die auf eine stärkere Einbindung dieser Gruppen abzielen.

In Frankreich stellt sich das auch in Deutschland präzente Problem der Finanzierung von Non-Profit-Organisationen. Durch die Verlagerung staatlicher Aufgaben in den Non-Profit-Sektor entstehen Abhängigkeiten in Bezug auf die staatliche Mittelvergabe. Zugleich konkurrieren die Organisationen untereinander um die Gelder. Kleinere Organisationen sind in dieser Hinsicht oft benachteiligt, da es ihnen an

entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen fehlt. In der erforderlichen Professionalisierung der Organisationen und der Adaption von Marktinstrumenten wird die Gefahr gesehen, dass der Raum für freiwilliges Engagement zurückgeht.

In den Niederlanden und in Deutschland beschäftigt man sich mit einem neuen Typus eines Engagierten. Man geht davon aus, dass der zukünftige Engagierte flexibler ist und eher sporadisch tätig wird. Die damit zusammenhängende Debatte um den Stellenwert des informellen, nicht an Organisationen gebundenen Engagements, ist in den Niederlanden am weitesten vorangeschritten. Dies kann für Deutschland und Frankreich als Orientierung gelten. Andere Länder wie die Schweiz oder Österreich zeigen, dass die Diskussion um die Bedeutung des informellen Engagements aus einer Genderperspektive für alle Länder notwendig ist. Frauen sind oftmals stärker informell engagiert als Männer.

In den Niederlanden sind unabhängig davon gleichviel Männer wie Frauen formell engagiert. Im Sinne einer Gleichstellungsorientierung empfiehlt es sich für die anderen beiden Länder, den Ursachen für die geringere Beteiligung von Frauen im Engagement am Beispiel der Niederlande stärker Aufmerksamkeit zu schenken. Mit dem Social Support Act haben die Niederlanden auch einen wichtigen Schritt in Richtung kommunaler Verantwortungszuweisung für die Engagementförderung gemacht.

Die damit verbundene finanzielle Unterstützung von Kommunen durch die Regierung ist auch für die anderen beiden Länder ein richtungsweisender Ansatz. Kommunen können die Potentiale eines freiwilligen Engagements besser nutzen, weil dieses vor allem im lokalen Raum stattfindet.

In Frankreich haben Vereine einen wichtigen Stellenwert in der Engagementpolitik. Auch wenn hierbei andere Engagementformen aus

dem Blick geraten, so wird die Ebene der Organisationen in Deutschland und den Niederlanden eher vernachlässigt. Hier konzentriert man sich sehr stark auf die individuelle Förderung des Engagements. Da freiwillige Tätigkeiten jedoch häufig an Organisationen gebunden sind, empfiehlt es sich, den organisationalen Kontext im Rahmen einer nationalen Engagementförderung nicht aus dem Blick zu verlieren.

Mareike Alscher (geb. 1980) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Dritter Sektor, Engagement, Zivilgesellschaft und Gender. Kontakt: alscher@wzb.eu.

Anmerkungen

¹Vgl. ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20FR.pdf.

²Vgl. ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20NL.pdf.

³Vgl. english.minvws.nl/en/Letters/dmo/2008/getting-it-together.asp; ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20NL.pdf.

⁴Vgl. english.minvws.nl/en/organization/.

⁵Vgl. english.minvws.nl/en/Letters/dmo/2008/getting-it-together.asp.

⁶Vgl. ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20FR.pdf.

⁷Vgl. associations.gouv.fr/12-la-conference-de-la-vie.html.

Literatur

Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf 2009: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Alscher, Mareike 2010: Auf der Suche nach Balance. Frauen und Männer zwischen Beruf, Familie und Engagement. WZB Mitteilungen, Heft 129, S. 31-33.

Bazin, Cécil/Malet, Jaques 2009: La France Bénévole. Paris: Lextenso editions.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2009): Monitor Engagement. Nationaler und internationaler Forschungsstand. Ausgabe Nr. 1, Berlin: BMFSFJ.

Carrel, Marion 2008: French literature review of research and policy debate about „civil society“ in the making of European citizenship. Internet: http://cinefogo.cuni.cz/index.php?&id_result=128495&l=0&w=15&id_out=725 [24.09.2010].

Dekker, Paul 1999: Freiwillige Arbeit in der niederländischen Zivilgesellschaft. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven. In: Kister, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin: edition sigma, S. 171-190.

Dekker, Paul 2001: Nonprofit-Organisationen in den Niederlanden: Entsäult, verpolt und was nun? In: Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (Hg.): Der Dritte Sektor international. Berlin: edition sigma, S. 157-177.

Dekker, Paul 2010: Perspektiven des freiwilligen Engagements und der Engagementforschung in den Niederlanden. In: Priller, Eckhard (Hg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Berlin: LIT-Verlag, (im Erscheinen).

Dekker, Paul/Brandtsen, Taco (2006): Civil Society, Citizenship and Civic Participation in the Netherlands. Internet: http://cinefogo.cuni.cz/index.php?&w=50&srch=Netherlands&id_result=53266 [10.8.2009].

de Klerk, Mirjam/Gilsing, Rob/Timmermans, Joost (Hg.) 2010: Summary. The Social Support Act. The story so far. Evaluation of the

Social Support Act 2007-2009. In: de Klerk, Mirjam/Gilsing, Rob/Timmermans, Joost (Hg.). Op weg met de Wmo. Evaluatie van de Wet maatschappelijke ondersteuning 2007-2009. Den Haag: Social and Cultural. Planning Office, S. 305-313.

Halba, Bénédicte 2003: Bénévolat et volontariat en France et dans le monde. Paris: La documentation française.

Jakob, Gisela 2009: Kommunen und bürgerschaftliches Engagement – gegenwärtiger Stand, Probleme und Lösungsansätze. Expertise zu Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Berlin: BMFSFJ. Internet: http://www.wzb.eu/zkd/zcm/zeng/pdf/expertise_jakob.pdf [24.09.2010].

Lang, Susanne 2010: Und sie bewegt sich doch... Eine Dekade der Engagementpolitik auf Bundesebene. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS Verlag, S. 329-351.

Priller, Eckhard 2008: Zivilgesellschaftliches Engagement im europäischen Vergleich. In: Ammann, Herbert et al. (Hg.): Freiwilligkeit – Ursprünge, Erscheinungsformen, Perspektiven. Zürich: Seismo, 51-70.

PUCA – Plan urbanisme construction architecture 2007: La citoyenneté urbaine. Formes d'engagements et enjeux de solidarité. Consultation internationale de recherche. Internet: http://rp.urbanisme.equipement.gouv.fr/puca/consultations/ao_citoyen_urb_060707.pdf [24.09.2010].

Sommerfeld, Jana 2009: Evaluierung von Auswirkungen des Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Empirische Untersuchung der Entwicklungen im Regelungsbereich, insbesondere zum Spendenaufkommen. Berlin: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen.

Rudolf Speth

Bürgerschaftliches Engagement in Großbritannien

1 Engagementverständnis

Wie in anderen europäischen Ländern gibt es auch in Großbritannien einen Streit darüber, was unter dem Begriff „Volunteering“ gefasst werden soll. Zudem gibt es dort eine charakteristische Unterscheidung bzw. Doppelung der Perspektive. Einmal geht es um das Engagement der einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, das andere Mal richtet sich die Forschungs- und Politikperspektive auf die Organisationen, d.h. auf die Zivilgesellschaft. In beiden Perspektiven gibt es erhebliche britische Besonderheiten, die zum einen auf neue Forschungs- und politische Handlungsperspektiven, zum anderen auf Probleme eines europäischen Vergleichs verweisen.

Auf der individuellen Ebene wird das bürgerschaftliche Engagement¹ als Volunteering bezeichnet. Volunteering wird häufig sogleich differenziert in „volunteering“ und „charitable giving“. Helping Out, der national survey of volunteering and charitable giving definiert volunteering wie folgt: „Any activity which involves spending time, unpaid, doing something which aims to benefit someone (individuals or groups) other than or in addition to close relatives, or to benefit the environment“ (Low et al. 2007: 10). Volunteering wird als eine freiwillige und unentgeltliche Aktivität verstanden, die sich auf Gemeinschaften oder die gesamte Gesellschaft bezieht und deren Nutzen mehrt. Es geht darum anderen uneigennützig zu helfen oder auch die soziale und natürliche Umwelt zu verbessern. Neben den freiwilligen Aktivitäten (volunteering) spielt das „charitable giving“, das Spenden, eine gleichrangige Rolle.

Eine wichtige, für Deutschland noch ausstehende, Unterscheidung betrifft jene zwischen formellem und informellem Volunteering, die sich inzwischen in Großbritannien als Standard in allen empirischen Untersuchungen etabliert hat. Im Citizenship Survey wird informelles Volunteering definiert als „giving unpaid help as an individual to people who are not relatives“, während formelles Volunteering als „giving unpaid help through groups, clubs or organisations to benefit other people or the environment“ verstanden wird (Kitchen et al. 2006: 23). Helping Out misst nur das formelle Engagement, d.h. freiwillige Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit Organisationen erbracht werden. Darunter fällt beispielsweise die unentgeltliche Kinderbetreuung in nachbarschaftlichen Netzwerken.

Ein weiterer Schwerpunkt der Forschung und auch der Politik besteht darin, die Zivilgesellschaft in den Blick zu nehmen. Hier geht es im Kern darum, die Organisationen der Zivilgesellschaft empirisch zu erfassen und mit politischen Maßnahmen zu stärken. Ein wichtiger Meilenstein ist der UK Civil Society Almanac 2009 des National Council for Voluntary Associations. Charakteristisch und im Vergleich zu Deutschland auch ungewöhnlich ist das breite und umfassende Verständnis von Zivilgesellschaft. Mit dem Begriff Zivilgesellschaft werden alle Nonprofit-Organisationen erfasst, zu denen beispielsweise auch die Trade associations, Universitäten und politische Parteien gehören. Deutlich wird auch, dass mit dem Begriff Zivilgesellschaft nicht so sehr politisch-normative Konnotationen wie Gewaltfreiheit, Öffentlichkeit, Meinungsfreiheit, Nicht-Staat-

lichkeit etc. verbunden werden, sondern der Organisationsaspekt im Mittelpunkt steht.²

2 Umfang und Verteilung

Auch in Großbritannien besteht das Problem, genaue Zahlen für den Umfang des Engagements anzugeben, die mit anderen Erhebungen, auch aus anderen Ländern, verglichen werden können. In der Regel wird in den empirischen Erhebungen nach dem formellen Engagement gefragt. Es gibt aber auch Erhebungen, die diese Unterscheidung nicht treffen. Gefragt wird in der Regel nach einem Engagement, das einmal innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Interview, bzw. das einmal im Monat in den letzten zwölf Monaten ausgeübt wurde.³

So erbrachte der Citizenship Survey⁴ von 2009 – die Interviews wurden zwischen April 2008 und März 2009 geführt – dass 41% der Befragten sich in den vergangenen zwölf Monaten wenigstens einmal engagierten. Von allen Befragten engagierten sich 26% in den vergangenen zwölf Monaten einmal im Monat (siehe Tabelle 1). Dabei wird in den Interviews nicht nach dem zeitlichen Umfang gefragt.

Während die Werte für das formelle Volunteering sich auf einem Niveau bewegen, das aus dem deutschen Freiwilligensurvey bekannt ist,

sind die Werte für das informelle Volunteering, die der Citizenship Survey ermittelte, wesentlich höher. So engagierten sich nach der letzten Erhebungsrunde 62% der Befragten in den letzten zwölf Monaten wenigstens einmal informell; 35% der Befragten gaben an, dies in den letzten zwölf Monaten jeden Monat getan zu haben (siehe Grafik 1).

Rund zwei Drittel der Befragten gaben in den verschiedenen Erhebungswellen der letzten zehn Jahre an, informelles Volunteering geleistet zu haben. Deutlich wird hier, wie auch beim formellen Volunteering, dass es deutliche Unterschiede in den Quoten zwischen einem regelmäßigen Volunteering (einmal im Monat) und einem seltenen Volunteering (einmal im Jahr) gibt. Beide Quoten zusammengenommen, ergeben ein Bild des Volunteering in Großbritannien, das von einer zivilgesellschaftlich aktiven Bevölkerung zeugt. Die Engagementquoten der verschiedenen Erhebungen (siehe Tabelle 1) bewegen sich mit Ausnahme von Helping Out 2006/2007 beim regelmäßigen Volunteering um 30%. Helping Out ermittelte höhere Werte: Nach dieser Studie übten 59% der Befragten irgendeine Form des formellen Volunteering aus, während 39% diese in regelmäßiger Form (d.h. wenigstens einmal im Monate) machten.

Tabelle 1: Engagementquoten in Großbritannien in verschiedenen Erhebungen (in %)

| | National Survey of Volunteering | | | | | Citizenship Survey | | Helping Out |
|---|---------------------------------|------|------|------|------|--------------------|------|-------------|
| | 1981 | 1991 | 1997 | 2001 | 2003 | 2005 | 2009 | 2006/07 |
| Formal volunteers in den letzten 12 Monaten | 44 | 51 | 48 | 39 | 42 | 44 | 41 | 59 |
| Regular formal volunteers in den letzten 12 Monaten | 27 | 31 | 29 | 27 | 28 | 29 | 26 | 39 |
| <i>Befragte (ungewichtet)</i> | 1808 | 1488 | 1486 | 9430 | 8922 | 9195 | 9335 | 2155 |

Quelle: Low et al. 2007: 16.

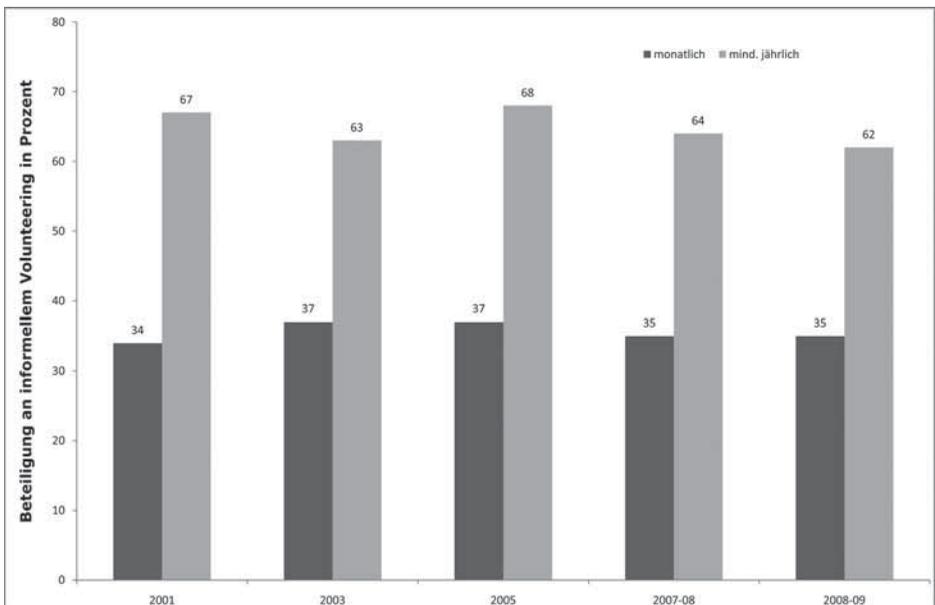
Helping Out erfragte in den Interviews eine Fülle von Aspekten, mit denen das Volunteering näher charakterisiert werden kann. So haben diejenigen, die regelmäßiges Volunteering leisteten, 15,9 Stunden in den letzten vier Wochen vor dem Interview dafür aufgewendet (Low et al. 2007: 16). Deutlich wird in diesem Survey auch, dass die Altersgruppe der 16 bis 24-Jährigen und 55 bis 64-Jährigen mit 57% und 64% die höchsten Werte aufweisen (Low et al. 2007: 19). Hinzu kommt, dass die Frauen gegenüber den Männern mit 64% zu 54% eine deutlich höhere Volunteering-Quote aufweisen.

Im Survey Helping Out wurde auch das Spendenverhalten erfragt. Es zeigte sich, dass 95% der Befragten im vergangenen Jahr gespendet haben, 81% spendeten in den vergangenen vier Wochen. Die häufigsten Formen waren Kleinspenden (Sammlungen, Lotterielo-

se), bei denen in den letzten vier Wochen durchschnittlich rund 31 Pfund ausgegeben wurden (Low et al. 2007: 78).

Ebenso wichtig wie das individuelle Engagement hat sich in den letzten Jahren die Struktur der Zivilgesellschaft erwiesen. Hier hat Großbritannien schon sehr früh damit begonnen, die Struktur der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erfassen. Jüngstes Ergebnis ist der UK Civil Society Almanac 2009 des National Council for Voluntary Organisations (Kane et al. 2009). Der Almanac 2009 zählt 870.000 zivilgesellschaftliche Organisationen in Großbritannien. Die große Zahl kommt durch ein breites Verständnis von Zivilgesellschaft zustande. Mit 600.000 haben die „informal community organisations“ den größten Anteil, gefolgt von den „general charities“ mit 170.900 und den „sports clubs“ mit 104.000. Der Alma-

Grafik 1: Informelles Volunteering, 2001 bis 2008-09



Quelle: Citizenship Survey 2009:7.

nac konzidiert, dass erstere schwer zu erfassen sind. Die Zahl von 600.000 ist eher konservativ geschätzt, weil sich diese Gruppen, in denen sich Bürger und Bürgerinnen zur Realisierung gemeinschaftlicher Zwecke versammeln, unterhalb der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit befinden und sie oft auch keinen legalen Status haben. Die zweitgrößte Gruppe zivilgesellschaftlicher Organisationen sind Charities. Diese Gruppe umfasst Stiftungen, Wohltätigkeitsvereine und andere gemeinnützige Organisationen. Das Register der Charity Commission, einer Regierungsorganisation, umfasst 180.000 Einträge.⁵ Der Almanac 2009 listet weitere Gruppen von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf: Housing associations (1.800), Cooperatives (4.600), Faith Groups (13.300), Companies limited by guarantee (6.700) industrial and provident societies (8.500) sowie political parties (180), Universities (170), Trade unions (190) und independent schools (2.300).

Seit den 1960er Jahren gibt es ein stetiges Wachstum der Charities. Aufgrund der unzureichenden Datenlage lassen sich allerdings keine übergreifenden Angaben zum Wachstum der zivilgesellschaftlichen Organisationen machen.⁶

Von besonderer Bedeutung ist die ökonomische Basis der britischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Der Almanac 2009 beziffert die Einkünfte aller zivilgesellschaftlichen Organisationen auf 116 Milliarden Pfund. Mit 33,2 Mrd. Pfund haben die Charities den größten Anteil und bei den größeren Charities besteht eine Publizitätspflicht. Diese Zahl ist auch relativ zuverlässig, weil die Anzahl der Charities genau bekannt ist.⁷ Seit 1990 sind die Einkünfte der Charities von 13,8 auf 33,2 Mrd. Pfund gewachsen.

Zur ökonomischen Basis zivilgesellschaftlicher Organisationen zählt auch die Struktur ihres Einkommens. Britische zivilgesellschaftliche Organisationen erwirtschaften im Jahr 2006/07 nach Angaben des Almanac 2009

(Kane 2009: 34) zu 51,2% ihr Einkommen selbst. 2000/01 war dies nur zu 39,3% der Fall. Diese steigende Tendenz eigenerwirtschafteter Mittel ist gerade für deutsche zivilgesellschaftliche Organisation von Relevanz, denn hier sind es immer noch überwiegend staatliche Zuwendungen und bei Wohlfahrtsverbänden Entgelte, von denen diese Organisationen leben.

3 Soziales Kapital

Das Konzept des sozialen Kapitals, wie es vor allem von Robert Putnam in die wissenschaftliche Diskussion eingeführt wurde (1993; 2000), hat auch für das Verständnis der britischen Zivilgesellschaft zentralen Stellenwert. In der Diskussion ging es insbesondere um die Verfallsdiagnose, die Putnam für Amerika geltend machte. Mit einer Fülle von empirischem Material wollte er zeigen, dass sich in Amerika in den letzten Jahrzehnten ein Rückgang des sozialen Kapitals diagnostizieren lässt.

Peter Hall hat diese Diagnose zum Ausgangspunkt genommen, um Ausmaß und Verteilung des sozialen Kapitals zu messen und empirisch genauer zu bestimmen (1999). Allerdings konnte er die Putnamsche Diagnose des Verlustes für Großbritannien nicht bestätigen.

Nach Putnam besteht soziales Kapital aus den Elementen Netzwerke, Reziprozitätsnormen und Vertrauen. Hall fasst soziales Kapital als die Summe von Soziabilitätsformen, zu denen er die Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen und bürgerschaftliches Engagement zählt sowie Vertrauen (vgl. Hall 2001: 47). Diese Konzeption des sozialen Kapitals hat den Vorteil, dass es sich aufgrund der vorhandenen empirischen Daten relativ leicht messen lässt. Wichtig ist dabei, dass Hall zwischen formeller und informeller Soziabilität (vgl. auch oben) unterscheidet. Mit dem Begriff formelle Soziabilität ist vor allem die Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen

gemeint. Hier kann Hall für den Zeitraum 1951 bis 1991 in der Summe keinen Rückgang der Mitgliederzahlen feststellen. Während beispielsweise traditionelle Frauenvereine einen Rückgang in der Mitgliedschaft hinnehmen mussten, hat die Mitgliedschaft in Service- und Dienstleistungsvereinen zugenommen (Hall 2001: 49). Zugleich sind nach Hall in den untersuchten Jahrzehnten eine Fülle von Vereinen neu gegründet worden.

Auch im Bereich der informellen Sozibilität stellt Hall in den letzten 40 Jahren „eine gewisse Expansion“ (Hall 2001: 57) fest. Er führt dies auf die Zunahme der verfügbaren freien Zeit mit Verweis auf Zeitbudget-Studien zurück.

Beim sozialen Vertrauen, einer weiteren Dimension des sozialen Kapitals, muss Hall einen Rückgang feststellen. Er führt die Abnahme des Gesamtniveaus an sozialem Vertrauen (Hall 2001: 61) auf einen „säkularen Trend“ (Hall 2001: 79) zurück und bestätigt die Verknüpfung mit dem niedrigen Niveau des Vertrauens in Politiker und politische Institutionen. Erstaunlich ist aber, dass trotz des niedrigen Niveaus des politischen Vertrauens die Raten des politischen Engagements relativ hoch sind. Hall begründet dies damit, dass gerade das Misstrauen in die politische Klasse zu politischem Engagement, beispielsweise in Form von sozialen Bewegungen und Protest, anregt.

Bei den Erklärungen für den weiterhin großen Bestand an sozialem Kapital lässt Hall die Gründe von Putnam, die dieser für den Rückgang in Amerika anbringt, nicht gelten. Vielmehr verweist er auf die Bildungsrevolution nach dem Zweiten Weltkrieg. Die besseren Bildungsmöglichkeiten hätten die Bereitschaft, sich zu engagieren, stark gefördert. Gerade der wachsende Zugang der Frauen zu höherer Bildung nach dem Zweiten Weltkrieg hat das Anwachsen des sozialen Kapitals stimuliert. Als zweites hat nach Hall die Verschiebung der sozialökonomischen Struktur Großbritanniens zur

Bestandserhaltung des sozialen Kapitals beigetragen. Die Arbeiterklasse hat sich zahlenmäßig verringert und die Mittelklasse, die das bürger-schaftliche Engagement trägt, ist angewachsen.

Als dritten Grund für die Stabilität des sozialen Kapitals in Großbritannien führt Hall die fördernden Aktivitäten der verschiedenen Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1990 an. „Sämtliche Anzeichen deuten darauf hin, dass diese staatliche Politik einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt jener Art von Vereinigungen leistete, die den Bestand an Sozialkapital in Großbritannien erhöhen“ (Hall 2001: 78).

Die Ergebnisse von Peter Hall, dessen Datengrundlage nur bis 1990 reicht, wurden als allzu optimistisch wahrgenommen. Zudem waren die Putnam'schen Befunde so alarmierend, dass von offizieller Seite, vom Cabinet Office, eine Untersuchung zur Lage des sozialen Kapitals in Großbritannien in Auftrag gegeben wurde (Aldridge/Halpern/Fitzpatrick 2002). In diesem Diskussionspapier wurden 14 Determinanten des sozialen Kapitals aufgelistet. Die Autoren machten aber auch deutlich, dass soziales Kapital nicht die Lösung für viele verschiedene Probleme ist. Insgesamt zeigte sich, dass das Konzept des sozialen Kapitals schwierig zu handhaben ist, weil es als Ziel und gleichzeitig als Mittel fungieren kann. Mit zunehmendem Wissen erwies sich soziales Kapital nur bedingt brauchbar für politische Programme.

4 Engagementforschung

Die Engagementforschung wird in Großbritannien vor allem durch die Themen Beziehungen des Freiwilligensektors zu Staat, Sozialkapital, Citizenship, Evaluation und empirische Erfassung geprägt. Charakteristisch für die britische Forschung ist, dass sie eine Vorreiterrolle gegenüber den anderen europäischen Ländern einnimmt. Wichtige Impulse und Themen der Engagementforschung kamen in den letzten Jahren aus dem angelsächsischen Raum. Bereits

1994 hatte die Deakin Commission dem britischen Parlament einen Bericht zur Zukunft des Freiwilligensektors („voluntary sector“) vorgelegt.

Die Forschung in Großbritannien geht mehr oder minder von einer gemeinsamen Definition aus, nach der freiwilliges Engagement als „any activity which involves spending time, unpaid, doing something which aims to benefit someone (individuals or groups) other than or in addition to, close relatives, or to benefit the environment“ (Davis Smith 1998)⁸ angesehen wird. Außerdem hat die britische Engagementforschung deutlicher als die deutsche die Organisationen im Blick. In dieser Perspektive herrscht ein breites Verständnis von Zivilgesellschaft vor, die unter anderem auch Universitäten, Gewerkschaften, Konsum-, Kredit- und Berufsgenossenschaften umfasst.

Wichtige Impulse für die Engagementforschung kommen vom Office of the Third Sector (OTS), das seit 2006 als Teil des Cabinet Office zum strategischen Herzstück der Engagementpolitik der britischen Regierung zählt. Das Third Sector Research Centre der Birmingham University wird vom OTS finanziert (10,25 Mio. Pfund für 2008) und ist das führende britische Forschungszentrum für freiwilliges Engagement. Daneben gibt es weitere Forschungszentren an der University of Middlesex und der University of Lincoln.

Großbritannien verfügt auch über eine entwickelte empirische Forschung zum Dritten Sektor. Das OTS finanziert den National Survey of Third Sector Organisations (NSTSO). Im Jahre 2008 wurden mehr als 100.000 Dritte-Sektor-Organisationen angeschrieben, von denen 48.939 (47%) den Fragenbogen ausgefüllt und zurückgeschickt haben. Der NSTSO verwendet darüber hinaus den „National Indicator 7“, mit dem der Beitrag des lokalen Regierungshandelns zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen gemessen werden kann.

Auf der Ebene der Individualbefragung gibt es eine Reihe von Datenquellen, die dazu benutzt werden können, ein präzises Bild des freiwilligen Engagements zu zeichnen. In diese Datenbestände fließen die Ergebnisse der regelmäßigen Befragung von Haushalten und Individuen zu Aspekten des Engagementverhaltens und der Nutzung der Zeit ein.

Insgesamt vermitteln die unterschiedlichen Erhebungen ein Bild des Engagements in Großbritannien, bei dem die Zahl der Engagierten deutlich schwankt. Die verschiedenen Surveys stellen zudem unterschiedliche Fragen zu einzelnen Zeitpunkten der Befragung.

Einen guten Überblick über Größe, Umfang und Dynamik von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen bietet der jährlich erscheinende „UK Civil Society Almanac“ des National Council for Voluntary Organisations (NCVO). Dieser Almanach, der zuletzt 2009 mit Daten für 2008 erschienen ist, wertet eine Reihe von Datenquellen aus: u.a. GuideStar Dataservices, Office for National Statistics, Scottish Council for Voluntary Organisations (SCVO) und Co-operatives, eine junge Organisation von kooperativen und genossenschaftlichen Unternehmen.

Auf Basis dieser breiten und im Vergleich zu Deutschland stärker organisationsbezogenen Datenbasis hat sich die Forschung in Großbritannien in den letzten Jahren mit der sich verändernden Beziehung zwischen Staat und zivilgesellschaftlichem Sektor beschäftigt (vgl. Kendall 2003). Untersucht wurde auch die sich herausbildende Vertragskultur, die mit der Ausweitung der Staatsfinanzierung und output-orientierten Finanzierung einherging.

Starken Einfluss hatte die von Robert Putnam stammende Interpretation zum Sozialkapital. Peter Hall (1999) konnten den von Putnam diagnostizierten Niedergang für Großbritannien nicht bestätigen. Von anderen Autoren wurde die Beziehung des Sozialkapitals zu zivilgesellschaftlichen Organisationen genauer unter-

sucht und die von Bourdieu herkommende Thematik sozialer Ungleichheit mit dem Sozialkapitalbegriff verbunden (vgl. u.a. Reay et al. 2005). Insbesondere hat das ONS Fragen zum Sozialkapital in seine verschiedenen Erhebungen mit aufgenommen.

Das NCVO verfolgt ebenfalls eine kontinuierliche und detaillierte Berichterstattung zu Spenden in Großbritannien. Die Gesamtsumme der Spenden betrug 2007/08 10,6 Mrd. Pfund und hat sich damit seit 2004 leicht erhöht. Für die Spendenentwicklung und Fundraising unter den Bedingungen des sich entwickelnden Internets hat das NCVO ein Foresight-Instrument entworfen. Insgesamt liefert das NCVO mit der Website www.3s4.org.uk Foresight-Dienstleistungen für zivilgesellschaftliche Organisationen.

Mit dem Ansatz „Social Return of Invest“ (SROI) wird in Großbritannien der Versuch unternommen, die Wirkungen von Projekten und Organisationen im Dritten Sektor zu messen. Damit soll sich der gesellschaftliche Nutzen von zivilgesellschaftlichen Organisationen genauer bestimmen, d.h. in ökonomischen Kennzahlen angeben lassen (vgl. Mildenerger/Münscher 2009).

5 Der britische Wohlfahrtsstaat als Kontext

Diese Differenzen, die sich zwischen dem Niedergangsszenario in Amerika und der relativen Stabilität des sozialen Kapitals in den kontinentaleuropäischen Ländern auftraten, haben offensichtlich mit dem Entwicklungsstand des Wohlfahrtsstaates zu tun. Bob Rothstein hat darauf aufmerksam gemacht, dass ein universeller Wohlfahrtsstaat die stärkste Determinante des sozialen Kapitals ist (Rothstein 2001). Rothstein konnte für den schwedischen, universalistischen Wohlfahrtsstaat zeigen, dass er „Menschen nicht davon abhält, sich in ehrenamtlichen Vereinigungen zu engagieren oder

in Not befindlichen Menschen zu helfen“ (Rothstein 2001b: 177) Rothstein macht am schwedischen Fall aber auf einen anderen Umstand aufmerksam. Mit der Unterscheidung zwischen horizontalem und vertikalem Vertrauen konnte er zeigen, dass nicht das Vertrauen zwischen den Menschen erodierte, sondern das Vertrauen zwischen den Menschen und den schwedischen Institutionen. Dieser Verlust des vertikalen Vertrauens führte er auf einen Verlust des „organisierten Sozialkapitals“ (Rothstein 2001b: 178) zurück. Rothstein zeigte am schwedischen Fall, dass das Modell des schwedischen Wohlfahrtsstaates vor allem deshalb zusammenbrach, weil es zuerst zu einem Verlust in den Vertrauensbeziehungen zwischen den Akteuren des organisierten Kapitalismus kam.

Die Forschungen von Rothstein zeigen, dass soziales Kapital nicht nur in Abhängigkeit der politischen Kultur erklärt werden muss, sondern auch in Verbindung gebracht werden muss mit dem Charakter des Wohlfahrtsstaates. Und hier erweist sich, dass ein umfassender Wohlfahrtsstaat die Menschen nicht davon abhält sich zu engagieren oder unbezahlte Arbeit für ehrenamtliche Organisationen zu verwenden. Allerdings ist der britische Wohlfahrtsstaat in der Typologie von Esping-Andersen (1998) ein liberaler, während Schweden für den Typus des universalistischen, sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates der Staatsbürgerversorgung als Beispiel dient. In beiden Sozialstaatstypen waren in der Vergangenheit das soziale Kapital und das bürgerschaftliche Engagement sehr hoch, dennoch gibt es deutliche Unterschiede, wie der Sozialstaat auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zurückgreift. Dieser Hintergrund ist für Großbritannien bedeutsam, weil im liberalen Typ des Wohlfahrtsstaates das Volunteering immer schon einen prominenten Platz eingenommen hat. Darüber hinaus kann man nicht die These vertreten, dass der Sozialstaat die Zivilgesellschaft kolonialisieren bzw. sozia-

le Dienste die Verprofessionalisierung bürgerschaftlichen Engagements bedeuten würde. Damit ist auch die These nicht haltbar, dass bürgerschaftliches Engagement als Ausfallbürge für sozialstaatliche Einsparungen herhalten müsse.⁹

Im britischen Fall zeigt sich in der historischen Analyse, dass Volunteering schon immer sehr stark mit der staatlichen Sozialpolitik verbunden ist. Daher muss man, wenn man die Rolle des Dritten Sektors und der Zivilgesellschaft in Großbritannien umfassend verstehen will, bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen. Dort war Volunteering weitgehend religiös motiviert und bezog sich auf die Verminderung der Armut. Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Wohltätigkeit (charity) jenseits der Kirche in der sich formierenden Mittelklasse. In der viktorianischen Ära bildete sich eine Institutionenstruktur heraus, in der die staatliche Verantwortung weitgehend fehlte und auf die Sicherung des Rahmens beschränkt blieb. Da der Staat als Akteur bei der Bekämpfung der sozialen Probleme in Großbritannien ausfiel, waren es vor allem die lokalen Einrichtungen und die Organisationen des Dritten Sektors, die bis zum Zweiten Weltkrieg die wesentlichen Träger von Wohlfahrtsleistungen waren (Kendall/Knapp 1996). Hervorzuheben ist aber auch, dass sich Volunteering zu dieser Zeit nicht nur auf soziale Dienstleistungen erstreckte, sondern immer auch schon ein wichtiges Element in der politischen Interessenvertretung war.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich der britische Sozialstaat und die Bedeutung des Volunteering im Bereich der sozialen Dienstleistungen hat abgenommen. Trotz dieser Gewichtsverschiebung hat der Architekt des britischen Wohlfahrtsstaates, William Beveridge, dem Voluntary Sector eine bedeutende Rolle im wohlfahrtsstaatlichen Arrangement zugesprochen (Beveridge 1948).

Ein wesentlicher Einschnitt im Bezug auf den britischen Wohlfahrtsstaat und damit auch

auf den Voluntary Sector war der Antritt der konservativen Thatcher-Regierung im Jahr 1979, die bis 1997 dauerte. Thatcher wollte die Rolle des Staates im liberalen britischen Wohlfahrtsstaat neu definieren. Dies hatte Folgen für den Voluntary Sector, ebenso aber auch das Anwachsen von zivilgesellschaftlichen Gruppen im lokalen Raum, die ebenfalls als advokatorische Gruppen in die Diskussion über das wohlfahrtsstaatliche Arrangement eingriffen und selbst soziale Dienstleistungen erbrachten (Gyford 1985).

Thatcher wollte die Rolle des Staates in der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen beschränken und mehr Marktelemente in diesem Bereich einführen. Das hatte zur Folge, dass auch mehr soziale Dienstleistungen von Organisationen, auch des Voluntary Sector, erbracht werden sollten, die außerhalb des Staates angesiedelt waren. Für die Organisationen des Voluntary Sectors ergaben sich daher neue Möglichkeiten. In der Summe hat die konservative Regierung die zivilgesellschaftlichen Organisationen dazu benutzt, die Bereitstellung wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen zu entstaatlichen.

Diese neue Politik gegenüber den Organisationen des Voluntary Sector lässt sich auch deutlich am Wachstum der Einkünfte aus staatlichen Quellen ablesen. Passey et al. beziffern 1990 die Einkünfte des Voluntary Sectors, die aus staatlichen Quellen stammen, auf 11,63 Mrd. Pfund, was rund 40% der Einkünfte des Sektors entspricht. Für die Jahre 2000 bis 2007 liefert der UK Civil Society Almanac 2009 Zahlen: Er stellt einen „strong comparative shift from grant funding to contract funding“ (Kane et al. 2009: 40) fest. Das Grant Funding belief sich 2006/07 auf 4,2 Mrd. Pfund während das Contract Funding 7,8 Mrd. Pfund betrug.

Seit der Zeit der Thatcher-Regierung hat sich eine Kontrakt-Kultur in der Finanzierung des Voluntary Sectors weiter entwickelt, die zunehmend eine grundständige (institutionelle) Finanzierung ersetzt. Im Ergebnis haben die konser-

vativen Reformen zwar mehr Marktlösungen zum Ziel gehabt. Als Nebenprodukt haben sie aber auch den zivilgesellschaftlichen Organisationen neue Möglichkeiten eröffnet, weil diese oft preiswertere Alternativen zu staatlichen Diensten boten und Lösungen eröffneten, die über den Markt nicht möglich waren. Gleichwohl war festzustellen, dass die Spannungen wuchsen zwischen dem konservativen Wohlwollen gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen als Dienstleister und ihrem Unbehagen gegenüber ihren advokatorischen und politischen Ansprüchen.

Als Folge der konservativen Indienstnahme wurde der Voluntary Sector in Großbritannien mehr und mehr in den politischen Prozess, insbesondere in die administrative Umsetzung politischer Programme, involviert. Die Organisationen des Sektors wurden zu politischen Dienstleistern. Im Gegenzug vernachlässigte die Politik die Voice-Funktion (Interessenvertretung, Advocacy) dieser Organisationen im politischen Prozess. Sie wurden nur an der Output-Seite, nicht aber an der Input-Seite in den politischen Prozess mit einbezogen. Diese Entwicklung, „from the provision of advocacy to the provision of voice“ (Lundström/Wijkström 1995), kann man in vielen europäischen Ländern beobachten. Organisationen, die früher Protest organisierten und Advocacy betrieben, verwandeln sich in Organisationen, die hauptsächlich Dienstleistungen bereitstellen.

6 Engagementpolitik

Aufgrund der bedeutenden Rolle, die der Voluntary-Sektor seit mehr als einem Jahrhundert in der britischen Sozialpolitik spielte, hat sich schon früh eine Engagementpolitik entwickelt. In Großbritannien war es nicht so wie in Deutschland, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten verprofessionalisiert und dann zu sozialstaatlichen Dienstleistungen wurden. Im liberalen Wohlfahrtsstaat waren die sozialen Dienst-

leistungen nicht sehr ausgebaut und wenn sie existierten, dann wurden sie häufig von Organisationen des Voluntary Sector übernommen.

Auch unter der Regierung von New Labor hat sich die Kontrakt-Kultur fortgesetzt. Allerdings wurde während dieser Zeit verstärkt Aufmerksamkeit auf die Beziehungen des politischen Entscheidungszentrums zum Voluntary Sector gelenkt. Dies betraf sowohl die Finanzierung als auch das Verhältnis von Dienstleistung und politischer Funktion. Neben mehreren Studien, die Think-Tanks zu dieser Beziehungsstruktur erarbeiten, wurde die Deakin Commission noch unter den Konservativen eingesetzt. Die „Commission on the Future of the Voluntary Sector“ legte 1994 ihren Report vor. Sie empfahl der Politik, eine Compact-Strategie zu verfolgen. Konkret schlug sie vor, die Regierung solle mit den Organisationen des Voluntary Sectors einen oder mehrere informelle Pakte schließen, in denen die Prinzipien der Zusammenarbeit und der Finanzierung festgelegt werden sollen. Die Vorschläge der Deakin Commission wurden dann in das sozialpolitische Programm von New Labor aufgenommen.

Ein Kernelement der britischen Engagementpolitik ist die Gründung des Office of the Third Sector (OTS) im Cabinet Office. Das Cabinet Office ist direkt dem Premierminister zugeordnet, vergleichbar dem deutschen Kanzleramt, und hat die Aufgabe, die Regierungspolitik vorzubereiten und zu koordinieren. Mit der neuen Cameron-Regierung wurde im Cabinet office das OTS zum Bereich „Voluntary and community groups and social enterprises“ umgestaltet.¹⁰ Diese Einheit des Cabinet Office kümmert sich um soziale Unternehmen, Charity Law, das Volunteering und Giving und um die Rolle des Dritten Sektors in den Public Services sowie um die politische und finanzielle Unterstützung.

Im Vergleich zu Deutschland wird deutlich, dass Engagementpolitik im Zentrum des politischen Systems, beim Premierminister, ange-

siedelt ist und ein wichtiger Teil der Policies sowohl der konservativen wie auch der New Labor-Regierung ist. Charakteristisch ist, dass beide die Rolle des Sektors vor allem im Kontext der Public Services sehen. Im Vergleich zum föderalen Aufbau der Bundesrepublik, bei der sozialpolitische Kompetenzen bei den Ländern und Gemeinden liegen, ist es für ein zentralistisches System wie Großbritannien leichter, die Belange des Dritts Sektors zu organisieren. Hinzu kommt, dass im deutschen System der sozialen Sicherung mit starken Wohlfahrtsverbänden und einer in der Vergangenheit starken ideologischen Fixierung auf die Familie und ihre Potenziale der Zivilgesellschaft von der Politik kaum eine Funktion zugebilligt wurde. Zudem waren die starken Wohlfahrtsverbände daran interessiert, autonom zu agieren und sind als Organisationen der Kirchen und anderer Großorganisationen dem direkten staatlichen Zugriff entzogen.

So konnte sich unter der zentralistischen britischen Struktur des politischen Systems eine Compact-Kultur entwickeln, die dann in der Bundesrepublik mit der Politik der Bündnisse (Bündnis für Familie, Ausbildungsbündnis, Nationales Forum für Engagement und Partizipation, Islamkonferenz) nachgeahmt wurde.

Daneben gibt es die *Charity Commission for England and Wales* (charity-commission.gov.uk). Sie ist eine nicht-ministerielle staatliche Einrichtung, deren Aufgabe es ist, Charities mit Sitz in England oder Wales zu registrieren und deren Tätigkeit einer öffentlichen Kontrolle zugänglich zu machen. Charities, die ein Einkommen über 5000 Pfund haben, müssen sich bei der Charity Commission registrieren und diejenigen, die mehr als 10.000 Pfund an Einkommen haben, müssen Jahresabschlüsse und Tätigkeitsberichte einzureichen, die dann veröffentlicht werden. Charities sind Organisationen des Dritten oder Voluntary Sektors, die gemein-



nützige und philanthropische Zwecke verfolgen, die im Charities Act 2006 genauer beschrieben werden.¹¹

Als Ergebnis des engagementpolitischen Aktivismus von New Labor ist in den letzten Jahren in Großbritannien eine flächendeckende Infrastruktur der Förderung des Volunteering entstanden. Bis 2004 gab es bereits 324 Volunteer Centers, deren Aufgabe darin besteht, Informationen bereit zu stellen, Freiwillige an Organisationen zu vermitteln, Organisationen des Volunteer Sectors zu beraten und mit den kommunalen und lokalen politischen Einheiten in der Förderung der Zivilgesellschaft zusammen zu arbeiten.

Das OTS betreibt mit einer Vielzahl von Programmen Engagementförderung. Das Spektrum reicht von der Verbesserung des Managements zivilgesellschaftlicher Organisationen bis hin zur Unterstützung von Jugendlichen durch Preise.

Darüber hinaus finanziert das OTS bzw. das Cabinet Office eine Reihe von Organisationen, die das Volunteering von Jugendlichen fördern (YouthNet, Youth Action Network, the National Youth Agency für England, British Youth Council) sowie vier landesweite Freiwilligenorganisationen (Volunteering England, Volunteer Development Scotland, Wales Council for Voluntary Action und Northern Ireland Volunteer Development Agency).

Obwohl es das OTS im Cabinet Office gibt und eine Reihe von Programmen existieren, gibt es keine nationale Strategie der Engagementförderung oder auch die Absicht, eine solche zu entwerfen.¹² Allerdings hat die Labor-Regierung mit der Warner Commission das Ziel verdeutlicht, das Volunteering der Briten zu erhöhen.

Trotz dieser verschiedenen engagementfördernden Aktivitäten der britischen Regierung kann festgestellt werden: „There is no one piece of legislation that refers explicitly to volunteers in the UK, rather general areas of law that apply

to all UK citizens as individuals cover volunteers“ (European Commission 2009: 23). Es gibt auch keinen gesetzlich geregelten Status von Freiwilligen und keine steuerrechtlichen Bestimmungen, wie sie in Deutschland existieren, die für das Volunteering Ausnahmetatbestände (Steuervergünstigungen, Freibeträge) festlegen würden.

7 Von Großbritannien lernen?

In der Zeit von New Labor hat die Kontrakt-Kultur über Großbritannien hinaus Wirkung entfaltet. Die Diskussion über einen neuen Gesellschaftsvertrag in der Bundesrepublik ist davon deutlich inspiriert. Allerdings hatten die „Verträge“ die die Labor-Regierung mit der Zivilgesellschaft abgeschlossen hatte, einen realen Vertragsgegenstand, beinhalteten Leistungen und Gegenleistung, während in der deutschen Diskussion der reale Vertragsgegenstand undeutlich blieb.

Bei allen fundamentalen Unterschieden gibt es doch einige Aspekte der britischen Engagementpolitik, die auch für andere Länder, insbesondere für Deutschland, interessant und nachahmenswert sein könnten. Hier ist zuallererst die *Charity Commission* zu nennen. Sie ist Ergebnis und Ausdruck zivilgesellschaftlicher Selbstregulation und kann anderen Ländern als Beispiel dafür dienen, wie die Anerkennung und Überwachung gemeinnütziger Organisationen jenseits des Staates institutionalisiert werden kann.

Im Vergleich zu anderen Ländern wird auch das breitere Verständnis von Zivilgesellschaft in Großbritannien deutlich. Gerade in der Verbindung mit dem Blick auf zivilgesellschaftliche Organisationen kann Deutschland hier lernen, dass die Zivilgesellschaft umfassender ist und auch Universitäten, Parteien und Gewerkschaften mit einschließt. Ebenfalls innovativ ist der aufmerksame Blick auf die informellen Strukturen des Engagements, das sich aller-

dings schwer quantifizieren und beschreiben lässt.

An Grenzen stößt die Suche nach Lernmöglichkeiten allerdings dann, wenn der britische Wohlfahrtsstaat als Parameter mit einbezogen wird. Denn dessen Strukturen sind vom deutschen Sozialstaat so grundverschieden, dass es hier kaum sinnvoll ist, nach Lernmöglichkeiten Ausschau zu halten. Der britische Wohlfahrtsstaat hat keine zu den deutschen Wohlfahrtsverbänden vergleichbaren Organisationen und er lässt auch dem Engagement viel mehr Raum weil er in seinem liberalen Grundverständnis nicht so umfassend angelegt ist wie der deutsche Sozialstaat.

PD Dr. Rudolf Speth vertritt den Lehrstuhl „Politisches System/Staatlichkeit im Wandel“ am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Kassel. Kontakt: rudolf.speth@web.de

Anmerkungen

¹Das Adjektiv „bürgerschaftlich“ wird im britischen Kontext nicht verwandt und hat mit seiner stark politischen Konnotation keine Entsprechung.

²Dies ist vergleichbar mit der Dritte-Sektor-Forschung, die ebenfalls den Blick auf Organisationen und nicht so sehr auf das Engagement der Einzelnen richtet.

³Diese Fragen stellte der Citizenship Survey.

⁴Der Survey wird vom National Centre for Social Research erstellt und ist eine jährliche Haushaltsbefragung von 10.000 Erwachsenen, die in face-to-face-Interviews befragt wurden.

⁵Weitere Informationen finden sich auf der Website der Charity Commission: charity-commission.gov.uk.

⁶Allein bei den Community organisations werden weitere 300.000 Organisation geschätzt, deren informeller Charakter noch stärker ist (z.B. Lesezirkel, informelle Sportgruppen etc.)

⁷Die Daten, die der Almanac 2009 verwendet, stammen von GuideStar Data Service (guidestar.org.uk) und dem National Council for Voluntary Organisations (NCVO).

⁸Davis Smith hat den National Survey of Volunteering 1997 verfasst und dabei diese Definition verwendet (siehe auch: Low et al 2007: 10).

⁹Diese These wird häufig als Warnung im sozialdemokratischen Milieu vertreten. Sie basiert auf einem Nullsummenmodell, das die Empirie in keiner Weise gedeckt ist.

¹⁰Vgl. cabinetoffice.gov.uk/voluntary-sector.aspx; 16.09.2010.

¹¹Weitere gesetzliche Bestimmungen, denen Charities genügen müssen, finden sich in den Charities Acts von 1992 und 1993 und in den Trustees Acts von 1925 und 2000.

¹²Unter Umständen könnte die Entwicklung vom Compacts in den 1990er Jahren als eine solche Strategie angesehen werden, denn dort wurden die Beziehungen des Voluntary Sector zum politischen Zentrum definiert und mit einer Reihe von Vereinbarungen festgelegt, wie sich die beiden Seiten in ihrer Zusammenarbeit verhalten sollen.

Literatur

Aldridge, Stephen/Halpern, David/Fitzpatrick, Sarah 2002: Social capital: a discussion paper. Performance and Innovation Unit. Online im Internet: www.cabinetoffice.gov.uk/innovation/2001/futures/socialcapital.pdf.

Beveridge, William 1948: Voluntary Action: A Report on Methods of Social Advance. Macmillan Co.

Davis Smith, Justin 1998: The 1997 National Survey of Volunteering, National Centre for Volunteering, London.

Esping-Andersen, Gøsta 1998: Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Stefan Lessenich, Ilona Ostner (Hg.), Welten des

Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt: Campus, 19-56.

European Commission 2009: Study on Volunteering in the European Union. Country Report United Kingdom. Online im Internet: ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/National%20report%20UK.pdf.

Gyford, John 1985: The Politics of Local Socialism, London: Allen & Unwin.

Hall, Peter 1999 Social Capital in Britain, in: Social Journal on Political Science 29, 417-461.

Hall, Peter 1999: Social Capital in Britain. In: British Journal of Political Science, No. 29, 417-461.

Hall, Peter 2001: Sozialkapital in Großbritannien, in: Robert D. Putnam, Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh, 45-113.

Kane, David/ Clark, Jenny/ Lesniewski, Sarah/ Wilton, Jenny/ Prattan, Belinda/ Wildung, Karl 2009: The UL Civil Society Almanac 2009, London: National Centre für Voluntary Organisations.

Kendall, Jeremy/ Knapp Martin 1996: The voluntary Sector in the UK, Manchester: Manchester University Press.

Kendall, Jeremy 2003: The voluntary sector: comparative perspectives in the UK. Routledge, London.

Kendall, Jeremy 2001: Dritter Sektor und Dritter Weg in Großbritannien, in: Eckhard Priller/ Annette Zimmer (Hrsg.), Der Dritte Sektor international – mehr Markt – weniger Staat?, Berlin: Edition Sigma, 121-155.

Kitchen, Sarah/ Michaelson, Juliet/ Wood, Natasha/ John, Peter 2006: 2005 Citizenship Survey: Active communities topic report, Department for Communities and Local Government: London.

Low, Natalie/ Butt, Sarah/ Paine, Angela Ellis/ Davis Smith, Justin 2007: Helping Out. A national survey of volunteering and charitable giving. (Prepared for the Office of the Third

Sector in the Cabinet Office by the National Centre für Social Research and the Institut für Volunteering Research).

Lundström, Tommy/ Wijkström, Filip 1995: Defining the Nonprofit Sector: Sweden (Working Papers of the Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, No. 16. Baltimore: The Johns Hopkins Institute for Policy Studies.

Mildenberger, Georg/ Münscher, Robert 2009: „Social Return on Investment“ Ein vielversprechender Ansatz zur Wirkungsmessung im Dritten Sektor? In: BBE-Newsletter Nr. 15/ 2009. Online im Internet: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/07/n115_mildenberger_muenscher.pdf.

Offe, Claus 2001: Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen?, in: Martin Hartmann/ Offe, Claus (Hg.); Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt/New York, 241-294.

Passey, Andrew/ Hems, Les / Jas, Peter 2000: The UK Voluntary Sector Almanac 2000 (National Council for Voluntary Organisations).

Putnam, Robert D. (mit R. Leonardi und R. Nanetti) 1993: Making Democracy work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton/New Jersey.

Putnam, Robert D. 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American community. New York u.a.

Reay, Diane/ David, Miriam E./ Ball, Stephen 2005: Degrees of Choice. Social Class, Race and gender in higher education. Oakhill: Trentham Books.

Rothstein, Bo 2001a: Social Capital in the Social Democratic Welfare State, in: Politics & Society 29, 1, 207-2421.

Rothstein, Bo 2001b: Sozialkapital im sozialdemokratischen Staat – das schwedische Modell und die Bürgergesellschaft, in: Putnam, Robert D. (Hg.), Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 115-197.

AKTUELLE MITTEILUNG**Befragung des WZB zu Stuttgart 21:
Für mehr Transparenz und direkte
Demokratie**

Zwei Drittel der Demonstranten gegen Stuttgart 21 zu zivilem Ungehorsam bereit

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) hat erstmals die Motive und Einstellungen der Demonstranten gegen Stuttgart 21 untersucht. Die ersten Ergebnisse der aktuellen Befragung zeigen: Die Protestierenden stammen mehrheitlich aus der linken Mitte. Es treibt sie – neben dem Protest gegen den unterirdischen Bahnhofsneubau – vor allem der Wunsch nach mehr direkter Demokratie. Sie haben außerdem eine hohe Bereitschaft zu zivilem Ungehorsam.

Die Protestforscher Dieter Rucht, Britta Baumgarten und Simon Teune haben am 18. Oktober bei der Kundgebung gegen Stuttgart 21 im Schlossgarten 1.500 Fragebögen an Demonstranten verteilt. Mehr als 800 von ihnen – 54 Prozent – haben den umfangreichen Fragenkatalog beantwortet. Als Hauptmotive gegen Stuttgart 21 werden vor allem die hohen Kosten des Projekts, Demokratiedefizite bei der Projektplanung und beim Umgang mit den Demonstrierenden sowie Profite auf Seiten der Banken und Baukonzerne genannt.

Die ersten Ergebnisse der Befragung zeigen, dass in Stuttgart nicht in erster Linie die konservativen Bürger auf die Straße gehen: Die Demonstranten ordnen sich überwiegend der linken Mitte zu. Es sind kritische Demokraten, die ihren Protest gegen Stuttgart 21 als Chance sehen, sich für eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Verfahren einzusetzen, und ihre große Unzufriedenheit mit der Bundes- und Landesregierung ausdrücken wollen. Für viele der Befragten war die Polizeigewalt bei der Räumung des

Schlossgartens am 30. September ein Schlüsselerlebnis, bei dem das Vertrauen in die Landesregierung völlig erschüttert wurde. Die Demonstranten sind mit 84 Prozent weitaus unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie als der Rest der Bevölkerung (beim Deutschlandtrend der ARD waren es im Juli 51 Prozent, die sich unzufrieden zeigten).

Über 50 Prozent der Demonstranten sind zwischen 40 und 54 Jahre alt; jünger als 25 Jahre sind 7 Prozent. Die Gruppe der Rentner ist mit 14 Prozent kleiner als oftmals vermutet. In Stuttgart gehen die Akademiker auf die Straße: Die Hälfte der Befragten hat einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss.

Es gibt massive Vertrauensdefizite für die Parteien, die Stuttgart 21 vorangetrieben haben. Festzustellen ist eine deutliche Verschiebung der Parteibindung hin zu Bündnis 90/Die Grünen. Wären am Sonntag Wahlen, würden 80 Prozent der Befragten auf Landesebene und 75 Prozent auf Bundesebene die Grünen wählen. Und ein weiterer wichtiger Befund: 66 Prozent der Protestierenden in Stuttgart sind bereit, ihre Ziele auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams, zum Beispiel mit Besetzungen und Blockaden, zu erreichen.

Die ersten Befragungsergebnisse sind auf der Internetseite der Forschungsgruppe verfügbar unter: wzb.eu/zkd/zcm/projekte/pro_stuttgart-21.de.htm

DOKUMENTATION**Stuttgart 21 – „Wir können alles
außer demokratische
Öffentlichkeit“**

Resolution des Kongresses
Öffentlichkeit und Demokratie, Berlin, 1.-
3. Oktober 2010

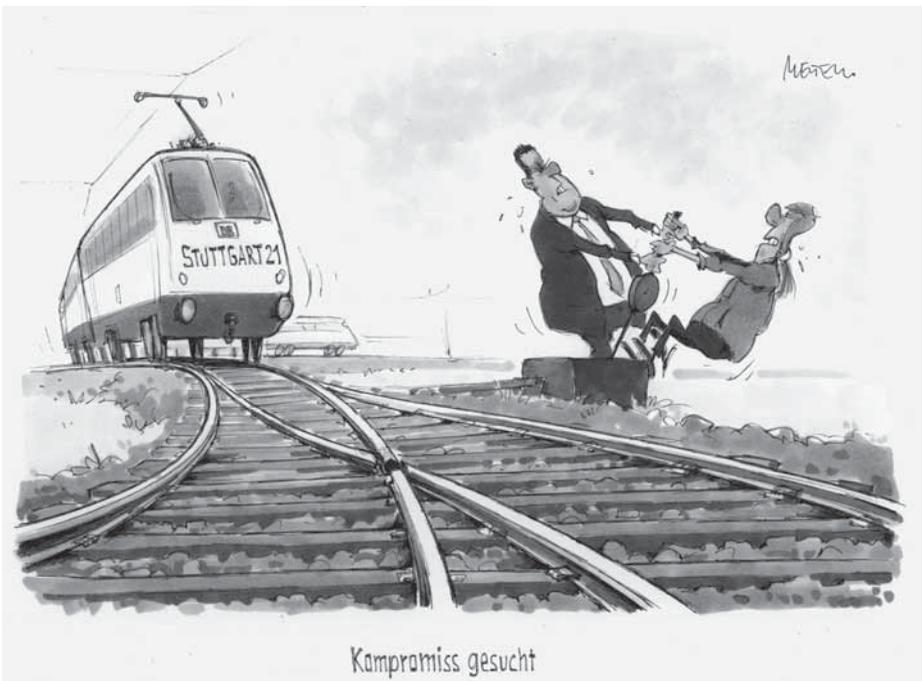
Am Wochenende des 20. Jahrestags der deutschen Vereinigung haben 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus einem breiten Spektrum

von Medien, Initiativen, Verbänden, Gewerkschaften und Protestbewegungen in Berlin folgende Resolution unterstützt:

Wie sehr die weitere Entleerung repräsentativer Demokratie vorangeschritten und gleichzeitig die Beteiligungsansprüche der Bürgerschaft gestiegen sind, verdeutlichen die aktuellen Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“. Mit ihren vielfältigen Protesten, Mobilisierungen und Gegenentwürfen haben Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger exemplarisch einen Lernprozess organisiert, der demokratische Maßstäbe setzt, an denen sich zumindest große Infrastrukturprojekte und Reformvorhaben zu bewähren haben:

- Umfassende und frühzeitige Informationen sind unabdingbar. Noch immer werden wichtige Gutachten der Öffentlichkeit vorenthalten. Bei solchen öffentlichen Vorhaben darf es keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geben.

- Betroffene und potenziell Betroffene sind von Anbeginn anzuhören und an den Entscheidungen umfassend zu beteiligen. Das geltende Planungsrecht wird diesen Ansprüchen nicht gerecht.
- Gefordert ist ein Nützlichkeitsnachweis, der erwartete Kosten, den gesellschaftlichen Nutzen und mögliche Nebenfolgen abwägt. Keinesfalls legitimieren fiktive „Wachstumswänge“ massive Eingriffe in die Lebensbedingungen von Vielen.
- Es braucht Alternativen. Wo sie nicht gesucht und ausgewiesen werden, liegt der Verdacht bornierter Interessenpolitik nahe.
- Das föderale Dickicht organisierter Verantwortunglosigkeit wie die beanspruchte „Legitimation durch Verfahren“ oder die schwächliche Ausgestaltung direkt-demokratischer Verfahren verweisen auf die Notwendigkeit von demokratieförderlichen Verfassungsrevisionen. Mehr Demo-



kratie ermöglichen, lautet das Gebot der Stunde.

Demokratische Minima wurden in der Umsetzung von Stuttgart 21 von Betreibern und Befürwortern systematisch verletzt. Bürgerinnen und Bürger haben sie „von unten“, durch beharrliche Kleinarbeit und Professionalisierung bei der Suche nach Alternativen, aber auch zunehmend durch phantasievolle Protestmobilisierungen erstritten, für die auch die digitalen Medien eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

Stuttgart 21 sollte zum Lehrstück in Sachen demokratische Öffentlichkeit werden. Es verweist nicht nur darauf, wie wenig alltägliche Demokratie heute in den Parlamenten und politischen Parteien anzutreffen ist. Es zeigt auch die Möglichkeiten, die sich aus dem Mut zum Neinsagen von zunächst Wenigen und schließlich einer wachsenden Zahl bei Protestaktionen, aus dem Zusammenspiel vielfältiger alter und neuer Medien ergeben können. Es braucht das alltägliche Engagement der Vielen, die sich das Recht auf ihre Stadt nehmen.

Notwendig sind ein sofortiger Baustopp und ein Überdenken des gesamten Verfahrens unter Offenlegung von Kosten, Folgelasten und die breite Erörterung möglicher Alternativen. Demokratie braucht Öffentlichkeit!

DOKUMENTATION

Lasst uns eine demokratische Öffentlichkeit schaffen!

Abschlussklärung des Kongresses
Öffentlichkeit und Demokratie, Berlin, 1.-3. Oktober 2010

Schafft eine demokratische Öffentlichkeit, lautet das Gebot der Stunde. Tief greifende gesellschaftliche Umbrüche, verstärkte soziale Polarisierungen und Ausgrenzung sowie der daraus erwachsende Veränderungsdruck in vielen Le-

bensbereichen können nur demokratisch, d. h. in gemeinsamer öffentlicher Anstrengung durch die „Weisheit der Vielen“ angemessen beantwortet und überwunden werden. Dies erfordert Menschen, die über hinreichend Autonomie, Urteilskraft und Handlungsfähigkeit verfügen – Eigenschaften, die nur in einem permanenten, in allen Lebensbereichen wirksamen demokratischen Prozess gelernt werden können. Dieses Ziel, Demokratie zur Lebensform (Oskar Negt) zu machen, mag utopisch erscheinen, aber es bietet einen verlässlichen Maßstab, um aktuelle Entwicklungen zu bewerten. Dazu braucht es Transparenz und Beteiligung im Rahmen einer demokratischen Öffentlichkeit. Sie ist gegen herrschaftliche Blockaden stets erneut zu erkämpfen.

Chancen demokratischer Gestaltung sind in allen Lebensbereichen in unterschiedlicher Weise beeinträchtigt. Der Vorrang des betriebswirtschaftlichen Kalküls, des antisozialen „unternehmerischen Selbst“ sind heute in allen Lebensbereichen spürbar: als Leitbild schulischer Bildungsprozesse, in den Kuratorien von Hochschulen, in öffentlichen Verwaltungen, auf kommunaler Ebene in Public Private Partnerships, in der Privatisierung öffentlicher Güter wie in den Sozialverbänden. Solche Leitbilder beschädigen das demokratische Gemeinwesen. Nach einem kurzen Krisenschock, mit seinen milliardenschweren Bankenrettungspaketen aus öffentlichen Haushalten, scheint es heute weiterzugehen als sei nichts gewesen. Jenseits einer wohlfeilen Krisenfixierung – mit ihrer folgenlosen Empörung – bleibt deshalb festzuhalten, dass es nicht zuletzt um unterschlagene Wirklichkeiten im Alltag geht – von der betrieblichen Überwachungspraxis bis zu rechtsradikalen Dominanzräumen. Mag Wompelel zitiert: „Eine Krise kann jeder Idiot haben, unser Alltag macht uns mehr zu schaffen“.

Wer heute von Wirtschaftsdemokratie spricht, wird als Phantast abgetan. Aber wie soll demokratisches Lernen und Leben möglich

sein, wenn ein zentraler gesellschaftsprägender Bereich ausgespart wird? Immerhin nimmt die Zahl der Initiativen und Gruppen zu, die wie LabourNet Licht in den betrieblichen Alltag bringen, über Produktionsverhältnisse und Produkte aufklären und uns auch als Konsumenten die Chance geben, an der Kasse bewusste Entscheidungen zu treffen.

Wir stehen einerseits einer nie gekannten Flut von Information gegenüber. Andererseits unterliegen wirklich wichtige Informationen immer öfter einer Geheimhaltung. Während sich Unternehmen und Staat anstrengen, den „gläsernen Bürger“ und den umfassend überwachten Beschäftigten Wirklichkeit werden zu lassen, braucht eine starke Demokratie das Gegenteil: einen gläsernen Staat und eine transparente Wirtschaft. Davon sind wir weit entfernt. Das Informationsfreiheitsgesetz von 2005 ist dafür symptomatisch: ein noch zu wenig genutztes Instrumentarium, das durch seine zahlreichen Einschränkungen, nicht zuletzt durch exzessiv gefasste Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, unbrauchbar zu werden droht. Dagegen wenden sich z. B. Whistleblower, die auf Rechtsbrüche und Missstände aufmerksam machen. Um sie zu ermutigen, benötigen sie nicht nur gesellschaftliche Anerkennung, sondern auch einen besseren rechtlichen Schutz vor Repressalien und Nachteilen.

Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie haben ein Recht darauf, zu erfahren, wer mit welchen Budgets politische Entscheidungen beeinflusst. Dies erfordert ein verpflichtendes, sanktionsbewehrtes Lobbyisten-Register, in dem Interessenvertreter ihre Auftraggeber und Kunden, die Themen ihrer Arbeit, Finanzquellen und Budgets offen legen. Darin müssen sämtliche Interessenvertreter, beispielsweise Unternehmen, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, PR-Agenturen, Denkfabriken, Anwaltskanzleien und selbstständige Lobbyisten, erfasst sein. Journalistinnen und Journalisten stehen in der Verantwortung, Hintergründe und

Interessen(konflikte) sichtbar zu machen. Zu den Grundlagen, um diese Aufgabe erfüllen zu können, zählen ausreichende Ressourcen, die sie von Redaktionen, Verlagen und Sendern erhalten müssen. Gegen Spindoktoren und Hochglanzproduktionen, gegen Lüge und Verschleierung sind inzwischen viele Initiativen unterwegs, die auf Transparenz drängen und – oft im digitalen Netz – neue öffentliche Foren anbieten.

Die Klagen über die deutsche Presse- und Medienlandschaft werden häufig nur durch noch schlimmere Zustände in anderen Ländern gedämpft. Von fortschreitender Pressekonzentration, lokaler Monopolbildung und den zur Oberflächlichkeit verurteilenden journalistischen Arbeitsbedingungen ist zu reden, wenn es um die Bedingungen einer demokratisch verfassten Medienöffentlichkeit geht. Tom Schimmeck hat einige Aufgaben benannt:

- Die Gesellschaft muss die Medieninhaber viel stärker in die Pflicht nehmen (u. a. durch Redaktionsstatute, Presserecht, institutionalisierte Pressekritik). Sie haben eine enorme demokratische Verantwortung.
- Wir brauchen eine Renaissance des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens, die für Unabhängigkeit, Qualität, Meinungsvielfalt und Offenheit für alle gesellschaftlichen Gruppen Sorge trägt.
- Quer durch die Medienlandschaft und ihre neuen digitalen Ergänzungen ziehen sich verstärkte soziale Ungleichheiten und Ausgrenzungen. Eine demokratische Öffentlichkeit braucht aber gleiche Zugangs- und Beteiligungschancen.
- Wir brauchen ein anderes, freieres, zornigeres, couragierteres journalistisches Selbstverständnis. Zu viele werden gebrochen durch lebenslange Praktika, durch den Druck des Marktes. Zu viele schwimmen mit im Mainstream. Wir haben immer besser ausgebildete Journalisten. Aber die Interessen der Mittelschicht sind deutlich über-

repräsentiert. Und mit ihr eine bestimmte Lebenswirklichkeit, eine bestimmte Wahrnehmung. Auch ein Grund, warum ein Thema wie Mindestlohn es so schwer hat.

- Wir brauchen Strukturen wie Stiftungen und Vereine, die unabhängigen Journalismus fördern.
- Wir müssen mehr große Internet-Experimente wagen. Magazine, Foren und Portale aufbauen, die echte Öffentlichkeit schaffen. Und Wege finden, damit sie Erfolg haben und sich tragen.

Neben einer beachtlichen Anzahl von neuen Projekten (von Lobbypedia bis zu Radio- und Fernsehalternativen im Internet) und Kooperationen zwischen den Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmern wird der Kongress als wichtiger Impuls betrachtet, der Anstoß für weitere Initiativen und Kongresse geben sollte.

ANALYSE

Die Piratenpartei als ein Puzzlestück in der neuen Konfiguration der Mehrparteienrepublik

Die Piratenpartei hat in Deutschland durch ihre erfrischende Art Wahlkampf zu führen viel Aufmerksamkeit im „Superwahljahr“ 2009 erhalten. Dabei konnte sie durch ihre Organisationsstruktur im Internet eine für eine junge Partei außergewöhnliche Mobilisierung erreichen. Das Bundestagswahlergebnis von zwei Prozent der Zweitstimmen war zwar beachtenswert, doch konnte es dem „Hype“ der vorangegangenen Wahlkampfzeit nicht ganz gerecht werden. Spätestens seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010, bei der die Piratenpartei 1,6 Prozent der Zweitstimmen erhielt, kann von einer Stagnation gesprochen werden. Die junge Partei kommt in ihrer inhaltlichen Arbeit nicht voran; der Parteitag im Mai 2010 verlor sich in Personaldebatten. Zudem ist sie trotz

aller positiven Aufmerksamkeit ein weiterer Ausdruck für eine zunehmend mangelhafte politische Repräsentation. Der „Hype“ der Wahlkampfzeit im vergangenen Jahr hat davon abgelenkt, dass die Partei nicht für eine neue politische Kultur in Deutschland steht, wie sie selbst gerne behauptet, sondern gegebene Spaltungslinien und Hürden des politischen Feldes reproduziert.

Auf drei inhaltliche Punkte soll in diesem Artikel näher eingegangen werden. *Erstens* vertritt die Piratenpartei bestimmte Weltanschauungen besonders junger, gut gebildeter Menschen, die von den etablierten Parteien nicht integriert werden. Dies trennt sie von jenen in positiver wie negativer Weise. *Zweitens* ist die Partei thematisch stark verengt, auch wenn sie sich langsam einem Vollprogramm annähern möchte, und weist eine sozialstrukturelle Homogenität in ihrer Anhängerschaft auf. *Drittens* soll die Unsicherheit bezüglich der parteipolitischen Lagerzugehörigkeit betrachtet werden. Das Stimmensplittingsverhalten bei der Bundestagswahl weist auf sehr konträre Strömungen hin. Die Selbsteinordnungsversuche der „Piraten“ sowie inhaltliches und strategisches Verhältnis zu den etablierten Parteien zeugen von einem ideologischen Spagat.

Weltanschauungen und politische Repräsentation

Die Piratenpartei hat bei ihren ersten kleinen Wahlerfolgen bei der Bundestagswahl 2009 und der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010 viele Erst- und Jungwähler mobilisieren können. Besonders fiel dabei das Ergebnis bei den männlichen Wählern zwischen 18 und 24 Jahren auf, das bei der Bundestagswahl mit zwölf Prozent so hoch lag wie bei den Grünen (vgl. Neu 2009: 74, 89). Auch das rasche Anwachsen des Mitgliederbestandes erstaunte. So wuchs dieser von ca. 900 Mitgliedern im März 2009 auf ca. 9.000 im September 2009. Dies geschah hauptsächlich im Zuge ihrer ersten bun-

desweiten Wahlteilnahme bei den Europawahlen im Juni des Jahres, bei denen sie mit 0,9 Prozent ihren ersten medial beachteten Wahlerfolg verbuchen konnte. Doch da es sich bei der Piratenpartei um keine traditionelle Mitgliederpartei handelt, ist dieser Mitgliederzuwachs hauptsächlich ein Indiz für ihre Popularität in bestimmten Wählerlagern. Denn viel wichtiger als die eingetragenen Mitglieder sind für sie die Onlineaktivisten, die in unzähligen Blogs, Foren und sozialen Netzwerken im Internet mit den Themen der „Piraten“ arbeiten und für sie werben. So erlebte die deutsche Piratenpartei, die bereits im Jahr 2006 gegründet worden ist, ihren richtigen Gründungsmythos erst Anfang 2009 im Zuge des Aufbegehrens der Internetgemeinschaft gegen die Internetsperren zur Verhinderung der Ausbreitung von Kinderpornographie, die von der damaligen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen angestoßen worden waren. Sie fühlte sich dadurch in ihrem fundamentalen Freiheitsverständnis, besonders auf das Internet bezogen, angegriffen und sprach von Zensur (vgl. Bartels 2009: 26ff, 57ff). Im Zuge dieses Prozesses konnte sich die Partei im Internet bei einer bestimmten Online-Klientel profilieren.

Aber wer sind diese Menschen, die sich für ein solches politisches Anliegen dermaßen interessieren und darüber hinaus auch engagieren? Wie erwähnt sind es überdurchschnittlich viele junge Männer, die sich durch die spezielle Netzpolitik angesprochen fühlen. Sie verbringen viel Zeit im Internet, sei es beruflich oder privat, und sind um ihre dortigen Freiheitsrechte besorgt. Diese „Weltanschauungen“ besonders junger und gut gebildeter Menschen werden von den etablierten Parteien derzeit nicht integriert. Dies ist sicherlich zum Teil ein Versäumnis der etablierten Parteien, aber es liegt auch an den Inhalten und der Stoßrichtung solcher politischen Bewegungen, wie sie die Piratenpartei repräsentiert. Im Vordergrund stehen zunächst einmal Individualinteressen einer bestimmten

Online-Klientel, die mit anderen Interessensgruppen in Konflikt geraten können oder schon in Konflikt stehen. So war der Auslöser der Piratenbewegung in Schweden, dem Herkunftsland der Piratenpartei, die Filesharing- und Raubkopierer-Debatte. Sie nehmen für sich in Anspruch, in diesen Sachfragen eine fundamental andere Position zu vertreten als die übrigen etablierten Parteien. Durch ihr unorthodoxes Auftreten sowohl im Internet als besonders auch im klassischen Straßenwahlkampf (Wahlkampfstände zu ungewöhnlichen Zeiten und an ungewöhnlichen Orten, Flashmob-Aktionen etc.) konnten sie bei ihrer Klientel als authentische Anti-Parteien-Partei reüssieren.

Dabei erlebte die Piratenpartei zunächst ein Dasein als unbedeutende Splitterpartei. Bei der ersten Wahlteilnahme einer Piratenpartei außerhalb Schwedens, bei der Landtagswahl in Hessen 2008, erreichte sie 0,25 Prozent. Bei den hessischen Neuwahlen im Januar 2009 erreichte sie dann schon 0,53 Prozent und schließlich bei den Europawahlen im Juni 2009 0,9 Prozent der Stimmen. Bei den Europawahlen kristallisierten sich die ersten Hochburgen in urbanen Zentren heraus: In Berlin und Hamburg holten sie 1,4 bzw. 1,2 Prozent, im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sogar 3,4 Prozent. Auch in Flensburg lagen sie mit 2,1 Prozent deutlich über dem Schnitt. Schon hier zeigte sich aber das Ungleichgewicht in der Sozialstruktur des Wählerklientels. Zwei Drittel der Wähler sind männlich, maximal 35 Jahre alt, gut gebildet und Großstädter (vgl. Bartels 2009: 115ff).

Positiv ist, dass sich diese politische Bewegung mit ihren nicht repräsentierten Weltanschauungen von der etablierten Politik zu emanzipieren versucht und dabei einen Teil der jungen Bevölkerungsgruppe anspricht, der auf seiner Suche nach Authentizität mit seinen Interessen und Anliegen von den etablierten Parteien nicht mehr wahrgenommen wird. Andererseits bedient sie dabei individuelle Einzelinteressen,

die in der politischen und gesellschaftlichen Arena einem Konsensausgleich unterzogen werden müssten. Diesem Ausgleich haben sich die Sympathisanten und Aktivisten der Piraten zunächst einmal entzogen, indem sie eine neue Partei für ihre Anliegen gründeten, statt ihre Positionen in die etablierten hineinzutragen.

Verengtes Programm, verengtes Klientel

Die „Piraten“ selbst sagen, dass sie eine vorübergehende Priorisierung und Sammlung ihrer politischen Kräfte beim Thema Bürgerrechte in der Informationsgesellschaft vornehmen. Sie sehen die Gesellschaft in einer Umbruchphase, in der durch technische Entwicklungen neue Möglichkeiten zur Partizipation aller an Wissen, Kultur und Politik entstehen. An dieser Veränderung will die Piratenpartei anknüpfen. Sie betonen, dass sie vorübergehend eine starke Mobilisierungsfähigkeit auf Kosten einer thematisch breit aufgestellten Politik vorziehen, obwohl sie sich langsam an ein Vollprogramm annähern möchten. Bei dieser Entwicklung kommt die junge Partei derzeit aber noch nicht wesentlich voran. Der auf dem Bundesparteitag im Mai 2010 wiedergewählte Bundesvorsitzende Jens Seipenbusch sprach nach dem Parteitag von einer gewissen persönlichen Enttäuschung, dass so viele umstrittene inhaltliche Fragen wieder nicht geklärt werden konnten. Ein Stück weit ist dieses Problem selbst verschuldet, da beim vorausgegangenen Parteitag die Programmänderungen schnell verabschiedet wurden, mit Seipenbuschs Hinweis, man würde hier eh nur eine Momentaufnahme der Diskussion haben und weitere Änderungen würden später vorgenommen (vgl. Twickel 2009). Nun muss sich die Partei bei der kommenden Programmdebatte sozusagen rückwärts durch Änderungsanträge und Programmvorschläge quälen, die man vorher nicht diskutiert hatte. Bei seiner Rede am Ende des Parteitags im Mai 2010 machte er aber deutlich, dass er auf eine

moderate Erweiterung des Parteiprogramms setzt und mit der Partei in die Parlamente einziehen möchte.

Der Spagat zwischen thematischer Priorisierung, die der Partei einen Vorteil bei der Mobilisierung eines bestimmten Klientels verspricht, und einer breiteren inhaltlichen Basis wird noch verständlicher, wenn man sich die Sympathisanten und Aktivisten näher betrachtet. Man kann sie idealtypisch in zwei Kategorien unterteilen, nämlich einmal in die eher unpolitischen, technik- und internetaffinen Mitglieder der Netzgemeinschaft und zum anderen in die ambitionierten Basisdemokraten. Einend zwischen ihnen ist die vollkommene Nutzung des Internets als Kommunikationsplattform und die inhaltliche Priorisierung des Themas Internet. Aber sie unterscheiden sich grundsätzlich in ihren politischen Ambitionen und Absichten.

Die Technik- und Internetbegeisterten sind auf die Piratenpartei während der Debatte um die Netzsperrungen gestoßen und haben sich aufgrund deren Symbolik und Authentizität angesprochen gefühlt. Für sie zählt sicherlich der Spaßfaktor ebenso wie das Gemeinschaftsgefühl einer jungen digitalen Generation im Internet, die sich nun auch in die „Spiele“ der zumeist älteren oder zumindest nicht digitalen Generationen im politischen Feld einmischen möchte, weil sie sich in ihrer Lebensumwelt angegriffen fühlt. Dies zeigt ein Zitat aus einem entsprechenden Blog: „Eigentlich bin ich ein zutiefst unpolitischer Mensch. Ich würde mich gerne hinter mein Display verziehen und weiter an spannenden technischen Dingen arbeiten, anstatt mich mit diesem ganzen Politik-Unsinn zu beschäftigen. Es geht nur nicht, man lässt mich nicht. [...] Unsere großen politischen Parteien sind durchweg von Digitalen Immigranten und Internetausdruckern kontrolliert. [...] Meine Leute müssen in die Parlamente und die Internetausdrucker schreiend und blutig in das neue Jahrtausend ziehen! Digital Natives an die Macht!“ (Bartels 2009: 274f).

Hieran zeigt sich das unpolitische, individualistische Grundverständnis dieser Gruppe und eine gewisse Naivität und Überheblichkeit, die Verhältnisse plötzlich, sogar mit einem Anflug von Gewaltbereitschaft, verändern zu wollen. Es werden Ressentiments gegen nicht so stark auf die digitale Welt bezogene Menschen sichtbar. Zudem schwingt bei dieser Gruppe aber auch eine gewisse positive Euphorie mit, in das geschlossene, institutionalisierte politische Feld, an dem die Jugend eh nicht teilnehmen könne, eindringen zu können. Sie glauben, an etwas großem Neuem teilhaben zu können, an einer Partei, die nicht wie die etablierten Parteien langweilige und unsinnige Politik mache, sondern die die Demokratie vor der Langeweile rette und die „Stimme der Gerechtigkeit“ höre, wie aus anderen Beiträgen im Internet zu entnehmen ist.

An dieser Stelle stößt man aber schon an den Grenzbereich zu der anderen Gruppe, den ambitionierten Basisdemokraten, die nicht als unpolitisch zu bezeichnen sind. Man kann sie mit den Basisdemokraten bei den Grünen in den 1980er Jahren vergleichen. So ist z.B. auch das grüne Gründungsmitglied Herbert Rusche zur Piratenpartei gewechselt, da er ihnen die Basisdemokratie zutraut, die die Grünen gegen Ende der 1980er Jahre haben fallen lassen. Damit ist er aber nicht das einzige ehemalige Grünenmitglied, das diesen Schritt getan hat. Auch Angelika Beer, ehemalige Vorsitzende der Grünen, ist im November 2009 zur Piratenpartei gewechselt. Diese Gruppe der „Piraten“ setzt besonders stark auf einen basisdemokratischen Ansatz, der einen neuen Politikstil verbreiten soll.

Innerparteilich wird dieser Ansatz durch das „Crew-Konzept“ praktiziert, das gerade hauptsächlich in Berlin und Nordrhein-Westfalen erprobt wird. Dabei bilden fünf bis neun „Piraten“ eine sog. „Crew“ und veranstalten Abseits ihres Engagements im Internet ein regelmäßiges selbstorganisiertes Treffen in ihrem Stadt-

teil. Jede „Crew“ wählt sich einen „Käpt'n“ und einen „Navigator“, die sich um die Organisation von der Treffen und die Außendarstellung kümmern. Wird eine „Crew“ größer als neun Personen, so wird sie aufgeteilt, um eine konstruktive Arbeit im kleinen Kreis zu garantieren. Diese Struktur ähnelt der Praxis von etablierten Parteien und besonders ihren Jugendorganisationen, wobei die Piratenpartei aber aufgrund des Fehlens einer inhaltlich gefestigten Basis noch Probleme mit dieser Struktur hat. Denn grundsätzlich haben die „Crews“ keine inhaltlichen Kompetenzen. Sie sind eher als selbstorganisierte Aktionseinheiten gedacht. So kam es schon zu unkoordinierten inhaltlichen Aktionen einzelner „Crews“, z.B. zum Thema Grundeinkommen, bei denen entsprechende Wahlplakate noch kurz vor ihrem Druck von der höheren Ebene verhindert wurden. Inhaltliche Arbeit findet besonders im Internet und in thematischen Arbeitskreisen, den sog. „SQUADS“, statt. Darüber hinaus werden inhaltliche Anregungen aus den „Crews“ und den Stammtischen, die im gesamten Bundesgebiet als lokale Treffen abgehalten werden, gesammelt und an die nächsthöhere Gliederungsebene weitergeleitet.

Für außerhalb setzt diese Gruppe der Piratenpartei auf das Konzept der „Liquid Democracy“. Dies wäre eine Mischung aus repräsentativ-parlamentarischer und direkter Demokratie mit Hilfe des Internets. Damit wollen sie Konsequenzen der bisherigen repräsentativ-parlamentarischen Demokratie wie das Listenwahlrecht und den Fraktionszwang umgehen. Die Bürger sollen bei jeder inhaltlichen Frage, die auf die politische Agenda gesetzt wird, entweder selbst bestimmen können oder einer bzw. mehreren Parteien zu unterschiedlichen Themen einen Sammelauftrag geben können, damit diese als Stellvertretung entscheiden. Diese Wahl soll jederzeit und zu jedem Thema verändert werden können. So könnte also jeder Wähler die Mischung aus repräsentativer und direkter Demokratie selbst bestimmen.

Beide Gruppen besitzen eine hohe Bildung und konzentrieren sich in urbanen und studentischen Zentren, was sich an den entsprechenden Hochburgen bei den Wahlen festmachen lässt. Dadurch erscheint die Piratenpartei als ein bisweilen elitäres Projekt, das zwar inhaltlich und kulturell durchaus progressiv ist, aber soziale Hürden reproduziert, die im gesamten politischen Feld vorhanden sind. Um diese zu überwinden, bräuchte die Partei von ihrer Sozialstruktur her eine andere Anlage. Der basisdemokratische Aktivistentypus scheint zu radikal-demokratisch-elitär, um wirklich eine stärkere Anziehungskraft auf weitere Wählergruppen zu entwickeln, zumal das radikaldemokratische Lager, unter anderen inhaltlichen Vorzeichen, stark von den Grünen dominiert wird. Und die Technikaffinen scheinen zu unpolitisch. Letztere sind vor allem auf ihre individuellen Interessen fixiert. Die Partei forciert somit die soziale Spaltung innerhalb der politischen Auseinandersetzung, statt ihr entgegenzuwirken. Es kommt zu einer Einschränkung des Blickfeldes auf individuelle Interessen einer bestimmten Online-Klientel, wodurch ihr ein soziales Gefühl verloren geht.

Jenseits von Links und Rechts

Zur sozialstrukturellen Homogenität kommt eine Heterogenität bezüglich der parteipolitischen Lagerzugehörigkeit. Dies zeigt das Stimmsplittingverhalten bei der Bundestagswahl im Bundesdurchschnitt und in einem urbanen Zentrum wie Berlin. Die Wählerschaft der Piratenpartei stellt sich dabei passend zu dieser Heterogenität als diffus dar. Ein Stimmsplitting bei der Bundestagswahl war für die Wähler der „Piraten“ fast zwingend notwendig, da oftmals ein Direktkandidat bzw. eine Direktkandidatin der Partei fehlte. Gut 20 Prozent der entsprechenden Erststimmen gingen im Bundesdurchschnitt an SPD oder Grüne, ca. 25 Prozent an Union oder FDP, ca. 16 Prozent an die Linke und ungefähr zehn Prozent an eine andere klei-

ne Partei, allerdings nicht an die NPD (vgl. Hilmer 2010: 175f). Damit teilt sich zumindest das Wählerspektrum, wenn man dem dichotomen Modell folgen möchte, mit einem Übergewicht für das „linke Lager“ (wenn man das Ergebnis der Linken zu dem der SPD und den Grünen hinzuzählt) zwischen diesem und dem „bürgerlichen Lager“ auf. Dabei bleibt allerdings auch ein Zehntel der Wähler außen vor, das sich nicht für eine der etablierten Parteien entschied.

Da ein Großteil des Wählerklientels aber aus urbanen Zentren stammt, ist das Splittingverhalten aus einer Großstadt wie Berlin aufschlussreich. Hier entschieden sich bemerkenswerte 30,8 Prozent der „Piraten“-Zweitstimmenwähler mit ihrer Erststimme für die Kandidaten oder die Kandidatin der Grünen. Es folgen absteigend 20,7 Prozent für die Linke und 15,1 Prozent für die SPD. Auf die CDU entfielen 7,8 Prozent, auf die FDP 7,3. Damit ist das „linke Lager“ in Berlin mit 66,6 Prozent deutlich stärker bei den Wählern der Piratenpartei vertreten als das „bürgerliche Lager“ mit 15,1 Prozent. Dabei muss man beachten, dass das „linke Lager“, insbesondere die Linke und die Grünen, in Berlin ohnehin deutlich stärker waren als im Bundesdurchschnitt (vgl. Neu 2009: 5). In einem urbanen Zentrum wie Berlin, dessen Bürger ohnehin stärker zum „linken Lager“ tendieren, kommt also ein Großteil der Wählerschaft der Piratenpartei aus diesem Lager. Besonders die Nähe zu den Grünen und den Linken tritt hier deutlich hervor, wohingegen eine besondere Nähe zur FDP nicht festgestellt werden kann, die von einigen Beobachtern aufgrund der bürgerrechtlichen Ausrichtung der beiden Parteien und der versuchten Anbiederung seitens der FDP vermutet wurde.

Dennoch wird eine Positionierung im herkömmlichen Links-Rechts-Schema von der Partei abgelehnt, oft mit dem Hinweis, man sei „postideologisch“. Hierauf baut der teilweise sogar von einigen Aktivisten und Sympathisanten geäußerte Vorwurf auf, die „Piraten“ wären

zu einem guten Teil unpolitisch oder enttäuscht von der etablierten Politik (vgl. Bartels 2009: 255ff). Diese Enttäuschung trat besonders vor der Bundestagswahl hervor, als ein Brief an die Nichtwähler zusätzliche Stimmen einwerben sollte. Dieser Text ist populistische Verdrossenheitsrhetorik par excellence: „Liebe Nichtwähler, wir schreiben euch diesen Brief, weil ihr die stärkste politische Kraft in diesem Land seid. [...] Wir können es sehr gut verstehen, dass ihr nicht zur Wahl geht. Wir haben von der Politik in diesem Land auch die Nase voll. Alle vier Jahre dürfen wir Bürger unser Kreuzchen für Kandidaten und Landeslisten machen, die von Parteifunktionären in Hinterzimmern aufgestellt werden. Dafür wird uns vor der Wahl in professionell gestalteten Werbekampagnen das Blaue vom Himmel versprochen. Nach der Wahl werden diese leeren Versprechen dann eiskalt wieder einkassiert.“⁴¹

Einmal davon abgesehen, dass es gemäß der Nichtwählerforschung nach gar kein einheitliches „Nichtwählerlager“ gibt (vgl. de Nève 2009: 29ff), handelte es sich offenbar um den Versuch, noch ein zusätzliches Stimmenpotential anzugraben, ohne sich inhaltlich oder strategisch im Parteienspektrum genauer festlegen zu müssen. Dies macht das Problem der Piratenpartei offensichtlich. Sie ist im Zuge ihres Popularitätszuwachses zu einem Sammelbecken geworden, in dem sich viele verschiedene Strömungen versammelt und vermischt haben (vgl. Blumberg 2010: 30).

Trotz der Tendenz, sich nicht klar im Parteienspektrum positionieren zu wollen, kann das Verhältnis der Piratenpartei zu den anderen etablierten Parteien anhand verschiedener inhaltlicher Punkte festgemacht werden (vgl. hierzu u.a. Bartels 2009: 189ff). So ist das Verhältnis zur Union von Gegensätzlichkeit geprägt. Die Union stellt die Sicherheit deutlich in den Vordergrund, sieht das Internet als quasi rechtsfreien Raum, dem man gesetzgeberisch zu Leibe rücken muss und lässt somit keine

Übereinstimmungen aufkommen. Es besteht also eine gegenseitige Ablehnungshaltung, die sowohl inhaltlich wie auch personell durch Frau von der Leyen ihren Ausdruck findet, die für die „Piraten“ aufgrund ihres Netzsperrengesetzes ein „rotes Tuch“ darstellt.

Die Grünen und die Linke sind der Piratenpartei dagegen inhaltlich recht nah. Aufgrund von Anbiederungsversuchen und der rigiden ideologischen Positionierung der Linken stößt sie aber bei der Piratenpartei auf Ablehnung. Die „Piraten“ möchten nicht links und nicht streng antikapitalistisch sein. Die Grünen sympathisieren offiziell mit der Piratenpartei und hegen sogar Hoffnungen auf eine zukünftige Fusion der beiden Parteien, die z.B. durch das Anschließen des schwedischen Europaabgeordneten der „Piraten“, Lars Christian Engström, an die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament genährt wird. Aber auch hier reagiert die Piratenpartei reserviert auf die gezeigte Nähe der Grünen und sind auf Unterscheidung bedacht. Sie sehen die Grünen mit Blick auf ihre basisdemokratische Vergangenheit heute als festgefahren an. Zudem lehnt die Piratenpartei das Konzept der Kulturfltrate ab, das sowohl Grüne wie auch Linke und SPD favorisieren. Die Idee bei der Kulturfltrate ist, dass jeder Internetnutzer grundsätzlich eine Abgabe zahlen müsste, um dann legal beliebig viel Musik, Filme oder Software kostenlos aus dem Internet herunterzuladen. Die „Piraten“ lehnen diese Idee aber als kollektivistische und gesellschaftlich organisierte Lösung ab. Sie folgen einem individualistischen Impuls und setzen eher auf marktwirtschaftliche Mittel mit weniger Regulierungsintensität, Staatlichkeit und Bürokratie und mehr persönlicher Freiheit. Daher fordern sie eine umfassende Reform des Urheber- und Patentrechts.

Das Verhältnis zur SPD ist gespalten. Zum einen haben führende Politiker der SPD zusammen mit der Union die Netzsperrengesetze auf den Weg gebracht, zum anderen haben jüngere

Vertreter gegen diesen Kurs ihrer Partei und der Großen Koalition rebelliert und davor warnt, möglicherweise eine ganze Generation zu verprellen. Sie forderten einen sensibleren Umgang mit dem Internet und warnten vor einer sicherheitspolitischen Aufrüstung ohne Augenmaß. Die Internetgemeinschaft und die Piratenpartei reagierten mit Spott auf diese Gegenbewegung innerhalb der SPD.

Die FDP, die als klassische Bürgerrechtspartei ebenfalls viele Überschneidungen mit der Piratenpartei aufweisen müsste, zeigt weniger Übereinstimmungen als gedacht. Zwar gibt sich die FDP als betont internetfreundlich, plädiert für ein modernes Urheberrecht, spricht sich gegen die Kulturfltrate aus und verweist deutlich auf ihre ablehnende Haltung beim Netzsperrengesetz. Doch die Piratenpartei wertet die Anbiederung an „ihre“ Themen wiederum als unglaubwürdig, da sie sich selbst für die eigentliche liberale Kraft halten und der FDP dieses Attribut verweigern.

Die Selbsteinordnungsversuche der Piratenpartei sowie das inhaltliche und strategische Verhältnis zu den etablierten Parteien zeugen von einem Spagat zwischen dem Wunsch nach parlamentarischer Gestaltungsmacht und der Darstellung als „größte außerparlamentarische Opposition in Deutschland“ (NRW-Landesverband nach der Landtagswahl im Mai 2010). Verstärkt wird dieser Effekt durch eine populistische Verdrossenheitsrhetorik und innere Uneinigkeit.

Fazit

Die Piratenpartei kann insgesamt als kleine politische Emanzipationsbewegung angesehen werden, da sich eine bisher nicht repräsentierte Minderheit auf diese Weise Zugang zum politischen Feld erarbeiten möchte und dies teilweise bereits geschafft hat (politisches Personal aus anderen Parteien angeworben, aber bisher nicht in den Bundestag oder ein Landesparlament einzugehen). Allerdings handelt es sich dabei nicht

um eine auch sozial benachteiligte Gruppe, da sie hauptsächlich höhere Bildungsabschlüsse besitzt, somit eher aus gehobenen sozialen Milieus kommt, und über gute soziale Kompetenzen verfügt. Deshalb ist die Piratenpartei als moderne gesellschaftspolitische Führungsgruppe zu verstehen, die ins Zentrum des politischen Feldes drängt. Die Unterstützung sozialer Aufstiegsbewegungen ist von ihr nicht zu erwarten, da die kulturellen und sozialen Hürden ähnlich dem etablierten politischen Feld auch innerhalb der Piratenpartei sehr hoch sind.

Wenn aber schon eine solche sozial nicht benachteiligte Gruppe von den etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert wird, ihre Interessen also nicht wahrgenommen werden, weil sich die etablierten Parteien verschlossen haben und die Bürger zunehmend nur noch durch personalisierte Medienkampagnen für den Wahltag mobilisieren wollen, wie sollen dann erst sozial benachteiligte Gruppen ihre Interessen formulieren können.

Sebastian Krätzig, M.A., ist Politikwissenschaftler aus Hannover. Kontakt: sebastian.kraetzig@hotmail.de

Anmerkung

¹Das Zitat ist dem „Piratenwiki“ entnommen: wiki.piratenpartei.de/Brief_an_die_Nichtwaehler [06.10.2010].

Literatur

Bartels, Henning 2009: Die Piratenpartei. Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung. Berlin: Contumax.

Blumberg, Fabian 2010: Partei der „digital natives“? Eine Analyse der Genese und Etablierungschancen der Piratenpartei. Onlinepublikation der Konrad-Adenauer-Stiftung: kas.de/wf/de/33.18785/ [07.02.2010].

Hilmer, Richard 2010: Bundestagswahl 2009: Ein Wechsel auf Raten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 41, Heft 1, 147-180.

Neu, Viola 2009: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009. Wahlanalyse. Onlinepublikation der Konrad-Adenauer-Stiftung: kas.de/wf/de/33.18443/ [17.12.2009].

De Nève, Dorothée 2009: NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie? Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich.

Twickel, Christoph 2009: Piratenpartei will den Bundestag entern. Online im Internet: spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,634228,00.html [05.07.2009].

BERICHT

Die Hamburger Erfahrung. Reformregierung und direkte Demokratie

RoundTable-Gespräch der Grünen
Akademie am 24. September 2010

In Hamburg setzten die Grünen in der Koalition mit der CDU durch, dass Volksentscheide verbindlich für Regierungen zu sein haben – und scheiterten nun mit der schwarz-grünen Reform des Bildungssystems an einem solchen, dem ersten Volksentscheid, der sich auf diese Verbindlichkeit berufen konnte. In Hamburg hatte eine Allparteienkoalition in Abstimmung mit den großen Verbänden (Schulen, Gewerkschaften, Kirchen etc.) zu realisieren, dass sie nicht bindend für eine Mehrheit der Hamburger Bevölkerung handeln konnte. Überzeugt davon, die fachliche Expertise auf der eigenen Seite zu haben, unterschätzten die ReformenInnen die Rolle von fachlichen Gegenargumenten ebenso wie emotional und aus Betroffenheit gespeistes Engagement qualifizierter BürgerInnen (in kaum einem anderen Feld ist Vertrauensverlust gegenüber der Politik so hoch, gepaart mit unmittelbarer Betroffenheit und Engagement in eigener Sache wie in der aktuellen Bildungspolitik: Die Politik wird Eltern nicht überzeugend vorwerfen können, dass sie sich um den Bildungserfolg ihrer Kinder sorgen) – und Medienmacht.

Zu bilanzieren sind also eine Fehleinschätzung des Kampagnenziels (GymnasialvertreterInnen konnten keine win-win-Situation für sich erkennen), eine womöglich grünen-typische Überschätzung eigener Expertise gegenüber Volkes Stimmung, verbunden mit einer geringen Flexibilität für Kompromisse, und die Erkenntnis, dass Parlaments- und Verbändekommunikation weniger denn je als Grundlage für die Realisierung tiefgreifender politischer Reformprojekte hinreichen.

Die Herausforderung besteht zuallererst nicht in der direkten Demokratie, sondern darin, dass die Repräsentation im herkömmlich praktizierten Weg nicht mehr greift. „Gemeinwohl“ zu definieren und gar sich auf eine gemeinsame Lösung zu einigen ist schwer geworden. Großprojekte verfasster Politik stehen in der Situation vor gewaltigen Herausforderungen. Sicher müssen Verbände eingebunden werden in die öffentliche Kommunikation (um Vorhaben dagegen zu verteidigen, als bloß ideologisches Projekt einer Partei denunziert zu werden), aber Parteien stehen auch vor der Herausforderung, sich inhaltlich der Auseinandersetzung um politische Ziele und Projekte eher vermehrt zu stellen, Wertsetzungen, Prämissen und Zielsetzungen offenzulegen und um diese in politische Auseinandersetzungen zu treten. Diese politikinhaltliche Auseinandersetzung ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil nur so einer Pseudo-Entpolitisierung von Reformvorhaben und dem Profilverlust der Parteien entgegen getreten werden kann.

In dieser Situation kann es gerade für grüne Politik kein Zurück geben hinter die Aufgabe, direktdemokratische Instrumente vielfältiger Art und Verfahren eines offenen Diskurses in die politischen Prozesse und Programme aufzunehmen. Eine Sicht auf das Politikmachen, in der es darum geht, die richtigen Gesellschaftskonzepte nur kommunikativ besser an die Leute zu bringen, reicht weniger denn je. Insbesondere die Grünen müssen sich klar po-

sitionieren gegen den Verdacht, Demokratie funktioniere besser ohne „die Leute“, als exekutives Projekt der Verwaltung: Zivilgesellschaft ist niemals nur das, was gerade inhaltlich ins politische Programm und Portfolio passt. Und dabei darf Politik dann eben nicht zur Kampagnenkommunikation verkommen, weil sie sonst in deren ökonomischer Denke und der medialen Aufrüstung auf beiden Seiten verendet.

Erforderlich ist es, in der bundesdeutschen politischen Kultur mehr Erfahrung im Umgang mit dem Instrumentenkasten der direkten Partizipation zu sammeln und qualifiziert auszuwerten. Eine Gegenüberstellung von „parlamentarischer“ und „repräsentativer“ Demokratie ist dabei ein falsches Verständnis, betont Frank Decker: Auch direktdemokratische Verfahren sind „repräsentativ“ i.S.v. stellvertretend; die parlamentarische Demokratie transportiert nicht eine höhere Vernunft *sui generis*; und gerade die institutionelle Bundespolitik hat Elemente plebiszitärer Korrekturen in Bundesrat, Landtagswahlen und Bundesverfassungsgericht. Es muss um die Aushandlung zwischen Mehrheits- und Minderheitsinteressen gehen, wobei das direktdemokratische Verfahren nicht in ein System aus Regierung und Opposition instrumentell eingebaut werden kann. Plebiszite wären für die politische Kultur womöglich hilfreicher als die „missbräuchliche“ Flucht der Politik ans Verfassungsgericht. Und nicht zuletzt sind sie, konstruktiv begriffen, womöglich auch ein Instrument, um populistische Strömungen demokratisch zu binden. Gefordert ist deshalb auch mehr begleitende Forschung zur direkten Demokratie in Deutschland (in der Schweiz wird jeder Volksentscheid wissenschaftlich und demoskopisch begleitet wie hierzulande Wahlen) ebenso wie die Erarbeitung von Transparenzregeln und generellen Verfahren sowohl für Parteien und Institutionen wie für direktdemokratische Partizipation.

Anne Ulrich, Berlin

SELBSTDARSTELLUNG

Nachwuchsnetzwerk Bewegungsforschung

Die Bewegungsforschung in Deutschland, aber auch international hat sich als ein Zweig der Politikwissenschaft, weniger der Soziologie etabliert. Es gibt sowohl international als auch zu Deutschland eine ganze Fülle von empirischen Arbeiten über verschiedene Bewegungen und mit dem Handbuch von Roth und Rucht (2008) einen umfassenden Überblick über die Bewegungen der Bundesrepublik. Theoretisch dominieren Middle Range-Theorien, die unter den Überschriften Politische Gelegenheitsstruktur, Ressourcenmobilisierung, Framing, Identity und Deprivation Zugänge zur Untersuchung von sozialen Bewegungen anbieten (Snow et al. 2007; vgl. auch Roose 2008).

Jenseits und ergänzend zu dieser gut etablierten Forschung sind in den letzten Jahren Promotionen entstanden bzw. begonnen worden, die einige Leerstellen dieser Forschung aufgreifen und mit generelleren Strömungen der Sozialwissenschaften verbinden. Diese „neue Generation“ der Bewegungsforschung hat sich nun in einem Nachwuchsnetzwerk zusammengefunden, dessen Arbeitstreffen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für drei Jahre gefördert werden.

Es sind in erster Linie drei wissenschaftliche Baustellen, an denen das Netzwerk ansetzt. *Erstens* hat die Dominanz von Middle Range-Theorien den Anschluss an Gesellschaftstheorien weitgehend in den Hintergrund gerückt. Dies hat zur Folge, dass einerseits die Bewegungsforschung selbstständig neben anderen Theorieentwicklungen arbeitet und andererseits die Gesellschaftstheorien Bewegungen nur wenig berücksichtigen, vor allem weitgehend ohne Bezug zur vorliegenden Bewegungsforschung. Das Netzwerk will an dieser Verbindung von

Bewegungsforschung und Gesellschaftstheorie arbeiten. Dazu werden einerseits Gesellschaftstheorien nach ihrem Erklärungsbeitrag für Protest und soziale Bewegungen, deren Entstehung, Verlauf, Wirkung oder andere Teilaspekte des Phänomens, befragt. Dies soll den theoretischen Blick auf Bewegungen und Protest schärfen. Andererseits gilt es auch zu fragen, was Gesellschaftstheorien lernen können und wie sie modifiziert werden müssen, wenn man sie mit dem Wissensstand über soziale Bewegungen konfrontiert. Die Betrachtung geht also von den Gesellschaftstheorien zu sozialen Bewegungen bzw. Protest, aber auch in die andere Richtung vom Gegenstand der sozialen Bewegungen zum Protest.

Zweitens nimmt das Netzwerk den Cultural Turn (Reckwitz 1999; Schwelling 2001) auf

und reflektiert diese Entwicklung in den Sozialwissenschaften für die Gegenstände Protest und soziale Bewegungen. Dabei kommen einerseits andere Aspekte von Protest und Bewegungen in den Blick, etwa die Bedeutung des eigenen Körpers bei Protestpraktiken. Andererseits können so neue Erkenntnisse und Erklärungen gewonnen werden für Dimensionen von Protest, deren bisherige, eher rationalistisch dominierte Erklärung Lücken aufweist (Pettenkofer 2010).

Drittens widmet sich das Netzwerk dem Zusammenhang von Sozialstruktur bzw. sozialstrukturellen Veränderungen und Bewegungen bzw. Protest. Damit steht als letztes ein ganz klassisches Thema der Bewegungsforschung neu auf der Agenda. Den klassischen Theorien schien es noch offensichtlich, dass Bewegungen durch Spannungen oder Frikzio-



Kehrwache in Stuttgart

nen in gesellschaftlichen Strukturen entstehen (z.B. Marx oder Smelser). Die neueren Middle Range-Theorien hatten sich von dieser Perspektive verabschiedet, weil es viel mehr Probleme und Spannungen in der Gesellschaft gäbe als soziale Bewegungen. Dies führte dazu, dass sich die Bewegungsforschung von einer Betrachtung der Gesellschaftsstrukturen als Erklärung für Protest weitgehend verabschiedete, gleichzeitig aber die Gesellschaftstheorien und nicht zuletzt die öffentliche Diskussion weiter von einem engen Zusammenhang zwischen objektiver Problemlage und Protestentstehung ausgeht. Eine intensive Diskussion und theoretische wie empirische Neueinordnung dieser Relation ist überfällig.

Im Herbst 2010 hat das Nachwuchsnetzwerk „Neue Perspektiven auf soziale Bewegungen und Protest“ seine Arbeit aufgenommen. Zu jedem der drei Themen erarbeitet das Netzwerk einen Sammelband. Dazu findet jeweils ein vorbereitender interner Workshop statt und nach einem halben Jahr eine AutorInnentagung. Zu den Tagungen werden international renommierte WissenschaftlerInnen hinzu kommen, darunter Jeffrey Alexander, Nick Crossley, Hanspeter Kriesi, Donatella della Porta, Helena Flam und Oliver Marchart. Im Ergebnis wird das Netzwerk zu den drei genannten Themen (Soziale Bewegungen und Gesellschaftstheorien, soziale Bewegungen in kultureller Perspektive und soziale Bewegungen und Sozialstruktur) drei Sammelbände herausgeben, in denen die Diskussion im Netzwerk, aber auch in der Landschaft der Bewegungsforschung insgesamt dokumentiert wird. Die Bände werden zum Teil auf Englisch erscheinen. Zudem sind Publikationen zu den Themen aus dem Netzwerk heraus geplant.

Zum Netzwerk gehören neben den Antragstellern Jochen Roose (Berlin) und Mundo Yang (Berlin) außerdem Stephan Adolphs

(Luzern), Britta Baumgarten (Berlin), Hella Dietz (Göttingen), Nicole Dörr (Berlin), Marion Hamm (Luzern), Swen Hutter (München), Thomas Kern (Heidelberg), Andrea Pabst (Wuppertal), Andreas Pettenkofer (Erfurt), Lars Schmitt (Marburg), Simon Teune (Berlin), Peter Ulrich (Leipzig) und Sabrina Zajak (Köln).

Nähere Informationen zum Netzwerk und Publikationen aus dem Netzwerk finden Sie unter: www.netzwerksozbew.de.

Jochen Roose/Mundo Yang, Berlin

Literatur

Pettenkofer, Andreas 2010: Radikaler Protest: Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen. Frankfurt/M./New York: Campus.

Reckwitz, Andreas 1999: Praxis – Autopoiesis – Text. Drei Versionen des Cultural Turn in den Sozialwissenschaften. In: Reckwitz, Andreas/Sievert, Holger (Hg.): Interpretation, Konstruktion, Kultur. Ein Paradigmenwechsel in den Sozialwissenschaften. Opladen: Westdeutscher Verlag, 19-49.

Roose, Jochen 2008: Handbuch, Lehrbuch, Kompendium – Drei resümierende Blicke auf Bewegungsforschung(sliteratur). In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 21, Heft 3, 299-306.

Roth, Roland/Rucht, Dieter 2008: Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/M./New York: Campus.

Schwelling, Birgit 2001: Politische Kulturforschung als kultureller Blick auf das Politische. Überlegungen zu einer Neuorientierung der politischen Kulturforschung nach dem „cultural turn“. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 11, Heft 2, 601-629.

Snow, David et al. 2007: The Blackwell Companion to Social Movements. Oxford: Blackwell.

Nationales Programm zum EJF 2011

Das Nationale Programm zum europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 (EJF) ist im Oktober 2010 verabschiedet worden. Schwerpunkte setzt das Programm u.a. in der Förderung höherer Anerkennung von Ehrenamt und freiwilligem Engagement, in der Verbesserung von Vernetzung und Koordination der in diesem Feld tätigen Akteure und Einrichtungen sowie in der Stärkung generationenübergreifender Aktivitäten. Acht Projekte werden im Rahmen des Nationalen Programms gefördert, darunter ein Programm des Deutschen Naturschutzrings sowie ein Projekt des Deutschen Olympischen Sportbunds zum Engagement von MigrantInnen im Sport.

Volksentscheids-Ranking 2010

Im Volksentscheids-Ranking 2010, das der Verein „Mehr Demokratie“ Ende September veröffentlicht hat, werden auf Landes- wie auf kommunaler Ebene die gesetzlichen Regelungen für Volksbegehren und Volksentscheide bzw. für Bürgerbegehren verglichen. Angeführt wird das Ranking durch die Bundesländer Hamburg und Berlin, die für ihre Gesetzgebungen zur direkten Demokratie mit der Gesamtnote „gut“ bewertet wurden. Zurückzuführen ist dies, so der Verein, auf die Reformen der vergangenen Jahre. Die restriktivsten Gesetze finden sich laut Ranking nach wie vor im Saarland, und auch Baden-Württemberg schneidet nur unwesentlich besser ab. Neben der Gesetzgebung ist auch die direktdemokratische Praxis in den Bundesländern von erheblichen Unterschieden geprägt – in zehn der 16 Bundesländer gab es bislang noch nie einen Volksentscheid. Vergleichbares gilt auf kommunaler Ebene; so sind rund 40 Prozent aller direktdemokratischer Verfahren allein in Bayern durchgeführt worden. Sämtliche Ergebnisse des Rankings finden sich auf den Seiten des Vereins unter www.mehr-demokratie.de/ranking.html.

Rechtssicherheit für russische NGOs

Eine Gruppe von über 20 russischen NGOs hat Ende September 2010 eine Erklärung zu einer „Einschüchterungskampagne“ russischer Behörden gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen abgegeben. Grund war die zeitgleiche Durchsuchung der Büroräume von über 40 größeren und kleineren NGOs, die sich für Bürgerrechte und eine offene und demokratische Gesellschaft einsetzen – unter ihnen die Moskauer Memorial-Gesellschaft, Transparency International Russland und die Moskauer Helsinki Gruppe. Während der Untersuchungen, die ohne notwendige Durchsuchungsbeschlüsse und damit entgegen geltendem Recht vorgenommen wurden, seien Mitarbeiter an der Arbeit gehindert und massenhaft Unterlagen beschlagnahmt worden. Die Unterzeichner der Erklärung, die von den schlimmsten Drangsalierungen in der 20-jährigen Existenz von NGOs in Russland sprechen, fordern eine Aufklärung über die Gründe der Aktion und Rechtssicherheit für ihre Arbeit: Das Grundrecht auf freie Vereinigung müsse auch in Russland aufrecht erhalten werden.

Die Erklärung kann in englischer Sprache gelesen werden unter www.rightsinrussia.info/home/hro-org-in-english-1/ngos/statement.

Recht auf freie Vereinigung

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat in seiner fünfzehnten Sitzung am 30. September 2010 eine Resolution zum Recht auf friedliche Versammlung und freie Vereinigung verabschiedet (Resolution A/HRC/15/L.23). Darin ruft der Rat die Staaten der Welt auf, dieses Menschenrecht zu respektieren und alle Menschen zu schützen, die dieses Recht in Anspruch nehmen. Zusätzlich soll für drei Jahre die Stelle eines Sonderberichterstatters eingerichtet werden, der einen jährlichen Report über die Einhaltung dieses Rechts an den Menschenrechtsrat und die Generalversammlung der VN geben soll. Mit der Erklärung werde der Status

dieses Rechts als für jeden und jede geltendes Menschenrecht eindrucksvoll hervorgehoben, so Ingrid Srinath, Generalsekretärin von CIVICUS, einer weltweit operierenden NGO für Bürgerpartizipation. Die Resolution stelle einen wichtigen Sieg für die Zivilgesellschaft dar.

Neue Rechtsextremismus-Studie der FES

Die Ergebnisse der im Oktober 2010 veröffentlichten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland sind beunruhigend. So stimmte über ein Drittel der Bevölkerung etwa der Aussage zu, die Bundesrepublik sei in einem „gefährlichen Maß überfremdet“, und über sechs Prozent der Befragten wünschten sich einen „Führer“, der „Deutschland zum Wohle aller mit harter Hand regiert“. Sechs Dimensionen von rechtsextremen Einstellungen, u.a. zur Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus, wurden mit je drei Fragen abgeprüft. Die diesjährige Studie zeigt im Vergleich zu vorangegangenen Ergebnissen (2008) einen deutlichen Anstieg antidemokratischer und rassistischer Einstellungen – und dies nicht am Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft, unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen und Bildung.

Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar 2010: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

Zukunft der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene

Erfolgreiche Bürgerbeteiligung hängt ebenso von den institutionellen Beteiligungsangeboten gesellschaftlicher Organisationen wie auch von den Partizipationsressourcen, den Kompetenzen und dem Wissen der BürgerInnen ab – eine

Voraussetzung für erfolgreiche Bürgerbeteiligung in Organisationen ist damit ein erfolgreicher Austausch zwischen BürgerInnen und Organisationen. Vor diesem Hintergrund setzt sich Brigitte Reiser in einem 17-seitigen Gastbeitrag im Newsletter 19/2010 des Projekts „Wegweiser Bürgergesellschaft“ mit der Frage auseinander, wie eine Demokratisierung der Interaktion zwischen gesellschaftlichen Organisationen und BürgerInnen auf lokaler Ebene gelingen kann. Die Autorin, die als Beraterin von Nonprofitorganisationen (NPOs) tätig ist, geht davon aus, dass NPOs für die Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene von zentraler Bedeutung sind.

Reiser, Brigitte (2010): Participation revisited: Perspektiven für die Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene, online unter www.buergergesellschaft.de > Aktuelles > Newsletter > 4. Quartal.

Medienöffentlichkeit von unten

Unter dem Motto „Medienöffentlichkeit von unten“ hat die taz auf ihrer Internet-Plattform bewegung.taz.de eine Sammlung von Bewegungsvideos gestartet. Hier sollen Dokumentationen, Reportagen und Mobilisierungsclips gesammelt und ausgewählte Videos auf der Startseite präsentiert werden. Zudem möchte die Plattform mit der Aktion dazu anregen, selbst aktiv zu werden und Videos zu produzieren. Aktuell findet sich auf den Seiten ein Video zu den Hintergründen von Stuttgart 21. www.bewegung.taz.de > Aktionen

Länderspiegel Bürgerstiftungen 2010

Anlässlich des bundesweiten Tags der Bürgerstiftungen hat der Verein Aktive Bürgerschaft am 1. Oktober 2010 zum fünften Mal einen neuen Länderspiegel zu Bürgerstiftungen in Deutschland herausgegeben. Der „Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2010“ informiert über die Bürgerstiftungen in Deutschland und gibt Auskunft über Finanz-

daten und Zugangsmöglichkeiten der Bevölkerung zu den Stiftungen. Nach Erhebung des Vereins beläuft sich das Vermögen der 292 in Deutschland aktiven Bürgerstiftungen auf rund 152 Millionen Euro, was im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von elf Prozent entspricht. Baden-Württemberg belegt mit 6,8 Bürgerstiftungen pro eine Million EinwohnerInnen den Spitzenplatz, gefolgt von Niedersachsen (5,9) und Nordrhein-Westfalen (4,5). Der Länderpiegel steht als 44-seitige Pdf-Datei zum Download zur Verfügung: www.aktive-buergerschaft.de/laenderspiegel.

Stellungnahme zum Bundesprogramm gegen Extremismus

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD) bezieht in einem im Oktober 2010 veröffentlichten Papier Position zum Bundesprogramm des Familienminis-

teriums „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ Stellung. Der aktuelle Entwurf des Ministeriums konzentriert sich nicht wie bislang auf Projekte gegen Rechtsextremismus, sondern weitet das Programm ebenso auf Linksextremismus und Fundamentalismus aus. Die BAGD kritisiert die mit der thematischen Ausweitung einhergehenden Nachteile für Organisationen gegen Rechtsextremismus – Modellprojekte wie Beratungsstellen seien durch die Umplanung der Finanzen bedroht. Angesichts der wachsenden Zahl rechtsextremer Straftaten plädiert die BAGD für die nachhaltige Sicherung von Projekten gegen Rechtsextremismus – dem aktuellen Programm des Ministeriums fehle das hierzu nötige Gesamtkonzept. Das Positionspapier im Wortlaut:

www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/bagd_positionspapier2010.pdf.



Bürgerbeteiligung durch „Adhocracy“

Die neu eingerichtete Enquete-Kommission des Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“ hat beschlossen, Bürgerinnen und Bürgern mit Hilfe der Online-Beteiligungsplattform „Adhocracy“ in die Arbeit der Kommission einzubinden. Die Plattform bietet ab Ende dieses Jahres die Möglichkeit, durch Kommentare und Bewertungen online an den Entscheidungsprozessen mitzuarbeiten. Weitere Infos im Blog der Kommission <https://blog.internetenquete.de>.

Green New Deal oder Ökosozialismus?

Ungeachtet der aktuell kontrovers geführten Energiebitten herrscht breiter gesellschaftlicher Konsens, dass Umweltschutz und Nachhaltigkeit unumgänglich und notwendig sind. Fraglich ist allerdings, wie weit sich individuelles Verhalten sowie gesellschaftliche und ökonomische Strukturen ändern müssen, um eine ökologische Krise abwenden zu können. Frank Adler und Ulrich Schachtschneider diskutieren in ihrer Studie „Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?“ Konzepte unterschiedlicher Reichweite. Die Publikation ist über die Seiten des Verlags bestellbar: www.oekom.de.

Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich 2010: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München: oekom verlag, 318 S., 24,90 Euro.

Shell Jugendstudie 2010 – Engagement

39 Prozent der Jugendlichen in Deutschland engagieren sich oft für gesellschaftliche Zwecke – so ein Ergebnis der unlängst erschienenen Shell Jugendstudie 2010. Im Vergleich zur vorangegangenen Studie aus dem Jahr 2006 stellt dies eine Steigerung von sechs Prozent dar. Das Engagement der rund 2.600 durch TNS Infratest Sozialforschung befragten Jugendlichen variiert abhängig von Schichtzugehörigkeit und Bildungsgrad: je privilegierter und gebildeter sie sind, desto häufiger engagieren sie sich.

Neben Engagement wurden die Jugendlichen hinsichtlich ihrer Orientierungen und Einstellungen etwa zu Globalisierung, Religion, Familie, Bildung, Klimawandel und ihrem Interesse an Politik interviewt. Weitere Informationen unter www.shell.de/jugendstudie.

Deutsche Shell Holding GmbH 2010 (Hg.): Jugend 2010. 16. Shell Jugendstudie, 410 S., 16,90 Euro.

Geschlechtergerechtigkeit

Gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung sind mehr als überfällig – diese Quintessenz lässt sich aus den Analysen ziehen, die in der unlängst veröffentlichten Festschrift für Heide Pfarr, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), versammelt sind. 40 ExpertInnen aus Rechtswissenschaft, Politik und Gewerkschaften befassen sich in diesem Band mit unterschiedlichen Aspekten des Themas „Geschlechtergerechtigkeit“.

Nach wie vor verdienen Frauen rund 20 Prozent weniger als Männer, besetzen nur etwa sechs Prozent der Positionen im Top-Management, und insgesamt ist nur jede fünfte Führungskraft eine Frau, trotz gleich- oder sogar höherwertiger Qualifikation. Freiwillige Vereinbarungen, wie sie von der Politik in den vergangenen Jahren als Mittel präferiert wurden, haben nur geringe Wirkung gebracht. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern, wie etwa Spanien, Frankreich und Belgien, die in den letzten Jahren mit Erfolg konsequentere Quotenregelungen eingeführt haben, hat Deutschland den Anschluss verloren; dass sich die Justizminister-Konferenz der Länder im Sommer 2010 für eine Frauenquote in Führungspositionen ausgesprochen hat, ist vor diesem Hintergrund positiv zu bewerten. Auch hinsichtlich von Entgeltgleichheit wird Deutschland ein massives Regulierungsdefizit bescheinigt. Weitere Informationen zum Band unter www.boeckler.de/320_109188.html.

Hohmann-Dennhardt, Christine/Körner, Marita/Zimmer Reingard 2010 (Hg.): *Geschlechtergerechtigkeit*. Nomos Verlag Baden-Baden, 345 S., 109,00 Euro.

Der BdV als Teil der Zivilgesellschaft

Durch die Debatten über die Einrichtung der Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung und die Besetzung des Stiftungsrates ist auch der Bund der Vertriebenen (BdV) in den letzten Jahren immer wieder in den Fokus medialer Aufmerksamkeit getreten. Das Maecenata Institut für Philantropie und Zivilgesellschaft hat sich in der Reihe *Opusculum* nun mit der Rolle des BdV als Akteur der Zivilgesellschaft auseinandergesetzt (*Opusculum* Nr. 44, September 2010). Eva Maria Hinterhuber zeichnet Mitglieder-, Organisations- und Finanzierungsstrukturen sowie Aktionsformen des Verbandes nach und bewertet seinen Erfolg im „Kampf um die kulturelle Deutungsmacht“. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der BdV seine Vorstellungen und Deutungen von „Vertreibung“ durchaus erfolgreich in der öffentlichen Debatte platzieren konnte und damit großen Einfluss auf die Struktur und Ausrichtung der Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung genommen hat – womit zu befürchten steht, dass die Stiftung trotz ursprünglich geplanter europäischer Ausrichtung eine „deutsche Veranstaltung“ (Franziska Augstein) wird. Rupert Graf Strachwitz nimmt anschließend eine Analyse der „Legitimität des Handelns des Bundes der Vertriebenen“ vor. Zwar sei, so Strachwitz, der BdV eine grundsätzlich durch das Recht auf freie Vereinigung geschützte Organisation. Privilegierte Möglichkeiten der Einflussnahme sollten Vereine und Verbände aber nicht erhalten, „wenn es dafür nicht plausible und im öffentlichen Diskurs vermittelbare Gründe gibt“ – und gerade diese seien „im Falle des BdV nicht mehr zu erkennen“.

Mit dem Aufstieg Erika Steinbachs und ihrer Rolle im BdV setzt sich Otto Köhler in den Blättern für deutsche und internationale Politik (10/2010, S. 58-68) lesenswert auseinander.

Darin beschreibt er ebenso aufschlussreich die Gründungsphase des Verbandes bzw. seiner Vorläufer und die persönlichen Verstrickungen von Unterzeichnern der so genannten „Vertriebenencharta“ in das Regime des Nationalsozialismus, die später den Verband mit aufbauten. Auch noch unter Steinbachs Vorsitz, so schließlich sein Resümee, betriebe der Verband „Vergangenheitsbewältigung durch Geschichtsrevisionismus“.

Hinterhuber, Eva Maria/Strachwitz, Rupert 2010: *Transparenz, Akzeptanz und Legitimität*. Der Bund der Vertriebenen in zivilgesellschaftlicher Perspektive.

www.maecenata.de > Maecenata Institut > Publikationen > *Opuscula*.

EU-Leitinitiative „Jugend in Bewegung“

Im September 2010 legte die EU-Kommission in Brüssel die Leitlinie „Jugend in Bewegung“ als Teil der Europa 2020-Strategie vor. Die Initiative möchte die Mobilität von Studierenden und Auszubildenden steigern und so ihre (spätere) Beschäftigungssituation verbessern. Um dies zu ermöglichen, versucht die Initiative, die Mitgliedstaaten der EU zu engerer Zusammenarbeit anzuregen.

http://europa.eu/youthonthemove/index_de.htm.

WZBrief zu Mitgliedschaften und Engagement

Die Mitgliedschaft ist für viele BürgerInnen eine wichtige Form des Engagements; Verschiebungen zeigen sich aber in den präferierten Organisationen. An Stelle von großen Parteien, Kirchen und Gewerkschaften gewinnen Umweltorganisationen und kleine Parteien an Mitgliedern. Zu den langfristigen Entwicklungen von Mitgliederzahlen unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationen zeichnet der WZBrief *Zivilengagement* 2/2010 ein differenziertes Bild.

www.wzb.eu > Publikationen > WZBrief *Zivilengagement*.

REZENSIONEN

Auf dem Weg zu *einer* europäischen Zivilgesellschaft?

Die aktive Zivilgesellschaft ist in Deutschland im Jahre 2010 so greifbar und sichtbar wie lange nicht: Die Proteste gegen den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs oder die viel diskutierten Initiativen, die zu Bürgerentscheiden über das Rauchverbot in Bayern und über die Schulreform in Hamburg führten, lassen auch den interessierten Bürger verstehen, was Zivilgesellschaft ist und kann. Geht es aber um die Diskussion über die Zivilgesellschaft auf der europäischen Ebene, sind die Experten wieder schnell unter sich. Das Dauerthema der fehlenden Legitimation der Europäischen Union aufgrund einer nicht ausreichend entwickelten länderübergreifenden Zivilgesellschaft und mangelnden demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten bestimmen den Diskurs über die Zukunft der EU (vgl. Nijhuis in Frantz/Kolb 2009: 62; Frantz in Frantz/Kolb 2009: 139). Zwar sieht der Lissabonvertrag die Möglichkeit einer europäischen Bürgerinitiative vor, doch wie diese konkret ausgestaltet und genutzt werden wird, ist noch unklar.

Zwei aktuelle Sammelbände nehmen sich der Frage nach der Situation der Zivilgesellschaft in Europa an. Christiane Frantz und Holger Kolb konzentrieren sich in ihrem Sammelband „Transnationale Zivilgesellschaft in Europa – Traditionen, Muster, Hindernisse und Chancen“ auf die Situation in der Europäischen Union. Der Sammelband enthält Beiträge, die sich konzeptionell und theoretisch mit Zivilgesellschaft auseinandersetzen und die Ebene der EU in den Vordergrund stellen. Anders der Sammelband von Sabine Fischer und Heiko Pleines. In ihrem Buch „Civil Society in Central and Eastern Europe“ wird die Situation der Zivilgesellschaft auf der nationalen Ebene in einigen Ländern untersucht. Nicht die EU ist hier

der Referenzrahmen – nicht alle untersuchten Länder sind heute Mitglied der EU – sondern Mittel- und Osteuropa als ein von der Überwindung kommunistisch-autoritärer Regime geprägtes Gebiet.

Konzepte für die Zivilgesellschaft in Europa

Grundlegende Beiträge zu Voraussetzungen und Rahmenbedingungen von europäischer Zivilgesellschaft zusammenzubringen, ist das Ziel von Christiane Frantz und Holger Kolb. Ihr Sammelband ist das Ergebnis einer Ringvorlesung, die unter dem jetzigen Buchtitel am Graduiertenkolleg „Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart – Deutschland und die Niederlande im Vergleich“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster stattfand. Die Herausgeber wollen mit ihrem Sammelband an aktuelle Debatten zur Zivilgesellschaft in Europa anknüpfen. Eine grundlegende Frage ist, wie das Konzept von Zivilgesellschaft auf einen transnationalen Raum – Europa – übertragen werden kann. Rucht plädiert in seinem Beitrag für ein Verständnis von Zivilgesellschaft aus einer Handlungslogik heraus. Zivilität als Anerkennung anderer muss die Handlungslogik einer Zivilgesellschaft sein. Diese normative Abgrenzung von Zivilgesellschaft zieht er der bereichslogischen Abgrenzung – also Zivilgesellschaft als Raum jenseits von Staat, Markt und Familie – vor. Dekkers Verständnis von Zivilgesellschaft hingegen rekurriert auf die Bereichslogik, auch wenn er Zivilgesellschaft in einer doppelten Bedeutung auch als gesamtgesellschaftliches Ideal sieht.

Neben diesen konzeptuellen Debatten ist der rote Faden in diesem Sammelband, wie und ob eine europäische Zivilgesellschaft erreicht werden kann. Frantz, Dekker und Freise weisen auf die Aktivitäten der EU-Institutionen zur Förderung einer europäischen Zivilgesellschaft hin. So wird die Forschung im Bereich Zivilge-

sellschaft in den letzten Jahren unterstützt oder das Programm *Europa für Bürgerinnen und Bürger* aufgelegt. Hinter diesen Bemühungen steht die Frage, ob die „Zivilgesellschaft als Legitimierungsressource der EU“ (Freise in Frantz/Kolb 2009: 125) dienen kann bzw. soll. Dekker sieht diese Bemühungen skeptisch, da es letztlich bei einer „Zivilgesellschaft von oben“ (Dekker in Frantz/Kolb 2009: 117) bleibt und der Bürger selbst nicht berührt wird. Christiane Frantz teilt diese Meinung, sieht allerdings durch die Beteiligungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen am EU-Politik-Prozess zumindest einen „Zugewinn bürgerschaftlicher Perspektive“ (Frantz in Frantz/Kolb 2009: 153). Nijhuis hingegen wirft die Frage auf, ob es überhaupt sinnvoll sein kann, von einer einzigen europäischen Zivilgesellschaft zu sprechen. Auf diese Weise werde das nationale Modell der Zivilgesellschaft auf Europa übertragen, obwohl sich Europa eben nicht in die Richtung eines neuen Nationalstaats entwickle. Er sieht die Gesamtsituation der Zivilgesellschaft in Europa aber positiver als die anderen Autoren und plädiert für einen Perspektivenwechsel: „Es gibt zwar nicht die *eine* europäische Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit, aber es gibt eine Vielzahl von Netzwerken, von europäischen Nischen, in denen Experten und Spezialisten einander auf europäischer Ebene mühelos finden“ (Nijhuis in Frantz/Kolb 2009: 73; Hervorhebung im Original).

Diese Beiträge zur Situation der europäischen Zivilgesellschaft werden durch Beiträge zur europäischen Verfassungspolitik (Hans J. Lietzmann) und zur europäischen Staatsbürgerschaft (John Keane) ergänzt.

Dieser Sammelband bietet den Lesern eine Übersicht über zwei Diskussionsstränge: Sehr gut wird die aktuelle Debatte um eine europäische Zivilgesellschaft mit dem Diskurs um das Konzept Zivilgesellschaft verbunden. Leser, die nicht mit dem Thema Zivilgesellschaft vertraut sind, erhalten einen guten Überblick über die

verschiedenen Definitionen und Traditionen des Konzepts Zivilgesellschaft. Für den mit Zivilgesellschaftsthematik vertrauten Leser sind die ausführlichen Definitionen von Zivilgesellschaft, die nahezu jeder Aufsatz beinhaltet, mitunter etwas langatmig, zumal sich Wiederholungen zwangsläufig ergeben. Auf der anderen Seite sind diese Definitionen natürlich notwendig, wie Dekker in seinem Beitrag zu Recht anmerkt, da die Konnotationen des Begriffes Zivilgesellschaft nun mal sehr vielfältig sind. Eine Auseinandersetzung mit dem Instrument der Europäischen Bürgerinitiative, wie sie der Lissabon-Vertrag vorsieht, wäre wünschenswert gewesen – auch wenn der Lissabon-Vertrag bei der Veröffentlichung noch nicht in Kraft war. Die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente in der Entwicklung der Zivilgesellschaft sind weitere Aspekte, die den Sammelband abgerundet hätten.

Ein Blick nach Mittel- und Osteuropa

Dass eine Diskussion über die europäische Zivilgesellschaft nicht gleichzusetzen ist mit dem Thema „Zivilgesellschaft in der EU“, zeigt der Sammelband „Civil Society in Central and Eastern Europe“ von Sabine Fischer und Heiko Pleines, den sie 2010 herausgegeben haben. Leider ist der Titel des Buches recht nichtssagend und klärt weder über den Inhalt noch über die Länder auf, die in den einzelnen Kapiteln näher betrachtet werden. Geographisch nehmen die Autorinnen und Autoren die Leser mit in einige neue EU-Mitgliedsländer wie Polen, die Slowakei und Tschechien sowie in den Westbalkan, Russland und die Ukraine. Beleuchtet wird in einigen Artikel die aktuelle Situation der Zivilgesellschaft, andere fokussieren auf die kommunistische Zeit. Thematisch ist das Buch in vier Teile geteilt: Teil eins widmet sich der Rolle der Dissidenten im Sozialismus, Teil zwei beleuchtet die Zivilgesellschaft in ethnischen Konflikten am Beispiel des Westbalkans. Der Zivilgesellschaft in Russland ist Teil drei ge-

widmet, weitere inhaltliche Abschnitte setzen sich mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft nach dem EU-Beitritt sowie dem Thema politische Partizipation und Lobbying auseinander. Ziel des Buches ist dabei explizit die Zivilgesellschaftsdebatte ein wenig von der Konzentration auf formale NGOs auf die Debatte jenseits der Organisationsebene, also auf das Individuum und andere zivilgesellschaftliche Bewegungen zu richten.

Für die Einordnung dieses Buches ist es wichtig zu wissen, dass es das Resultat einer Summer School ist. Alle Autorinnen und Autoren sind Doktorandinnen und Doktoranden verschiedener geistes- und sozialwissenschaftlicher Fachrichtungen. Die Herausgeber möchten ihnen mit diesem Band die Möglichkeit geben, ihre Forschungsprojekte zu präsentieren und Ziel ist „to help them become more integrated into the academic community“ (Fischer/Pleines 2010: 7f). Die einzelnen Artikel zeigen die Dissertationsprojekte in verschiedenen Stadien der Promotion: Einige Autoren präsentieren ihre Forschungsvorhaben noch in der Planungsphase, z.B. Bojan Bilić zur Rolle der Zivilgesellschaft im Jugoslawienkonflikt der 1990er. Andere können bereits einige erste Ergebnisse aufzeigen, z.B. Olena Fimyar über die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft im politischen Prozess in der Ukraine am Beispiel der Bildungspolitik.

In der Gesamtschau bleibt der Leser an einigen Stellen unbefriedigt und neugierig zurück: Zu gerne würde man erfahren, was die Ergebnisse der Forschungsprojekte sind, die bei der Veröffentlichung des Buches noch ganz am Anfang standen. Gleichzeitig haben diese Präsentationen von geplanten oder halbfertigen Dissertationen definitiv ihren Mehrwert. Auf der Hand liegt, dass diese Artikel für angehende Doktoranden von Interesse sind: Die Autorinnen und Autoren skizzieren ihre Forschungsprojekte mit allen notwendigen Elementen wie Problemaufriss, gebildeten Hypothesen und

Methodenteil. Einige Autoren beschreiben ihre Erfahrungen mit ihren Methoden sehr ausführlich, so z.B. Lars Breuer in seinem Beitrag über die Art und Weise, wie „Erinnerung von unten“ (‘Vernacular Memory’) in der Bevölkerung eines Landes das Bild eines anderen Landes bestimmen. Breuer zeigt auf, welche sehr heterogenen Ergebnisse seine in Polen und Deutschland durchgeführten Gruppendiskussionen geliefert haben und wie er damit umgegangen ist. Nun will dieser Band von Fischer und Pleines kein Methodenlehrbuch sein, dennoch hat die Diskussion über die Erfahrungen mit den gewählten Methoden ihre Berechtigung und ist gerade für Promovierende hilfreich.

Aber was hat dieses Buch inhaltlich zu bieten, wenn in vielen Beiträgen noch gar keine aktuellen Forschungsergebnisse dargelegt werden können? Alle Beiträge weisen auf offene Forschungsfragen hin und liefern hierzu eine ausführliche Darstellung der Hintergründe sowie einen Überblick über die aktuelle Literatur. Ein besonderer Verdienst dieses Buches ist, dass es die Aufmerksamkeit auf Themen lenkt, die nicht im Zentrum der aktuellen Debatte über Zivilgesellschaft stehen. Dazu gehört beispielsweise Szuleckis Beitrag über die Rolle von Dissidenten bei der Überwindung des Sozialismus und seine Auseinandersetzung mit dem Konzept Dissident. Wasiak weist auf die Zivilgesellschaft jenseits von Politik hin: Er untersucht eine Künstlerbewegung im Polen der 1980er.

Wasiak wie auch andere Autorinnen und Autoren im Buch von Fischer und Pleines zeigen mit ihren Beiträgen auf, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit für die aktuelle Debatte über Zivilgesellschaft notwendig und hilfreich und nicht nur für Historiker von Interesse ist. Dies wird besonders deutlich im Buchabschnitt über die Situation im früheren Jugoslawien. Auch Frantz und Kolb haben einen Beitrag in ihren Sammelband aufgenommen, der eine Entwicklung über mehrere Jahr-

zehnte nachvollzieht: James C. Kennedy zeichnet die Rolle der Kirchen für die niederländische Gesellschaft über mehrere Jahrzehnte nach.

Nicht nur auf Westeuropa schauen

Der Sammelband „Civil Society in Central and Eastern Europe“ wirft ein Augenmerk auf eine Tatsache, die in der Debatte über eine europäische Zivilgesellschaft nicht immer präsent genug ist: In den Ländern Mittel- und Osteuropas sind die Zivilgesellschaften noch relativ jung und die Erfahrung eines autoritären Regimes noch präsent. Paul Dekker zeigt in seinem Beitrag (in Frantz/Kolb 2010) die Unterschiede auf: Die Situation der Länder im Nord-Westen Europas „mit ihren umfangreichen und stabil gefestigten gesellschaftlichen Organisationen und Traditionen gesellschaftlicher Demokratisierung“ (Dekker in Frantz/Kolb 2010: 116) unterscheidet sich erheblich von der Realität in Mittel- und (Süd-) Osteuropa. Hier geht es weiterhin um die Förderung von Organisationen und die Festigung der Zivilgesellschaft. Die Debatte zu Zivilgesellschaft in Europa darf somit nicht Gefahr laufen, nur zu einer westeuropäischen Debatte zu werden.

Welche Perspektiven gibt es nun für die Entwicklungen einer (transnationalen) Zivilgesellschaft in Europa? Dekker sieht die Möglichkeit, dass es „durch den internationalen und globalen Charakter von gesellschaftlichen Problemen (...) zur Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit und zur Verdichtung von europäischen zivilgesellschaftlichen Beziehungen kommen wird“ (Dekker in Frantz/Kolb 2009: 118). Christiane Frantz verweist als Beispiel für transnationale Bewegungen auf Proteste anlässlich von G8-Gipfeln hin. Für die EU ist aus ihrer Sicht wichtig, dass europäische Politik für die Bürgerinnen und Bürger durch lokale und regionale Prozesse erlebbar wird (Frantz in Frantz/Kolb 2009: 154). Es wird sich zeigen, ob die Europäische Bürgerinitiative hier eine

Rolle spielen kann und es auf EU-Ebene Themen geben wird, die wie Schulreform oder Rauchverbote die Menschen mobilisieren können.

Birgit Sittermann, (Frankfurt am Main)

Besprochene Literatur

Frantz, Christiane/Kolb, Holger (Hg.) 2009: *Transnationale Zivilgesellschaft in Europa: Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen*. Münster: Waxmann.

Pleines, Heiko/Fischer, Sabine (Hg.) 2010: *Civil Society in Central and Eastern Europe*. Stuttgart: Ibidem-Verlag.



Engagementpolitik – Facetten und Entwicklung

Unter Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik oder Umweltpolitik können sich die meisten Bürger etwas vorstellen. Engagementpolitik hingegen ist gegenwärtig vielen jenseits der einschlägigen Szene kaum ein Begriff. Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß, die einen gleichnamigen – und recht umfangreichen – Band herausgegeben haben, weisen in den einleitenden Beiträgen auch gleich darauf hin, woran das liegt: Engagementpolitik ist als Politikfeld erst im Entstehen begriffen. Gleichwohl nehme die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement zu. Dies nehmen sie zum Anlass, sich den verschiedenen Dimensionen von Engagementpolitik in einem Sammelband zu widmen.

Die Herausgeber machen insbesondere die Vielschichtigkeit des Begriffes Engagementpolitik deutlich. In ihren einführenden Überlegungen legen sie dar, dass Engagementpolitik alle drei Dimensionen des Politikbegriffes umfasst, die im Englischen mit den Begriffen policy, po-

itics und polity beschrieben werden. Engagementpolitik ist demnach also nicht nur ein Politikfeld, in dem bestimmte Maßnahmen ergriffen werden (policy), sondern sie betrifft auch die Art und Weise wie politische Entscheidungen getroffen werden (politics). Das damit Politik auf diese bestimmte Weise – nämlich vor allem partizipativ – gestaltet werden kann, bedarf es auch der sozialen und kulturellen Voraussetzungen (polity). Diese Dimensionen des Begriffes werden auch in der Gliederung des Bandes deutlich, wenngleich die einzelnen Beiträge z.T. die unterschiedlichen Facetten thematisieren.

Bürgerschaftliches Engagement in historischer Perspektive

Bürgerschaftliches Engagement ist als Begriff relativ jung. Dennoch bestehen einzelne Facetten dessen, was er beschreibt, schon lange. Diesen zeit- und ideengeschichtlichen Bezügen widmet sich der Band direkt im Anschluss an die einführenden Überlegungen. Dabei diskutieren die Beiträge die Entwicklungen vor dem Hintergrund bestimmter Epochen. Kerstin Auer und Peter Hammerschmidt widmen sich der Zeit vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Weimarer Republik und nehmen dabei insbesondere die konfessionellen Bewegungen, die Frauenbewegungen und das Bürgertum als Träger des Engagements in den Blick. Arnd Bauerkämper nimmt die Entwicklung der Bundesrepublik unter die Lupe und fragt vor allem nach den Trägern und den Rahmenbedingungen, die für die Entwicklung einer lebendigen Bürgergesellschaft notwendig sind. Dieser Aspekt wird durch den Beitrag von Karl-Werner Brand sehr gut ergänzt, der mit den sozialen Bewegungen eine spezifische Akteursgruppe und ihren Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Bürgergesellschaft analysiert. Weniger zeit- als ideengeschichtlich geht Wolfgang Maaser vor: Er arbeitet sich nicht an einem konkreten Zeitraum ab, sondern arbeitet die verschiedenen

normativen Leitbilder heraus, die sich hinter dem Begriff verbergen, indem er die Anschlüsse an unterschiedliche Denkströmungen aufzeigt.

Engagementpolitik gestalten

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, wie das Politikfeld Engagementpolitik gestaltet werden kann und welche Akteure dabei zu berücksichtigen sind. In diesem Abschnitt sind vor allem zwei Beiträge hervorzuheben.

Dies ist zunächst der Beitrag von Michael Haus. Er zeichnet den grundsätzlichen Wandel von Government zu Governance nach und analysiert die Dynamik von Governance-Prozessen. Dabei thematisiert er auch die damit verbundene Gefahr der Depolitisierung.

Zum anderen ist der Beitrag des Juristen Gerhard Igl hervorzuheben. Igl macht zwar deutlich, dass die Unschärfe des Begriffes bürgerschaftliches Engagement eine rechtliche Handhabung – und damit auch politische Gestaltung – schwierig macht. Zugleich dekliniert er für einzelne Rechtsbereiche durch, wie sie das bürgerschaftliche Engagement betreffen, und zeigt Möglichkeiten einer engagementfreundlichen Gestaltung auf. Eine politische Gestaltung des Politikfeldes Engagementpolitik sei also durchaus möglich.

Abgerundet wird das Kapitel durch mehrere Beiträge über die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Rolle von Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäusern und anderen Einrichtungen vor Ort (Gisela Jakob) werden ebenso untersucht wie die der Organisationen des Dritten Sektors (Thomas Rauschenbach/Reinhard Liebig) und von Unternehmen (Sebastian Braun/Holger Backhaus-Maul).

Engagementpolitik in Deutschland und Europa

Die folgenden Kapitel analysieren die engagementpolitischen Entwicklungen auf den föderalen Ebenen Deutschlands (Kapitel 4) und in Europa (Kapitel 5) und beschäftigen sich daher

sowohl mit den Dimensionen policy als auch politics. Sie sind damit insbesondere für diejenigen informativ, die vor allem an der Entwicklung von Engagementpolitik als Politikfeld interessiert sind. Susanne Lang beleuchtet in ihrem Beitrag kritisch die Entwicklung auf der Bundesebene. Dabei untersucht sie nicht nur die relevanten engagementpolitischen Akteure, die sich infolge der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ gebildet haben (vor allem das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag), sondern klopft auch Partei- und Regierungsprogramme auf ihren engagementpolitischen Gehalt hin ab.

Der Beitrag von Josef Schmid gibt einen Überblick über die engagementpolitischen Aktivitäten der Bundesländer. Nachdem er einige ausgewählte Länder ausführlicher vorstellt, entwickelt er eine Typologie der Aktivitäten, in der er drei Idealtypen unterscheidet und deren Entstehung er mit den jeweiligen Entwicklungspfadern der Bundesländer erklärt.

Lars Holtkamp und Jörg Bogumil untersuchen die Ebene, auf der Engagement vor allem stattfindet: Der Kommune. Dabei setzen sie sich insbesondere mit der Verwaltungskultur auseinander, die für die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger von besonders großer Bedeutung ist.

Das Kapitel zu Europa mag zwar mit dem Titel „Engagementpolitik im europäischen Vergleich“ etwas irreführend überschrieben sein, da keiner der Beiträge im engeren Sinne vergleicht. Gleichwohl sind die beiden Beiträge instruktiv. Markus Held stellt die engagementpolitischen Aktivitäten vor, die von der europäischen Ebene – vor allem im Bereich der Jugendpolitik – ausgehen. Matthias Freise macht in seinem Beitrag die Besonderheit der mittel- und osteuropäischen Zivilgesellschaft und die sich daraus ergebenden Herausforderungen deutlich. Was diesem Abschnitt des Bandes

allerdings fehlt, sind Beispiele aus westeuropäischen Ländern.

Engagementpolitik als umfassende Aufgabe

Anhand des sechsten Kapitels machen die Herausgeber deutlich, dass Engagementpolitik Bezüge zu zahlreichen anderen Politikfeldern aufweist. Die einzelnen Beiträge reichen von Bildungspolitik über Familienpolitik, Integrationspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Gesundheitspolitik. Sie untersuchen sowohl die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse als auch die politischen Rahmenbedingungen.

Während einige Beiträge eher analytisch vorgehen, so z.B. der Beitrag von Eckart Priller und Dietmar Dathe zur Arbeitsmarktpolitik, die die arbeitsmarktpolitische Dimension des Dritten Sektors sowie die Auswirkungen einzelner Maßnahmen im Rahmen der Hartz-IV-Gesetzgebung auf die Organisationen des Dritten Sektors untersuchen, entwickeln andere Autoren darüber hinaus auch einem politischen Aufgabenkatalog. Dies gilt z.B. für die Beiträge von Birger Hartnuß und Frank Heuberger zur Bildungspolitik, den Beitrag zur Familienpolitik von Martina Heitkötter und Karin Jurczyk oder auch zur Pflege von Thomas Klie. Darüber hinaus analysieren einige Beiträge vor allem die Engagierten als Akteure in den jeweiligen Politikfeldern. Jürgen Matzat beschreibt ausführlich, in welcher Form sich Engagierte in der Gesundheitspolitik einbringen. Dietrich Thränhardt untersucht den Beitrag von Migrantenvereinen zur Integration.

Die abschließende Klammer des Bandes bildet der Beitrag von Roland Roth, in dem er das schwierige Verhältnis zwischen bürgerschaftlichem Engagement und der Entwicklung der Demokratie darlegt. Bürgerschaftliches Engagement biete zwar Chancen für die Demokratie. Dazu müssten aber bestimmte Voraussetzungen, wie z.B. das Einhalten eines Zivilitätskodex, erfüllt sein. Außerdem müsse man sich den

Herausforderungen bewusst sein, vor denen Engagementpolitik steht, wenn sie tatsächlich zu einer vitalen Demokratie beitragen will. Dazu zählt er vor allem die Gefahr, dass bürgerschaftliches Engagement z.T. weniger politisch auftritt. Zum anderen sei es wichtig, dass die Gestaltungsmöglichkeiten, die bürgerschaftliches Engagement bietet, innerhalb der Gesellschaft nicht ebenso ungleich verteilt sind wie andere Möglichkeiten der Teilhabe. Diese würde sonst noch verstärkt.

Insgesamt bietet der Band einen guten Überblick über die Entwicklung von Engagementpolitik. Allerdings wäre eine Ergänzung wünschenswert gewesen: Durch die Auswahl der verschiedenen Politikfelder, an die Engagementpolitik anschließt, wird zwar deutlich, dass Engagement bei der Lösung zahlreicher politischer Herausforderungen eine wichtige Rolle spielt. Allerdings bleibt unklar, was Engagementpolitik als eigenes Politikfeld konstituiert. Engagementpolitik als existentieller Teil aller Politikfelder und Engagementpolitik als eigenes Politikfeld. Dieser Frage hätte man ausführlicher nachgehen können.

Tobias Quednau (Berlin)

Besprochene Literatur

Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.) 2010: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS-Verlag.



Eine andere Forschung ist möglich!

Die Bewegungsforschung und deren Theorien

Darüber wird zu reden sein: Andreas Pettenkofer, Soziologe am Max-Weber-Kolleg zu Erfurt, hat mit seinem Buch „Radikaler Protest“ einen so überfälligen wie (ge)wichtigen

Beitrag zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen geleistet. Das Buch – eine kritische Gesamtschau etablierter und alternativer Forschungsansätze – trifft die Bewegungsforschung zur rechten Zeit: in einer Situation latent schwelender Theorienot. Sie hat sich zwischen verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen eingerichtet und – zumindest im deutschsprachigen Raum – nur leidlich etablieren können (vgl. Teune 2008). Sie verfügt über eine Handvoll bewährter Forschungsansätze, die durchaus komplementär wesentliche Aspekte der Bewegungsentwicklung erklären können und wichtige Einsichten ermöglichen. Der starke Gegenstandsbezug dieser Theorien mittlerer Reichweite verführt aber dazu, über dem Forschungsalltag deren sozialtheoretische Grundannahmen zu vergessen. Solche fundamentalen Rückfragen sind jedoch nötig. Die Annahmen, die den gängigen Erklärungsmodellen zugrunde liegen, wie der Fokus der Beobachtungsinstrumente entscheiden mit darüber, wie der Forschungsgegenstand überhaupt konstruiert wird und letztlich, wie sozialer Wandel zu verstehen und zu erklären ist. Durch die Konzentration auf den gemachten Protest erscheinen soziale Bewegungen – stark zugespitzt – bisher vor allem als Handeln professioneller Bewegungseliten, die sich zur kleinen Lage treffen, die politischen Rahmenbedingungen beobachten und die Gunst der Gelegenheit ergreifen, zielgerichtet Strategien entwerfen, Bündnisse schmieden und sodann Sprachregelungen nach innen und nach außen festlegen. Aber: Protest geschieht. Der Beginn durch eine kleine Schar von Bewegungspionieren ist ungewiss, die Stabilisierung prekär, die Wirkungen und Erfolge kaum berechenbar, die soziale Gestalt häufig flüchtig. Mal branden Protestwellen kraftvoll auf, mal schmilzt die Bewegung zurück bis auf den harten Kern.

Es ist Anspruch und Verdienst des Buches, im ersten Teil derlei theoretische Gegenstands-

verengungen zu problematisieren und im zweiten alternative Zugänge zu erschließen.

Rationalistische Verengungen

Indem Pettenkofer das Bezugs- und Erklärungsproblem der Bewegungsforschung sehr viel grundlegender fasst, nämlich als Handeln bzw. als Ordnungsbildung unter den Bedingungen von Ungewissheit, schärft er einerseits den Blick für die Entstehung sozialer Bewegungen und zeigt andererseits die Grenzen der – wie er schreibt – „Mainstream-Bewegungsforschung“ auf. So idealisiere der Ressourcenmobilisierungsansatz einen Typ schon institutionalisierter und professionalisierter Bewegungsorganisationen, die sich rational an ihrer Umwelt orientieren. Auch die Erklärung von Protest durch günstige politische Gelegenheiten greife zu kurz. Zwar erlauben diese Aussagen über förderliche Rahmenbedingungen, nicht aber darüber, „warum Protest auch dann stattfindet, wenn die Gelegenheiten den Beteiligten zunächst nicht günstig erscheinen; wenn also eine *Abkopplung von der Gelegenheitsstruktur* stattfindet“ (54). Am Beispiel der kultursoziologischen Ergänzungsversuche, die eigentlich genau diesen Erklärungsbedarf beheben sollten, weist er schließlich der Bewegungsforschung eine geradezu paradigmatische Verengung nach. So werden Framing-Prozesse als die planvolle Konstruktion von Deutungsmustern durch Bewegungseliten verstanden – letztlich also auch wieder als zweckrationale Umweltorientierung. Das Unhinterfragte in, das dem Protest Vorgängige an oder die emotionale Aufladung von Deutungsmustern bleibt dabei durch die intentionalistische Verkürzung wiederum unsichtbar. Und selbst identitäre Handlungsorientierungen, die Protest zum Selbstzweck werden lassen, bleiben unverständlich, wenn sie nur als besonders glaubwürdiger Weg der Zielerreichung gedeutet werden. Einen Höhepunkt des ersten Teils bildet Pettenkofers Deu-

tung, warum die starken Annahmen über die Zweckrationalität des Protesthandelns derart unhinterfragt dominant sind. Die Resistenz gegenüber theoretischen (vgl. Joas 1996: 290-306) wie methodischen (vgl. Mieth/Roth 2005) Irritationen ist demnach nicht allein dem Tribalismus einer eingespurten Bindestrich-Forschung geschuldet. Vielmehr verweise sie auf den politischen Entstehungskontext der Bewegungsforschung, die gegen eine Pathologisierung von Protestteilnehmern das reflektierte, zielgerichtete Protesthandeln idealisierte. Eine Rechtfertigungs- und Normalisierungsrhetorik, die sich wissenschaftsintern noch verfestigt, wenn im ausbalancierenden Gegenzug standardisierte Methoden den Nachweis besonderer Distanz zum Gegenstand liefern sollen.

Theoretische Sensibilisierungen

Auf der Suche nach alternativen, gegenstandssensiblen Erklärungsansätzen sichtet Pettenkofer prominente Klassiker der soziologischen Theorie und ermöglicht dadurch wegweisende Einsichten in die Verselbständigung und Stabilisierung sozialer Bewegungen. Aus der pragmatistischen Tradition heraus betont er etwa die Prozesshaftigkeit und die Eigendynamik des Interaktionsgeschehens: Deutungsmuster gehen dem Protest nicht einfach voraus, sondern entstehen und ändern sich in und durch Protestereignisse. Und das Engagement in einer sozialen Bewegung ist nicht bloß das Vehikel zielgerichteter Veränderungsbegehren: Es ist ein Geschehen, dessen Irritationscharakter Reflexivität und Distanz erst herstellt und eine kritische Positionierung provoziert, was zu einem biographischen Wendepunkt führen und einen karriereförmigen Identitätswandel anstoßen kann. Anhand der Religionssoziologien Max Webers und Emile Durkheims zeigt Pettenkofer, welche Mechanismen und welche *nicht* zweckrationalen Handlungslogiken zur Herausbildung einer sozialen Ord-

nung führen, auch oder gerade wenn die politischen Rahmenbedingungen ungünstig sind; wie das Engagement normativ und emotional einen Eigenwert bekommt und somit hilft, das Handeln nicht davon abhängig zu machen, ob man nun unmittelbar einen politischen Erfolg erzielt. Das Buch endet schließlich mit einer Rekonstruktion des Forschungsgegenstandes aus der Perspektive von Bourdieus Feldtheorie. Sie soll helfen, die soziale Struktur des Protestes sowie die Mechanismen und Fraktionierungen innerhalb von Protestbewegungen besser zu verstehen. Auch hier lautet die These: Nicht allein die gesellschaftliche Umwelt – sondern vor allem die Eigenlogik des Protestfeldes ist erklärungsrelevant.

Schlussfolgerungen

Das Buch endet abrupt – ohne eine systematische Zusammenschau des Erkenntnisgewinns für die eine (Soziologie sozialen Wandels) wie die andere Seite (Bewegungsforschung) – was angesichts der reichen Erträge schade ist. Einerseits rekonstruiert Pettenkofer detailliert jene folgenreichen Weichenstellungen in der Theorieentwicklung, die zu einem begrenzten Gegenstandsverständnis geführt haben. Die daraufhin entfalteten alternativen Theoriebausteine sind auch deshalb so inspirierend, weil deren theoretische Grundeinsichten den Blick schärfen für die eigensinnigen Entstehungs- und (Selbst)Stabilisierungsllogiken von sozialen Bewegungen. Und dies bezogen auf verschiedene Entwicklungsphasen und typische Bezugsprobleme.

Es bleiben aber Fragen offen. Zunächst: Gelten die empirischen Einwände gegen das Standardmodell nicht auch für Pettenkofers „Bausteine für eine Soziologie radikalen Protestes“? Auf welchen Typ von Bewegungen treffen etwa die feldtypischen Kirche-Sekte-Dynamiken und Sektenkonkurrenzen zwischen den einzelnen Fraktionen zu? Kann man das auch für die häufig thematisch nur lose vernetz-

ten und zeitlich begrenzten Allianzen der Bewegungen unserer Tage sagen? Solche Abwägungen über die Reichweite des Erklärungsanspruches wären hilfreich, um erneute, theoriegeleitete Blickverengungen zu verhindern.

Zudem: Müsste vor dem Hintergrund der kritisierten Einseitigkeiten das Plädoyer für theoretische Innovationen nicht expliziter ergänzt werden um das Plädoyer für ein stärkeres Gewicht von Forschungsmethoden der sinnverstehenden Interpretation und Rekonstruktion der Eigenwelten sozialer Bewegungen?

Zuletzt: Welche Auswirkungen haben die gewichtigen und berechtigten theoretischen Einwände des Buches auf die Definition des Forschungsgegenstandes? Kann man etwa die intendierte und zielgerichtete Einwirkung auf sozialen Wandel noch zum zentralen Bezugspunkt der Begriffs- und Gegenstandsbestimmung machen? Zumal Pettenkofer seinen Theorievorschlag abweichend von gängigen Etikettierungen – ungewollt oder nicht – als „Soziologie des radikalen Protestes“ bezeichnet. Darüber wird zu reden sein.

Alexander Leistner (Leipzig)

Besprochene Literatur

Pettenkofer, Andreas 2010: Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen. Frankfurt/M./New York: Campus.

Zitierte Literatur

Joas, Hans 1996: Die Kreativität des Handelns. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Miethe, Ingrid/Roth, Silke 2005: Zum Verhältnis von Biographie- und Bewegungsforschung. In: Völter, Bettina u.a. (Hg.): Biographieforschung im Diskurs. Wiesbaden: VS Verlag, 103-118.

Teune, Simon 2008: „Gibt es so etwas überhaupt noch?“ Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen. In: Politische Vierteljahrsschrift, 49:3, 528-547.

Matthias Dietz: Gibt es eine internationale Klimabewegung? Ein skeptischer Befund, FJ NSB 4/2010, S. 6-18

In den letzten Jahren ist die Zahl klimapolitischer Kampagnen und Organisationsformierungen anstieg. Auf Basis der weltweit 37 größten Gruppen stellt Dietz die klimapolitisch aktive Zivilgesellschaft dar und prüft diese auf Merkmale sozialer Bewegungen. Dabei geht er der Frage nach, ob die Vielzahl von klimapolitisch aktiven Gruppen bereits den Charakter einer transnationalen, sozialen Bewegung angenommen hat. Er kommt zu dem Ergebnis, dass es zurzeit keine allgemeine und transnationale, sondern eher mehrere nationale Klimabewegung gibt.

Matthias Dietz: Is There an International Climate Movement? A Sceptical Finding, FJ NSB 4/2010, pp. 6-18

In recent years the number of campaigns and NGOs targeting climate policy has increased considerably. Based on the worldwide largest 37 groups Matthias Dietz analyzes the active civil society working on climate issues. The central question is whether the large number of political groups form a transnational social movement. Results show that currently there is no general transnational climate movement but rather national movements.

Jochen Roose: Bürgerschaftliches Engagement in Europa. Ein Vergleich. FJ NSB 4/2010, S. 19-30
Der Beitrag stellt Ausmaß und thematische Verteilung von Engagement im europäischen Vergleich vor. Die empirische Bestimmung erweist sich als nicht einfach, denn international vergleichende Studien weichen zum Teil nicht unerheblich voneinander ab. Die Angabe von 92 bis 94 Millionen Engagierten in der Europäischen Union kann nur eine grobe Schätzung sein. Die Länderunterschiede in Europa sind aber recht stabil. Der Anteil von Engagierten im religiösen Bereich an der Bevölkerung ist im Ländervergleich recht ähnlich, große Unterschiede gibt es bei dem Engagement im Freizeitbereich (Sport und Kultur). Hier verzeichnen die wohlhabenden Länder mehr Engagement als die weniger wohlhabenden. Engagement im Bereich der Wohlfahrtspflege ist am stärksten in Ländern, die ohnehin einen stark ausgebauten Wohlfahrtsstaat haben. Die Themen der neuen sozialen Bewegungen sind vor allem der Schweiz, Luxemburg und den Niederlanden stark. Unterschiede im Gesamtausmaß von Engagement lassen sich durch Wirtschaftsstärke, Länge kontinuierlicher Demokratie, konfessionelle Prägung und Struktur des Wohlfahrtsstaates erklären, wobei der Artikel konkrete Mechanismen entwickelt, wie diese Faktoren auf Engagement wirken. Engagementpolitik scheint eine nur nachgeordnete Rolle zu spielen.

Jochen Roose: Volunteering in Europe. A Comparison. FJ NSB 4/2010, pp. 19-30

The article presents volume of volunteering and the distribution of volunteers on issue fields in European comparative perspective. The assessment of volunteering turns out to be quite difficult as empirical studies come to divergent conclusions. Vague estimates calculate 92 to 94 million volunteers in the European Union. Despite these difficulties country differences turn out to be quite stable. The extent of volunteering as share of the population in the religious sphere is similar among the countries. Differences are considerable for volunteering on providing leisure activities, like sports and culture. In wealthier countries volunteering in this area is much more common than in the poorer ones. Volunteering on social welfare is strongest in countries with a well established

welfare state. Issues of the new social movements attract many volunteers in Switzerland, Luxembourg and the Netherlands. The overall volume of volunteering can be explained by economic wealth, duration of continuous democracy, religious denomination and structure of the welfare state. The article discusses mechanisms how these macro characteristics can be translated into influences on volunteering.

John MacDonald: Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 – Standpunkt der Europäischen Kommission, FJ NSB 4/2010, S. 31-34

John MacDonald, Mitarbeiter der Europäischen Kommission, erläutert die Zielsetzung des europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit. In der Europäischen Union sind ca. 94 Millionen Menschen (23 % der Bevölkerung) auf freiwilliger Basis engagiert, wobei die Situation in den Ländern oft sehr unterschiedlich ist. Problematisch an der derzeitigen Situation ist, dass die Zuständigkeit für Engagementpolitik oft unklar und der Rechtsrahmen vielfach ungenügend ist. Die Professionalisierung bei Freiwilligenorganisationen kollidiert vielfach mit den Erwartungen von jüngeren Freiwilligen. Die EU verfolgt für das Freiwilligenjahr vier Hauptziele: 1. den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten fördern; 2. Freiwilligenorganisationen stärken; 3. Anerkennung von Freiwilligenarbeit stärken, ev. durch Weiterentwicklung des Europass-Mobilitätsnachweises; 4. Wahrnehmung von Freiwilligenarbeit in der Öffentlichkeit stärken. Dazu werden Veranstaltungen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene durchgeführt, ergänzt durch eine strategische Partnerschaft mit „The Alliance“, einem Verbund von Freiwilligenorganisationen.

John MacDonald: European Year of Volunteering 2011 - The Position of the European Commission, FJ NSB 4/2010, pp. 31-34

John MacDonald, representative of the European Commission, explains the aims of the European year of volunteering. In the European Union approximately 94 million people (23 % of the population) are active on a voluntary basis. The situation in the member states is however very diverse. A current problem is that responsibilities for volunteering policy are often unclear and the legal basis is insufficient. Professionalization of voluntary organizations often collides with the expectations of young volunteers. The EU is addressing four main aims: 1. supporting an exchange of experiences between the member states; 2. supporting voluntary organizations; 3. supporting the recognition of volunteering, possibly with amending the Europass Mobility; 4. increasing the publicity of volunteering. For this aim, there will be activities on a European, national, and local level, complemented by a strategic alliance with „The Alliance“, a cooperation of voluntary organizations.

Markus Held: Die EU auf dem Weg zu einer Engagementpolitik?, FJ NSB 4/2010, S. 35-43

Markus Held, Direktor des Europäischen Freiwilligenzentrums CEV, diskutiert die Situation von freiwillig Engagierten in Europa und die Aussichten einer Engagementpolitik der EU. Die nationalen Traditionen und Ausprägungen von Freiwilligenarbeit in Europa unterscheiden sich erheblich. Ansätze einer Engagementpolitik auf europäischer Ebene werden diskutiert. Dabei wird eine Fokussierung auf Jugendarbeit und Sport deutlich. Europäisches Engagement bietet aber auch große

Möglichkeiten, die bisher wenig ausgeschöpft sind. Engagementpolitik als solche ist bislang kein Politikfeld in der EU, sondern freiwilliges Engagement wird bislang vereinzelt über seine Rolle in spezifischen Politikbereichen beachtet.

Markus Held: The European Union on a path to a volunteering policy?, FJ NSB 4/2010, pp. 35-43
Markus Held, director of the European Volunteering Centre, discusses the situation of volunteers in Europe and perspectives of a EU volunteering policy. The national traditions vary considerably. Volunteering policy in the EU is rudimentary at best. It is focused on young people and sports. European volunteering has great potentials which remain to be uncovered. Volunteering policy is by and large missing in the EU. Initiatives are fragmented and can be found in specific policy fields.

Mirko Schwärzel: High Hopes, Low Expectations. Chancen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit, FJ NSB 4/2010, S. 44-50

Mirko Schwärzel, Europareferent des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, diskutiert die Chancen, die sich mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit für die Engagementpolitik ergeben. Das Internationale UN-Jahr der Freiwilligen von 2001 hatte in vielen Ländern Engagementpolitik angestoßen, was Hoffnungen weckt. Bei Europäischen Jahr ist die finanzielle Förderung von Projekten nicht bedeutsam, hier steht nur ein geringes Budget zur Verfügung. Entscheidender ist das Bemühen, den öffentlichen und politischen Diskurs zu beeinflussen. Dabei ist nicht zuletzt eine Verständigung darüber notwendig, was Engagement ist und welchen Charakter es hat, weil hier große europäische Unterschiede zu finden sind. Zu unterscheiden ist die gesellschaftliche Freiwilligenleistung von politischer Teilhabe als zwei Aspekten von Engagement. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat sich vor allem für den zweiten Aspekt eingesetzt und erste Schritte einer europäischen Engagementpolitik skizziert. Die deutsche Umsetzung ist dagegen bisher stark national verhaftet. Hier droht Deutschland eine große Chance ungenutzt zu lassen.

Mirko Schwärzel: High Hopes, Low Expectations. Chances of the European Year of Volunteering, FJ NSB 4/2010, pp. 44-50

Mirko Schwärzel, Advisor for European policy at the „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ (National Network on Civil Society), discusses the chances of the European year of volunteering. The international year of volunteering 2001, initiated by the United Nations, motivated the beginning of a coordinated volunteering policy in many countries. Hopes for the European year are similar. Financial funding is not the primary task of a European year, and the budget is small. Crucial is the initiation of a public debate on volunteering. Part of that should be a common understanding of the character and importance of volunteering as there are major differences in Europe. One should differentiate between volunteering as an effort for common welfare and political participation, which both are included in the German word Engagement (engagement, activity). The European Social and Economic Committee worked primarily on the participation aspect and suggested first steps for a European voluntary policy. The German policy initiatives remain in a national perspective. Germany is about to miss a great chance.

Jeannette Behringer: Engagementpolitik in Österreich und der Schweiz, FJ NSB 4/2010, S. 51-62
Jeannette Behringer stellt Verbreitung von freiwilligem Engagement und die engagementpolitische Situation in Österreich und der Schweiz vor. In beiden Ländern ist Engagement sehr verbreitet. Aufgrund der Topographie der beiden Alpenrepubliken und der entsprechenden wirtschaftlichen Bedeutung stellen Bereiche wie Landwirtschafts- und Tourismuspolitik zentrale Handlungsfelder dar. In ihrem Artikel erörtert Behringer, ob sich aus den unterschiedlichen politischen Strukturen und Kulturen der beiden Länder Auswirkungen auf eine etwaige Engagementpolitik zeigen lassen, und wenn ja, wie diese Auswirkungen aussehen. Nach dem „Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001“ lassen sich in Österreich eine Stärkung und Etablierung staatlicher Strukturen beobachten, während in der Schweiz wegen der föderalen Prägung des Landes die politischen Aktivitäten zur Unterstützung von Engagement uneinheitlich und schwach ausgeprägt sind. Daraus ergeben sich auch Schlussfolgerungen für andere Länder.

Jeannette Behringer: Policy for Volunteers in Austria and Switzerland, FJ NSB 4/2010, pp. 51-62
Jeannette Behringer describes extent and structure of volunteering and policy for volunteers in Austria and Switzerland. In both countries volunteering is widespread. The economic structure of the countries in the Alps is mainly shaped by agriculture and tourism with effects on the respective policy fields. Behringer discusses the effects of the political structures and cultures in these countries on policy for volunteers. In the aftermath of the UN year of volunteering, in Austria public structures for supporting volunteers have been established and developed. Due to the federal political structure in Switzerland, the political support of volunteering is fragmented. Lessons to be learnt by other countries are discussed.

Mareike Alscher: Engagement und Engagementpolitik in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden, FJ NSB 4/2010, S. 63-73

Ein Vergleich des Engagements in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden ist problematisch, weil sowohl international vergleichende als auch nationale Untersuchungen kein einheitliches Bild schaffen. Der Beitrag beschreibt das Engagementverständnis, skizziert die wesentlichen Forschungsstränge zum Engagement, beleuchtet Ansätze einer Engagementpolitik und zeigt Perspektiven und Herausforderungen für das Engagement auf. Bisher gibt es keine einheitliche Theorie des Engagements, sondern verschiedene Forschungsstränge, die in Verbindung zur Sozialkapitalforschung stehen. Aufgaben der Engagemenpolitik in den Ländern wäre eine stärkere Wertschätzung von freiwillig Engagierten und ihrer weitere Einbindung zur Verstetigung des Engagements. Die Anerkennungskultur ist demzufolge ein wichtiges Thema.

Mareike Alscher: Volunteering and Policy for Volunteers in Germany, France and the Netherlands, FJ NSB 4/2010, pp. 63-73

International comparisons and national studies come time and again to different conclusions on the extent of volunteering in Germany, France and the Netherlands. The article describes the cultural concept of volunteering in the three countries and discusses approaches of research on the subject. Furthermore, policy approaches and future challenges are discussed in comparative perspective. Research on volunteering has not developed a coherent theory on volunteering by now, but is fragmented and included in the broad current of social capital research. Challenges for policy are

especially the development of a culture valuing volunteering and finding ways to keep up the preparedness to volunteer.

Rudolf Speth: Bürgerschaftliche Engagement in Großbritannien, FJ NSB 4/2010, S. 74-86
Engagement in Großbritannien ist weit verbreitet. Rudolf Speth stellt die hohen Engagementquoten für verschiedene Aspekte des Engagements und die breite Infrastruktur vor. Engagementforschung in Großbritannien ist primär durch die Themen Beziehungen des Freiwilligensektors zu Staat, Sozialkapital, Citizenship, Evaluation und empirische Erfassung geprägt. Die britische Forschung nimmt eine Vorreiterrolle gegenüber den anderen europäischen Ländern ein und bietet interessante Befunde, die kurz resümiert werden. Doch auch wie in anderen europäischen Ländern gibt es einen Streit darüber, was unter dem Begriff „Volunteering“ gefasst werden soll. Außerdem gibt es eine Unterscheidung bzw. Doppelung der Perspektive. Einmal geht es um das Engagement der einzelnen BürgerInnen, das andere Mal richtet sich die Forschungs- und Politikperspektive auf die Organisationen, d. h. auf die Zivilgesellschaft. Speth resümiert, dass es in beiden Perspektiven erhebliche britische Besonderheiten gibt, die zum einen auf neue Forschungs- und politische Handlungsperspektiven, zum anderen auf Probleme eines europäischen Vergleichs verweisen. Dabei zeigen sich auch interessante Lernmöglichkeiten.

Rudolf Speth: Volunteering in the United Kingdom, FJ NSB 4/2010, pp. 74-86
Volunteering in the UK is widespread and on a high level in European comparison. The article presents data on various aspects of volunteering like helping others in the context of organizations and within an organizational framework, donations etc. Also the organizational infrastructure of volunteering in the UK is described. Research on volunteering concentrates on the relation of volunteering and the state, social capital, citizenship and empirical measurement problems. In Europe the British research is ahead of others, offering valuable information and insights. However, like in other countries, a discussion is going on about what exactly volunteering means. Research focuses on individual volunteers on the one hand and voluntary organizations, i.e. civil society, on the other. In both perspectives, we find British particularities, pointing to research and policy perspectives, but also to problems of European comparison. Still, there are interesting approaches which could be copied by other countries.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 23, Heft 4, Dezember 2010

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe *NSB* herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, St. Augustin/Frankfurt M.; Peter Kuleba, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin/Frankfurt M.; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin; Gabriele Schmidt, Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Ulrich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Regina Vierkant, Berlin; Benjamin Reitz, Berlin

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Jochen Roose (V.i.S.d.P.), Rudolf Speth; verantwortlich für *Pulsschlag*: Alexander Flohé, Bagelstr. 129, 40479 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; für *Treibgut*: Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; für *Literatur*: Tobias Quednau, Sonnenallee 26, 12047 Berlin, e-mail: t.quednau@gmx.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Dr. Karin Benz-Overhage, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Heidemarie Wiczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe NSB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.fjnsb.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o Dr. Ludger Klein, Im Erlengrund 1, 53757 St. Augustin, e-mail: lepus.lk@t-online.de; *Spendenkonto:* Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2010: Bibliotheken € 52,-, persönliches Abonnement € 42,-, für Studierende gegen Studienbescheinigung € 30,-, Einzelheft € 15,-, jeweils inkl. MwSt. (Versandkosten Inland € 4,-/Ausland € 8,-)

Alle Bezugspreise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnenenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2010.

© 2010 Lucius & Lucius Verlagsges. mBH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern. Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, ScheBlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 0933-9361